

Printed in Germany

Türkei 1,25,-

Ungarn 1,20,-

Thailand Baht 450,-

Tschech. Republik Kč 180,-

Slowakei € 6,50

Spanien € 6,30

Slovenien € 6,50

Portugal (cont) € 6,30

Norwegen NOK 72,-

Polen (ISSN 00387452) ZL 31,-

Latvia € 5,80

Italien € 6,30

Griechenland € 6,80

Hongkong HK\$ 95,-

Finland € 7,80

Frankreich € 7,30

Belux € 5,50

Dänemark dkr 51,-

Österreich € 5,50

Schweiz sfr 7,20

Bedingt wehrhaft

WIE DIE DEMOKRATIE IHRE BÜRGER SCHÜTZEN KANN



Transporter **TOP DEAL**

Angebote nur für Gewerbetreibende



All-in Leasing

ohne Anzahlung

Der Citan Kastenwagen mtl. ab

159 €¹
231€

Der Vito Kastenwagen mtl. ab

199 €¹
275€

Der Sprinter Kastenwagen mtl. ab

249 €¹
334€

Monatliche Gesamtrate ohne Anzahlung inkl. Vorteilspaket mit KomplettService
zzgl. der gesetzlichen USt., Laufzeit 48 Monate, Gesamtaufleistung 40.000 km

Inklusive
4 Jahre
Rundum-
sorglos-Paket!

Nur bis 31.03.2017

Drei lohnende Geschäftsmodelle.

Der Mercedes-Benz Citan, Vito und Sprinter jetzt mit All-in Leasing und ohne Anzahlung.

Ein Angebot von Profis für Profis: Mit diesen Transportern lässt sich arbeiten – und mit den attraktiven All-in Leasingpreisen sogar richtig sparen. Dank vier Jahren KomplettService machen Sie auch langfristig ein gutes Geschäft. www.transporter-topdeal.de

¹CharterWay ServiceLeasing ist ein Angebot der Mercedes-Benz CharterWay GmbH, Mühlenstraße 30, 10243 Berlin.
Unser Leasingbeispiel für den Citan 108 CDI Kastenwagen/Vito 109 CDI Kastenwagen/Sprinter 211 CDI Kastenwagen:
Kaufpreis ab Werk 12.990,00 €/18.490,00 €/20.990,00 €, Leasing-Sonderzahlung 0,00 €, Laufzeit 48 Monate,
Gesamtaufleistung 40.000 km, monatliche Gesamtleasingrate inkl. KomplettService gemäß unseren Bedingungen
159,00 €/199,00 €/249,00 €. Gilt nur für gewerbliche Einzelkunden und bis 31.03.2017. Alle Preise zzgl. der gesetzlich
geltenden Umsatzsteuer.

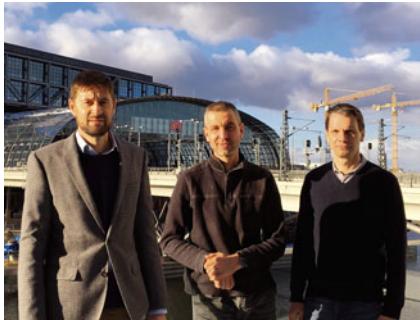
Mercedes-Benz

Vans. Born to run.



Hausmitteilung

Betr.: Titel, Flüchtlinge, Enzensberger



Hornig, Schindler, Knobbe in Berlin

Eine Schönwetterkonstruktion war die Bundesrepublik nie. Schon bald nach ihrer Gründung musste die junge Demokratie äußerer und inneren Gefahren trotzen – den Herausforderungen des Kalten Krieges, den Angriffen der Roten-Armee-Fraktion, den Attacken der Rechtsradikalen. Wie stark muss oder darf der Staat sein, wie wehrhaft die freiheitliche Demokratie? Dies waren immer brisante Themen für den SPIEGEL; auch der Film zu unserem 70-jährigen Bestehen, den die

SPIEGEL-TV-Kollegen Andreas Dieste und Nanje Teuscher gemacht haben, erzählt von diesen Debatten und historischen Kämpfen. Nun wird die Bundesrepublik abermals herausgefordert, durch den Terror der Islamisten, und erneut stellt sich die Frage, wie eine wehrhafte Demokratie aussehen soll? Wie in Frankreich oder Belgien, mit schwer bewaffneten Soldaten in den Innenstädten und Ausnahmezustand? Oder nach dem Vorbild der USA, mit einer gigantischen Heimatschutzbehörde? Die Titelgeschichte analysiert die Fehler im Fall des Terroristen Anis Amri, und sie diskutiert die verschiedenen Sicherheitskonzepte; ein Team um Frank Hornig, Martin Knobbe und Jörg Schindler hat die Ergebnisse zusammengetragen.

Seite 10

Wie kommen sie klar, kleine und kleinste Gemeinden im Land – wie organisieren und bewältigen sie die „Flüchtlingsflut“? Mit dieser Frage im Kopf machte sich SPIEGEL-Reporter Alexander Smoltczyk auf den Weg, fuhr dorthin, wo eigentlich nichts passiert war, nichts jedenfalls, was in die Schlagzeilen drängte. Es war eine Reise in eine strapazierte Normalität: Smoltczyk sprach mit Hartz-IV-Empfängern und Ortsvorstehern, mit Helfern und Genervten. „Manchmal erlebte ich Ratlosigkeit, manchmal Enttäuschung“, sagt Smoltczyk. „Aber stärker noch war die Erfahrung eines Landes, das mal mit gutem Beispiel voran gegangen war und stolz auf sich sein durfte, auch jetzt noch.“

Seite 56



Smoltczyk



Enzensberger, Augstein um 1962

ab, und er forderte Enzensberger, damals 27, außerdem auf, künftig regelmäßig für das Blatt zu schreiben. Aus Anlass des 70. SPIEGEL-Geburtstags hat Redakteur Volker Weidermann mit Enzensberger, heute 87, noch einmal ins Heft geschaut und ihn zu Rudolf Augstein befragt: „Augstein war“, sagt Enzensberger, „ein mutiger Zögerer.“

Seite 48

„Was für ein Film!
Was für ein Thema! Was für ein Tempo!“

FILMPREIS BAWÜ – BESTER SPIEFILM

„Stilsicher zwischen Komik und Tragik ...
Aberwitzig, anspruchsvoll, genial.“
FBW „BESONDERS WERTVOLL“

„Wie sich Lars Eidinger und Adèle Haenel
zoffen und lieben, das muss man sehen.“

AZ MÜNCHEN

LARS
EIDINGER

ADÈLE
HAENEL

JAN JOSEF
LIEFERS

HANNAH
HERZSPRUNG

DIE BLUMEN VON GESTERN

EIN FILM VON

CHRIS
KRAUS



www.Die-Blumen-Von-Gestern.de

[f/BlumenVonGestern](https://www.facebook.com/BlumenVonGestern)

DORF FILM TOUR FILM DORF FILM WEST SWR ARD Degeto NDR BR hr ORF

mediaboard FFF1+ Drehbuchfilm Film 100% Film 100% Diogenes

BRUNNEN Verlag

Diogenes



Die Halbstarken

Terror Innenminister Thomas de Maizière fordert radikale Reformen in der Sicherheitspolitik, darunter mehr Kompetenzen für den Bund. Die Länder protestieren, obwohl sie Verantwortung im Fall Anis Amri tragen. Ist Deutschland gegen neue Anschläge gerüstet? **Seiten 10, 18**



„Hassprediger raus“

Parteien Die SPD will ihren Kanzlerkandidaten erst Ende Januar benennen; doch im SPIEGEL-Gespräch legt Parteichef Gabriel schon mal die Eckpunkte des Wahlkampfs fest: null Toleranz für Salafisten, mehr Geld für Europa. Es gehe um ein „sicheres und gerechtes“ Deutschland. **Seite 24**

Was wird aus der Uno?

Weltgemeinschaft Ein neuer Uno-Generalsekretär führt seit Anfang Januar die Weltorganisation, und die Erwartungen an ihn sind so gewaltig wie die Probleme: António Guterres soll den bürokratischen Koloss reformieren und die Syrienkrise lösen. **Seite 84**

Welt der Sternenbürger

Computerspiele Der legendäre Entwickler Chris Roberts arbeitet an einer Weltraum-simulation, wie es noch keine gab: „Star Citizen“ wird von den Fans finanziert – sie kaufen Raumschiffe. Manch Spieler besitzt bereits galaktische Schwadronen im Wert von mehreren Zehntausend Dollar. **Seite 106**

In diesem Heft

Titel

Terror Wie wehrhaft ist die deutsche Demokratie? **10**

Innere Sicherheit Die Innenminister von NRW und Berlin ringen mit ihrer Verantwortung im Fall Amri **18**

Deutschland

Leitartikel Im Kampf gegen Terroristen sind neue Sicherheitsgesetze nötig **6**

Meinung Kolumne: Der gesunde Menschenverstand / So gesehen: Neue Regeln für den Umgang mit Polizeieinsätzen **8**

EU hält belgische Zugkontrollen für zulässig / Vorwürfe gegen Kai Diekmann / IS-Terrorverdächtiger bei Facebook rekrutiert **20**

Parteien SPD-Chef Sigmar Gabriel stellt im SPIEGEL-Gespräch sein Konzept für den anstehenden Bundestagswahlkampf vor **24**

Union CSU-Chef Horst Seehofer findet keinen Ausweg aus der Spirale der Eskalation mit der CDU **29**

Karrieren Der Grüne Jürgen Trittin hat eine Mission – die Kanzlerschaft Angela Merkels zu beenden **30**

Verkehr Warum die Maut ein schlechtes Geschäft für den Staat wird **36**

Gute Vorsätze Jan Fleischhauers sanfter Umgang mit dem Wort **38**

Geheimdienste Hinter dem Schweriner LKA-Korruptionsprozess steckt eine handfeste Agentenaffäre **40**

Religion Katholische Ehen können leichter annulliert werden – wenn die Expartner Fragen zum Intimleben beantworten **44**

Zivilprozesse Wie ein Rentner 8300 Euro an eine Partnerschaftsagentur zahlte – aber sein Glück nicht fand **46**

70 SPIEGEL-Jahre

Der Autor Hans Magnus Enzensberger und sein Blick auf dieses Blatt **48**

Gesellschaft

Früher war alles schlechter: Unsere Kinder heißen nicht mehr alle gleich / Warum gehen auf einmal so viele Handys kaputt? **54**

Eine Meldung und ihre Geschichte Zwei philippinische Fischer finden die größte Perle der Welt – und verstecken sie elf Jahre lang **55**

Migration Wie Deutschland mit seinen vielen Flüchtlingen zurechtkommt **56**

Ortstermin Auf den Spuren eines Pakistanners, der irrtümlich als Terrorist galt **65**

Wirtschaft

Gewerkschaft fordert Mitspracherechte bei Air Berlin / Tierschützer gegen geplante Novelle des Naturschutzgesetzes / Landesrechnungshof kritisiert MDR-„Tatorte“ **66**

Landwirtschaft Die Politik ignoriert Vorschläge für eine nachhaltigere Alternative zur Agrarindustrie **68**

Energie Im Hambacher Forst sabotieren Ökorebellen den Braunkohletagebau **72**

Genuss Warum die Chinesen reihenweise Weingüter in Frankreich aufkaufen **76**

Analyse Sparer sollten trotz der gestiegenen Inflation nicht auf die EZB hoffen **79**

Globalisierung Setzt der künftige US-Präsident Trump seine Ankündigungen um, verschiebt er das politische Machtgefüge in Asien **80**

Ausland

Interview mit dem polnischen Abgeordneten Arkadiusz Myrcha über die Blockade des Parlaments in Warschau / Analyse: Wie die türkische Regierung das Klima für IS-Anschläge bereitet **82**

Weltgemeinschaft Das Versagen des Uno-Sicherheitsrats im Syrienkrieg und die zunehmende Bedeutungslosigkeit der Weltorganisation **84**

Europa Wie das Personal im EU-Parlament ausgebettet wird **91**

Tunesien Premierminister Youssef Chahed über den Zustand seines Landes sechs Jahre nach der Revolution **92**

Ungarn Wie Premier Viktor Orbán Korruption und Oligarchie befördert **94**

Großbritannien Auch ein halbes Jahr nach dem Brexit-Referendum hat die Regierung keinen Plan für den Austritt **96**

Sport

Tennisprofi Angelique Kerber erfolgreicher als Boris Becker / Magische Momente: Handball-Nationalspieler Kai Häfner über seine Gänsehaut nach dem EM-Siegentreffer **99**

Missbrauch Die Gefahr für Kinder, in Vereinen Opfer sexueller Gewalt zu werden **100**

Wissenschaft

Erbsenhirn – das spektakuläre Lernexperiment mit einer Pflanze / Warum essen Menschen Plazentas? / Einwurf: Neujahrsvorsätze sind zum Scheitern verdammt **104**

Computerspiele Fast 1,8 Millionen Fans haben über 140 Millionen Dollar in die sagenhafte Weltraumsimulation „Star Citizen“ gesteckt – die es noch gar nicht gibt **106**

Medizin Ärzte verschreiben zu oft Magensäureblocker – doch die Mittel sind gefährlich **109**

Tiere Todesfalle Fenster – wie lassen sich die häufigen Kollisionen von Vögeln mit Glasscheiben verhindern? **110**

Forensik Eine britische Forscherin analysiert den Geruch der Verwesung – sie hofft, damit künftig Verbrechen aufzuklären zu können **112**

Kultur

Warum Hamburger die Elbphilharmonie „Elphi“ nennen / Ein britischer Dozent für Ethik lebt wie ein wildes Tier / Kolumne: Besser weiß ich es nicht **114**

Fluchten Der syrische Schriftsteller Khaled Khalifa über seine sich leerende Heimatstadt Damaskus **116**

Essay Zauberlehrling Donald Trump **124**

Geschichte Die zwölf Leben des Amsterdamer Patriziers Jan Six **128**

Filmkritik Ryan Gosling im Hollywoodmusical „La La Land“ **131**

Bestseller

Impressum, Leserservice **126**

Nachrufe **132**

Personalien **133**

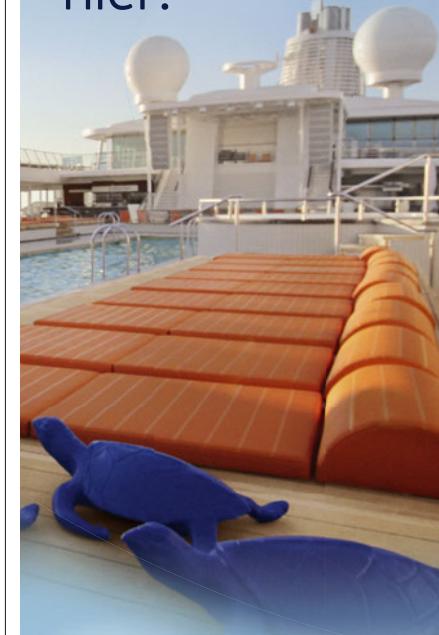
Briefe **134**

Hohlspiegel / Rückspiegel **136**

Wegweiser für Informanten: www.spiegel.de/investigativ **138**

Mein Schiff.

Lesen Sie
den SPIEGEL
doch mal
hier:



*Mein Schiff®
Pooldeck*

**PREMIUM
ALLES INKLUSIVE**

*Ohne Aufpreis**

Entdecken Sie den Unterschied:

Nur *Mein Schiff®* hat
Premium Alles Inklusive an Bord.
Erfahren Sie mehr in Ihrem Reisebüro, auf www.tuicruises.com oder unter +49 40 60001-5111.



TUI Cruises

* Im Reisepreis enthalten sind ganzjährig in den meisten Bars und Restaurants ein vielfältiges kulinarisches Angebot und Markenkellerrränke in Premium-Qualität sowie Zutritt zum Bereich SPA & Sport, Kinderbetreuung, Entertainment und Trinkgelder. | TUI Cruises GmbH Ankelmannsplatz 1 · 20537 Hamburg · Deutschland

Leitartikel

Staatsversagen

Die Debatte über neue Sicherheitsgesetze ist nicht hysterisch, sondern berechtigt.

Jede Zeit kennt ihre Hysterien. Auf dem Höhepunkt des RAF-Terrors standen brave Bürger vor dem Hochsicherheitstrakt des Gefängnisses Stuttgart-Stammheim und fragten, warum der Staat wegen ein paar Terroristen so einen Aufwand treibe. „Rauslassen und am ersten Baum aufhängen“, sagte jemand ungeniert in das Mikrofon einer Reporterin.

Nachdem die Attentäter vom 11. September 2001 zwei Flugzeuge ins World Trade Center gesteuert hatten, begannen die USA mit der Aufrüstung ihrer Sicherheitsbehörden, die eine bis dahin unvorstellbare Überwachung der Bürger ermöglichte. In Deutschland griff ein Mann, der einst zu den pazifistischen Grünen gehört hatte, zu einer Sprache, als wäre die Republik im Krieg: „Wer den Tod liebt, kann ihn haben“, rief der damalige Innenminister Otto Schily den Islamisten entgegen, die bis dahin keinen einzigen Anschlag in Deutschland verübt hatten.

Gerät jetzt wieder etwas aus dem Lot? Schält sich nach dem Terroranschlag vom Breitscheidplatz ein neues Staatsverständnis heraus, dass die Sicherheit an erste Stelle rückt, zulasten der Bürgerrechte?

Als die Grünen-Chefin Simone Peter am Neujahrstag die Frage stellte, ob die Kölner Polizei in der Silvesternacht gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen habe, wurde sie nicht nur von der Boulevardpresse attackiert, sondern auch von den eigenen Parteifreunden. Ist Peter, wie nun manche meinen, das erste Opfer einer übergroßen Sehnsucht nach dem starken Staat?

Im Wunsch nach absoluter Sicherheit steckt der Keim des Totalitarismus. Thomas Hobbes hat in seinem Buch „Leviathan“ das gedankliche Urmödell eines starken Staates erschaffen. In ihm überträgt der Bürger alle Rechte an den Souverän, damit dieser ihn vor den Schrecken des Naturzustandes schützt. Wie der aussehen kann, hatte Hobbes sehr plastisch vor Augen. Dass der Mensch des Menschen Wolf sein kann, war für Hobbes kein philosophisches Glasperlenspiel. Der „Leviathan“ erschien 1651, zwei Jahre nach Ende des Englischen Bürgerkriegs.

Im 20. Jahrhundert allerdings hat Europa dann schmerhaft gelernt, dass auch der allmächtige Führer die Pforten zur Hölle öffnen kann. Die Bundesrepublik mit ihrer fein austarierten Machtverteilung – auch in Sicherheitsfragen – ist eine Antwort auf den faschistischen Staat.

Die Demokratie muss die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit halten. Diese Erkenntnis ist ebenso richtig wie banal. Die schwierige Frage ist immer, was genau die richtige Balance ist. Es kann Situationen geben, in denen eine Regierung vor die Bürger treten und ihre Machtlosigkeit eingestehen muss. Kein Geheimdienst der Welt kann einen Terroristen aufhalten, der sich im Stillen radikalisiert und dann zur Tat schreitet.

Für den Attentäter Anis Amri gilt das jedoch nicht. Noch harren viele Fragen der Aufklärung. Aber wer soll verstehen, warum ein abgelehnter Asylbewerber auf freiem Fuß bleiben durfte, obwohl man wusste, dass er 1. Kontakt zu radikalen Islamisten suchte; sich 2. auf Internetseiten über den Bau von Rohrbomben informierte; 3. auf der Suche nach

Komplizen für einen Anschlag war; 4. mit gefälschten Papieren durch Deutschland reiste und 5. mit Drogen dealte, um sich Geld zu beschaffen? Und dies alles unter Beobachtung der Behörden.

Im Fall von Anis Amri liegt eklatantes Staatsversagen vor. Innenminister Thomas de Maizière hat nun den umfangreichsten Katalog für eine Reform der Sicherheitsgesetze seit der Ära Schily vorgelegt. Er will unter anderem erreichen, dass künftig gefährliche Ausreisepflichtige bis zu ihrer Abschiebung leichter in Haft genommen werden können. Das ist richtig, und es ist gut, dass die SPD sich nicht länger dagegen sperrt.

De Maizière fordert auch, dass der Verfassungsschutz

komplett beim Bund angesiedelt wird. Zwar ist noch nicht völlig klar, ob das Kompetenzgewirr bei den Sicherheitsbehörden mit ein Grund dafür war, dass Amri zuschlagen konnte.

Doch nun sind schon mehr als zwei Wochen seit dem Berliner Attentat vergangen, und noch immer kann niemand sagen, wen genau die Schuld für die Pannen in den Behörden trifft. Gewaltenteilung ist wichtig. Aber sie darf nicht zu einem System kollektiver Verantwortungslosigkeit führen.

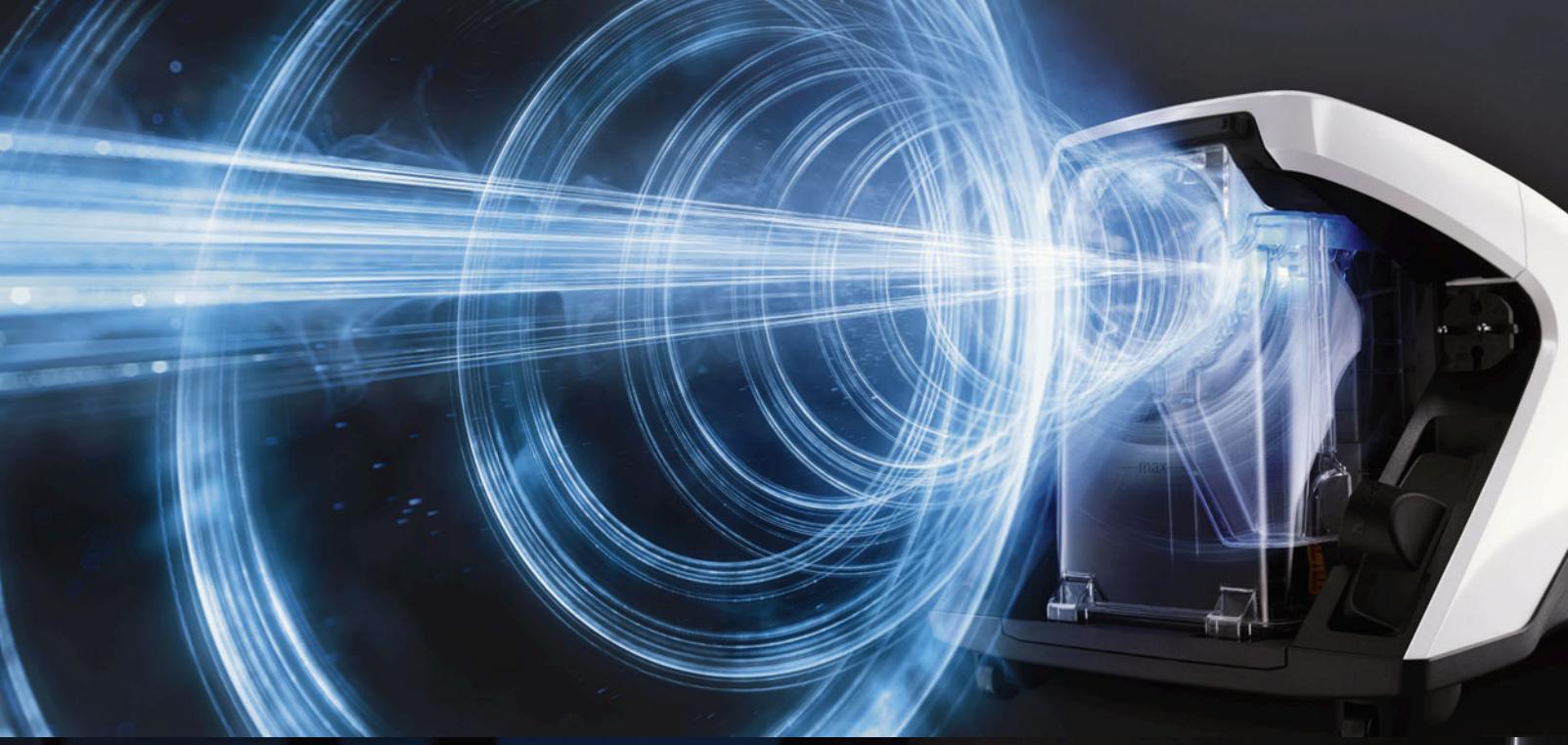
Der Rechtsstaat leidet, wenn das Begehr nach Sicherheit übermäßig wird. Der US-Geheimdienst NSA ist dafür ebenso ein Symbol wie das Gefangenengelager Guantánamo. Die Demokratie nimmt aber auch Schaden, wenn sie im Kampf gegen den Terrorismus zu schwach erscheint. Es wäre deshalb gut, wenn diese beiden Punkte von de Maizières Katalog umgesetzt würden.

René Pfister



Innenminister de Maizière

HANS CHRISTIAN PLAMBECK / LAIF



Miele. Für das, was wir besonders lieben.
Höchstleistung, Kraft, Innovation.

Der beutellose Staubsauger Miele Blizzard CX1.
Mit innovativer Vortex Technologie.



Meinung

Markus Feldenkirchen Der gesunde Menschenverstand

Abendländisches Schisma



Sprachliche Mogelpackungen, mit denen der Verbraucher getäuscht wird, sind eine üble Nummer. Darauf hat Bundesernährungsminister Christian Schmidt von

der CSU jüngst zu Recht hingewiesen. Schmidt ging es um Begriffe wie „vegane Currywurst“ oder „vegetarisches Schnitzel“, die etwas suggerierten, was der Inhalt nicht hergebe. Allerdings kann der kritische Blick auf Nahrungsprodukte beim Feldzug gegen semantische Mogelpackungen nur ein Anfang sein.

Gerade in der Politik wird der Bürger zunehmend mit Sprachverirrungen hinter die Fichte geführt. Zu den ärgerlichsten Täuschungen seit Erfindung der „Deutschen Demokratischen Republik“ gehört die beharrliche Verwendung des Wortes „Union“ im Zusammenhang mit jenem Konstrukt, das CDU und CSU angeblich zusammenhält. Wenn das, was beide heute verbindet, als Union durchgeht, dann darf man Brad Pitt und Angelina Jolie nach wie vor als glückliches Paar bezeichnen.

In einer Union droht man üblicherweise nicht damit, den Partner zu verklagen, wie Horst Seehofer dies seit über einem Jahr immer wieder mit Angela Merkel macht. Man sagt auch nicht, dass es keinen Sinn habe, einander (auf Parteitagen) zu besuchen. CDU und CSU scheinen vergessen zu haben, was das Wort Union bedeutet.

Der Unionsgedanke wurde früh von den christlichen Kirchen entwickelt. Dahinter stand der Versuch, die als „Morgenländi-

sches Schisma“ bekannte Glaubensspaltung zwischen der römisch-katholischen Kirche und ihren orthodoxen Rivalen zu überwinden. Auf diversen Konzilien, etwa 1439 in Florenz, wurde versucht, eine Union der West- und Ostkirchen herbeizuführen. Begründet wurde dies vor allem mit der „Türkengefahr“. Der Ausdruck beschrieb die damals in Europa grassierende Angst vor dem Osmanischen Reich. Man sah das christliche Abendland durch eine islamische Macht bedroht.

Die Angst vor dem Untergang des christlichen Abendlandes ist geblieben, die „Türkengefahr“ wurde in der Zwischenzeit aber von der „Flüchtlingsgefahr“ abgelöst. Bei CDU und CSU setzt diese jedoch, anders als damals, keine versöhnlichen Kräfte frei – im Gegenteil. Kern der aktuellen Glaubensspaltung ist Seehofers Forderung nach einer Obergrenze von 200 000 Flüchtlingen pro Jahr. Ohne die werde man keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, versicherte Seehofer diese Woche erneut.

Nach Lage der Dinge wird seine Partei nur mit der AfD koalieren können. Eine Mehrheit für ein weiß-blau-blaues Bündnis ist jedoch unwahrscheinlich. Und da Seehofer von seiner klaren Ansage „Obergrenze oder Opposition“ nicht mehr abrücken kann, ohne sich völlig unglaublich zu machen, wird seine Partei ab Herbst auch offiziell Opposition gegen Merkels CDU betreiben müssen. Das Schisma der Union dürfte spätestens am Wahltag besiegt sein. Oder Seehofer macht sich zum Horst.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein, Jan Fleischhauer und Markus Feldenkirchen im Wechsel.

Kittihawk



Innere Sicherheit

So gesehen Neue Gesetze gegen Polizeikritik

Zur Abwehr der allgemein dräuenden Gefahren und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung beachten Sie bitte folgende aktuelle Neuregelungen:

§ 1 Gleichheitsausnahmen

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, solange sie nicht durch ausländisches Aussehen oder Auftreten auffällig werden.

§ 2 Nafri-Exkulpation

Herabwürdigende Kurzbezeichnungen von Auffälligen nach § 1 insbesondere in offiziellen Verlautbarungen der Behörden in sozialen Netzwerken sind zwar nicht schön, aber auch nicht so schlimm.

§ 3 Jahresendkontrollen

Auffällige nach § 1 dürfen wegen ihres Geschlechts, ihrer Abstammung, ihrer Rasse, ihrer Sprache sowie ihrer Heimat und Herkunft besonderen Kontrollen unterzogen werden, wenn Menschen desselben Geschlechts, derselben Abstammung, derselben Rasse und mit derselben Sprache, Heimat und Herkunft ein Jahr zuvor an selber Stelle Straftaten begangen haben.

§ 4 Bewertungsvorbehalt

Polizeieinsätze im Sinne von § 3 sind für gut, richtig und stets für verhältnismäßig zu halten.

§ 5 Verstoßahndung

(„Simone-Peter-Prinzip“)

Wer gegen § 4 verstößt, wird mit ehrabschneidender Herabwürdigung nicht unter fünf Zentimeter Schlagzeilengröße bestraft. Das Nähere regelt die Bundesausgabe der „Bild“-Zeitung.

§ 6 Meinungsäußerung

Eine Debatte findet nicht statt.

Stefan Kuzmany

wir machen Deutschland
ZUSAMMEN
STARK

MIT GUTER ARBEIT
AUCH IN ZUKUNFT



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Zusammen sind wir stark. Damit das so bleibt, muss gute Arbeit fair bezahlt werden, auch im digitalen Wandel. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sichert das mit dem Mindestlohn sowie klaren Regeln für Leiharbeit und Werkverträge. Im Weißbuch Arbeiten 4.0 zur Digitalisierung in der Arbeitswelt haben wir Maßnahmen gesammelt – damit Arbeit auch in Zukunft zum Leben passt. www.bmas.de



SEK Politik

Terror Nach dem Attentat in Berlin beginnt der Wahlkampf um die Sicherheitspolitik. Innenminister Thomas de Maizière verlangt weitere Macht für den Bund, selbst die SPD fordert mehr Überwachung. Wie wehrhaft ist die deutsche Demokratie?



Zweimal im Jahr treffen sich die Innenminister der Bundesländer zu einer Konferenz irgendwo in Deutschland, der prominenteste Guest ist Thomas de Maizière. Bevor die offiziellen Diskussionen beginnen, zieht sich der CDU-Politiker mit seinen Parteifreunden zurück. Bei Wein und Bier reden die Unionsminister dann über das, was sie bewegt.

Im vergangenen Jahr sprach de Maizière immer wieder Ideen für eine neue Sicherheitspolitik an, so erinnern sich Teilnehmer. Soll man die Abschiebung abgelehrter Asylbewerber lieber beim Bund konzentrieren? Braucht das Bundeskriminalamt mehr Kompetenzen? Ist die Struktur des Verfassungsschutzes noch zeitgemäß?

Er fragte vorsichtig und zurückhaltend, so wie es seine Art ist. Die Ministerkollegen nippten an ihrem Weinglas, mancher murmelte: Mal sehen, vielleicht, aber eher nicht. Freundlich, aber ablehnend.

Immer wieder deutete de Maizière seine Ideen in kleinen Runden an, im Kabinett, bei Abgeordneten im Bundestag, gegenüber Behördenchefs, manche stimmten ihm zu, die meisten reagierten verhalten. Seine Vision verschwand wieder in der Schublade, bis zum vergangenen Dienstag. Da war ihre Zeit gekommen.

In einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine“ überraschte der Bundesinnenminister seine Partei und die Republik mit Ideen für einen „Starken Staat“.

Fast zeitgleich präsentierte Sigmar Gabriel in einem Papier seine eigenen Vorschläge für eine neue Sicherheitspolitik. Der SPD-Vorsitzende fordert ein hartes Vorgehen gegen gewaltbereite Salafisten: „Ich bin für null Toleranz“ (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 24). Auch Angela Merkel und Horst Seehofer versprachen ein weiteres Mal, Deutschland müsse nun Härte beweisen.

Wie ein „Spezialeinsatzkommando Polizei“ treten die Spitzen der Großen Koalition vors Volk, inszeniert als entschlossene Verteidiger einer wehrhaften Demokratie. Sie wissen, der Wahlkampf hat begonnen, am Ende liegt vorn, wer die Hoheit über die Sicherheitspolitik gewinnt. Ihre Vorschläge sollen den Bürgern einen besseren Schutz vor Terroristen versprechen. Aber sie bestimmen auch darüber mit, wer nach der Bundestagswahl vom September in Berlin welche Stühle besetzt.

Ihre Thesen klingen sprachlich manchmal noch verhalten, aber ihr Inhalt ist radikal, selbst bei Thomas de Maizière, der sonst doch so sehr für Besonnenheit plädiert.

Deutschland sei nicht ausreichend gerüstet für die Krisen und Katastrophen dieser Zeit, schreibt er, der Innenminister, ein

Spezialeinsatzkommando in Hamburg
„Null Toleranz“?



DPA



AP/UILLSTEIN

RAF-Attentat auf Hanns Martin Schleyer in Köln, Kanzler Schmidt 1977: „Der Staat geht in Stellung“

Mann, der bereits über mehr als 60 000 Mitarbeiter gebietet, beim Bundeskriminalamt, bei der Bundespolizei, beim Bundesverfassungsschutz und anderen Ämtern. Der Bund braucht eine Steuerungskompetenz über alle Sicherheitsbehörden im Land, verlangt de Maizière nun. Mehr Videoüberwachung sei nötig, mehr Gesichtserkennung, noch mehr Personal, noch mehr vom starken Staat.

Es ist ein Paukenschlag, wie er in Deutschland zuletzt 2001 ertönte, als die Bundesregierung nach den Anschlägen in den USA den „Otto-Katalog“ vorlegte, ein scharfes Sicherheitspaket, zusammengestellt vom damaligen Innenminister Otto Schily.

Und es ist auch ein Aufruf, den Föderalismus neu zu denken. Wieder ist die Empörung groß, gerade in den Ländern. „Ich verstehe nicht, warum er das gemacht hat“, sagte Hessens CDU-Innenminister Peter Beuth. Die Idee, die gesamte Sicherheitsstruktur des Landes umzubauen, sei „unsinnig“. „Das System des Föderalismus in Deutschland hat sich bewährt“, erklärt Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU), „wir sollten der Versuchung widerstehen, es angesichts terroristischer Bedrohungen infrage zu stellen.“

Und auch Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz wehrt die Berliner Initiative ab. „Wir brauchen keine kurzatmigen Strukturdebatten“, sagt der SPD-Politiker: „Die Polizei in den Ländern leistet sehr gute Arbeit. Gleicher gilt für die Landesämter für Verfassungsschutz.“ Viel drängender sei es, die Ausweisung abgelehrter Asylbewerber endlich durchzusetzen und mit zögerlichen Staaten wirksame Rückführungsabkommen auszuhandeln, so Scholz. „Das ist jetzt die wichtigste Aufgabe der Bundesregierung und an vorderster Linie des Bundesinnenministers.“

Was stimmt denn nun? Ist Deutschland nicht gerüstet? Oder leisten die Behörden „sehr gute Arbeit“?

Wie die USA nach 9/11, wie Frankreich nach den Angriffen in Paris, wie Belgien nach den Attacken in Brüssel muss auch Deutschland nach dem 19. Dezember 2016 eine Antwort auf den Weihnachtsmarktananschlag von Berlin finden. Es muss die Fehler analysieren, die ihn möglich gemacht haben, und die richtigen Konsequenzen ziehen.

Nur welche? Krieg, Einsperren ohne Urteil, Folter und ein monströses Heimatministerium wie im Fall der USA?

Deutschland geht es blendend. Doch der Kitt der Gesellschaft klebt nicht mehr.

Bomben gegen den „Islamischen Staat“, dauerhafter Ausnahmezustand, Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss wie in Frankreich? Schwer bewaffnete Soldaten in Fußgängerzonen wie in Brüssel? Wohl kaum, was aber dann? Wie ist die deutsche Antwort, welche passt zu uns? Radikale Umbauten oder doch Schrauben an vielen kleinen Rädern?

Das Bild des grauen Lkw-Monsters inmitten eines idyllisch geschmückten Platzes steht in Deutschland für eine Zäsur: Der islamistische Terror ist nun endgültig da. Er zeigt sich nicht mehr nur in Festnahmen und Ermittlungsverfahren, nicht mehr nur in Reden von „abstrakten Bedrohungen“ und ernsten Gesichtern der

Behördenchefs nach den ersten vergleichsweise kleinen Anschlägen im vergangenen Sommer. Er zeigt sich nun als ein Angriff, der die Alltagskultur der Deutschen im Herzen traf, auf einem Weihnachtsmarkt, kurz vor Heiligabend.

Obwohl der Attentäter Anis Amri über Monate als islamistischer Gefährder bekannt war, obwohl zahlreiche Sicherheitsbehörden seine vielen Namen in ihren Dateien führten, obwohl sie seine Kontakte zum IS bemerkten, seine Suche im Internet nach Anleitungen zum Bombenbau – gelang es ihm nicht, die blutige Tat zu verhindern.

Das Spiel der politischen Reflexe klappte bisher ganz gut, das ständige Aushandeln, welches Gewicht Freiheit und Sicherheit in der Gesellschaft haben sollen. Häufig bekam die Sicherheit in den vergangenen Jahren den Zuschlag, manchmal aber auch die Freiheit. Das Bundesverfassungsgericht wirkte oft als Korrektiv in diesem Duell.

Die Frage, wie wehrhaft die deutsche Demokratie ist, hat die Bundesrepublik seit ihrer Gründung immer wieder erfasst und erhitzt wie ein Fieberschub. Und der SPIEGEL, der diese Woche seinen 70. Geburtstag feiert, hat immer wieder gewarnt, wenn Regierungen die Macht des Staates ausdehnen oder überdehnen wollten*.

So war es 1967, als die damalige große Koalition die Notstandsgesetze entwarf. „Kriegsrecht im Frieden?“, lautete die Titelzeile (SPIEGEL 46/1967). Und so war es zehn Jahre später, als die RAF die Bürger mit Attentaten traumatisierte, als Ermittler die Rasterfahndung erstmals im großen Stil einsetzten und Teile der Gesellschaft

* Siehe auch die beigelegte DVD mit dem SPIEGEL-TV-Film „Sagen, was ist“.



CARMEN TAYLOR / AP



SVEN KAESTNER / AP

Terroranschlag in New York, Innenminister Schily 2001: Das harte Gesicht des Staates war lange nicht zu sehen

möglichst flächendeckend überwachen wollten, als Politiker einen „Radikalenerlass“ beschlossen und einige aus der CSU die Todesstrafe für Terroristen forderten. „Der Staat geht in Stellung“, stand damals auf dem Cover (SPIEGEL 39/1977).

Nun kommen solche Themen mit Wucht zurück, nach vielen entspannten Jahren, in denen die Deutschen einen schwachen Staat vorzogen, staatliche Einrichtungen privatisierten, skeptisch gegenüber dem Ausbau von Sicherheitsbehörden waren und das Leitbild einer weltoffenen, pluralistischen Gesellschaft pflegten, die jeder Lebensform und Denkweise viel Freiheit ließ, auch den extremen. Eines Landes, das sich nicht verteidigen musste, weil es niemand ernsthaft bedrohte.

So konnte man es sich auch leisten, mit den eigenen Regeln nachlässig zu sein. Die Bundesrepublik hat ihr Asyl- und Abschieberecht nicht konsequent durchgesetzt. Abgelehnte Asylbewerber wurden nur selten unter Zwang in ihre Heimat zurückgebracht, die Duldung wurde großzügig ausgestellt. Solange die Zahlen niedrig waren, war es zu vermitteln: Es war eine humanitäre Geste.

Das harte Gesicht des Staates war lange nicht zu sehen, und wenn es sich zeigte, haben es viele als böse Fratze wahrgenommen; in Gorleben bei der Ankunft neuer Castortransporte oder in Berlin-Kreuzberg am 1. Mai. Setzte die Ordnungsmacht den protestierenden Bürgern allzu hart zu, musste sie sich rechtfertigen, wie nach dem Polizeieinsatz gegen Bahnhofsgegner in Stuttgart. Der Wasserwerfer war das mächtigste Symbol des starken Staates.

Nur unsichtbar bewegte sich seine dunkle Macht in den Datennetzen unserer Gesellschaft, wie die Enthüllungen des NSA-

Whistleblowers Edward Snowden zeigten.

Zwei Arten der Angst haben die Bundesrepublik geprägt und sich gegenseitig in Schach gehalten, die Angst vor dem eigenen Staat und die Angst vor äußeren Feinden und Terroristen. Man kann sagen, das Land tat gut daran, wenn es sich weder von der einen noch von der anderen beherrschten ließ.

In diesen Wochen überwiegt wieder die Angst vor äußeren Feinden. Man diskutiert über die Bedrohung des Staates und seiner Bürger, nicht über die Bedrohung durch den Staat. Selbst die Grünen rufen nach mehr Sicherheit und Polizei, wer hätte das vor einigen Jahren gedacht? Ihr Vorsitzender Cem Özdemir versichert, man werde sich der Diskussion über die Pläne des Innenministers nicht verweigern.

Und wer der Kölner Polizei vorwarf, bei der Personenkontrolle der diesjährigen Silvesternacht möglicherweise rassistisch vorgegangen zu sein, stand allein auf weiter Flur. Die Paradigmen in der Debatte haben sich verschoben.

Es liegt auch daran, dass der sichere Rahmen wegfällt, an den man sich bisher klammern konnte. Zwar geht es Deutschland blendend, die Wirtschaft boomt, es gibt wenige Arbeitslose und sinkende Zahlen in den vielen Kriminalitätsbereichen, doch auf dieser Fassade einer sorglosen Idylle zeigen sich Risse: Die Gräben zwischen Anhängern einer uneingeschränkten Willkommenskultur und Anhängern von Pegida sind nicht zu überwinden, der Kitt der Gesellschaft klebt nicht mehr. Rund um das Land bricht Vertrautes zusammen: Im Osten wachsen autoritäre Staaten heran, im Westen drohen Verbündete sich abzuwenden. Auch die Schwäche Europas nährt die Sehnsucht nach einem starken Staat zu Hause.

Wenn Politik und Gesellschaft nun die wehrhafte Demokratie neu definieren, wenn sie eine durchsetzungstarke Ordnungsmacht fordern, sollten sie allerdings nicht ohne Not preisgeben, was Deutschland ebenfalls stark gemacht hat.

Selbstbewusste Fürstentümer haben den größten Teil der deutschen Geschichte geprägt, die Macht der Zentralen beschränkt, schon im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation. Und die dunkelsten Stunden des Landes brachen an, als Wilhelm II. keine Parteien mehr kannte, nur noch Deutsche. Später verfügte Adolf Hitler: „In dieser Stunde wird sich das ganze deutsche Volk mit mir verbinden.“ Deutschland sollte deshalb auch nach innen wehrhaft sein, weil in der Weimarer Republik die Demokratie von innen heraus abgeschafft wurde. Die Sozialwissenschaftler Karl Loewenstein und Karl Mannheim wussten, wovon sie sprachen, als sie während der NS-Jahre im Exil den Begriff der „militant democracy“ entwickelten, der streitbaren, wehrhaften Demokratie.

Was diese Worte zu Beginn des 21. Jahrhunderts bedeuten, kann für Deutschland aktuell erst geklärt werden, wenn die Fehler im Fall Anis Amri endlich aufgeklärt sind.

„Personagramm“ heißt die Sammlung von Informationen über eine Person, die für die Polizei interessant ist. Im vergangenen Jahr setzten sich im nordrhein-westfälischen Landeskriminalamt mehrere Staatsschützer zusammen und erstellten ein solches Personagramm über Anis Amri: Wann und wo wurde er geboren, wie reiste er ein, wo wohnt er, mit wem hat er Kontakt, wohin bewegt er sich, was hat er vor? Der Tunesier wurde seit 17. Februar 2016 in der Behörde als islamistischer Gefahrder

geführt, also als jemand, dem man einen terroristischen Anschlag zutraut.

500 Kilometer Luftlinie von Düsseldorf entfernt, im Landeskriminalamt Berlin, stellten sich die Staatsschützer zu dieser Zeit ähnliche Fragen. Seit dem 10. März waren sie für Anis Amri zuständig, auch sie fertigten ein Personagramm von ihm an, das sie wie die Kollegen aus Nordrhein-Westfalen immer wieder aktualisierten. Abwechselnd überwachten die beiden Ämter den Terrorverdächtigen, je nachdem, wo er sich gerade aufhielt. Nicht immer wussten sie genau, wo er gerade war. Nicht immer reichten die Kapazitäten.

Zwei Behörden, zwei Persönlichkeitsanalysen, eine doppelte Aktenführung: Was sich auf den ersten Blick wie eine besonders gründliche Ermittlung anhört, könnte auch die Ursache ihrer Versäumnisse sein: Die beiden Landeskriminalämter haben sich zwar in dem Fall regelmäßig ausgetauscht und ihre Ergebnisse auch mehrmals im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) aller 40 deutschen Sicherheitsbehörden vorgetragen. Trotzdem konnte Amri entwischen.

Vor allem zwei Landesinnenminister müssen klären, was genau geschehen ist: die Sozialdemokraten Andreas Geisel in Berlin und Ralf Jäger in Düsseldorf (siehe Seite 18). Wie erste Analysen des Falles zeigen, wurden längst nicht alle Informationen geteilt, andere nur mit erheblicher Verzögerung: Die beiden Personagramme jedenfalls waren am Ende nicht identisch.

Wenn viele Behörden an einem Fall arbeiten, entstehen Informationsverluste, Missverständnisse, es braucht keinen bösen Willen dazu.



Anschlag mit Ansage – der Fall Anis Amri

Sommer 2015

Der in Italien vorbestrafte Tunesier Anis Amri reist nach Deutschland ein und gibt sich unter verschiedenen Namen als Flüchtling aus, u. a. in Karlsruhe, Oberhausen, Berlin und Dortmund.

Zugleich ist oft nicht klar, wer die Federführung hat. Mit Anis Amri beschäftigten sich ja nicht nur zwei LKA, es waren auch: das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, der Berliner Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt, der Generalbundesanwalt, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Bundesnachrichtendienst, die Ausländerbehörde in Kleve, das Amtsgericht in Ravensburg, die Generalstaatsanwaltschaft

Wer hatte noch den Überblick? Jedenfalls nicht immer die beteiligten Beamten.

in Berlin, die Staatsanwaltschaft in Duisburg, über das GTAZ auch andere Behörden. Wer hatte da noch den Überblick?

Jedenfalls nicht immer die beteiligten Beamten. Wer in diesen Tagen mit Akteuren aus dem Sicherheitsapparat spricht, kann sein Vertrauen in einen durchsetzungsfähigen Staat schnell verlieren. Von „ gegenseitiger Informationsabschottung“ ist dann die Rede, von einem „teilweisen Blindflug der Sicherheitsbehörden“. Ein Beamter formuliert es so: „Wir fordern massenhaften Datenzugriff von unbescholteten Bürgern, aber die Sicherheitsbehörden untereinander begegnen sich mit großem Misstrauen.“ In Deutschland gebe es keine einheitlich verantwortliche entscheidungsbefugte Stelle, sagt der Mann, „sondern mindestens 16“.

Zwischen Februar und November 2016 war Anis Amri siebenmal Thema bei den Sitzungen des GTAZ Berlin. Hier wurde auf einer Skala von eins bis acht bewertet, wie wahrscheinlich es ist, dass er wirklich einen Anschlag plante. Man hatte dafür keine gerichtsfesten Beweise zusammentragen können, heißt es heute. Deshalb wurde auch seine Überwachung durch das Berliner LKA ab 21. September nicht weiter beantragt. Deshalb kam die Berliner Generalstaatsanwaltschaft mit ihren Ermittlungen wegen versuchter Beteiligung an einem Tötungsdelikt nicht weiter.

Termine, an denen der Fall Amri im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum behandelt wird

Herbst 2015

Die NRW-Sicherheitsbehörden erhalten erste Hinweise auf eine gefährliche Person namens Anis.

Man konnte nicht sagen, ob Anis Amri nur ein Maulheld war, wie so viele unter den Gefährtern. Aber man wusste, dass er mit IS-Leuten in Kontakt stand. Man wusste, dass er öfter von einem Anschlag sprach und offensiv bei anderen Islamisten um Mittäter warb. Im GTAZ erhielt er trotzdem nur die Note fünf: Dass er tatsächlich einen Anschlag begehen werde, sei „eher unwahrscheinlich“.

Wer für diese Fehleinschätzung verantwortlich ist, lässt sich nach derzeitigem Wissensstand kaum klären. Auf die Bewertung hätten sich sechs Behörden einvernehmlich geeinigt, sagen Beteiligte. Auch das ist ein Problem von zu großer Behördenvielfalt: Die persönliche Verantwortung versickert im institutionellen Wirrwarr, das GTAZ ist eine Einrichtung ohne Führung. Wäre eine zentralisierte Steuerung des Falls durch eine Bundesbehörde mit klaren Verantwortlichkeiten sinnvoller gewesen?

Der Kölner Experte für Terrorismusstrafrecht Nikolaos Gazeas sagt, es hätte Maßnahmen gegeben, den ständig pendelnden Gefährder räumlich besser unter Kontrolle zu halten: eine Abschiebungsanordnung etwa, mit strengen Meldeauflagen. „Warum die Behörden davon abgesehen haben, ist nicht nachvollziehbar.“

Auch der Konstanzer Asylrechtsexperte Daniel Thym glaubt, dass eine „mutige Behörde“ für Anis Amri Abschiebungshaft hätte beantragen können wegen seiner falschen Identitäten und wechselnden Aufenthaltsorte. Tatsächlich kam Amri in Ravensburg kurz hinter Gitter, wurde aber nach zwei Tagen entlassen.

Gab es also ausreichend Regeln und Gesetze, die nur nicht ausgeschöpft wurden? Der Fall Amri, so formuliert es ein ranghoher Sicherheitsbeamter, war vor allem ein Vollzugsproblem. Er nennt ein weiteres Beispiel. Amri benutzte mindestens 14 Alias-Namen, den Behörden waren sie bekannt. Die Verschleierung einer Identität bei Asylbewerbern ist in Deutschland strafbar. Polizisten sagen, diese Straftat werde so gut wie nie verfolgt. Warum nicht? Warum zeigte keine Behörde Amri an?

Hätten auch schärfere Gesetze geholfen, Anis Amri rechtzeitig zu fassen?

Die Sicherheitsbehörden führen derzeit 548 islamistische Gefährder. Nur rund die

! Anschlagswarnungen von tunesischen bzw. marokkanischen Geheimdiensten

4. Februar 2016

Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin beschäftigt sich erstmals mit Amri.

17. Februar 2016

Amri wird fortan in NRW als Gefährder geführt, ab März in Berlin und von Mai an wieder in NRW.

2015

2016



BERND VON JUTRCZENKA / DPA

Tatort Breitscheidplatz in Berlin: Hätten schärfere Gesetze geholfen, Amri rechtzeitig zu fassen?

Hälften davon befindet sich derzeit in Deutschland, also etwa 270 Personen. 80 von diesen sind zudem inhaftiert. Etwas über 50 der Gefährder sind abgelehnte Asylbewerber, die abgeschoben werden könnten – ein wesentlicher Anteil.

Eine weitere, etwas weniger gefährliche Kategorie unter den Islamisten ist die Gruppe der „relevanten Personen“. Auch in ihrem Kreis gibt es knapp 50 geduldete Asylbewerber, die abzuschieben wären.

Nicht immer wird das funktionieren: Wenn das Herkunftsland keine Papiere liefert. Oder wenn in der Heimat Krieg herrscht, auch das wäre ein Abschiebehindernis. Oder wenn die Behörden nicht wissen, wo der Islamist gerade steckt.

Unter den Innenministern ist inzwischen die Diskussion entstanden, die Schwellen für eine Abschiebehaft zu senken. Bislang ist sie nur möglich, wenn Fluchtgefahr be-

steht. Strafrechtsexperte Gazeas hält eine Reform deshalb für „absolut sinnvoll“. Nötig seien nun bundesweit einheitliche Kriterien, die festlegen, wer als Gefährder gilt und wer nicht.

Es sind die kleinen Schrauben, an denen man drehen kann, Verbesserungen im Detail, die das deutsche Sicherheitsgebäude stabilisieren können.

Wie im Fall der Telekommunikationsüberwachung: Anfang November 2016 formulierten alle Generalstaatsanwälte der Länder sowie der Generalbundesanwalt einen gemeinsamen Beschluss – Fahnder sollten künftig verschlüsselte Kommunikation genauso abhören dürfen wie unverschlüsselte, also übliche Telefonate oder SMS. Nur noch „in weniger als 15 Prozent aller Fälle“ würden diese ausschließlich genutzt, teilten die Ermittler mit, die meisten Nutzer wichen zumindest teilweise auf ver-

schlüsselte Dienste wie WhatsApp aus. Diese können die Behörden aber nur mit einem Trojaner knacken, dafür fordern sie eine eigene Rechtsgrundlage.

Bislang wurde ihnen diese verwehrt, nun wollen zum Beispiel die SPD-Innenexperten die Forderung in ihre Positionspapiere nehmen.

Die Spürhunde der Bundespolizei sind ein weiteres Beispiel. Aus Spargründen gibt es nicht so viele Hunde wie geplant. Die Sollstärke von 635 Diensthunden wird seit zehn Jahren nicht erreicht. Derzeit ist geplant, sie zu senken. Die Spürhunde bekämpfen Terror. Sie können einen bei IS-Attentätern beliebten Sprengstoff erschnüffeln. Das Training für die Hunde stellte die Bundespolizei im Jahr 2008 mangels Bedarf ein. Erst im vergangenen Jahr wurde es wieder eingeführt. Deshalb gibt es heute in Deutschland zu wenige

19./20. Juli 2016

Eine Arbeitsgruppe im GTAZ beschäftigt sich mit Amri, sieht aber „keine akute Gefährdungslage in gerichtsverwertbarer Form“.

30. Juli 2016

Amri wird in Friedrichshafen aufgegriffen und festgesetzt. Nach Rücksprache mit der Ausländerbehörde Kleve kommt er nach wenigen Tagen wieder auf freien Fuß.

19. Dezember 2016

Amri verübt den Terroranschlag an der Berliner Gedächtniskirche und wird vier Tage später bei Mailand von der Polizei erschossen.



HENNING SCHACHT / BERLINPRESSPHOTO

Sicherheitspolitiker Merkel, de Maizière*: „Teilweise Blindflug der Behörden“

Hunde, die versteckte Bomben entdecken können.

Mindestens drei unterschiedliche sicherheitspolitische Ansätze beschäftigen nun die Große Koalition, das CDU-Papier von de Maizière, die SPD-Analyse von Gabriel und die Forderungen der CSU. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass keiner von ihnen eine passgenaue Antwort auf die Fehler im Fall Amri liefert.

Trotzdem stellt de Maizière in seinem Aufsatz berechtigte Fragen: Warum ist der Bund verantwortlich für das Bearbeiten von Asylanträgen, nicht aber fürs Abschieben, wenn der Antrag abgelehnt wird? Darum kümmern sich die Länder. De Maizière will das ändern. Viele Experten stimmen dem zu, genauso der Idee, Ausreisezentren an den Flughäfen zu errichten.

Weil die Länder selbst entscheiden, welche Kooperationen sie eingehen, zerfasert die Terrorbekämpfung. Deshalb konnte das Bundesamt für Verfassungsschutz im vergangenen Jahr nicht die genaue Zahl des „islamistisch-terroristischen Personenpotenzials“ benennen. Die Zahlen seien nicht belastbar, heißt es in einem vertraulichen Papier, da einige Landesämter aus der gleichnamigen Arbeitsgemeinschaft ausgeschieden waren. Es klingt fast so, als würden zwei Feuerwehrleute aus dem Löschzug springen, kurz bevor dieser den Brand erreicht. Weil sie plötzlich keine Lust mehr haben, den Brand zu löschen.

Hört man solche Beispiele, drängt sich der Gedanke einer zentralen Steuerung der Sicherheitsbehörden auf. Schwerwiegende Pannen der Vergangenheit passierten, weil Behörden sich nicht absprachen, weil sie gegeneinander arbeiteten oder schlicht überfordert waren.

Wäre eine starke Bundespolizei die Lösung? Mit einem Verfassungsschutz, der zentral gesteuert wird? In dem es keine Probleme mit inkompatiblen Datenbanken gibt, in dem von oben nach unten regiert werden kann, schnell und effizient, wie es

**Merkel fand, dass
de Maizière zu
wenig Profil zeigte,
um konservative CDU-
Leute zu befrieden.**

in extremen Lagen sein muss? Auch wenn die Gedanken nachvollziehbar sind, wohin führen sie? Wozu braucht man am Ende noch die Landeskriminalämter? Wozu die föderalistische Struktur? Und wo bleibt der historische Auftrag, in Deutschland nie wieder eine Polizei zu ermöglichen, die von Staatsfeinden unterwandert und schließlich missbraucht werden kann? Der Föderalismus ist zugleich ein Garant für gegenseitige Kontrolle. Auch dies sichert eine wehrhafte Demokratie. An Frankreich kann man sehen, dass eine zentralistische Exekutive kein Garant dafür ist, Anschläge zu verhindern.

Angela Merkel hat den Forderungskatalog ihres Ministers begrüßt. Sie hatte die

Maizières gegen Kritik stets in Schutz genommen. Aber auch sie fand, dass er in der sicherheitspolitischen Diskussion zu wenig Profil zeigte, um den konservativen Flügel der Union zu befrieden.

De Maizière hat es bisher abgelehnt, sich durch öffentlichkeitswirksame Forderungen zu profilieren. Vor allem in der CSU, aber auch in Teilen der eigenen Partei ist ihm dies wiederholt vorgeworfen worden. In der Union gilt es als ausgemacht, dass CSU-Chef Horst Seehofer nach der Bundestagswahl den Posten des Innensenministers für seine Partei beansprucht. Mit dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann hätte er einen konservativen Kandidaten.

De Maizière weiß, dass sein Amt auf dem Spiel steht. Er hat stets gesagt, er halte nichts von Schnellschüssen; er wolle lieber in vertraulichen Gesprächen mit der SPD seine Positionen durchsetzen, statt Maximalforderungen aufzustellen, die er dann doch würde kassieren müssen.

Dieses Risiko geht er nun doch ein. Den Beitrag für die „FAZ“ hat er zum großen Teil selbst geschrieben. Er wusste, welchen Widerstand er damit auslösen würde. „Er will sich nicht mehr herumschubsen lassen“, sagt ein führender CDU-Innenpolitiker. De Maizière findet sein Konzept nicht nur in der Sache sinnvoll, sondern hält es auch für die richtige Antwort auf die Stimmung in der Bevölkerung. Er glaubt, mit den üblichen Gesetzesverschärfungen sei es nicht getan, es brauchte eine neue Struktur.

Allein in den ersten zehn Jahren nach 9/11 wurde in Deutschland ein Dutzend neue Sicherheitsgesetze verabschiedet. Sie stellten die Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung unter Strafe, begründeten Anti-Terror-Dateien und weichten den Datenschutz auf. Dann die Vorratsdatenspeicherung, zuletzt das Verbot, ohne Ausweis eine Sim-Karte zu kaufen. Im Einzelnen ist alles nicht weltbewegend, und doch geht in der Summe ein Stück Freiheit verloren.

Außerdem ist unklar, ob schärfere Gesetze überhaupt wirken. Ob sie abschrecken oder tatsächlich helfen, Anschläge zu vereiteln. „Bei manchen Dingen, die man so großartig preist, würde nach genauem Hinsehen herauskommen, dass sie nicht so viel gebracht haben“, sagt die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). Sie fragt sich, wohin die Entwicklung führt. „Am Ende bleiben nur noch Folter und die anlasslose Überwachung aller Bürger – das kann es doch wohl nicht sein. Bürgerrechte spielen fast gar keine Rolle mehr.“

Die Bundesrepublik erlebte in ihrer Geschichte Phasen der Liberalisierung, und sie erlebte Phasen der Entliberalisierung, wie nun wieder eine beginnt. Dennoch stoßen de Maizières Vorschläge selbst in kon-

* Mit Bundesverfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maassen (l.) am 26. April 2016 im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum in Berlin.

servativen Kreisen nicht auf Begeisterung. Im bayerischen Innenministerium wurde vor Wut gebrüllt. In der CSU sah man die eigene Sicherheitspolitik übertrumpft, obendrein mit der Idee, das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz abzuschaffen. Erstmals seit Langem sahen CSU-Chef Horst Seehofer und seine Leute ihre traditionelle Hoheit über die Sicherheitsdebatte schwinden.

Neun Monate vor der Bundestagswahl stehen die Koalitionspartner vor grundsätzlichen Entscheidungen. Sie müssen klären, ob sie den Staat, den deutschen Föderalismus, die Arbeit des Sicherheitsapparats grundsätzlich reformieren wollen.

Oder sie setzen auf viele kleine Veränderungen und stellen für den Anfang erst mal den oft überlasteten Behörden mehr Geld und Personal zur Verfügung.

Beide Varianten können den Schutz des Landes vielleicht verbessern, aber letztlich nicht hundertprozentig garantieren. Vor allem der erste Weg würde das Bedürfnis vieler Bürger nach schnellen, einfachen Antworten befriedigen. Die Versuchung für die Politik ist groß.

Es gibt ein anderes Strategiepapier zur inneren Sicherheit, das in der Aufregung um den Vorstoß von de Maizière fast unterging. Sigmar Gabriel hat auf sieben Seiten seine Gedanken aufgeschrieben, vieles kam überraschend für die SPD.

Auch er fordert einen starken Staat und härtere Gesetze – aber dazu auch mehr Prävention und mehr Jugend- und Sozialarbeit in den Flüchtlingsheimen; und er schlägt eine Initiative namens Free Europe Network vor, die in den sozialen Netzwerken der dschihadistischen Propaganda entgegenwirken soll. „Den ‚home-grown‘ Terrorismus besiegen wir nicht allein mit dem Strafrecht“, sagt der SPD-Chef dem SPIEGEL. Eine wehrhafte Demokratie braucht eben auch weiche Faktoren, damit sie funktioniert.

Doch die Debatte läuft vorerst in eine andere Richtung. Aufgeschreckt vom Papier des Koalitionspartners, trafen sich am Mittwochabend mehrere Innenminister und Bundestagsabgeordnete der SPD mit Justizminister Heiko Maas. Für ein Positionspapier zur inneren Sicherheit wurden erste Eckpunkte verabredet, darunter: die Verschärfung des Aufenthaltsgegesetzes, spezielle Erstaufnahmecentren für Flüchtlinge, deren Identität nicht geklärt ist, elektronische Fußfesseln für Gefährder.

Es ist nicht die Zeit für leise Töne.

Melanie Amann, Maik Baumgärtner, Hubert Gude, Dietmar Hipp, Frank Hornig, Martin Knobbe, Ralf Neukirch, Conny Neumann, Sven Röbel, Jörg Schindler, Fidelius Schmid, Andreas Ulrich



Video:
Was de Maizière plant

spiegel.de/sp022017staat
oder in der App DER SPIEGEL

7x für
7€

DER SPIEGEL

Nr. 46 / 12.11.2016
Deutschland € 4,90
4-1190709-704993-46

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

SEIT 1947
Keine Angst vor der Wahrheit

Exklusiv-Angebot
zum Jubiläum

Über 70 %
sparen

DAS ENDE DER WELT

**7x testen für nur 7€:
Sparen Sie pro Heft
über 70%!**

Ja, ich möchte 7x den SPIEGEL für nur 7€ frei Haus testen und über 70% sparen. Dieses einmalige Jubiläums-Angebot gilt **nur bis 31.3.2017**.

Gleich bestellen:



040 3007-2700



abo.spiegel.de/7fuer7

Im Minenfeld

Innere Sicherheit Der Anschlag von Berlin setzt die SPD-Innenminister von Nordrhein-Westfalen und Berlin unter Druck. Wie ihre Partei im Wahljahr abschneidet, liegt auch in ihren Händen.

Andreas Geisel saß mit anderen Politikern in der Berliner Kneipe „Zur letzten Instanz“, als sein Handy bimmelte. Wir haben ein Problem, sagte der Anrufer, ein Laster ist in einen Weihnachtsmarkt gerast. Es war der 19. Dezember, kurz nach acht. Und Geisel ahnte, dass die 100-Tage-Schonfrist, die man einem Amtsneuling für gewöhnlich einräumt, gerade auf elf Tage zusammengeschmurrte war.

Ralf Jäger war im Skitururlaub in Österreich, als er von seinen Leuten darüber informiert wurde, dass in Berlin vermutlich ein Anschlag verübt worden war. Noch am selben Abend fuhr er zurück nach Düsseldorf. Er ahnte nicht, wie sehr er selbst in den Sog der Ereignisse geraten würde.

Bis zu jenem 19. Dezember verband Andreas Geisel und Ralf Jäger wenig miteinander. Geisel, 50, ist der neue Innenminister von Berlin, Jäger, 55, der alte Innenminister von Nordrhein-Westfalen. Ostberliner der eine, Duisburger der andere. Bullig der eine, drahtig der andere. Union-Fan der eine, MSV-Fan der andere. Beide mit Aufstieghoffnungen. Sie sind in derselben Partei, der SPD, aber bis vor wenigen Tagen kannten sie sich noch nicht einmal persönlich.

Seitdem jedoch klar ist, dass der Attentäter vom Breitscheidplatz zwischen Nordrhein-Westfalen und der Hauptstadt hin und her pendelte, haben Geisel und Jäger ein gemeinsames Problem. Sie müssen erklären, was nach der Lage der Dinge schwer erkläbar ist: wie ein krimineller Asylbewerber, den diverse Behörden monatelang überwachten, einfach so vom Radar verschwinden konnte, um kurz darauf den verheerendsten islamistischen Terrorakt auf deutschem Boden zu verüben.

Sie müssen sich nach einer Serie behördlicher Fehleinschätzungen und Versäumnisse die Frage nach der politischen Verantwortung gefallen lassen. Und zudem müssen sie am Beginn dieses Wahljahres beweisen, dass sich auch die Sozialdemokratie auf das Geschäft mit der inneren Sicherheit versteht.

Ralf Jäger ist genervt, als er sich am Dienstag dieser Woche in seinen Ledersessel im Ministerium plumpsen lässt. Es ist ein Tag, an dem Nordrhein-Westfalen wieder nur ein Thema kennt: Silvester in Köln. Ein Jahr nachdem es Hunderte sexuelle Übergriffe am Kölner Hauptbahnhof auf Frauen gab und Jägers Polizei Versagen vorgeworfen wurde, steht sie nun wieder in der Kritik – diesmal, weil sie

Hunderte Männer nur aufgrund ihres „nordafrikanischen“ Aussehens kontrolliert habe. Die Polizei bestreitet das.

Jäger zieht die Mundwinkel nach unten. Die Kritik an einer Polizei, die gut gearbeitet habe, findet er ungerechtfertigt, wie so vieles in diesen Tagen: die Schuldzuweisungen gegen Nordrhein-Westfalen, wo der Berliner Attentäter Anis Amri offiziell gemeldet war; das Vorpreschen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), der nun mal eben die deutsche Sicherheitsarchitektur auf den Kopf stellen will; die Besserwisserei derjenigen, die jetzt bereits die Lehren aus dem Fall Amri kennen, obwohl die Aufklärung erst begonnen hat.

In Nordrhein-Westfalen wird im Mai gewählt. Die Frage, ob sich die SPD für die Bundestagswahl nennenswerte Hoffnungen machen darf, wird dort vorentschieden. Jäger ist deshalb schon seit Monaten auch Gejagter. CDU und FDP arbeiten sich genüsslich am Innenminister ab. Seit sechseinhalb Jahren ist er bereits im Amt, seit einem Jahr steht er im Feuer. Er bekommt Hassmails von Bürgern, die er an die Staatsanwaltschaft weiterleitet. All das ist ihm zur Routine geworden.

Jäger macht sich keine Illusionen über die wachsende Bedrohung. Nirgendwo in Deutschland gibt es so viele Islamisten wie in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland. 2012 scheiterte

ein Anschlag auf den Bonner Hauptbahnhof womöglich nur, weil ein paar junge Leute gegen die Tasche mit der Bombe traten und so den Zünder kaputt machten. 2016 zündeten zwei Teenager eine Bombe vor einem Sikh-Tempel in Essen.

Jäger hat all die Debatten, die daraus folgten, überstanden, bisher auch den Untersuchungsausschuss zu den Silvesterübergriffen. Gilt das auch für den Fall Amri? „Ich habe immer gesagt: Wenn es zu einem Anschlag kommt, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass es jemand ist, den wir schon kennen“, erzählt er.

Nur: Die Behörden in NRW kannten Amri sogar sehr gut. Die Staatsanwaltschaft Duisburg ermittelte wegen Sozialbetrugs gegen ihn. Das Landeskriminalamt hörte ihn zeitweise ab. Seine Freilassung aus der JVA Ravensburg in Baden-Württemberg verantwortete die Ausländerbehörde in Kleve. Jäger aber will nicht von Pannen sprechen. „Im Nachhinein betrachtet waren einige der Entscheidungen falsch. Aber zum damaligen Zeitpunkt und mit dem damals verfügbaren Informationsstand waren sie nicht anders zu treffen.“

Und warum hatte es keine Konsequenzen, dass Amri, anders als vom Aufenthaltsgesetz vorgesehen, nicht in NRW blieb? Weil es so einfach nicht sei, sagt Jäger. Er hat sich das Beispiel von Sami A. heraussuchen lassen, einem mutmaßlichen Vertrauten von Osama Bin Laden. A., wie



NRW-Innenminister Jäger: „Einige der Entscheidungen waren falsch“



ROLF KREMMLING

Innensenator Geisel: „Berlin nicht in eine Festung verwandeln“

Amri ein Tunesier, lebt seit Jahren in Deutschland, die Behörden möchten ihn abschieben. Aber sie werden ihn nicht los. Weil er mehrfach gegen das Aufenthaltsgesetz verstoßen hat, brachten sie ihn sogar vor Gericht. Dort wurde er zu 60 Tagessätzen zu je zehn Euro verurteilt. In Haft kam A. nicht, obwohl er als Gefährder gilt.

Jäger hört den anschwellenden Chorgesang derer, die einen Schuldigen suchen. Er weiß, dass im Refrain sein Name genannt wird. Vielleicht hat er sich auch deshalb zwei Tage nach dem Anschlag von Berlin zu einem ungewöhnlichen Schritt entschlossen: Am Nachmittag, als gerade durchsickerte, dass Amri und damit ein alter Bekannter der Behörden gesucht wird, trat Jäger vor die Presse. Er beteuerte, seine Behörden hätten Erkenntnisse an den Generalbundesanwalt in Karlsruhe weitergeleitet. Dieser habe den Vorgang an Berlin abgegeben. Das klang, für alle zum Mitschreiben, so: Wir haben nichts falsch gemacht – wenn überhaupt, sind die Fehler woanders zu suchen.

In Berlin? Andreas Geisel wurde vom Seitenhieb seines Düsseldorfer Kollegen kalt erwischt. Sein Vorteil: Darin hatte er schon allerhand Übung. Seitdem Geisel am 8. Dezember seinen Amtseid geleistet hat, lernt er das Geschäft des Innensenators quasi im Zeitraffer kennen. Am Tag der Vereidigung wurde der Fall des sogenannten U-Bahn-Treters per Video publik, der im Bahnhof Hermannstraße eine Frau verletzt hatte. Er machte bundesweit Schlagzeilen. Elf Tage später musste Geisel dann am Breitscheidplatz vor laufenden Kameras Worte für das Unsagbare suchen. Er fand diese: „Eine Stadt in Angst hilft niemandem.“ Als dann an Weihnachten sieben junge Flüchtlinge dabei gefilmt wurden, wie sie einen Obdachlosen anzünden wollten, war erneut Geisel gefragt. So wie an jedem Tag, der seither vergangen ist.

Freunde wie Gegner bescheinigen dem Senator heute, dass er in den ersten Wo-

chen seiner Amtszeit praktisch keinen Fehler gemacht habe – in Berlin eine der höchsten Auszeichnungen, die man im politischen Betrieb erhalten kann. Dabei kam er eher notgedrungen auf den Posten. Nach der Wahl teilten Linke und Grüne das von ihm geführte Superressort für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Verkehr und Umwelt untereinander auf. Für Geisel, einen engen Weggefährten von Bürgermeister Michael Müller, musste trotz Filzvorwürfen etwas Neues gefunden werden. Da traf es sich gut, dass die beiden kleineren Koalitionspartner der SPD gern das Amt des Innensenators überließen.

Anders als Jäger kann Geisel der Aufklärung des Falls Amri halbwegs gelassen

Der Senator aus Berlin wurde von dem Seitenhieb seines Düsseldorfer Kollegen kalt erwischt.

entgegenblicken – die Gnade des späten Amtsantritts. Dass sein Düsseldorfer Amtskollege, bei völlig unklarer Sachlage, den schwarzen Peter von sich wegschob, wurnte ihn gleichwohl. Geisel reagierte auf seine Weise. Im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses ließ er seinen Staatssekretär beteuern: Nordrhein-Westfalens Polizei sei in Sachen Amri federführend gewesen, Nordrhein-Westfalens Behörden wiederum hätten sich „dringlich um eine Abschiebung des Amri kümmern“ sollen.

Andererseits gilt: Es waren die Berliner, die die Überwachung Amris am 21. September einstellten. Und das womöglich auch deshalb, weil Berlin nur eines von wenigen Ländern ist, die der Polizei untersagen, die Telekommunikation von Verdächtigen zur Gefahrenabwehr abzuhören.

Ein anderes ist – ausgerechnet – Nordrhein-Westfalen.

Geisel will nicht ausschließen, dass in Berlin Fehler gemacht wurden. Aber bevor er das nicht sicher weiß, will er niemanden be- oder entschuldigen. Er hält wenig vom Vorstoß des Bundesinnenministers, den er beim Trauergottesdienst für die Toten von Berlin persönlich kennenlernte. Damals habe er „einen guten Eindruck“ von de Maizière gehabt: „Mir hat gefallen, dass er vor Schnellschüssen warnte und erst einmal den Sachverhalt aufarbeiten wollte.“ Umso verbüffter war er von de Maizières Forderungskatalog: „Ich glaube nicht, dass eine bundesweite Superbehörde die Lösung aller Probleme wäre.“

Der Neuling nimmt sich auch in diesen hektischen Tagen nach dem Anschlag ein selten gewordenes Privileg heraus: nachdenklich zu sein. Er sagt: „Unser Alltagsleben zu verändern und Berlin in eine Festung zu verwandeln, das hielt ich für die falsche Antwort.“ Er sagt: „Auch die Reaktionen der US-Regierung nach 9/11 haben das Land ja nicht sicherer gemacht – aber die Paranoia ist gestiegen.“ Er sagt: „Ja, jetzt war ein Flüchtling der Täter. Aber deswegen pauschal alle 60 000 Flüchtlinge in Berlin unter Generalverdacht zu stellen ist falsch und gefährlich.“ In seinem Büro stehen die Bibel und der Koran direkt nebeneinander. Seine Haltung hat ihm inzwischen zahllose Hasskommentare auf seiner Facebook-Seite beschert.

Lässt sich das durchhalten? Ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen ist auch die Berliner Landespolitik in diesem Wahljahr 2017 mehr als eine regionale Angelegenheit. In der Hauptstadt reagiert erstmals eine rot-rot-grüne Koalition, die viele als Testfall für den Bund betrachten. Schon vor dem Anschlag höhnten Politiker und Journalisten über die Berliner Laschmänner, die in der Sicherheitspolitik auf Vorbeugung statt Härte setzen wollen.

Geisels Balanceakt im Minenfeld der Innenpolitik hat eben erst begonnen. Er hat nach dem Anschlag ein „Präventions- und Sicherheitspaket“ schnüren lassen. Auch er will nun einen strikteren Umgang mit Gefährdern und zusätzliche Videokameras, „temporär an besonders kriminalitätsbelasteten Orten in Berlin“. Andererseits sagt er: „Vielleicht bringen mehr Jugend- und Freizeiteinrichtungen mit genügend Sozialarbeitern mehr als Videokameras.“ Noch ist nicht ausgemacht, ob Geisel sein Amt verändern wird. Oder das Amt ihn.

Für Geisel und erst recht für Ralf Jäger gilt: Nach den fragwürdigen Behördenentscheidungen im Fall Amri stehen beide unter besonderer Beobachtung: der Bürger, der Medien – und ihrer Partei. Viele Fehler werden sie sich in den kommenden Wochen nicht leisten können.

Jörg Schindler, Fidelius Schmid

ICE in Frankfurt am Main



MARC STEFFEN UNGER

Terror

Belgien darf Züge kontrollieren

EU-Sicherheitskommissar spricht von „legitimem Anliegen“, Bahn zweifelt an Umsetzbarkeit.

Die EU-Kommission lässt Belgien mit seinen Plänen gewähren, künftig die Personalien von Reisenden in internationalen Zügen aufzunehmen. „Das ist ein legitimes Anliegen“, sagte der für Sicherheitsfragen zuständige EU-Kommissar Julian King bei der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kloster Seeon. Allerdings ließ King laut Teilnehmern Zweifel erkennen, ob das Vorhaben praktisch umsetzbar sei. Belgien hatte kurz vor Jahresende ein Gesetz beschlossen, wonach Bahnreisende in internationalen Zügen künftig ähnlich wie beim Kauf von Flugzeugtickets persönliche Daten angeben müssen. Der spontane Ticketkauf etwa für den Zug von

Köln nach Paris wäre dann nicht mehr möglich. Auch die EU-Innenexpertin Monika Hohlmeier lehnt die belgischen Pläne nicht rundweg ab. Sie seien jedoch nur bei „Fernbusen und Fernzügen realistisch“. Auf Kritik stößt der Schritt bei der Deutschen Bahn. Das Vorhaben hätte „weitreichende Auswirkungen auf den Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland und Belgien und könnte die Freizügigkeit unserer Kunden infrage stellen“, sagte ein Konzernsprecher. Hintergrund des Vorstoßes ist, dass mehrmals Terroristen mit dem Zug über mehrere europäische Landesgrenzen geflüchtet waren, ohne dass sie kontrolliert wurden. böl, mp

Teilzeitgesetz Union stellt Bedingungen

Die Union stellt ihre Zustimmung zur geplanten Reform des Teilzeitgesetzes von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) unter Vorbehalt. „Da dies neue bürokrati-

sche Regeln schafft, muss Frau Nahles einen Vorschlag machen, wo an anderer Stelle Bürokratie reduziert werden kann“, sagt Volker Kauder, Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nahles hatte einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem Beschäftigte, die befristet in Teilzeit arbeiten

wollen, im Anschluss zu ihrer vollen Stundenzahl zurückkehren dürfen. „Mir wäre es lieber, die Tarifparteien würden sich im Interesse der Frauen auf eine Regelung einigen. Wenn das nicht möglich ist, müssen wir es gesetzlich regeln“, sagte Kauder. Das Vorhaben steht zwar im

Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, stößt aber im Wirtschaftsflügel der Union auf Ablehnung. „Gerade für mittelständische Unternehmen ist es eine brandgefährliche Belastung“, sagt Christian Freiherr von Stetten, Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand. ran, cos

Strafanzeige

Vorwürfe gegen Kai Diekmann

Kai Diekmann, Noch-Herausgeber der Bild-Gruppe, muss sich gegen den Vorwurf des sexuellen Übergriffs wehren. Nach Informationen des SPIEGEL wirft ihm eine Mitarbeiterin des Unternehmens vor, sie nach einer Klausurtagung in Potsdam im Sommer beim Baden belästigt zu haben. Die dortige Staatsanwaltschaft bestätigte eine Strafanzeige und Ermittlungen in dieser Sache. Bei Springer hieß es, man kenne den Vorwurf, die Mitarbeiterin habe sich unmittelbar nach dem angeblichen Übergriff an das Unternehmen gewandt. Daraufhin habe man den Fall mithilfe externer Rechtsexperten eingehend untersucht, habe aber mit

den zur Verfügung stehenden Mitteln kein strafbares Verhalten feststellen können. Um den Vorwurf aber rechtsverbindlich klären zu lassen, habe man die Erkenntnisse mit dem Einverständnis Diekmanns an die Staatsanwaltschaft gegeben. Die Anzeige der Mitarbeiterin sei unmittelbar danach erfolgt. Diekmann bestreitet den Vorwurf.

Ende 2016 hatte der langjährige „Bild“-Chefredakteur bekannt gegeben, den Springer-Konzern zu Ende Januar zu verlassen. Mit den jetzt bekannt gewordenen Vorwürfen habe das Ausscheiden aber nichts zu tun, die Entscheidung dazu sei vor über einem Jahr gefallen, heißt es aus dem Unternehmen. Die Vorwürfe hätten den geplanten Abschied allenfalls beschleunigt. red



Diekmann

DANIEL BISKUP / LAIF

Parteien

Millionen für AfD-nahe Stiftungen?

Nach juristischen und politischen Streitereien hat die AfD im dritten Anlauf ihre „Desiderius-Erasmus-Stiftung“ auf den Weg gebracht. Für die parteinahen Stiftungen, die politische Schulungen und eine Begab-

tenförderung anbieten soll, erhofft die AfD sich je nach Wahlerfolg staatliche Zuschüsse von bis zu 80 Millionen Euro im Jahr. Insgesamt beträgt der Fördertopf für politische Stiftungen auf Bundesebene knapp 500 Millionen Euro. Konflikte um Personalien überschatteten die Sitzung zur Neugründung am

10. Dezember 2016 in Frankfurt am Main. Alter und neuer Stiftungsvorsitzender ist AfD-Gründungsvorstand Konrad Adam. Die Partei will zudem Landesstiftungen gründen. In Alexander Gaulands Verband ist dies mit der „Erasmus-Stiftung Brandenburg“ schon geschehen. Das Vermögen der Stiftung solle im Falle der

Auflösung an die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft fallen. In Brandenburg spekuliert die AfD auf staatliche Mittel von mehr als 85 000 Euro im Jahr. Für 2016 habe man aber nur etwa 34 000 Euro erhalten. Weitere Landesstiftungen sind nach AfD-Angaben in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen geplant. ama, sve

„Islamischer Staat“ Bei Facebook rekrutiert

Der „Islamische Staat“ wirbt geflüchtete Syrer offenbar systematisch über soziale Netzwerke für Anschläge an. Darauf deuten die Aussagen eines an Silvester in Saarbrücken festgenommenen Terrorverdächtigen hin. Hasan A., ein Flüchtling, der seit zwei Jahren in Deutschland lebt, sagte in seiner Vernehmung, ein IS-Anwerber habe ihn über Facebook angesprochen. Als er Interesse äußerte, seien ihm weitere IS-Kontakte vermittelt worden. Ein wohl dem IS zugehöriger Rekrutierer aus Rakka forderte über

den Messenger-Dienst Telegram einen Identitätsnachweis von dem Syrer. Laut Haftbefehl schickte dieser daraufhin im Dezember Fotos seiner AOK-Krankenkassenkarte und seiner Registrierung als Asylbewerber.

Den Ermittlungen zufolge bat Hasan A. seinen Chatpartner um 180 000 Euro zur Finanzierung der Anschläge. Dabei sollten mit Sprengstoff präparierte und als Streifenwagen umlackierte Fahrzeuge in fünf Städten eingesetzt werden. Noch bevor er eine Antwort erhielt, wurde der Syrer in einer Saarbrücker Wohnung festgenommen. Der entscheidende Hinweis kam laut Haftbefehl von ei-

nem Informanten, der kurz vor Silvester an das Bundeskriminalamt herangetreten war. Er stellte der Behörde



Festgenommener Hasan A.

Chats des 38-Jährigen zur Verfügung.

In seiner Vernehmung bestritt Hasan A. den Anschlagsplan. Sein Rechtsanwalt Marius Müller sagte, sein Mandant habe die Absicht lediglich vorgetäuscht, um an Geld zu gelangen und damit unter anderem seinen kranken Vater in Damaskus zu unterstützen. Die Behörden haben erhebliche Zweifel an dieser Darstellung. In der Wohnung fanden sie eine Preisliste für Autos, die Fahnder als Indiz für eine tatsächliche Anschlagsvorbereitung werten. jdl, rol

Mehr zu dem Thema am Sonntag, 8. Januar, 22.05 Uhr im SPIEGEL TV Magazin auf RTL.

Migration „Rechtsnationales Gedankengut“



NICOLAS BOUVY / DPA
Europas dienstältester Außenminister, Luxemburgs **Jean Asselborn**, 67, über die harte Linie seines österreichischen Kollegen Sebastian Kurz in der Flüchtlingspolitik

SPIEGEL: Herr Asselborn, Ihr österreichischer Kollege hat vorgeschlagen (**SPIEGEL** 1/2017), Flüchtlinge im Mittelmeer aufzugreifen und auf eine Insel außerhalb Europas abzuschieben. Was halten Sie davon?

Asselborn: Gar nichts. Die Idee, eine Insel außerhalb der EU zu mieten, um dort Flüchtlinge aus Syrien, Irak oder Libyen einzupferchen, gehört für mich zum rechtsnationalen Gedankengut.

SPIEGEL: Kurz kritisiert die unter Luxemburger Vorsitz beschlossene Quote, mit der Flüchtlinge innerhalb der EU verteilt werden sollen.

Asselborn: Das ist eine Verbeugung vor den Zerstörern Europas. Ein besserer Grenzschutz funktioniert nur, wenn die EU-Mitgliedstaaten die Flüchtlinge fair untereinander aufteilen.

SPIEGEL: Außerdem sei Kanzlerin Merkels „Einladungspolitik“ falsch gewesen, sagt der Kollege aus Wien.

Asselborn: Die EU darf keine Festung der Gleichgültigkeit sein, wenn verfolgte Menschen an ihre Tür klopfen. Merkels Willkommenskultur war richtig. Hätte Deutschland seine Grenze geschlossen, wären überall auf dem Balkan ungarische Zustände ausgebrochen. Dass Kurz auch noch stolz darauf ist, die Flüchtlinge nicht am Wiener Westbahnhof begrüßt zu haben, finde ich befreidlich.

SPIEGEL: Kurz sagt auch, unter vier Augen würden die meisten EU-Kollegen einen EU-Beitritt der Türkei ausschließen.

Asselborn: Aus Sicht der 54 Augen der anderen 27 Außenminister ist diese Darstellung gewagt. Wir alle kritisieren das undemokratische Vorgehen der Regierung Erdogan. Aber bis auf den österreichischen Außenminister wollen die anderen EU-Mitglieder den Verhandlungsprozess nicht von uns aus abbrechen, um den Millionen Türken zu helfen, die an die EU glauben.

SPIEGEL: Steht die EU 60 Jahre nach den Römischen Verträgen vor der Spaltung?

Asselborn: Diese Gefahr kann man abwenden. In der Flüchtlingspolitik gibt es eine Logik von rechts und eine von links: Blinde Abschottung oder geregelte Menschlichkeit. Wenn sich Letztere durchsetzt, wird die EU überleben. csc

EU-Parlamentsgebäude
in Straßburg



FIONLINE

Siedlungsbau EU-Parlament kritisiert Israel

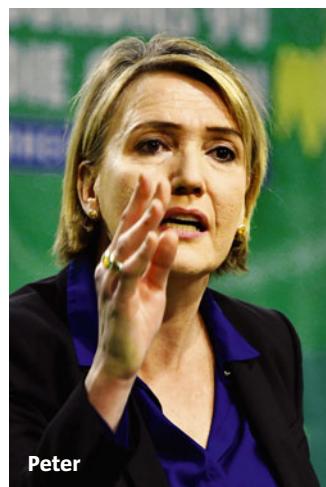
Das Europäische Parlament will sich in der Nahostpolitik hinter den Uno-Sicherheitsrat stellen und dessen kritische Resolution zum israelischen Siedlungsbau in den kommenden Wochen durch eine eigene Entschließung bekräftigen. „Der Sicherheitsrat hat viel zu lange gebraucht, aber am Ende eine richtige Entscheidung getroffen“, sagt der SPD-Außenpolitiker Knut Fleckenstein. Unter seinen Kollegen rechnet er mit einer breiten Mehrheit. „Das sollte Herrn

Netanyahu und seinen Leuten zu denken geben: Eine so breite Mehrheit kommt nicht nur durch die Stimmen der eingefleischten Israel-Gegner zustande.“

Der Chef des Auswärtigen Ausschusses, Elmar Brok (CDU) signalisiert seine Unterstützung, allerdings werde man „darauf pochen, dass auch die Gewalt von Seiten der Palästinenser endlich aufhören muss“. Der Uno-Sicherheitsrat hatte kurz vor Weihnachten die israelische Siedlungspolitik verurteilt und den Stopp der Siedlungsaktivitäten im Westjordanland und in Ostjerusalem verlangt. mp

Grüne Unmut über Parteichefin Peter

Grünenchefin Simone Peter steht wegen ihrer Äußerungen zur Kölner Silvesterparty in den eigenen Reihen unter Druck. In einer Telefonkonferenz forderten die Partei- und Fraktionsspitzen Peter diese Woche auf, aus „ihrem Fehler zu lernen“. Man habe ihr gesagt, dass „so etwas nicht noch einmal passieren darf“, berichtet ein Teilnehmer. Peter hatte unter Bezug auf den Kölner Poli-



HARALD TITTEL / DPA

zeieinsatz an Silvester die Frage gestellt, ob es verhältnis- und rechtmäßig sei, „wenn insgesamt knapp tausend Personen allein aufgrund ihres Aussehens überprüft und teilweise festgesetzt wurden“. Zwar dürfe man immer Fragen stellen, doch der Eindruck, der durch ihre Äußerungen entstanden ist, sei „fatal“ gewesen, berichten Teilnehmer der Konferenz. Peter habe auf die Ermahnung trotzig reagiert, heißt es. Das sorgt für Unverständnis bei Parteidemanden: Peters „vorschnelle Reaktion

hat den ganzen Laden in Bedrängnis gebracht“, kritisiert einer aus der Fraktionsspitze. Montag und Dienstag seien so viele kritische Briefe, Mails und Anrufe in der Geschäftsstelle der Grünen eingegangen wie seit drei Jahren nicht mehr. Peter sei Anfang der Woche als Vorsitzende „fast zum Abschluss freigegeben“ worden, heißt es. Sie habe „Glück“ gehabt, dass die „Bild“-Zeitung nun eine Kampagne gegen sie fahre, das sorge für Solidarität und geschlossene Reihen bei den Grünen. akm

Die richtige Immobilie.

Deutsche Bank Baufinanzierung¹

0,89%

effektiver Jahreszins

Nettendarlehensbetrag	100.000 EUR
Fester Sollzinssatz p. a.	0,89 %
Laufzeit	30 Jahre
Sollzinsbindung	5 Jahre
Anfängliche monatliche Rate	317,39 EUR
Anzahl der Raten	360
Zu zahlender Gesamtbetrag	113.973,92 EUR
Effektiver Jahreszins	0,89 %

Jetzt auch online!

Und die passende Beratung
von meiner Bank.

Nutzen Sie attraktive Konditionen und unsere umfassende Finanzierungsberatung. Sprechen Sie jetzt mit uns in einer unserer Filialen oder schließen Sie direkt online ab unter deutsche-bank.de/baafi

Unser Wissen für Ihr Vermögen.

¹ Repräsentatives Beispiel für die Finanzierung des Erwerbs von Immobilien (mit monatlicher Tilgung); Stand: 01.12.2016. Finanzierungsbedarf bis max. 50% des Kaufpreises, nur für Neugeschäft. Bonität vorausgesetzt. Verbraucherdarlehen für Immobilien sind durch die Eintragung einer Grundschuld besichert. Im Zusammenhang mit der Finanzierung fallen zusätzliche Kosten an. Zum Beispiel Notarkosten für die Grundbucheintragung sowie Kosten für die Gebäudeversicherung. Anbieter: Deutsche Bank AG, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main und Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Theodor-Heuss-Allee 72, 60486 Frankfurt am Main.



„Merkel hat Verdienste“

SPIEGEL-Gespräch SPD-Chef Sigmar Gabriel über den Wahlkampf, den Umgang mit Hasspredigern und warum die Genossen auch mal das „Dschungelcamp“ einschalten sollten

SPIEGEL: Herr Minister, Sie sehen fit und gesund aus; dabei waren Sie vor Weihnachten drei Tage im Krankenhaus. Wie geht es Ihnen?

Gabriel: Sehr gut. Danke der Nachfrage.

SPIEGEL: Es ist seit Langem bekannt, dass Sie an Diabetes leiden. Die „Bild“-Zeitung schreibt, Sie hätten sich deshalb den Magen verkleinern lassen. Hat die Öffentlichkeit nicht das Recht zu erfahren, wie es dem Vizekanzler geht?

Gabriel: Die Öffentlichkeit hat natürlich das Recht zu erfahren, ob man gesund und in der Lage ist, sein öffentliches Amt auszuüben. Aber abgesehen davon, dass in dem von Ihnen zitierten Zeitungsbericht ziemlich viel Unsinn behauptet wurde, haben Politiker den gleichen Anspruch auf Schutz ihrer Persönlichkeitssphäre wie jeder andere auch.

SPIEGEL: Die Bürger sind nun mal an Ihrem Gesundheitszustand interessiert; schließlich haben Sie sich einiges vorgenommen. Sie wollen die SPD zu einem Sieg bei der Bundestagswahl im Herbst führen, obwohl Ihre Partei in den Umfragen um rund 15 Prozentpunkte hinter Kanzlerin Merkel und der Union liegt. Das hört sich nach einer Mission Impossible an.

Gabriel: Wir merken doch alle, wie viel politisch in Bewegung ist. Am Ende wird es darum gehen, welcher politischen Kraft zugetraut wird, das Land besser in die Zukunft zu führen. Und da haben CDU und CSU eigentlich nur Streit zu bieten. Auch wenn Angela Merkel große Verdienste hat.

SPIEGEL: Das klingt jetzt einigermaßen überraschend für einen Parteichef, dessen Aufgabe darin besteht, Merkel im kommenden Herbst aus dem Amt zu jagen. An welche Verdienste denken Sie?

Gabriel: Auch wenn man im politischen Wettbewerb steht, darf man sich doch respektieren. Nehmen Sie die Krise in der Ukraine. Dort haben Angela Merkel und der französische Präsident François Hollande stellvertretend für ganz Europa zur Befriedung beigetragen. Ich halte deshalb wenig davon, im Wahlkampf so zu tun, als hätte sie alles falsch gemacht.

SPIEGEL: Wie wollen Sie dann die Deutschen davon überzeugen, dass sie abgelöst werden muss?

Gabriel: Indem wir nicht über Angela Merkel reden, sondern über das, was die Menschen in Deutschland in ihrem Alltag interessiert, was wichtig ist und was auf uns zukommt. Merkels Prinzip war wegdrücken, Konflikte verschleiern, keine eigene Position beziehen. Ihr Ziel war, die Wähler einzuschläfern. Jetzt aber haben wir eine hochpolitisierter Wählerschaft. Die will Antworten auf die offenen Zukunftsfragen. Hier muss die SPD ansetzen. Wir werden der Personalkampagne der Union einen inhaltlichen und programmatischen Wahlkampf entgegensetzen.

SPIEGEL: Früher hat die SPD selbst Plakate geklebt mit dem Slogan: „Der bessere Mann muss Kanzler bleiben“. Mit welchen Themen glauben Sie Merkels Amtsbonus überstrahlen zu können?

Gabriel: Selbst eingeschworene Gegner der SPD geben zu, dass wir die Motoren dieser Regierung sind, weil wir die richtigen Themen und die besseren Leute haben. Viele Menschen sind zutiefst verunsichert. Zugeleich sehen sie, wie die Schere zwischen Arm und Reich in den vergangenen 20 Jahren immer weiter auseinandergegangen ist: Mittlerweile gehört den wohlhabendsten 10 Prozent der Bevölkerung 70 Prozent des Vermögens; die Hälfte der Deutschen besitzt dagegen nichts – oder hat Schulden. Für die Sozialdemokratie wird sich der Wahlkampf deshalb um zwei Themen drehen, die eng miteinander zusammenhängen. Es geht darum, Deutschland sicher und gerecht zu machen.

SPIEGEL: Nach den Terrorattacken der vergangenen Monate haben viele Bürger das Gefühl, dass der Staat die Kontrolle verloren hat. So wussten die Behörden früh,



CHRISTIAN BURKERT / DER SPIEGEL

wie gefährlich der Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz war – trotzdem haben sie ihn nicht stoppen können. Welche Lehren ziehen Sie aus dem Fall?

Gabriel: Es ist offensichtlich, dass die Behörden von Bund und Ländern besser zusammenarbeiten müssen. Auch die Justiz muss sich Fragen gefallen lassen. Es kann nicht sein, dass wir einen Gefährder nach zwei Tagen entlassen, obwohl man ihn bis zur Abschiebung 18 Monate in Haft hätte halten können.

SPIEGEL: Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat in dieser Woche seine Vorschläge vorgestellt. Er fordert vor allem eine Stärkung der Kompetenzen des Bundes. Stimmen Sie ihm zu?

Gabriel: Ich schätze den Kollegen Thomas de Maizière wirklich sehr. Aber von diesen Plänen halte ich wenig: Auf die aktuellen Herausforderungen der Terror-

„Salafistische Moscheen müssen verboten und die Gemeinden aufgelöst werden – so bald wie möglich.“



Wahlkämpfer Gabriel in seiner Heimatstadt Goslar: „Wir müssen dafür sorgen, dass Stadtteile nicht verwahrlosen und Dörfer nicht verkommen“

bekämpfung mit einer Diskussion über den deutschen Föderalismus zu antworten ist Symbolpolitik. Damit verschieben wir Entscheidungen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Wenn wir jetzt den Sicherheitsapparat von Bund und Ländern umkrempeln, wie es de Maizière vorschlägt, sind die Behörden jahrelang mit sich selbst beschäftigt. Hinzu kommt, dass der Ruf der CDU nach dem starken Staat ziemlich unglaublich ist. Wer hat denn in den letzten elf Jahren bei der Bundespolizei fast 14 000 Stellen zu wenig bereitgestellt? Das waren ausschließlich CDU-Innenminister.

SPIEGEL: Sie haben in einem Papier ebenfalls für einen starken Staat plädiert. Wollen Sie im Kern nicht das Gleiche wie de Maizière?

Gabriel: Wo es nötig ist, brauchen wir auch härtere Gesetze. Das reicht aber nicht aus.

Wenn wir den Kampf gegen den Islamismus und den Terrorismus ernst meinen, dann muss es auch ein kultureller Kampf werden.

SPIEGEL: Was meinen Sie damit?

Gabriel: Wir müssen den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken und dafür sorgen, dass Stadtteile nicht verwahrlosen, Dörfer nicht verkommen und Menschen sich nicht immer mehr radikalisieren. Unser Problem sind doch gerade nicht Terroristen, die als Flüchtlinge getarnt einreisen. 50 Prozent der nach Syrien ausgereisten IS-Anhänger sind Deutsche, oft mit deutschen Eltern. Den „home-grown“ Terrorismus besiegen wir nicht allein mit dem Strafrecht. Es braucht die Verbindung von Prävention, Stabilität in der Gesellschaft und der Arbeit von Polizei, Nachrichtendiensten und Justiz. Wer nur auf eine dieser drei Säulen setzt, wird verlieren.

SPIEGEL: Der Attentäter von Berlin hatte Kontakte zu salafistischen Hasspredigern. Muss der Staat hier härter durchgreifen?

Gabriel: Absolut, in dieser Frage bin ich für null Toleranz. Salafistische Moscheen müssen verboten, die Gemeinden aufgelöst und die Prediger ausgewiesen werden. Und zwar so bald wie möglich.

SPIEGEL: Das Grundgesetz garantiert aber Religionsfreiheit. Ist Ihnen die Verfassung nicht mehr wichtig?

Gabriel: Wer zur Gewalt aufruft, genießt in Deutschland nicht den Schutz der Religionsfreiheit. Es geht nicht um den Islam, sondern um Feinde unserer Demokratie. Wir haben die Terroristen der RAF ja auch nicht mit Blick auf ihre ideologischen Beweggründe beurteilt, sondern danach, was sie getan haben.

SPIEGEL: Zu den Problemen gehört auch, dass Deutschland sogenannte Gefährder



BERND VON JUTROZENKA / PICTURE ALLIANCE / DPA PICTURE-ALLIANCE

Flüchtlinge in Berlin: „Eine solch unkontrollierte Grenzöffnung darf sich nicht wiederholen“

oft nicht abschieben kann, weil ihre Heimatländer sie nicht zurücknehmen.

Gabriel: Wir müssen den nordafrikanischen Ländern die klare Ansage machen: Wer hier nicht ausreichend kooperiert, kann nicht auf unsere Entwicklungshilfe hoffen. Umgekehrt sind wir zu mehr Hilfe bereit, wenn diese Länder mit uns zusammenarbeiten und ihre Staatsbürger zurücknehmen. Auf den ersten Teil dieses Prinzips haben wir uns in der Regierung bis heute allerdings nicht verständigen können, weil der Entwicklungshilfeminister dagegen ist. Der ist übrigens in der CSU.

SPIEGEL: Viele Bürger sehen die Ursache für die angespannte Sicherheitslage in Merkels Flüchtlingspolitik. Teilen Sie die Ansicht?

Gabriel: Es bleibt eine große humanitäre Leistung, dass Deutschland im Herbst 2015 Kriegsflüchtlinge aus Syrien und anderen Ländern aufgenommen hat. Richtig ist aber auch: Eine solch unkontrollierte Grenzöffnung darf sich nicht wiederholen.

SPIEGEL: War sie ein Fehler?

Gabriel: Es wäre unfair, rückblickend zu sagen, das hätte man alles anders machen müssen. Angela Merkels größter Fehler war, dass sie sich mit niemandem außer den Österreichern darüber abgestimmt hat. Das wäre früheren Kanzlern nie passiert. Dazu kommt etwas anderes: Über Jahre sind CDU und CSU den anderen Ländern gegenüber als Schulmeister aufgetreten. Das allein ist Grund genug für eine neue Bundesregierung ohne die Union. Wir brauchen auch eine Wende in Europa – und zwar bald.

SPIEGEL: Was für eine Wende?

Gabriel: Weil Deutschland in der Eurozone ausschließlich auf Sparpolitik gesetzt hat, ist Europa tiefer gespalten denn je. Es ist unanständig, dass Staaten wie Frankreich und Italien, die Reformen durchziehen, einen gigantischen Kraftakt veranstalten müssen, um einen halben Prozentpunkt mehr Haushaltsdefizit machen zu dürfen. Wolfgang Schäuble zieht mit Angela Merkels Rückendeckung los, wenn die Griechen mal ein bisschen Überschuss haben und diesen an die ärmsten Rentner verteilen. Helmut Kohl wäre im Leben nicht derart mit anderen europäischen Staaten umgesprungen.

SPIEGEL: Griechenland hält die Auflagen des vereinbarten Reformprogramms nicht ein. Werfen Sie dem Finanzminister vor, dass er auf geltende Verträge pocht?

Gabriel: Wenn wir in Deutschland bei unseren Reformen die Renten, die Löhne, die öffentlichen Dienstleistungen auch nur in einem Bruchteil von dem zusammengestrichen hätten, was die Griechen tun, hätte es hier vermutlich einen Volksaufstand gegeben. Oder schauen Sie sich Frankreich an: Die haben massive Mehrausgaben, weil sie für Europa in Mali für Sicherheit sorgen. Wenn die Franzosen dann darum bitten, ihnen diese Ausgaben beim Staatsdefizit nicht anzurechnen, werden sie von Deutschland brusk abgewiesen. Ich habe die Kanzlerin mal gefragt, was eigentlich teurer für Deutschland ist: wenn Frankreich einen halben Prozentpunkt mehr Defizit machen darf oder wenn Marine Le Pen Präsidentin wird? Die Antwort ist sie mir bis heute schuldig geblieben. Wohl auch, weil sie dann eine Lebenslüge der Unionsparteien kassieren müsste.

SPIEGEL: Welche?

Gabriel: Dass Europa keine Transferunion werden darf. Die Eurozone ist aber längst eine Transferunion, wenn auch heimlich. Die EZB wirft Milliarden Euro auf den Markt, dafür haften die Mitgliedstaaten.

SPIEGEL: Glauben Sie im Ernst, dass Sie im Wahlkampf punkten können, indem Sie mehr Geld nach Europa überweisen?

Gabriel: Ich weiß, dass diese Diskussion extrem unpopulär ist. Ich weiß aber auch um den Zustand der EU. Es ist nicht mehr undenkbar, dass sie auseinanderbricht. Wenn das passieren sollte, werden uns unsere Kinder und Enkel verfluchen. Denn Deutschland ist der größte Profiteur der europäischen Gemeinschaft – wirtschaftlich wie politisch. Ich bin sicher, dass wir das viel offener sagen können. Und die In-

„Helmut Kohl wäre im Leben nicht derart mit europäischen Staaten umgesprungen wie Merkel und Schäuble.“

vestitionen in Europa als das erklären, was sie sind: nämlich Investitionen in eine friedliche Zukunft.

SPIEGEL: Die Wut über die politischen Verhältnisse in Europa nährt die nationalkonservativen und chauvinistischen Bewegungen, die derzeit überall in Europa auf dem Vormarsch sind, von Viktor Orbán in Ungarn bis zu Marine Le Pen in Frankreich. Wie kann die Sozialdemokratie dem wachsenden Rechtspopulismus beikommen?

Gabriel: Jedenfalls nicht mit linkem Populismus. Der Populist setzt auf Ressentiments, er verachtet die Demokratie, er hält nichts von ihren Regeln. Dagegen muss die Linke auf die Kraft der Aufklärung setzen, so wie es die SPD – wenn ich das mal in aller Bescheidenheit sagen darf – beim europäischen Freihandelsabkommen mit Kanada praktiziert hat.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Gabriel: Es gab berechtigte Kritik. Aber der Vertrag wurde von rechten wie linken Populisten regelrecht verteufelt, und zwar mit den abenteuerlichsten Verschwörungstheorien. Die SPD hätte leicht Punkte machen können, wenn sie den Pakt abgelehnt hätte. Stattdessen hat sich meine Partei nach einer langen, manchmal quälenden Debatte für das Abkommen ausgesprochen. Mit einer Zweidrittelmehrheit.

SPIEGEL: Dennoch hat Sie der sozialdemokratische Altkanzler Gerhard Schröder kürzlich als „demokratischen Populisten“ bezeichnet. War das als Tadel oder als Auszeichnung gemeint?

Gabriel: Ich bin mir sicher: Er hat das als Lob gemeint. Es geht darum, dass sich demokratische Politiker die Fähigkeit bewahren sollten, dem Volk aufs Maul schauen.

SPIEGEL: Wer die jüngsten Wahlergebnisse analysiert, könnte auf den Gedanken kommen, dass diese Fähigkeit der Sozialdemokratie ein Stück weit abhandengekommen ist. Hat sich die SPD vielleicht zu sehr auf die materiell Abgehängten konzentriert – während die AfD all jene einsammelt, die sich emotional abgekoppelt fühlen?

Gabriel: Es geht nicht mehr nur um materielle Fragen. Es gibt auch eine kulturelle Spaltung in Deutschland. Ich habe mich manchmal gefragt: Was würde wohl in einer SPD-Versammlung passieren, wenn einer der Genossen plötzlich aufstehen und fröhlich erzählen würde, dass er gern „Dschungelcamp“ bei RTL guckt? Muss er dann damit rechnen, dass neben ihm einer sagt: „Das ist aber Unterschichtenfernsehen“?

SPIEGEL: Vielleicht schätzen Sie die ökonomische Lage auch falsch ein. Schließlich hat die Ungleichheit in den vergangenen drei Jahren nicht mehr zugenommen, wie es im jüngsten Armut- und Reichtumsbericht von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles heißt. Jagen Sie einem Phantom nach?

Gabriel: Es stimmt, dass sich die Schere aktuell nicht mehr öffnet, das ist auch ein

Erfolg der SPD in der Großen Koalition. Aber zuvor ist die Ungleichheit 20 Jahre lang gewachsen, und sie erstreckt sich auf immer mehr Lebensbereiche. Wer es sich leisten kann, schickt seine Kinder auf eine Privatschule. Es wird nicht mehr zwischen den Schichten geheiratet. Und wer nicht in der Stadt, sondern auf dem Land lebt, fühlt sich gelegentlich als Mensch zweiter Klasse. Ich fahre gerne nach Usedom in den Urlaub. Umso mehr hat mich erschreckt, dass die AfD dort bei der jüngsten Landtagswahl fast ein Drittel der Stimmen geholt hat. Was meinen Sie, was der wichtigste Grund dafür ist?

SPIEGEL: Das wüssten wir auch gern.

Gabriel: Jedenfalls nicht ein massenhafter Rechtsradikalismus. Die Ursachen waren andere: Wir haben in Deutschland Regeln für alles. Auch dafür, wann wir staatliche Angebote der Daseinsvorsorge wegen zu geringer Einwohnerzahl oder scheinbarer Unwirtschaftlichkeit einstellen. Auf Usedom war das auch der Fall. Am Ende einer Reihe von Ämterschließungen ging es dann um das Krankenhaus. Da hatten die Leute die Nase voll und haben sich überlegt: Wie zeigen wir den Politikern am besten, dass es uns auch noch gibt?



Gabriel, SPIEGEL-Redakteure*

„Die Linkspartei muss sich entscheiden“

SPIEGEL: Wie lautet Ihre Antwort?

Gabriel: Wer die Spaltung in der Gesellschaft überwinden will, darf so etwas nicht zulassen. In ländlichen Regionen muss ein ordentliches Leben mit Schulen, ärztlicher Versorgung und Nahverkehr möglich bleiben. Und in der Großstadt müssen wir für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen. Auch das ist ein Grund, warum es der helle Wahnsinn ist, wenn CDU und CSU jetzt Steuersenkungen in Milliardenhöhe auch für die Wohlhabenden versprechen.

SPIEGEL: Die Platte kennen wir schon. Die SPD will wieder Geld ausgeben.

Gabriel: Erst mal wollen wir, dass in Deutschland weiter Geld verdient wird. Dafür aber werden wir in Bildung, Forschung, Infrastruktur investieren müssen. Jeder kluge Unternehmer investiert, um erfolgreich zu bleiben. Die Frage ist doch,

woher das Geld kommen soll. Jedenfalls nicht aus neuen Schulden. Aber durchaus aus der Besteuerung der Finanzmärkte sowie aus dem Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerdumping in Europa.

SPIEGEL: Einige Gewerkschafter fordern derzeit, das Rentenniveau auf 50 Prozent anzuheben. Wenn wir Sie richtig verstehen, werden Sie sich diese Position nicht zu eigen machen.

Gabriel: Ich bin dafür, nur das zu versprechen, was man halten kann. Gebrochene Wahlversprechen sind kleine Verbrechen an der Demokratie. Wenn die Gefahr bei CDU/CSU darin liegt, zu hohe Steuersenkungen zu versprechen, dann liegt sie im linken Spektrum darin, zu große Sozialleistungen in die Wahlprogramme zu schreiben.

SPIEGEL: Welche Konsequenzen hat das für Ihre Rentenpolitik?

Gabriel: Andrea Nahles hat völlig recht: Wir müssen verhindern, dass die Rente so weit absackt wie bisher geplant. Aber wir müssen uns dabei auf realistische Größenordnungen verständigen, die wir unter anderem durch eine bessere Förderung der privaten Vorsorge sowie durch den Ausbau von Tarifverträgen und Betriebsrenten erreichen – und vor allem dadurch, dass wir für mehr und besser bezahlte Jobs sorgen.

SPIEGEL: Der Populismus ist nicht nur in Europa auf dem Vormarsch; er zieht in Gestalt von Donald Trump bald auch ins Weiße Haus ein. Was bedeutet das für die deutsche Politik und für Ihren Wahlkampf?

Gabriel: Trump ist der gewählte amerikanischer Präsident, wir müssen mit ihm zusammenarbeiten. Zugleich sollten wir deutlich sagen, wenn wir etwas falsch finden; in dieser Frage bin ich mit der Kanzlerin völlig einig. Was den Wahlkampf angeht, ist meine Schlussfolgerung: Wenn man die Arbeiter in Detroit vernachlässigt, werden einem die Hipster in Kalifornien nicht helfen.

SPIEGEL: Was heißt das für Deutschland?

Gabriel: Sich für die Industriearbeiter einzusetzen. Von der Stahlindustrie, die man gegen unfairen Wettbewerb aus China verteidigen muss, bis zur Automobilindustrie. Ich bin dagegen, dass man mal eben so erklärt, wir steigen morgen aus der Braunkohle aus, ohne den Menschen in der Lausitz und im rheinischen Revier zu sagen, wo sie dann Arbeit finden. So wie das heute leider von den Grünen bis zur Linkspartei populär ist.

SPIEGEL: Kann man so das Klima retten?

Gabriel: Ja, natürlich. In den betroffenen Regionen wissen ja auch alle, dass die Braunkohle endlich ist. Aber die Betroffenen fordern zu Recht eine Antwort auf die Frage, worin die Alternative besteht.

SPIEGEL: Das Problem ist nur, dass Ihre Partei möglicherweise bald nicht mehr in der Lage ist, solche Positionen durchzu-

* Sven Böll, Klaus Brinkbäumer und Michael Sauga in Goslar.

DAS BUCH ZUM GROSSEN SPIEGEL-JUBILÄUM

DER SPIEGEL

1947 – 2017



KLAUS BRINKBAUMER (H.G.)

480 Seiten mit zahlreichen Abb.
gebunden, € 34,99 [D]

DER SPIEGEL wird als Leitmedium der vierten Gewalt respektiert, verehrt, verachtet und gefürchtet. Das Buch versammelt erstmals die großen Skandale, Analysen, Reportagen und Titelbilder des Nachrichten-Magazins aus sieben Jahrzehnten. So entsteht ein Spiegelbild von Weltgeschichte und deutscher Gesellschaft, wie es nur der SPIEGEL liefern kann.

DVA
www.dva.de

SPIEGEL
BUCHVERLAG

setzen. Kann die SPD angesichts ihrer schwachen Umfragewerte den Anspruch erheben, die Regierung zu führen?

Gabriel: Warum nicht? Wir werden antreten und sagen, wofür wir stehen. Dann entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die Stärke der Parteien im Parlament. Erst dann wissen wir, wer dabei eine Mehrheit organisieren kann und wer nicht. Und vor allem, wofür diese Mehrheit stehen soll.

SPIEGEL: Das klingt, als würden Sie zur Not wieder in eine Große Koalition flüchten.

Gabriel: Wir wollen keine Neuauflage der Großen Koalition. Wenn es die zu oft gibt, dann haben die Unzufriedenen nur die Wahl zwischen links- oder rechtsaußen. Angesichts des Höhenflugs der AfD kann ich aber leider nicht ausschließen, dass im nächsten Herbst nur ein Bündnis von Union und SPD eine regierungsfähige Mehrheit hat. Aber wir werden alles tun, um das zu verhindern.

SPIEGEL: In der SPD setzen derzeit viele auf Rot-Rot-Grün. Sie auch?

Gabriel: Das ist keinesfalls die einzige Konstellation, die denkbar ist. In Rheinland-Pfalz regiert die SPD zusammen mit Grünen und FDP. Also letztlich mit zwei liberalen Parteien, einer bürgerrechtsliberalen Partei und einer wirtschaftsliberalen. Aber natürlich kann ich mir auch eine rot-rot-grüne Koalition vorstellen, wenn sich daraus eine stabile Regierung formen lässt. Das allerdings liegt ausschließlich an der Linkspartei. Die muss sich entscheiden, ob sie regieren oder Fundamentalopposition bleiben will. Positionen wie der Austritt aus dem Euro oder die Bereitschaft, zur Not sogar bei Völkermord zuzusehen, weil sich Deutschland an keinem Uno-Mandat beteiligen dürfe, sind mit der SPD nicht zu machen.

SPIEGEL: Damit es für eine sozialdemokratisch geführte Regierung reicht, müsste die SPD aber deutlich stärker werden. Ihr Vize Olaf Scholz hat mal 30 Prozent als Marke ausgegeben. Ist das auch Ihr Ziel?

Gabriel: Richtig ist, dass wir deutlich zulegen müssen. Und das werden wir.

SPIEGEL: Nach allem, was Sie uns heute über Ihr politisches Programm und Ihren Gesundheitszustand gesagt haben: Dürfen wir davon ausgehen, dass Sie als Kanzlerkandidat der SPD antreten werden?

Gabriel: Ich bin sehr stolz auf meine Partei, dass wir unseren Fahrplan in dieser Frage so konsequent eingehalten haben. Wir haben verabredet, dass wir über die Kanzlerkandidatur gemeinsam am 29. Januar entscheiden. Dabei bleibt es.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



**Video:
Mit Gabriel in Goslar**

spiegel.de/sp022017gabriel
oder in der App DER SPIEGEL

Obergrenze des Streits

Union Will Horst Seehofer die Versöhnung mit der Kanzlerin oder nicht? Eigentlich ist die Sache klar, doch der CSU-Chef traut sich noch nicht.

Für Horst Seehofer gibt es zwei Arten von Umfragen. Die einen sind schlampig erstellt, methodisch zweifelhaft und im Ergebnis unbrauchbar. Dazu zählt die Forsa-Umfrage aus dieser Woche, laut der Angela Merkel bei CSU-Anhängern mehr Ansehen genießt als der Parteichef selbst. Und dann gibt es die Umfragen, die den Volkswillen ungefiltert zum Ausdruck bringen. So wie die von Sat.1, nach der die CSU bei der Bundestagswahl in Bayern satte 46 Prozent der Stimmen bekommen würde.

Es ist etwas ungewöhnlich, dass der CSU-Vorsitzende sich auf der alljährlichen Winterklausur der Landesgruppe als Demoskopiegutachter betätigt. Aber es passt zu einer Klausurtagung, die auch sonst aus dem Rahmen fällt. Statt wie seit 40 Jahren im malerischen Wildbad Kreuth treffen sich die Abgeordneten erstmals im Kloster Seeon am Chiemsee. Neu ist nicht nur der Tagungsort. Auch die Unsicherheit, die bei allem zur Schau gestellten Selbstbewusstsein spürbar ist, kennt man von früheren Treffen nicht.

Sie hat einen konkreten Grund: Das Wahljahr ist angebrochen, und die CSU müsste sich langsam entscheiden, ob sie Merkel als Kanzlerkandidatin unterstützen will oder nicht. Seehofer hat diese Frage im Prinzip für sich beantwortet. Er glaubt, dass die CSU nur eine Chance auf ein gutes Ergebnis hat, wenn die Unionsparteien gemeinsam in die Wahl ziehen.

Aber, und da kommen die Umfragen ins Spiel: Er muss nicht nur die gar nicht so kleine Minderheit in der CSU überzeugen, die Merkels Flüchtlingspolitik für christlich geboten hält. Er muss auch die mitnehmen, denen er selbst über Monate erzählt hat, die Kanzlerin wolle eine andere Republik. Das versucht er seit einiger Zeit vergebens.

Schon seit Längerem ist für Anfang Februar ein Treffen der Führungen von CDU und CSU in München geplant. Das hat Seehofer nach dem Terroranschlag von Berlin wieder infrage gestellt. „Die Klausur Anfang Februar macht nur dann einen Sinn, wenn wir uns bis dahin in den Grundzügen der Sicherheits- und Flüchtlingspolitik ei-



SVEN HOPPE / DPA

Protestplakat gegen Kanzlerin Merkel*: „Irgendwann wirkt es unglaublich“

nig sind“, sagte er in der vergangenen Woche im SPIEGEL. In Seeon wiederholte Seehofer diese Forderung.

Die Frage ist nur, was der Anschlag verändert haben soll. CDU und CSU sind sich über die Grundzüge der Sicherheits- und Flüchtlingspolitik einig, auch wenn Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) mit seiner Forderung nach einem zentralen Verfassungsschutz noch einmal kurz die Gemüter erhitzt hat. Nur bei der Forderung nach einer starren Obergrenze, die Seehofer auch in Seeon wiederholt hat, gibt es keine Annäherung. Das wird auch so bleiben, das weiß der CSU-Chef.

Bei den Gesprächen der Abgeordneten in den Gängen des Klosters ging es daher nicht um die Frage, ob eine Einigung mit der CDU stattfinden soll. Diskutiert wurde, wann man den Mitgliedern die Versöhnung mit Merkel am ehesten zumuten könne.

Eine Mehrheit der Bundestagsabgeordneten findet, ihr Parteichef habe den Streit lange genug inszeniert, die Obergrenze sei nun erreicht. Die CSU habe nichts zu gewinnen, wenn sie die Auseinandersetzung künstlich verlängere. „Irgendwann wirkt es unglaublich“, sagt ein Abgeordneter aus der Fraktionsspitze.

Andere plädieren dafür, das Treffen mit der CDU zu verschieben. Bis Ostern habe man noch Zeit. „Dann können wir auch auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren“, sagt ein Mitglied der Parteiführung. Gemeint ist ein weiterer schwerer An-

schlag. Seehofer neigt dazu, die Einigung wie geplant im Februar zu inszenieren. Er weiß nur noch nicht, ob er sich trauen soll.

Damit seine Verunsicherung nicht so auffällt, hat der Parteichef den Abgeordneten eine Idee unterbreitet, die er vor einigen Wochen schon in kleinem Kreis ventiliert hat. Falls es Probleme bei der Listenaufstellung zur Bundestagswahl gebe, sagte Seehofer, könne man sie auf einem Sonderparteitag klären. Das ist vor allem deshalb interessant, weil man auf einem Sonderparteitag bei Bedarf auch den Parteichef neu wählen könnte.

Seehofer wiederholte in Seeon, was er schon mehrfach gesagt hat: Der CSU-Chef müsse künftig in Berlin sitzen, und es „müsste schon der Himmel über Bayern zusammenstürzen, damit ich das wäre“. Das war eine Botschaft, die sich vor allem an Finanzminister Markus Söder richtet. Der hat wissen lassen, dass er auf keinen Fall nach Berlin gehen werde. Seehofer könnte seinen Innenminister Joachim Herrmann, der schon als Nachfolger von Bundesinnenminister de Maizière gehandelt wird, auf dem Sonderparteitag als Nachfolger inthronisieren. Sein Erzfeind Söder hätte das Nachsehen.

Ob es so kommt, ist ungewiss. Aber allein die Möglichkeit, es so zu machen, hat disziplinierende Wirkung. Etwa wenn Söder vorhaben sollte, die Einigung Seehofers mit der CDU zu kritisieren. Er weiß, was ihm dann blühen könnte. Damit die Drohung glaubwürdig wirkt, hat Seehofer schon mal Vorsorge treffen lassen. Eine Halle für einen Sonderparteitag ist für alle Fälle reserviert.

Ralf Neukirch

* Nahe dem Tagungsort der CSU-Landesgruppe bei Seeon.

Mister R2G

Karrieren Mit dem Wahldebakel von 2013 schien die Karriere von Jürgen Trittin beendet. Heute kämpft er wie kein Zweiter für eine rot-rot-grüne Bundesregierung. Über eine Mission, die nicht nur politische Motive hat. Von *Markus Feldenkirchen*

Trittin ist schwer genervt von der Ver-spätung und dem Chaos am Bahnsteig, als er erfährt, dass die CDU gerade die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft beschlossen hat. „Im Ernst jetzt?“ Er hat leidenschaftlich für den Doppelpass gekämpft. Offiziell müsste er sich jetzt empören, für Trittin aber ist es eine exzellente Nachricht. „Ha!“, ruft er, trocken, triumphal, die Leute auf dem Bahnsteig drehen sich um. Jürgen Trittin ballt die Faust wie einst Boris Becker.

„Da kann ich gleich twittern: ‚Ein weiterer Grund für Schwarz-Grün!‘“ Ist natürlich ironisch gemeint. Kopf und Körper zucken nun vergnügt über die eigene Bosheit. Es fehlt nicht viel, bis Trittin tanzt.

Für ihn, der verhindern will, dass Winfried Kretschmann und die Realos im Herbst eine schwarz-grüne Regierung bilden, ist ein Rechtsruck der CDU wie die Blaue Mauritius für Briefmarkensammler.

„Ne, darf ich wohl leider nicht twittern“, sagt er, als sein Körper wieder zur Ruhe kommt. Sein Büro und er hätten ein Vier-Augen-Prinzip vereinbart, es gucke immer noch jemand drauf. Es ist der Versuch, die Zahl seiner Provokationen wenigstens einzuschränken. „Hat mir schon so manchen schönen Tweet versaut.“

Jürgen Trittin ist längst im Wahlkampfmodus. Obwohl seine Zeit in der Politik abgelaufen schien, hat er klare Ziele für dieses Wahljahr, das unterscheidet ihn von den meisten Grünen. Er will, dass Angela Merkels Kanzlerschaft im Herbst endet und Deutschland eine linke Regierung bekommt – die erste rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene. Während die meisten Politiker von SPD, Grünen und Linken eher verschämt über das mögliche Bündnis reden, kämpft Trittin voller Leidenschaft und Entschlossenheit für R2G.

Er selbst, so die Hoffnung, könnte dann einer der Architekten dieses historischen Bündnisses sein und womöglich noch einmal Minister werden. Für Trittin, der dieses Wahljahr wie kein Zweiter herbeisehnt hat, wäre es eine tiefe Genugtuung. Er hat noch etwas wettzumachen.

In der Fußgängerzone seines Wahlkreises Göttingen bremst ein älterer Herr mit Kappe sein Fahrrad vor ihm. „Sieht man Sie auch mal in natura!“

„Ja, schön, was?“, antwortet Trittin. Ende des Gesprächs.

Kurz darauf ist eine Frau völlig aus dem Häuschen, ihn zu treffen. „Ach, das ist ja

toll!“ Sie steht vor ihm, schaut ihn ungläubig an und sucht nach einer Anschlussfrage. Schließlich ein unbeholenes: „Sie sind auch von hier, ne?“

Andere Politiker hätten jetzt die Gelegenheit zum Small Talk genutzt, Trittin sagt: „Seit mehr als 40 Jahren, ja.“ Dann läuft er weiter und murmelt vor sich hin. „Manche Leute sind schon merkwürdig.“ Bisweilen ist er mit dem Charme eines kasachischen Grenzbeamten unterwegs.

Seine gelegentliche Schroffheit ist auch die Folge von Niederlagen und Verletzungen. Seine Freundin Claudia Roth sagt, dass Trittin sich einen dicken Panzer als Selbstschutz zugelegt habe. Einen Panzer aus Kühle, Spott und bisweilen Arroganz.

Seine schlimmste Niederlage erlitt Trittin bei der Bundestagswahl 2013. Als Spitzenkandidat hatte er alle Chancen, seine Karriere zu krönen, etwa als Vizekanzler. Ein Triumph wäre auch die Gelegenheit gewesen, endlich aus Joschka Fischers

Bisweilen ist er mit dem Charme eines kasachischen Grenzbeamten unterwegs.

Schatten herauszutreten. Aber dann kamen die Grünen mit nur 8,4 Prozent ins Ziel, als kleinste Oppositionsfaktion.

Trittin hat das bis heute nicht verwunden. Er glaubt, dass ihm damals übel mitgespielt wurde. Von Kretschmann, der vor der Wahl sein Steuerkonzept samt Vermögensteuer öffentlich kritisiert hatte. „Zum Teil wurden unsere Ambitionen von den eigenen Leuten torpediert.“ Und von jenen, die ihm in der letzten Woche vor der Wahl eine Nähe zur Pädophilie unterstellt hatten. Die schärfsten Vorwürfe kamen von Horst Seehofer und der CSU, sie waren völlig überzogen, aber sie blieben an ihm haften. Trittin fühlte sich furchtbar ungerecht behandelt, er zog sich vom Fraktionsvorsitz zurück, aber er blieb in der Politik. Als wartete er auf Wiedergutmachung.

Wer ihm näherkommen will, muss zwangsläufig Bahn fahren und ganze Tage in der ersten Klasse absitzen. An manchen verbringt er bis zu zehn Stunden dort. Fünf hin zum Termin, fünf zurück.

Trittin ist Profi, das zeigt sich an diesem Montag Mitte November gleich auf dem

Bahnsteig des Berliner Hauptbahnhofs. „Wenn wir ‘nen guten Tisch haben wollen, sollten wir es vorne gegenüber den Schwerbehindertenplätzen versuchen.“ Trittin überlässt ungern etwas dem Zufall, er ist chronisch vorbereitet. „Es könnte nur sein, dass der Typ in der grünen Jacke ihn uns weg schnappt.“ Er zeigt auf einen Mann in Barbour-Jacke, künstlich angefeuchtetes Haar, Typ Unternehmensberater. Trittin weiß immer, wo der Feind ist. Und dass man im Kapitalismus hart für seine Interessen kämpfen muss, wenn man gut sitzen will.

Auf dem Tisch baut er gleich sein iPad auf. Kurz den Pressepiegel checken. „Grüne voll auf Linkskurs“, steht dort. Er nickt, gefällt ihm. Der Parteitag am Wochenende verlief ganz in seinem Sinne. Die Delegierten stimmten für eine höhere Besteuerung der Reichen und für die Abschaffung der Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger.

Als einfaches Parteimitglied, das er formal nur noch ist, hatte er bei jeder einzelnen Aussprache seinen Namen in einen Topf geworfen, in der Hoffnung, einmal ans Mikrofon zu dürfen. Trittin hatte Losglück. Als er ans Rednerpult trat, verschränkte er die Hände so gewaltsam ineinander, dass man das Knacken seiner Finger durch die Mikrofonanlage im Saal hören konnte. Dann legte er los: „Ökologie ist nichts neben Gerechtigkeit. Ökologie ist Gerechtigkeit. Eine Welt, in der 67 Milliarden, eine Busladung voll, so viel besitzen wie 3,5 Milliarden Menschen, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, eine solche Welt ist nicht gerecht. Und sie wird nicht ökologisch werden.“ Seine Stimme überschlug sich, so viel Wucht steckte in seinen Sätzen. Anders als sein Gegenspieler Kretschmann, der die Grünen als Partei der Mitte versteht, gehört soziale Gerechtigkeit für Trittin zum Wesenskern seiner Partei.

„War ‘n guter Parteitag“, murmelt Trittin nun im Zug nach Göttingen. Bevor er zum Bahnhof fuhr, hat er von zu Hause aus im Deutschlandfunk noch ein Interview gegeben. Es ging um Freund Kretschmann, der auf dem Parteitag gesagt hatte, mit dem Ruf nach einer Vermögensteuer stärke man die AfD. „Das ist erstens falsch und zweitens demagogisch“, erklärte Trittin im Radio. Schön dem Winfried eine mitgegeben, besser kann ein Tag für ihn nicht starten.

Hat er je daran gedacht, sich mit Kretschmann auszusprechen? „Nö“, sagt Trittin. Vielleicht gebe es so was in fünf



Grünenpolitiker Trittin: Er weiß immer, wo der Feind ist

oder zehn Jahren mal. „Vielleicht sage ich dann: Komm, ist Zeit für ’ne Versöhnung.“

Sein Handy piept, eine SMS. „Wow!“ Er erfährt, dass die Union Frank-Walter Steinmeier als Kandidaten fürs Schloss Bellevue akzeptiert hat. „Ein voller Erfolg für den Sigmar“, sagt Trittin. „Respekt! Ach, das ist doch schön!“ Trittin zählt zu den wenigen Grünen, die sich freuen, wenn ein Sozialdemokrat Präsident wird, nicht nur, weil Steinmeier einer seiner wenigen Freunde in der Politik ist, sondern auch, weil Trittin in Wahrheit ein linker Sozialdemokrat mit leichter Aversion gegen Atomenergie und Getränkendosen ist.

Ein Hinweis auf das Versagen der eigenen Leute bei der Präsidentensuche darf an dieser Stelle natürlich nicht fehlen. „Unsere Partei- und Fraktionsführung hatte sich ja vollends zerlegt in dieser Frage“, sagt er völlig beiläufig, als wäre das bereits Lexikonwissen.

Jetzt schnell eine SMS an Gabriel. „Glückwunsch! Auf den Horst ist eben Verlass!“ Gabriel sieht das mit der Rolle Seehofers genauso, er antwortet prompt. Trittin ist noch immer bestens vernetzt. Er mag keine wichtigen Ämter mehr haben, aber ist präsent wie eh und je.

Wenn der Deutschlandfunk oder die Talkshows nach einem, erstens, bekannten und, zweitens, pointierten Gast suchen, fragen sie eher selten einen der Offiziellen der Grünen, sie fragen Trittin. Bei den Amtsträgern kommt das weniger gut an. Wenn man etwa Parteichef Cem Özdemir auf Trittins Rolle anspricht, reagiert der generiert. Der Trittin sei doch nur so präsent, weil die Medien ihn puschten. Ein Scheinriese. Wenn jemand ernsthaft Rot-Rot-Grün machen wolle, bringe es nichts, mit dem Jürgen zu reden. Da müssten die Herrschaften schon zu ihm kommen. Es ist die etwas verzweifelte Form zu sagen: Aber ich bin doch der Chef.

In Göttingen wird Trittin von Sascha, seinem Wahlkreismitarbeiter, im Familien-VW samt Kindersitz zum nächsten Termin chauffiert. Er ruft sein Büro in Berlin an, es geht um Steinmeiers Nominierung. Ob die Herrschaften da inzwischen eine Sprachregelung gefunden hätten, will Trittin wissen. Gemeint sind seine Nachfolger, die Spitzen des linken Flügels, Parteichefin Simone Peter und Fraktionschef Anton Hofreiter. Trittin schüttelt den Kopf.

„Ich hab dem Toni und der Simone vor zwei Stunden ’ne SMS geschrieben, dass wir ’ne Erklärung brauchen“, sagt er auf dem Beifahrersitz. In der Pressekonferenz nach der Vorstandssitzung hatte Peter nur gesagt, dass sich die Gremien mit der Frage beschäftigen müssten. „Das ist ja das beeindruckendste Statement, das man abgeben kann“, sagt Trittin.

„Wenn man nicht wieder will, dass alle Grünen was anderes sagen, dann muss

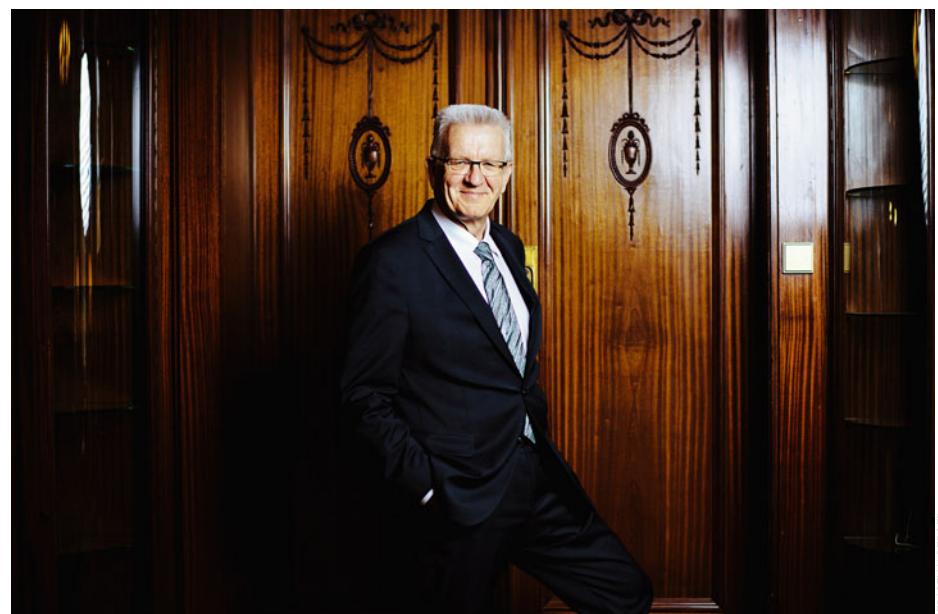
man sich eben mal um ’ne Sprachregelung bemühen. Früher hätten wir so was gleich montagmorgens gemacht.“ Trittin sagt oft „früher“, das Wort umfasst jene Zeitspanne seit Anfang der Neunziger, in der er zur Führungsriege gehörte, erst als Parteivorsitzender, dann als Bundesminister, später als Fraktionschef. Bis zum Herbst 2013. Früher, dieser Eindruck kommt unweigerlich auf, wenn man viel Zeit mit ihm verbringt, war jedenfalls vieles besser.

Jetzt muss er eben alles selbst machen. „Wir könnten beim Redaktionsnetzwerk Deutschland anrufen und sagen, dass Frank-Walter ein respektabler Kandidat ist“, schlägt Trittin seinem Mitarbeiter vor. Zwei Minuten später wird der gewünschte Redakteur durchgestellt. „Moment mal eben“, sagt er plötzlich zum Redakteur. Mit der einen Hand hält er das Mikrofon

beiden Geschwister hatten jeder ein eigenes Zimmer für sich. Die Mutter war Hausfrau, der Vater Prokurist bei der Bremer Tauwerk-Fabrik.

Sein Drang zur Rebellion entwickelte sich – untypisch für seine Generation – nicht aus Opposition zum eigenen Vater. Dabei war Klaus Trittin als 17-Jähriger freiwillig in die Waffen-SS eingetreten, war dort zum Obersturmführer aufgestiegen und hatte bis zum letzten Tag für den „Führer“ gekämpft. Seine Läuterung erfolgte während der fünf Jahre in sowjetischer Gefangenschaft. Später fuhr er mit seinen Söhnen ins frühere KZ Bergen-Belsen und gab ihnen folgenden Auftrag: „Guckt euch an, was wir verbrochen haben. So etwas dürft ihr nie wieder zulassen.“

Die ersten 14 Jahre seines Lebens verbrachte Jürgen Trittin als Tischtennis spie-



SEBASTIAN BERGER

Gegenspieler Kretschmann: Schön dem Winfried eine mitgegeben

zu, mit der anderen zeigt er auf die Häuserfront zur Linken. „Die haben wir damals alle durch Hausbesetzung gerettet.“

In letzter Zeit sei der Jürgen wieder linker und radikaler geworden, sagen seine Weggefährten. Als kehrte er mit 62 Jahren zu seinen politischen Wurzeln zurück.

In der Göttinger Innenstadt läuft Trittin an Studentenclubs vorbei, die noch heute fest in linker Hand sind. „Es lebe die Revolution“, schreit ein Graffito an einer Fassade, ein Café wirbt mit dem Spruch: „Ohne Kaffeedampf kein Klassenkampf“. Hinter diesen Mauern hat er während des Studiums in den Siebzigerjahren und als Mitglied des Kommunistischen Bundes unzählige Stunden verbracht.

Trittin wuchs höchst bürgerlich auf, in einem Einfamilienhaus im Bremer Stadtteil Vegesack, mit Garten, Tischtennisraum und Sauna unter dem Dach. Er und seine

lender Pfadfinder ohne jeden Hang zur Radikalität. Das änderte sich ab der zehnten Klasse, als der Geist der 68er seine Schule erreichte und der Vietnamkrieg seine Schatten bis nach Vegesack warf.

Trittin besuchte das Gerhard-Rohlfs-Gymnasium, benannt nach einem Afrikaforscher oder, wie Trittin sagt, „einem übeln Kolonialisten“. Als der 100. Geburtstag der Schule anstand, verlangte Trittin, dass bei der Feierstunde auch über die Kolonialisierung geredet werden sollte. Mit anderen Schülern blockierte er die Zufahrt zum Ort des Geschehens, der Gaststätte Strandlust. Trittin demonstrierte fortan regelmäßig. Gegen die Notstandsgesetze. Gegen neue Schulregeln. Gegen Franz Josef Strauß oder die Straßenbahnprix.

Auf dem Göttinger Uni-Campus steht er nun vor dem großen Hörsaal, den sie damals gestürmt haben. Er zeigt auf die

ehemalige Augenklinik, die sie ein halbes Jahr lang besetzten, um den Staat zu zwingen, sie in Wohnraum umzuwandeln. Trittin redet gern über die gute alte radikale Zeit. Sie ist ihm, anders als seinem Konkurrenten Winfried Kretschmann, nicht peinlich. Kretschmann nennt sein Engagement im Kommunistischen Bund Westdeutschland heute einen „großen Irrtum in meiner Biografie“. Er weiß nicht, wie er dort hineingeraten konnte, und bereut es. Trittin bereut nichts. „War ‘ne gute Zeit damals“, sagt er, auf dem Campus stehend. „Ich hab da viel gelernt.“

Viel mehr muss man über die beiden Protagonisten, die gerade um den Kurs, das Image und künftige Koalitionen ihrer Partei ringen, nicht wissen. Was sie zusammenhält, ist der Umweltschutz, der Glaube an alternative Energien. Darüber hinaus

tins neues Deutschland, auf die rot-rot-grüne Republik. Auf der Bühne sitzen Gesine Schwan (SPD), Axel Troost (Die Linke) und Trittin selbst. Gast ist an diesem Nachmittag auch der griechische Finanzminister, es geht um die Zukunft Europas.

Alles im Saal erinnert an die Siebzigerjahre, der Teppich, die Holzvertäfelung, die braunen Vorhänge, die rot gefärbten Haare der Frauen. Manche Besucher haben ihre Schuhe neben sich auf den Gang gestellt und sitzen nun in Socken rum.

Leider will keine echte Debatte aufkommen. Alle sind sich einig: Das Europa von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble gehört abgewählt. Es muss sozialer, solidarischer werden. Rot-Rot-Grün, so der Eindruck, muss allein deshalb kommen, damit Griechenland sich endlich erholen kann.

Steueroase, was die Besteuerung von Vermögen und Erbschaften angeht“, und fragt, warum Hillary Clinton wohl in den entscheidenden Staaten gegen Trump verloren habe: „Weil die Linke die soziale Frage für die Rechten hat liegen lassen!“

Eigentlich haben sich der linke und der rechte Flügel seiner Partei darauf verständigt, neutral in den Wahlkampf zu ziehen. Es soll keine Hinweise geben, ob sie eine Koalition mit der Union oder ein Bündnis mit SPD und Linken eingehen wollen.

Der Einzige, der diese Verabredung konsequent unterwandert, ist Trittin. „Es ist eine Kinderei, ja, ein regelrechter Unsinn, zu glauben, man könne Inhalte von Machtfragen trennen“, sagt er auf einer seiner Zugfahrten. Da sei er der größte Realo von allen. Oder er weist beiläufig darauf hin, dass 2017 ja Lutherjahr sei. „Und der wusste doch: Aus ‘nem verzagten Arsch kommt kein fröhlicher Furz.“

Mit seinen Interviews bringt er die Kollegen regelmäßig auf die Palme. Zum Beispiel, wenn er Seehofer als den deutschen Viktor Orbán bezeichnet und bekundet, „im Zweifel lieber mit Sahra Wagenknecht als mit Horst Seehofer“ koalieren zu wollen. Trittin hält engen Kontakt zu SPD-Chef Gabriel und den Spitzen der Linken. Wie ein Physiotherapeut tut er im Hintergrund alles, um die schwere Verkrampfung im Umgang mit der Linken zu lockern, ohne die es schon längst eine rot-rot-grüne Koalition hätte geben können. Er war der Erste, der Oskar Lafontaine vor einem Jahr im Saarland besuchte, um die große Aussöhnung vorzubereiten.

Im Zug hat er wieder die klassische Jürgen-Trittin-Pose eingenommen. Arme so fest vor der Brust verschränkt, dass die Hände bis zum Rücken reichen. Umfassender Schutz des Innern, von Herz und Seele. So sitzt er da, all die Stunden.

Er sei ja viel kritisiert worden für seinen Sahra-Seehofer-Vergleich, sagt er: „Aber die Wagenknecht ist in der Flüchtlingspolitik in ihrer Partei in der Minderheit. Der Seehofer steht für die absolute Mehrheit in der CSU. Das ist der Unterschied.“

Er kennt die Grundstimmung seiner Partei, und die laute: „Unsere Priorität liegt links der Mitte.“ Er zitiert Umfragen, wonach zwei Drittel der Grünenwähler R2G bevorzugen und nicht mal ein Drittel ein schwarz-grünes Bündnis. „Ich schaue mir auch die Stimmung in den Kreis- und Landesverbänden an“, sagt er. „Das ist ja das Entscheidende, und nicht, wer in Berlin so rumgurkt.“

Jetzt kommen die Argumente für Rot-Rot-Grün, der philosophische Überbau, entworfen von Jürgen Trittin. 1998 sei Rot-Grün ein Projekt gewesen, um die Gesellschaft ordentlich durchzulüften, sie vom Mief der 16 Helmut-Kohl-Jahre zu befreien. Rot-Rot-Grün sei nun wieder ein Pro-



Parteitagsdelegierter Trittin: Im Herzen Hausbesetzer geblieben

aber gibt es kaum Gemeinsamkeiten. Der eine, Kretschmann, kämpft in Baden-Württemberg für die Interessen des Mittelstands und für Konzerne wie Daimler. Der andere ist im Herzen Hausbesetzer geblieben, er schaut noch immer von unten auf die Gesellschaft. Trittin glaubt, dass man die Industrie und ihre Lobbyverbände hart angehen muss, um Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen zu erlangen. Wenn man ihn fragt, auf welchen Titel er stolzer sei, Mister Atomausstieg oder Mister Dosenpfand, sagt Trittin, dass der Ausstieg aus der Kernkraft sicher das relevantere Projekt gewesen sei, aber er stehe auch voll zum Dosenpfand. „Jetzt weniger aus Umweltgründen, sondern weil es wichtig war, der Industrie mal zu zeigen, dass sie nicht alles bestimmen kann.“

Kurz vor Weihnachten bietet die Berliner Urania einen Vorgeschnack auf Trit-

Trittin, Krawatte, schwarzer Dreiteiler, feines Tuch, ist der Bestgekleidete im Saal. Die zunehmende Radikalität seiner Positionen steht in Kontrast zur zunehmenden Lässigkeit seines Auftritts. Während die anderen reden, liegt er fast auf seinem Stuhl. Er scrollt ein bisschen auf Twitter rum oder schaut zur Decke. Niemand kann gelangweilt und unbeteiligt tun als er. In solchen Momenten glaubt man, dass er durch sei mit der Politik. Dass er schon viel zu lange auf irgendwelchen Podien rumlummeln musste. Aber das ändert sich, sobald sein Mikrofon an ist.

Mit jaulend-verzerrter Stimme macht er sich über Wolfgang Schäuble und dessen „schreckliche schwarze Null“ lustig, die ja „ne Form von Monstranz geworden“ sei. Er reckt beide Arme monstranztragend in die Luft und wackelt theatralisch mit den Händen. Er nennt Deutschland „eine

jekt. „Wenn man möchte, dass der Rechtspopulismus sich nicht verfestigt, muss die CDU in die Opposition geschickt werden“, sagt Trittin. „Das entspringt allein staatsbürgerlicher Verantwortung.“ Es braucht eine demokratische Rechte. Man darf nicht den historischen Fehler der Weimarer Zeit wiederholen, als die Konservativen den Radikalen das Feld überließen. Was er verschweigt, ist, dass er selbst der Erste ist, der draufschlägt, wenn die Union wie beim Doppelpass nach rechts rückt.

Letztlich gehe es darum, ob das europäische Nachkriegsmodell überlebe, legt Trittin nach. Wenn nicht, gebe es nicht nur „ökonomische Verwerfungen“, es werde auch zu „gewalttätigen Friktionen“ kommen. Dramatischer wird R2G in diesem Jahr wohl nicht mehr begründet werden.

Es gibt allerdings Leute, die nicht glauben, dass es Trittin allein um die Rettung des europäischen Nachkriegsmodells geht. Die meinen, dass sein Elan nicht nur staatsbürgerlicher Verantwortung entspringt, sondern auch einem sehr persönlichen Motiv.

Als Trittin 2001 über den damaligen CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer sagte, dieser habe nicht nur das Aussehen, sondern auch „die Mentalität eines Skinheads“, sahen Joschka Fischer und seine Realos dies als Chance, Trittin loszuwerden, sie drängten auf seinen Rücktritt. Am Ende verhinderten Claudia Roth und eine Intervention von Wirtschaftsminister Werner Müller gerade noch Trittins Demission.

Dem Fischer habe seine ganze Ausrichtung nicht gepasst, sagt Trittin heute. „Der wollte den Linken Trittin einfach weghaben.“ Als Fischer sich nach der Wahl 2005 zurückzog, sorgte er dafür, dass nicht Trittin, sondern Fritz Kuhn und Renate Künast Fraktionsvorsitzende wurden. „Der hatte nur mit Fritz und Renate gesprochen“, sagt Trittin. „Das war ein abgekartetes Spiel.“

Bis heute lässt Trittin kaum eine Gelegenheit aus, Spitzen gegen Fischer loszulassen. Etwa, wenn er über Gerhard Schröders Ablehnung des Irakkriegs redet. Das sei stark gewesen. „Stärker jedenfalls als unser Joschka, der sich gerade mal ein ‚Ich bin nicht überzeugt‘ getraut und danach ständig die Nase über Schröders Hemdsärmeligkeit gerümpft hat. Der feine Herr.“

Trittin hat es nie ganz verwunden, dass Fischer die Nummer eins der Partei war, während er selbst der schwierige Jürgen blieb. Dabei hat er das Land mit dem Atomausstieg und der Energiewende stärker geprägt als die anderen Grünen zusammen. Vielleicht ist das Weitermachen seine Art, Rache zu üben: einfach länger bleiben, während die anderen sich beim Geldverdienen langweilen. Bis ihr Schatten irgendwann weg ist.

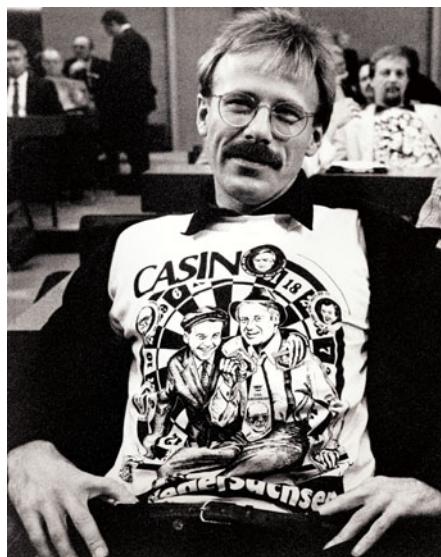
Dass Trittin nicht aufhören könne, dass er nicht zur Ruhe komme, habe etwas Tragisches, sagen manche der jüngeren

Grünen. Er habe seine Chance doch gehabt. 2013 sei er Star der Partei gewesen und habe einen Gerechtigkeitswahlkampf ganz nach seinen Vorstellungen führen können. Aber genau das ist das Problem.

Die verpasste Chance.

Jene, die Trittin gut kennen, sprechen gar von einem Trauma. Ein Jahr vor der Wahl 2013 waren die Aussichten exzellent, die Umfragen hoch. Der Wahltag sollte die Krönung seiner Karriere werden. Am Ende erhielten die Grünen nur 8,4 Prozent der Stimmen, weniger als die Linke.

Es gibt viele Erklärungen für dieses Abschneiden: die unpopuläre Forderung nach einem Veggie-Day, die fehlende Machtoption, das linke Steuerkonzept und Kretschmanns Kritik daran – aber keine sitzt so tief wie die Sache mit der Pädophilie. Im Frühjahr 2013 hatte die Grünen spitze den



Provokateur Trittin 1988
Vergnügt über die eigene Bosheit

Göttinger Politologen Franz Walter beauftragt, die Einstellung der Partei in den Achtzigerjahren zum Sex mit Minderjährigen aufzuarbeiten. Zuvor hatten verstörende Äußerungen von Daniel Cohn-Bendit aus der damaligen Zeit für Entsetzen gesorgt.

Dass Walter seine Ergebnisse ausgerechnet sechs Tage vor der Bundestagswahl veröffentlichen würde, damit hatte niemand gerechnet. Dass er mit neuen Erkenntnissen über den Spitzenkandidaten Trittin aufwarten würde, erst recht nicht.

Trittin hatte Anfang der Achtziger das Wahlprogramm einer Göttinger Grünenliste mit der Forderung, Sex zwischen Kindern und Erwachsenen nicht unter Strafe zu stellen, sofern dieser einvernehmlich gewesen sei, presserechtlich verantwortet. Dass dieselbe Forderung zur damaligen Zeit auch im Bundesprogramm der Grünen stand, half ihm wenig. Am selben Abend prangte in allen Fernsehnachrich-

ten das Wort „Pädophilie“ neben seinem Foto. Was folgte, glich einer Rufmordkampagne, emsig befeuert von der CSU. Trittin sei „Teil des Pädophilie-Kartells bei den Grünen“ gewesen und „als Frontmann untragbar“, erklärte der damalige CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt. Horst Seehofer sagte: „Ich glaube nicht, dass Trittin eine führende Funktion in der deutschen Politik behalten kann.“

Wer Trittin in der letzten Woche vor der Wahl erlebte, sah einen anderen, deprimierten und niedergeschlagenen Mann. Er sei zwar weiter brav auf die Bühne gestiegen und habe sein Programm absolviert, sonst aber sei er kaum ansprechbar gewesen, sagen enge Vertraute. Man habe ihn regelrecht schütteln müssen, um ihn zu erreichen. Nach der Wahl sei er eine Zeit lang fast depressiv gewesen.

Mit Trittin über Jürgen Trittin zu sprechen, über seine Gefühle, Motive, ist, als wollte man vom russischen Botschafter die intimen Geheimnisse Wladimir Putins in Erfahrung bringen. Über die Sache mit der Pädophilie aber lässt sich noch schlechter reden. „Darüber ärgert man sich“, sagt Trittin. „Aber man kann’s ja nicht ändern.“ Fast immer, wenn es persönlich wird, wechselt er automatisch vom „ich“ zum „man“.

„Dannys uneinsichtiges Verhalten war der Anlass für die Schweine“, sagt er über den Kollegen Cohn-Bendit und seine Kritiker aus der CSU. Überall sei er bepöbelt worden. Ihn verfolge die Sache mit der Pädophilie in manchen Tweets bis heute. „Ist halt die sicherste Variante, um mir zu schaden.“ So bitter hat er in all den Gesprächen für dieses Porträt nicht geklungen.

Alle gut gemeinten Ratschläge, dass er die Sache abhaken solle, dass sein Bild in den Geschichtsbüchern ein anderes sein werde, hätten nicht gefruchtet, sagt ein Vertrauter. Trittin wolle nicht, dass das Desaster von 2013 das Letzte ist, was die Menschen mit ihm verbinden.

Seither warte er auf 2017.

Wenn man Trittin fragt, warum er noch immer mitmische, lässt er seinen Blick durch das Bahnfenster hinaus in die Dunkelheit wandern. Wenn man die Chance habe, die Union 2017 aus der Regierung zu drängen, dann sei das doch spannend, sagt er dann. „Ich bin bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen“, sagt er auf die Frage, ob er selbst noch mal Minister werden will. „Ich werde machen, was man mir anträgt. Und ich glaube, dass ich das nicht schlecht mache.“

Er würde gern noch mal Geschichte schreiben. Und die eigene Geschichte überzeichnen.



Video:
Die Trittin-Pose

spiegel.de/sp022017trittin
oder in der App DER SPIEGEL

39 Steuereinheiten mit einer Kraft von über 250 Newton.

Deine Hand.

Weil die beste Technik menschlich ist.

Und falls doch mal etwas ist, ermöglichen wir für
unsere Versicherten moderne Hightech-Prothesen.

dietechniker.de





FUTURE IMAGE / IMAGO STOCK & PEOPLE / IMAGO

Autobahn bei Köln: Eines der irrsinnigsten Vorhaben, das in den vergangenen Jahrzehnten Gesetz wurde

Die Blendung mit der Maut

Verkehr Die finanziellen Risiken der geplanten Autobahngebühr sind größer als gedacht. Trotzdem wird der Bundestag das Vorhaben wohl beschließen.

Am kommenden Montag muss sich EU-Kommissar Günther Oettinger den bohrenden Fragen der Abgeordneten des Europaparlaments stellen. Er soll künftig das EU-Budget verantworten. Doch seit Oettinger sich im Herbst über die „Pflicht-Homoehe“ in Deutschland lustig machte und Chinesen als „Schlitzauge“ bezeichnete, ist die Kritik groß.

Weitgehend unbemerkt blieb damals, dass der CDU-Mann in seiner Rede auch über die Pläne von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) lästerte: Er nannte das Prestigeprojekt des Bundesverkehrsministers nur die „komische Maut“.

In Berlin fällt das Urteil sogar noch schärfer aus: Nicht wenige sind der Überzeugung, die Ausländermaut sei eines der irrsinnigsten Vorhaben, die in den vergangenen Jahrzehnten Gesetz wurden. Das gilt umso mehr, seit sich Dobrindt mit der EU-Kommission kurz vor Weihnachten auf einen Kompromiss einigte.

Denn das Projekt, dessen prognostizierte Einnahmen im Verhältnis zum Aufwand immer schon bescheiden ausfielen, ist seither finanziell noch wackeliger geworden.

Zwar hat Dobrindts Behörde ihre Vorausschau noch nicht vorgestellt. Aber andere Ministerien haben das neue Konzept schon mal durchgerechnet; sie fürchten Mindereinnahmen. Weil deutsche Autofahrer mit modernen Fahrzeugen künftig weniger zahlen sollen als bislang, könnte die Maut mittelfristig sogar zum Minusgeschäft werden.

Ursprünglich hatte Dobrindt vorgesehen, dass jeder deutsche Autofahrer bei der Kfz-Steuer genau um jenen Betrag entlastet wird, den ihn die künftige Mautgebühr kostet. Diese Eins-zu-eins-Verrechnung akzeptierte die EU-Kommission jedoch nicht. Deshalb sollen Deutsche, deren Fahrzeuge die sogenannte Euro-6-Norm erfüllen, bei der Kfz-Steuer nun um bis zu 100 Millionen Euro entlastet werden.

Dadurch sinken die von Dobrindt einst veranschlagten Nettoeinnahmen von 500 auf 400 Millionen Euro pro Jahr. Der Verkehrsminister hofft, das Minus durch höhere Preise für Kurzzeitvignetten und ein gestiegenes Reiseaufkommen ausländischer Autofahrer zu kompensieren.

Doch das sind vorerst mathematische Wünsche, mehr nicht. Selbst wenn sie in Erfüllung gingen, kann Dobrindt ein strukturelles Problem seines Kompromisses mit der EU-Kommission kaum ausräumen: Es gibt immer mehr Euro-6-Fahrzeuge auf dem Markt.

Seit der Minister sein erstes Mautgesetz 2014 vorstellte, hat sich der Bestand dieser Autos verzweifacht – von rund 300 000 auf über sechs Millionen. Weil bereits im vergangenen Jahr fast alle neu zugelassenen Fahrzeuge die neueste Abgasnorm erfüllen, könnte schon bald ein beträchtlicher Teil der insgesamt gut 45 Millionen zugelassenen Pkw von der Besserstellung profitieren. Erste Schätzungen von Experten lassen befürchten, dass die Nettoeinnahmen der Maut durch den Euro-6-Effekt weiter zurückgehen: jedes Jahr um rund 30 Millionen Euro.

Studien, die vor dem Mautkompromiss erstellt wurden, kamen bereits zu dem Schluss, dass nach Abzug aller Kosten im schlechtesten Fall 80 bis 140 Millionen Euro übrig bleiben. Und selbst Dobrindts optimistische Einnahmeprognose schmilzt angesichts des Euro-6-Effekts rasch zusammen. „Die Maut wird am Ende ein Zuschussgeschäft für den Staat“, prophezeit der Fraktionsvize der Grünen im Bundestag Oliver Krischer.

Theoretisch könnte der Rückgang dadurch aufgefangen werden, dass die Maut-

sätze eines Tages steigen. Doch dazu brauchte es einen Beschluss des Parlaments. Und woher dafür nach der Bundestagswahl die Mehrheit kommen soll, weiß wohl nicht einmal der Mautminister selbst.

Trotzdem kann Dobrindt sicher sein, dass sein Projekt bis zur Sommerpause im Gesetzblatt steht. Zu verdanken hat er das vor allem Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD), der als einer der wenigen Mautfans seiner Partei gilt. Noch vor Weihnachten schwor der SPD-Chef die renitente Bundestagsfraktion auf Koalitionstreue ein. Man könne nicht mit der Union zig eigene Projekte durchsetzen und dann das einzige Vorhaben, das die CSU habe, blockieren, so Gabriel.

Dass der Bundesrat das Projekt verschleppt, ist unwahrscheinlich. Im Frühjahr stehen drei Landtagswahlen an – unter anderem in NRW. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) will das Thema aus dem Wahlkampf raushalten. Je schneller die Maut Gesetz wird, desto besser für sie.

In Deutschland hat Dobrindt also nichts zu befürchten. Und der Widerstand im Ausland nervt, ist aber nicht gefährlich. Zwar kritisiert der SPD-Europaabgeordnete Ismail Ertug die Art, wie sich die EU-Kommission und Dobrindt „in einer Nacht- und-Nebel-Aktion auf eine angebliche Lösung einigen konnten“.

Und selbst Mitglieder jener Parteinfamilie, zu der die CSU gehört, haben eine Resolution unterzeichnet, die verlangt, dass die zuständige EU-Kommissarin Violeta Bulc im Plenum Auskunft gibt, wie der Deal zustande kam. Doch das ist europäisches Politikgeplänkel ohne praktische Folgen für Deutschland.

Dass Österreich und andere Anrainerstaaten eine Klage gegen die Bundesrepublik vor dem Europäischen Gerichtshof erwägen, ist für Dobrindt ebenfalls ungefährlich. Zumaldest derzeit. Entscheiden würden die Richter wohl erst in ein paar Jahren. Und bis dahin ist Dobrindt aller Voraussicht nach nicht mehr Minister, jedenfalls nicht für Verkehr.

Sven Böll, Peter Müller

DER SPIEGEL digital: Probemonat gratis!



Inklusive
E-Books

Die Vorteile:

Noch vor Erscheinen der Print-Ausgabe. Schon ab freitags 18 Uhr.

Ausgaben auch offline lesen oder als PDF speichern.

Mit vielen multimedialen Inhalten und zusätzlicher Visual Story.

Exklusiv: Mit der SPIEGEL-ID jede Ausgabe auf bis zu 5 Geräten lesen.

Ja, ich möchte den SPIEGEL digital gratis lesen!

Ich lese 4 Wochen den SPIEGEL digital kostenlos, danach für nur € 4,10 pro Ausgabe. Ich gehe keine Verpflichtung ein, denn ich kann jederzeit zur nächsterreichbaren Ausgabe kündigen.

SD17-214

Einfach jetzt anfordern:

abo.spiegel.de/probemonat



Sanftes Sprechen

Gute Vorsätze Nie war politisch bewusste Sprache so wichtig wie heute. Acht Vorschläge für einen sensiblen Umgang mit dem Wort im neuen Jahr. Von Jan Fleischhauer

Geflüchteter

Auch im Jahr 2017 wird das Wort „Flüchtlings“ zu den politischen Topwörtern gehören. Leider ist der Begriff nicht so unschuldig, wie viele denken. Die Endung „ling“ ist tendenziell abwertend, weshalb man von Rohling, Däumling und Sonderling spricht. Außerdem lässt sich „Flüchtlings“ nur schwer gendern. Die Flüchtlingsin? Sprachwissenschaftler empfehlen deshalb, als Ersatzwort der oder die „Geflüchtete“ zu sagen. Das ist zwar nicht das Gleiche, weil das eine einen Status und das andere einen Zustand beschreibt. Sprachlogisch stehen der aus der Hölle von Aleppo Entkommene und der von einer Party Geflüchtete damit auf einer Ebene. Aber wenn es um politisch korrektes Sprechen geht, muss die Logik zurücktreten. Kleiner Tipp: Man spricht auch nicht mehr von illegaler Zuwanderung. Es heißt „irreguläre Migration“. Da kein Mensch illegal ist, jedenfalls nicht im christlichen Sinne, kann man auch niemand ins juristische Abseits stellen, wenn er sich unerlaubt im Land aufhält. Die Asylgesetze müssen in dem Punkt noch angepasst werden, aber daran wird gearbeitet.

LGBT

Von allen sprachpolitischen Neuerungen hat die „LGBT-Community“ die steilste Karriere hingelegt. Nicht jedem wird der Begriff auf Anhieb etwas sagen. Ich dachte beim ersten Mal an ein Sandwich, wie ich zu meiner Schande gestehen muss. LBT ist das Kürzel für „Lettuce, Bacon und Tomato“ – so heißt in Amerika das, was bei uns unter Club-Sandwich läuft. Warum nennt man eine Gemeinschaft von Menschen nach einem Toast, habe ich mich gefragt, bis mich jemand aufklärte, dass LGBT für Lesbian, Gay, Bisexual und Transsexual steht.

Eine Herausforderung, die sich jeder Minderheit stellt, ist es, als Minderheit Anerkennung zu finden. Lesbische Frauen haben sich lange darüber geärgert, wenn immer nur von Schwulen die Rede war. Nach den lesbischen Frauen haben jetzt die Transgender-Menschen ihren Anspruch auf sprachliche Berücksichtigung angemeldet. Natürlich kann LGBT nur eine vorübergehende Lösung sein. Wer im „Urban Dictionary“ nachschlägt, stellt fest, dass man in fortschrittlichen Kreisen längst von LGBTQIA spricht, um auch queere, intersexuelle und asexuelle Menschen sprachlich mitzunehmen. Bei Facebook stehen

bei der Anmeldung derzeit 60 verschiedene Geschlechter zur Auswahl. Wahrscheinlich braucht es irgendwann eine Kommission, die aus Gründen der Praktikabilität entscheidet, welche sexuelle Präferenz einen eigenen Buchstaben bekommt und welche nicht. Eine Abkürzung, die länger ist als das Alphabet, wird auch der am fortschrittlichsten gesinnte Mensch der Welt nicht fehlerfrei über die Lippen bringen.

Inklusion

Viele sagen „behindertengerecht“, wenn es darum geht, wie man Menschen mit Behinderungen entgegenkommen kann. Da der Begriff „Behinderte“ aber nicht mehr wirklich zeitgemäß ist, reden wir besser von „Inklusion“. Da schwingt das Wort „inklusiv“ mit, und alles, was als einschließend gilt, ist schon mal positiv. Die Einzigsten, bei denen das Gegenteil, also der Ausschluss von der Einschließlichkeit, befürwortet wird, sind Leute, die AfD wählen und Frauke Petry toll finden. Ein wichtiger Bestandteil der Inklusion ist die Barrierefreiheit. Weil die größte Barriere für viele immer noch der korrekte Gebrauch der deutschen Sprache ist, gibt es jetzt das Leichtdeutsch. Sogar das Grundgesetz wird inzwischen in „Leichter Sprache“ angeboten. „Damit alles in Deutschland gut klappt, arbeiten viele Leute für Deutschland“, heißt es in der Einleitung. Das hat mir einen Stich versetzt, denn damit war auch ich außen vor. Ich würde immer behaupten wollen, dass ich das Land voranbringe, aber ich fürchte, dem würden zu viele Leser widersprechen.

Postfossil

Eine Kollegin bekam dieser Tage einen Artikel auf den Tisch, in dem ein höherer Beitrag zur „postfossilen Mobilität“ gefordert wurde. Warum postfossil und nicht umweltfreundlich, hat sie sich gefragt. Weil postfossil viel mehr ist! Genau genommen stimmt das mit der Umweltfreundlichkeit bei vielen Sachen ja auch nicht immer. Die Ökobilanz eines Elektroautos zum Beispiel ist ziemlich fragwürdig, solange der Strom aus Kohle gewonnen wird. Es gibt sogar Studien, wonach ein normales Auto dem Elektroauto ökologisch überlegen sein kann, wenn man die Produktion der Batterien mitrechnet. Postfossil ist so gesehen genial, das Wort beschreibt eher eine Verheißung als das, was ist. Der Begriffsverwandte zu „postfossil“ ist „dekarbonisiert“. Was nach Wasser ohne Sprudel klingt, meint eine Wirtschaft, die ohne

CO₂-Ausstoß auskommt. Keine Ahnung, wie man das erreichen will, ohne dass wir alle wieder in der Höhle landen, aber es klingt super.

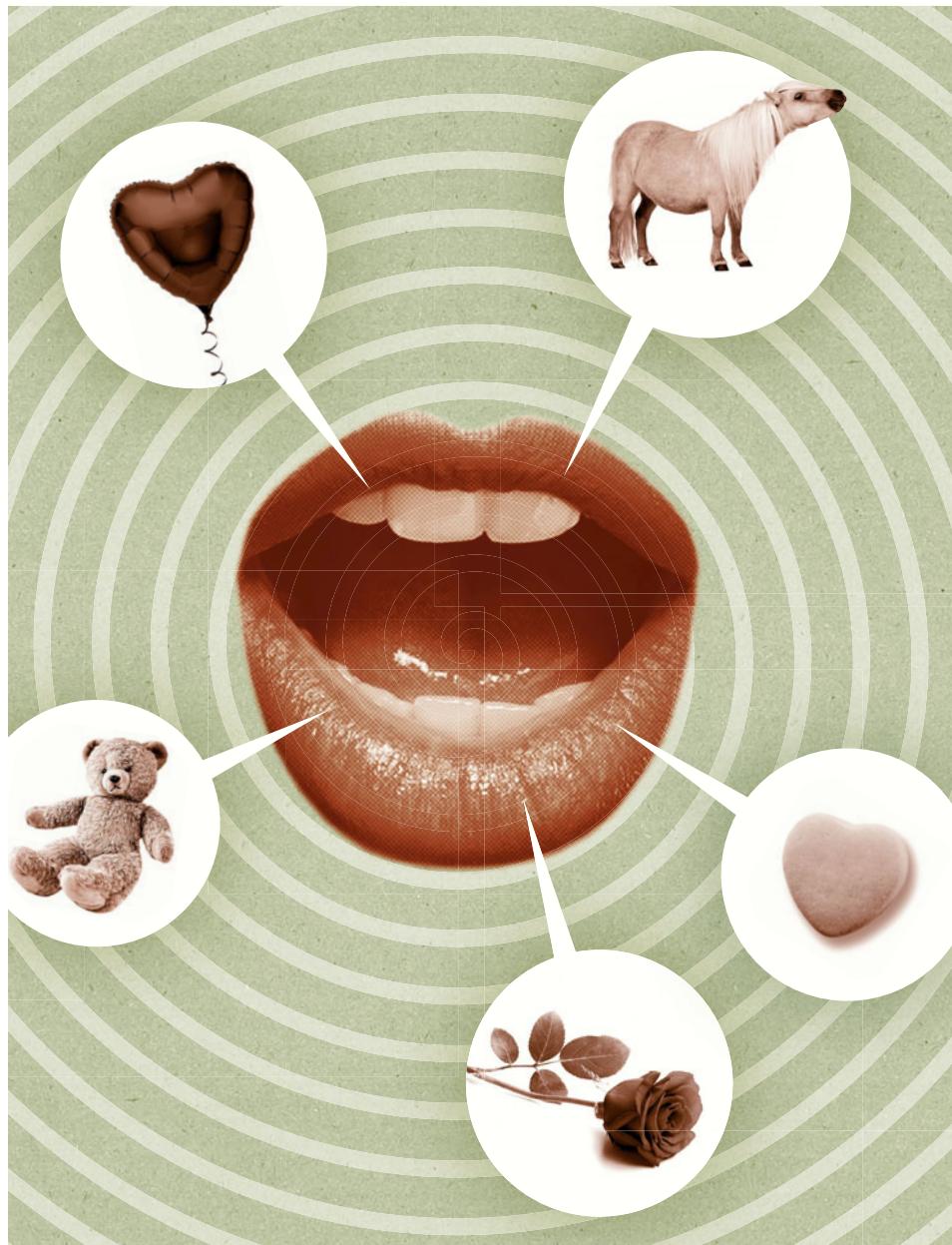
Demokratieabgabe

Es gibt Menschen, die sich so sehr über das öffentlich-rechtliche Fernsehen ärgern, dass sie lieber Gefängnis riskieren, als ihren Rundfunkbeitrag zu zahlen. Der Journalist Henryk Broder hat neulich den persönlichen Gebührenboykott angekündigt, nachdem bei „Anne Will“ eine Frau im Nikab auftauchte. „Nach diesem ARD-Abend zahle ich keinen Rundfunkbeitrag mehr!“, war sein Text überschrieben.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine der Säulen der Demokratie, deshalb sprechen Verfechter auch nicht einfach vom Rundfunkbeitrag, sondern nennen diesen eine „Demokratieabgabe“. Der Intendant des Bayerischen Rundfunks, Ulrich Wilhelm, hat daran erinnert, dass ARD und ZDF Teil der „Verantwortungsgemeinschaft“ seien. Man sollte also vorsichtig sein, was man über das demokratisch legitimierte Fernsehen sagt. Wer dazu aufruft, keine Fernsehgebühren zu bezahlen, oder solche Aufrufe in Umlauf bringt, steht mit einem Bein außerhalb der Verfassung. Und das ist in Deutschland das gesellschaftliche Todesurteil.

Steuerbeitrag

Was für ein hässliches Wort: „Steuern“. Dagegen hat ja sogar „Rundfunkbeitrag“ einen angenehmen Klang. Außerdem weckt es ganz falsche Assoziationen. Wer von Steuerzahlung spricht, vermittelt den Eindruck, als ob der Staat dem Bürger im Gegenzug etwas schuldig sei. Wenn man etwas bezahlt, erwartet man in der Regel eine Leistung. So hat es die Linguistin Elisabeth Wehling vor ein paar Monaten in einem Interview mit der „Zeit“ ausgeführt. Ihr Vorschlag: Statt von „Steuerzahldern“ reden wir besser von „Steuerbeiträgen“. Da klingt das Miteinander an. Man trägt, je nachdem, wie viel man kann, etwas zum Gemeinwesen bei, so wie man etwas zu einer Diskussion beiträgt oder bei einer Einladung zum Buffet. Sagt Frau Wehling. Von den Grünen kommt die Idee, Steuern als Fürsorgemaßnahme des Staates zu definieren, um vermögende Menschen vor zu viel Geld und damit vor Abwegen zu bewahren. „Überschüssige Liquidität kann ins Gefängnis führen“, hat der grüne Parteichef Cem Özdemir erklärt. Ich wüsste



einen anderen Weg, mit meiner überschüssigen Liquidität fertig zu werden, als sie bei Cem Özdemir abzuliefern. Aber ich bin ja auch nicht bei den Grünen.

Ableism

Dass man Menschen nicht wegen ihres Aussehens, ihres Alters oder ihrer Religion herabsetzen darf, hat sich herumgesprochen. Aber wussten Sie, dass auch der Verweis auf die Intelligenz diskriminierend sein kann? Margarete Stokowski hat neulich in ihrer Kolumne geschrieben, im Netz herumzupöbeln sei wohl „die dümmste Art“, auf Kritik zu reagieren. Daraufhin bekam sie eine Mail, in der sie darüber in Kenntnis gesetzt wurde, dass die Verwendung von Worten wie „dumm“ oder „doof“ eine Abwertung von Menschen mit eingeschränkter geistiger Beweglichkeit bedeute. „Ableism“ heißt diese Form der Diskriminierung: Das kommt von „to be

able“, also von der Fähigkeit, etwas tun zu können. Streng genommen ist schon das Beharren auf Bildungsabschlüssen diskriminierend. Zum Glück haben unsere Bildungspolitiker das erkannt, weshalb sie in Ländern wie Berlin damit angefangen haben, die Aufgaben der Abiturprüfung so zu verändern, dass alle eine Chance bekommen, die auch am Ende der Schulzeit noch nicht richtig rechnen und schreiben können.

Postfaktisch

„Postfaktisch“ ist das neue „neoliberal“. Wenn Sie ausdrücken wollen, dass man sich mit einer Meinung nicht länger beschäftigen muss, sagen Sie einfach, sie sei postfaktisch. Damit ist klar, dass sich jede weitere Diskussion erübrigkt. Normalerweise stehen Gefühlstatsachen im medialen Diskurs in hohem Ansehen. Jemand muss nur sagen, dass er Angst habe, sei es vor

Strahlen, Krieg oder Gen-Essen, und die Aufmerksamkeit ist ihm sicher. Aber seit man lesen konnte, dass Donald Trump die Wahl gewonnen hat, weil seine Anhänger gefühlte Wahrheiten wichtiger als Tatsachen nahmen, sind auch im gefühlsbetonten Teil der deutschen Gesellschaft Zweifel eingezogen, ob man es mit der Angst als Bedeutungsverstärker nicht übertrieben hat. Anfang Dezember hat die Gesellschaft für deutsche Sprache „postfaktisch“ zum Wort des Jahres 2016 gekürt. Immer größere Bevölkerungsschichten seien bereit, Tatsachen zu ignorieren, heißt es zur Begründung. Spätestens damit hat der Begriff die Kurve vom Feuilletonwort zur politischen Allzweckwaffe genommen.



**Video:
Keine Angst!**

spiegel.de/sp022017sprache2
oder in der App DER SPIEGEL



DMITRIJ LEITSCHUK / DER SPIEGEL

Angeklagte Hahndorf (2. v. l.), Wilkening (r.), Verteidiger im Schweriner Landgericht: Mehr als 300 000 Euro Schmiergeld

Deckname „Kommerzienrat“

Geheimdienste In einem Korruptionsprozess in Schwerin kommt eine Agentenaffäre ans Licht, in die auch der Bundesnachrichtendienst und ein ehemaliger Bundesanwalt verstrickt sind.

Als das Verfahren in Saal 18 des Landgerichts Schwerin im November begann, schien der Fall überschaubar: Ein Beamter im Landeskriminalamt (LKA) Mecklenburg-Vorpommern hat sich, so die Anklage, bestechen lassen, Geld gegen nützliche Informationen auch aus dem Polizeicomputer. Nichts deutete darauf hin, dass sich der Prozess in der Provinz zu einer Affäre ausweiten könnte, in die der Bundesnachrichtendienst (BND) ebenso verstrickt ist wie ein ehemaliger Bundesanwalt.

Auffällig waren lediglich die beträchtlichen Summen, die die Berliner Unternehmensberaterin Christina Wilkening dem Kriminalhauptkommissar Heinz-Peter Hahndorf seit 2008 gezahlt haben soll: Mehr als

300 000 Euro Schmiergeld für Informationen über Personen, Erkenntnisse aus Ermittlungsverfahren oder Halterangaben aus dem Zentralen Verkehrsinformationssystem. Die Daten verwertete sie für ihre Klienten.

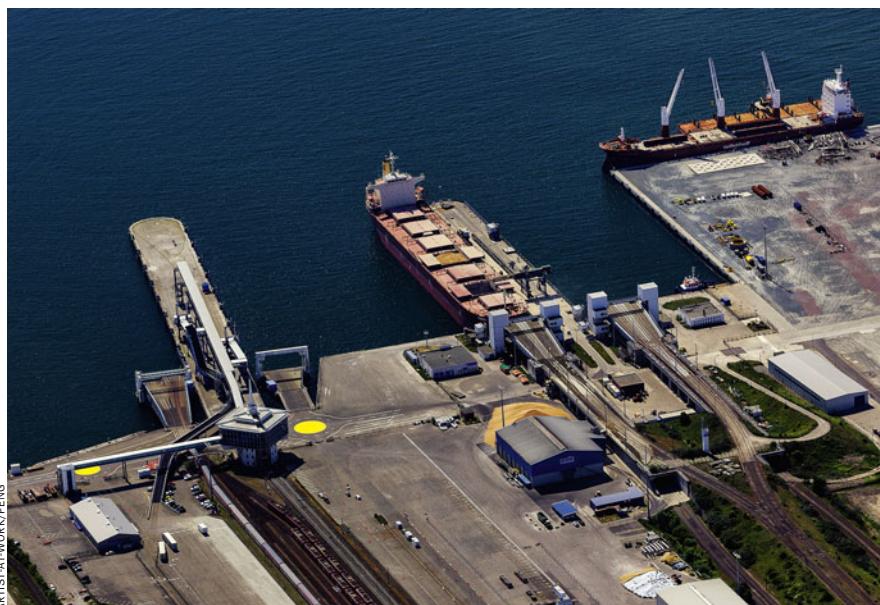
In der Anklage erscheint Wilkening, 69, als smarte Nachrichtenhändlerin. Fünf- bis sechsstellige Honorare soll sie von Geschäftsleuten für Informationen über Konkurrenten und Kontakte zu Ermittlungsbördern kassiert haben. Eine schillernde Frau mit besten Verbindungen in Halb-, Schein- und Geheimdienstwelten, die in der Agentenszene bekannt ist, weil sie schon seit Jahren mit Nachrichten dealt, auch mit solchen, die gar keine sind.

Ihr wegen Bestechlichkeit angeklagter Geschäftspartner Hahndorf war jahrelang

Leiter einer Ermittlungsgruppe in der Abteilung Staatsschutz des LKA.

Der Kriminalhauptkommissar und die Nachrichtenhändlerin sind die Hauptakteure eines Agentenkrimis, dessen Ausmaß erst jetzt langsam sichtbar wird. Es ist eine bizarre Affäre, die sich da anbahnt – nicht nur, weil der BND den angeklagten LKA-Mann ohne Wissen seiner Vorgesetzten für Hilfsdienste verpflichtet hatte (SPIEGEL 28/2016). Manches deutet darauf hin, dass der BND im Fall Wilkening/Hahndorf über Jahre gegen geltendes Recht verstieß, weil er im Inland Aufklärung betrieb.

Es war am vierten Verhandlungstag, als Wilkenings Pflichtverteidiger Christian Stünkel den Vermerk eines Fahnders aus den Akten hervorholte. Darin war von ei-



„Luna“-Akten, Fährhafen Sassnitz: Geschichte vom ganz großen Verbrechen

ner BND-Mitteilung an das Bundeskriminalamt (BKA) die Rede, die in einem „VS-Vertraulich“ gestempelten Sonderband der Ermittlungsakte abgelegt worden sei.

Die Existenz der vertraulichen Papiere hatte die Staatsanwaltschaft verschwiegen. Auch dass sie längst gegen einen ehemaligen Agenten des Nachrichtendienstes wegen des Verdachts des Verrats von Dienstgeheimnissen und Bestechlichkeit ermittelten, hielten die Staatsanwälte unter der Decke.

Der inzwischen pensionierte BND-Mann – Deckname: Holger Wansbeck – solle, so Stünkel, als Zeuge geladen werden. Es bestehe der Verdacht, dass „Wansbeck“ Informationen des BND an den LKA-Mann Hahndorf weitergegeben habe, um über dessen Kooperation mit Wilkening auf dem Laufenden zu sein.

Ein BND-Agent als Komplize eines korrupten Polizisten und einer dubiosen Nachrichtenhändlerin?

Es ist dieser Verdacht, der den Schmiergeldprozess in der mecklenburgischen Provinz zum Politikum macht. Lorenz Caffier

(CDU), Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, hat vom Kanzleramt bereits schriftlich eine lückenlose Aufklärung über die Aktivitäten des BND in seinem Zuständigkeitsbereich gefordert. Doch aus Berlin bekam er bisher nur zu hören, man wolle erst einmal den Ausgang des Verfahrens abwarten.

Dreh- und Angelpunkt der jahrelangen Kungelei zwischen den Angeklagten, mehreren BND-Agenten und einem Bundesanwalt war eine Ermittlungsgruppe (EG) beim LKA Mecklenburg-Vorpommern namens „Luna“. Deren Akten sind geeignet, dem Ansehen dreier Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland schweren Schaden zuzufügen. Was darin über die Zusammenarbeit von LKA, Bundesanwalt und BND mit der Nachrichtenhändlerin Wilkening zu lesen ist, ist die Geschichte einer Verschwörung von Verschwörungstheoretikern wider alle Vernunft und Plausibilität.

Unterlagen, die dem SPIEGEL vorliegen, geben Einblick in eine Welt, in der Wachsamkeit zu Paranoia wurde und in der Irr-

sinn kein Irrsinn sein darf, weil er in den Akten einer deutschen Behörde amtlich festgehalten ist. Wer Argumente für die Abschaffung von Geheimdiensten sucht, wird in den Annalen der EG „Luna“ fündig.

Eine zentrale Figur in der Geschichte der Ermittlungsgruppe war Bundesanwalt Wolf-Dieter Dietrich, der bis zu seiner Pensionierung im Februar 2015 beim Generalbundesanwalt (GBA) als Referatsleiter für Landesverrats- und Spionagedelikte zuständig war. Dietrich habe sich „in besonderem Maße um die Stabilität und die Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland verdient gemacht“, lobte ihn der Generalbundesanwalt anlässlich seines Abschieds.

Mit großem Aufwand, aber mehr als fragwürdigem Ertrag führten Dietrich und die Beamten der EG „Luna“ zwischen 2005 und 2008 die GBA-Ermittlungen wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit gegen zwei Geschäftsmänner in Mecklenburg-Vorpommern.

Nun sitzt ausgerechnet jener Wolf-Dieter Dietrich im Schweriner Prozess gegen die Nachrichtenhändlerin und den LKA-Mann – in einer überraschenden Rolle: als Wahlverteidiger von Christina Wilkening. Wie kommt er zu diesem Mandat?

Gegenüber dem SPIEGEL erklärt er das so: Er habe mit Frau Wilkening vor Jahren einmal dienstlich zu tun gehabt und habe seitdem hin und wieder in Berlin einen Kaffee mit ihr getrunken. Deshalb habe Wilkening ihn angerufen, als Polizisten mit Durchsuchungsbeschluss und Haftbefehl vor ihrem Haus standen. Sie habe ihm lediglich erzählt, und so habe er das Mandat übernommen.

Dass diese Version wohl nicht ganz der Wahrheit entspricht, legt ein brisanter Vermerk aus der Abteilung für Schwere und Organisierte Kriminalität des Bundeskriminalamts nahe. Dem Papier zufolge hatte sich Dietrich am 15. Juli 2016 telefonisch bei einer „BND-Mitarbeiterin mit Dienstnamen Landers“ gemeldet. Weiter heißt es in dem Vermerk:

„Dietrich habe erklärt, er sei bezüglich der Verteidigung der Beschuldigten Wilkening mandatiert, die Verteidigung stehe für ihn aber nicht im Vordergrund. Dietrich habe angeboten, für jede Schandtat bereit zu sein, wenn der BND eine Idee hätte, wie der Schaden für den BND möglichst gering gehalten werden kann ... Laut Dietrich könnte es nicht im Interesse des BND sein, dass die Kontakte des Beschuldigten Hahndorf zum BND detailliert aufbereitet würden.“

Doch die BND-Frau schlug die Offerte aus und informierte die Kollegen vom BKA. Dort muss Dietrich womöglich schon bald erklären, was das Motiv seines fragwürdigen Angebots war. Will er verhin-



DMITRIJ LEUTSCHUK / DER SPIEGEL

Angeklagte Wilkening, Verteidiger Stünkel, Dietrich: „Für jede Schandtat bereit“

dern, dass seine Vergangenheit im Schatten des BND ausgeleuchtet wird? Die Staatsanwaltschaft prüft, ob es einen Anfangsverdacht wegen „Anstiftung zur Strafvereitelung im Amt“ gibt.

Dietrich war, den Ermittlungsakten zufolge, sogar derjenige, der LKA-Mann Hahndorf 2005 mit dem BND-Mitarbeiter „Wansbeck“ zusammenbrachte. Er betraute auch Hahndorfs EG „Luna“ mit den Ermittlungen gegen die der Spionage verdächtigen Geschäftsleute.

Dass Wilkening die „Luna“-Ermittlungen nicht nur begleitete, sondern beeinflusste und mitunter sogar initiierte, soll Dietrich gewusst haben. Der ehemalige Bundesanwalt mag sich, allem Anschein nach, nicht zu den Vorgängen äußern. Einem 30 Punkte umfassenden Fragenkatalog des SPIEGEL ließ er bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Angefangen hatte alles mit einem Provinzgauner, der im Gefängnis saß und Haftentlassungen wollte: Freigang, vorzeitige Entlassung, was immer verhandelbar war. Schließlich, so der Häftling, habe er auch einiges zu bieten: Aussagen über Straftaten, die weit über die hinausgingen, die ihn hinter Gitter gebracht hatten.

Es waren abenteuerliche Geschichten, die der Informant 2001 im Stuttgarter Polizeipräsidium zu Protokoll gab. Es ging um Tauschgeschäfte, Drogen gegen Juwelen, um Waffen, die mit den Edelsteinen bezahlt und an Terroristen rund um den Globus verschoben würden. Kokain, Bludiamanten, Kalaschnikows. Das ganz große Verbrechen.

Drahtzieher der schmutzigen Deals sei ein ehemaliger Oberstleutnant der DDR-Armee, der nach der Wende in der Nähe von Neubrandenburg eine Import-Export-

Firma aufgemacht hatte. Der ehemalige Offizier, so der Häftling, sei der Kopf einer international agierenden Bande, die Kokain über Russland nach Deutschland schleuse. Mit Schlauchbooten, die nachts von russischen Frachtern abgesetzt würden, komme der Stoff im Südosten der Insel Rügen an Land. Von dort gehe er in die Schweiz.

Weil Rügen in Mecklenburg-Vorpommern liegt und für Organisierte Kriminalität im Nordosten das LKA zuständig ist, landete der Fall auf dem Schreibtisch von Heinz-Peter Hahndorf.

Zwar hatte der LKA-Mann da noch einen untadeligen Ruf, aber auch schon einen ausgeprägten Hang zur Übertreibung. „Für Hahndorf gab es keine kleinen Hunde“, so ein Kollege, „für den steckte in jedem Dackel eine Bestie.“

Und so wurde ein Kleinkrimineller aus Baden-Württemberg zum Kronzeugen in Sachen Organisierter Kriminalität. Die Staatsanwaltschaft Stralsund eröffnete ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und das Betäubungsmittelgesetz.

Eine Telefonüberwachung des ehemaligen Offiziers und seiner Firma führte Hahndorf und Kollegen zu Sergej K., Eigentümer eines Schiffstechnikunternehmens im Fährhafen Sassnitz auf der Insel Rügen.

K. galt den Schweriner Verfassungsschützern als möglicher Anlaufpunkt für den russischen Militärgeheimdienst GRU. Doch so sehr sich die Fahnder auch mühten – sie fanden nichts. Keine Schlauchboote, kein Koks und keine Kalaschnikows. Auch für eine geheimdienstliche Agententätigkeit gab es keine Beweise.

„Wenn man nach fast zwei Jahren intensiver Ermittlungen nichts Greifbares

hat, gibt es zwei Argumentationsvarianten“, sagt ein damals beteiligter Fahnder. „Da ist nichts, oder da ist etwas so Großes und Raffiniertes, dass man da ganz anders ranmuss.“

Die Staatsanwaltschaft Stralsund entschied sich für Variante 1 und stellte 2003 das Ermittlungsverfahren gegen den Ex-NVA-Offizier mangels Tatverdachts ein. Auch der Verfassungsschutz zog sich später aus den Ermittlungen zurück, sehr zum Leidwesen eines Mitarbeiters, der wie Hahndorf Variante 2 favorisierte – und nun ein ganz großes Komplott vermutete.

Deshalb schrieb er dem für Spionageangelegenheiten zuständigen Bundesanwalt Dietrich und schilderte seinen Verdacht, warum die Ermittlungen gescheitert waren: weil der Verfassungsschutz von russischen Agenten unterwandert sei.

Dass der Mann kaum Indizien hatte, die diesen Verdacht stützten, irritierte Bundesanwalt Dietrich offenbar nicht. Er übernahm den Fall, leitete im August 2005 ein Verfahren, zunächst gegen Sergej K., später auch gegen einen Geschäftspartner, wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit ein und betraute Hahndorfs „Luna“-Truppe mit den Ermittlungen.

Wo weder die Stralsunder Staatsanwaltschaft noch der Schweriner Verfassungsschutz etwas Relevantes gesehen hatten, entdeckte Hahndorf gleich „einen möglichen BND-Bezug“, wie es in den Akten heißt. Schon bald war er zu „Fachgesprächen“ in der Pullacher BND-Zentrale.

Jetzt ging es um russische Fischtrawler und Forschungsschiffe, die angeblich vollgestopft mit Abhörtechnik die Welt unsicher machen. Lieferant der Lauschanlagen: Sergej K., der Mann mit der Schiffstechnikfirma auf Rügen.

Die Beweislage blieb extrem dürgig, doch das war nun egal, schließlich war der BND mit an Bord – und ab 2006 Christina Wilkening, die „Luna“ mit neuem Stoff befeuerte. Die frühere DDR-Journalistin hatte sich beim LKA gemeldet und Informationen über den Vater einer Rostocker Rotlichtgröße angeboten, der zu DDR-Zeiten für den sowjetischen Militärgeheimdienst tätig gewesen sei.

Noch in seiner Vernehmung durch das BKA im August schwärmte Hahndorf von der „Wertigkeit“ der von Wilkening gelieferten Informationen.

Dabei hätte bereits eine simple Internetrecherche gereicht, um ihn zu warnen. Schließlich galt Wilkening schon damals als eine Frau, die Dichtung und Wahrheit nur schwer voneinander unterscheiden konnte oder wollte.

Nach dem Fall der Mauer war die ehemalige Mitarbeiterin des DDR-Staatsfernsehens als „Stasi-Jägerin-Ost“ bekannt geworden. Doch dann flog auf, dass sie beim Ministerium für Staatssicherheit als Inoffizielle Mitarbeiterin (IM) „Nina“ registriert war – angesetzt auf Westjournalisten. Trotz zahlreicher Treffberichte bestreitet Wilkening bis heute, IM gewesen zu sein.

Mitte der Neunzigerjahre machte sie mit angeblichen Neuigkeiten zum Tod des ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel Furore – bei der Staatsanwaltschaft Lübeck, die seinerzeit im Fall des in der Schweiz verstorbenen CDU-Politikers ermittelte.

Barschel, so Wilkening, sei tief in den internationalen Waffenhandel verstrickt gewesen und deshalb ermordet worden. Dies alles stehe in einem Dossier des ehemaligen sowjetischen Geheimdienstes KGB mit dem Decknamen „Graf“. Dass die Akte „Graf“ nirgendwo auftauchte und

Alle sechs bis acht Wochen schlepppte „Nina“, wie sie sich nannte, stapelweise Papier ins LKA in Rampe bei Schwerin.

„Solides Material“, wie Hahndorf lobte; manch einer in der EG „Luna“ sah dies anders. Ein ehemaliger Fahnder der Ermittlungsgruppe erinnert sich noch heute an eine bizarre Sitzung im LKA. Wilkening habe dort über die Unterwanderung des deutschen Bundestages durch den russischen Geheimdienst FSB referiert und eine Liste mit den Namen spionierender Politiker und ihrer Führungsoffiziere vorgelesen. Als ein Beamter frotzelte, ob sie nicht den Putin-Freund Gerhard Schröder vergessen hätte, habe Wilkening mit todernster Miene gesagt, „jetzt reden wir besser nur noch übers Wetter, sonst sind wir vielleicht schon bald alle tot“.

Keiner habe gelacht oder kopfschüttelnd den Raum verlassen. „Das Gefühl, einer vom Rest des LKA streng abgeschotteten Ermittlungsgruppe anzugehören, die im Verein mit BND und Bundesanwaltschaft das große Rad dreht, hat alles überdeckt“, so der LKA-Mann.

Wie heftig Hahndorf und seine Kollegen vom Geheimdienstvirus befallen waren, zeigte sich auch im internen Sprachgebrauch. Sich selbst gab der Kriminalhauptkommissar den Decknamen „Kommerzienrat“, seine Untergebenen waren die „Klapptühle“. Aus dem BND-Mann „Wansbeck“ wurde „Knecht“, aus seinem Vorgesetzten „der Lackschuh“. Dessen Chef, eine BND-Referatsleiterin, firmierte, wenig schmeichelhaft, als „Krähe“. Nur Wilkening hatte zwei Tarnnamen: „Advocat“ und „Maschine“.

Attraktive Dienstreisen festigten das Gefühl, zu einer Elitetruppe zu gehören. Unvergessen: ein Trip nach Madrid zum spanischen Geheimdienst CNI. Für Fahnder,

gestempelten Abschlussbericht der EG „Luna“ heißt. Auch eine vom GBA initiierte „längerfristige Observation“ von Sergej K. „führte nicht zur Gewinnung neuer Erkenntnisse“.

Dem Ermittlungseifer von Dietrichs Detektiven tat dies keinen Abbruch. Zumal „Nina“ im Mai 2007 einen neuen Kracher im Angebot hatte – angeblich exklusives Material des erst 2006 aufgelösten polnischen Militärgeheimdienstes WSI. Die Paipiere würden belegen, dass der Leiter der BND-Terrorabwehr ein polnischer Agent sei, angeworben während seines Jurastudiums Mitte der Siebzigerjahre in Bonn.

Bundesanwalt Dietrich war elektrisiert. Von Wilkening vermittelt, traf er sich konspirativ in einem Waldstück bei Eisenach mit dem Tippgeber – einem ehemaligen Stasi-Offizier. Dass der eine verkrachte Existenz war, die sich seit der Wende mit Gelegenheitsjobs über Wasser hielt, war Dietrich offenbar nicht aufgefallen.

Im Sommer 2007 wartete er sogar mit drei bewaffneten BKA-Beamten, drei BND-Sonderermittlern und, wie mit dem ehemaligen Stasi-Mann vereinbart, 200 000 Euro in bar an der deutsch-dänischen Grenze auf die polnischen Lieferanten und ihre Belege. Doch die tauchten nicht auf. Weil es sie nicht gab, weil der BND-Mann kein polnischer Agent war und eine ganze Reihe hochrangiger Beamter ganz offenbar einer notorischen Schwindlerin auf den Leim gegangen war.

Im März 2008 stellte die Bundesanwaltschaft das Verfahren ein und räumte ein, dass „mittels gefälschter mutmaßlicher Geheimdienstunterlagen erhebliche Zahlungen erschlichen werden sollten“, wie es in der Abschlussbewertung des GBA heißt.

Wenig später wurden auch die Ermittlungen gegen Sergej K. und seinen Geschäftspartner eingestellt.

Im Schlussbericht der EG „Luna“ heißt es dazu, die Ermittlungen hätten ergeben, „dass es sich bei dem Beschuldigten K. um einen Geschäftsmann handelt, der vielfältige Möglichkeiten und Kontakte nutzt, um seine Firma T. am Laufen zu halten und hierzu auch bereits reichhaltig bestehende ausländische Geschäftsverbindungen nutzt“. Drei Jahre aufwendiger Ermittlungen für die Erkenntnis, dass ein Kaufmann Handel betreibt.

Ob Ex-BND-Mann „Wansbeck“ oder seine damaligen Vorgesetzten nun im Prozess in Schwerin aussagen werden, ist offen. Auf die Fragen des SPIEGEL zur Rolle des BND in der Affäre erklärte ein Sprecher der Behörde: „Zu operativen Aspekten seiner Arbeit beziehungsweise zu seinen Erkenntnissen berichtet der Bundesnachrichtendienst grundsätzlich nur der Bundesregierung und den zuständigen Stellen des Deutschen Bundestages.“

Jörg Diehl, Gunther Latsch

„Jetzt reden wir besser nur noch übers Wetter, sonst sind wir vielleicht schon bald alle tot.“

es außer Wilkenings Erzählungen keinen Beleg für ihre Existenz gab, nahmen die Fahnder zunächst noch hin.

Wie wirr ihre Zeugin tatsächlich war, dämmerte den Lübeckern, als sie allen Ernstes behauptete, „CIA und noch mehr der Mossad“ in Israel hätten bei der Gründung des sowjetischen Militärgeheimdienstes GRU „die Fäden in der Hand“ gehabt, „weil es vor allem Juden waren, die gleich nach dem Krieg rekrutiert wurden“. Anfang 1996 kamen den Lübecker Fahndern schließlich „Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Zeugin Wilkening“. Weitere Ermittlungen wurden, wie es in den Akten heißt, „nicht getätigt“.

Doch zehn Jahre später galt die zweifelhafte Zeugin 50 Kilometer östlich von Lübeck plötzlich wieder als Spaltenquelle.

die sonst nur in Mecklenburg ermittelten, ein einschneidendes Erlebnis. Bundesanwalt Dietrich hatte sich persönlich dafür eingesetzt, dass die Dienstreise genehmigt wurde. Auch drei BND-Leute gingen mit auf die Reise.

Doch die Ausbeute des Trips war mager. Die spanischen Kollegen konnten nur bestätigen, was die mecklenburgischen Polizisten und ihre BND-Begleiter schon wussten: dass Sergej K. nicht nur auf Rügen aktiv war, sondern auch auf den Kanaren eine Niederlassung unterhielt; zu welchem Zweck, blieb unklar.

Auch zu Hause stagnierten die Ermittlungen. Eine Telefonüberwachung lief ins Leere, weil „der Beschuldigte sich während des Überwachungszeitraums im Ausland“ aufhielt, wie es im „VS-Vertraulich“



SASCHA RHEKER

Katholische Trauung in Friedrichsthal in Hessen: 580 Eheprozesse im vergangenen Jahr

„Es war erniedrigend“

Religion Katholiken können ihre Ehe neuerdings leichter annullieren lassen – falls sie Kirchenrichtern Auskunft zu ihrem Intimleben geben.

Wenn Kirchenrichter eine katholische Ehe annullieren sollen, gibt es keine Schamgrenze. „Haben Sie beim Beischlaf Verhütungsmittel benutzt?“, lautet eine der gängigen Fragen. „Haben Sie schon vor der Hochzeit gewusst, dass Sie Ihre Frau betrügen wollten? Wie oft hatten Sie ehelichen Verkehr?“

Barbara Menzel weiß, wie es sich anfühlt, wenn das Intimleben von kirchlichen Würdenträgern inspiziert wird. Sie ist Sportlehrerin aus Bad Honnef bei Bonn, schon zweimal hat sie es zur Basketball-Ü45-Weltmeisterin gebracht.

Trotzdem gab es Probleme, als sie sich in ihrer Heimat bei einer katholischen Schule bewarb. „Dem Schulleiter passte es überhaupt nicht, dass ich mit einem geschiedenen Mann verheiratet bin“, sagt Menzel, heute 56 Jahre alt. Zunächst müsse ihr Mann seine erste Ehe von einem Kirchengericht annullieren lassen, danach könne sie ihn kirchlich heiraten. „Erst dann“, so Menzel, „sollte meiner Anstellung nichts mehr im Wege stehen.“

Das Kölner Kirchengericht beugte sich daraufhin über das Vorleben von Menzels Mann. Sein Vater, seine Schwester und eine Schulfreundin mussten auf die Bibel schwören und wurden als Zeugen intensiv nach seinen Beziehungen und seiner ersten Ehe befragt. „Ich fand die ganze Ver-

hörtechnik erschreckend“, erinnert sich die Schulfreundin, eine Psychologin.

Über die bizarren katholischen Kirchenprozesse dringt so gut wie nichts an die Öffentlichkeit. Alle Beteiligten werden zur Geheimhaltung verpflichtet. 22 katholische Gerichte existieren in Deutschland, im vergangenen Jahr urteilten sie abschließend in 580 Ehenichtigkeitsprozessen.

Allein im größten deutschen Kirchengericht in Köln arbeiten zwei Dutzend Festangestellte und 26 haupt- und nebenamtliche Richter. Im Schnitt beginnt dort zweimal pro Woche ein neuer Eheprozess, die Vernehmungen dauern mitunter den ganzen Tag. In den Archiven stapeln sich mittlerweile etwa 14 000 Prozessakten.

Jede dritte Ehe in Deutschland geht auseinander, doch die Kirche erkennt eine weltliche Scheidung nicht an, sie hält am Grundsatz der Unauflöslichkeit fest. Für Angestellte der katholischen Kirche bedeutet das im Zweifelsfall existenzielle Sorgen.

Jahrelang recherchierte die Autorin Eva Müller für ihr Buch „Richter Gottes“ in der katholischen Paralleljustiz*. Die Schicksale von katholischen Chefärzten und Schulleitern haben sie beschäftigt, von Alten

pflegern, Kindergärtnerinnen und Bürokräften. Etwa 700 000 Menschen arbeiten für die katholische Kirche und die Caritas. „Sobald ihre Beziehung als ‚schädliches Ärgernis‘ gilt, droht selbst verkündigungsfernen Angestellten die Entlassung“, sagt sie.

Und wer sich auf einen Kirchenprozess einlässt, um seine erste Ehe annullieren zu lassen und so seinen Job zu retten, ahnt oft nicht, was auf ihn zukommt.

So ging es auch Elke Rogosky und Peter Otten aus Köln. Sie war bereits seit Jahren geschieden, als sie sich kennenlernten. Er ist Theologe und als Pastoralreferent im verkündigungsnahen Dienst, aus Sicht der Kirche dürfen sie nicht in wilder Ehe zusammenleben. „Du weißt, ich bin eine geschiedene Frau“, hatte Rogosky gleich gesagt. Als sie einige Zeit später zusammenzogen, schrieb sie ihren Namen nicht aufs Klingelschild. Aus Vorsicht, aber auch schweren Herzens. „Ich bin jetzt fast 50 Jahre alt“, sagt sie, „natürlich habe ich mich gefragt, warum ich mich in eine Situation begebe, in der ich mehr oder weniger nicht legal bin.“ Auch Otten tat sich schwer: „Was ist, wenn ich mal eingeladen bin – bringe ich sie dann mit oder nicht?“

Von 2012 bis 2015 wurde ihr Fall vor einem katholischen Gericht verhandelt, es waren Jahre der Unsicherheit. Sieben Zeugen wurden vernommen: ihr Bruder, ihre

* Eva Müller: „Richter Gottes: Die geheimen Prozesse der Kirche“. Kiepenheuer & Witsch; 256 Seiten; 14,99 Euro.

Kollegin, fünf Freunde. Ein Pfarrer, den Rogosky nie zuvor gesehen hatte, führte mit ihr ein zweistündiges Gespräch, anschließend schrieb er ein Glaubwürdigkeitszeugnis, das in die Beweisführung einging.

Die Richter hat Rogosky nie zu Gesicht bekommen. Der Prozess wurde, in Anlehnung an das antike römische Streitverfahren, schriftlich geführt, eine mündliche Verhandlung gab es nicht. Wie ein Staatsanwalt brachte ein „Ehebandverteidiger“ der Kirche per Schriftsatz seine Argumente für den Fortbestand ihrer Ehe vor – getreu dem Grundsatz: Was Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden. Auf 16 Seiten bescheinigte ihr der Mann absolute Unglaubwürdigkeit. Rogosky war entsetzt: „Es war erniedrigend.“

Am Ende wurde ihre erste Ehe zwar annulliert. Nach der standesamtlichen Trauung konnten Rogosky und Otten nun auch kirchlich heiraten, der Pastoralreferent durfte seine Stelle behalten. Trotzdem ist Otten über seinen Arbeitgeber empört. „Die Kirche nutzt die Lebensnot von Menschen, um in ihrem Privatleben zu schnüffeln“, sagt er – „aus obskuren Machtgründen, denn theologische Gründe fallen mir nicht ein. Kein einziger.“ Kirchenjuristen sehen das anders. Statt Ehen zu scheiden,

erklären sie Ehen für ungültig. Aufwendig versuchen sie deshalb zu beweisen, dass ein Partner zum Beispiel von Anfang an keine Kinder bekommen wollte oder nicht an die Unauflöslichkeit der Ehe glaubte. Sex gibt es aus ihrer Sicht nur zwischen Eheleuten, alles andere ist Unzucht, Ehebruch, schwere Sünde.

Seit die katholische Kirche ihre strenge Morallehre in der Gesellschaft kaum noch durchsetzen kann, verkommt ihre Gerichtsbarkeit zur Paralleljustiz für die eigenen Angestellten. „Das ist für die Richter eine unmögliche Situation“, sagt der Freiburger Kirchenrichter Georg Bier, der auch Kirchenrechtsprofessor ist: „Plötzlich hängt nicht nur die Frage der Ehegültigkeit, für die sie zuständig sind, von ihnen ab, sondern auch das Anstellungsverhältnis, für das sie nicht zuständig sind.“

Besonders hart wird es für die Betroffenen, wenn ein Prozess gegen den Willen eines ehemaligen Ehepartners geführt wird wie bei Margarete G. aus dem Bergischen Land. Ihr Mann, ein Kirchenangestellter im Krankenhaus, hatte nach der Scheidung wegen einer neuen Beziehung das Verfahren eingeleitet, um seinen Job zu retten.

„Ich möchte nicht, dass meine 28-jährige Ehe für nichtig erklärt wird, aus der fünf-

wunderbare Kinder hervorgegangen sind“, erklärte Margarete G. dem Gericht. Ihre Ehe habe „stattgefunden mit allem, was das Leben für uns bereitgehalten hat“.

Das Urteil der Kirchenrichter: Die Ehe sei nichtig, die Kinder allerdings dürften weiter als ehelich gelten. Ihr ehemaliger Mann konnte seinen Job behalten. So läuft es häufig: Die Amtskirche zeigt sich flexibel, solange sie eben der Lehre nach halbwegs ihr Gesicht wahren kann.

Viele deutsche Katholiken hatten im Herbst 2015 darauf gehofft, dass Papst Franziskus die strengen Eheregeln endlich lockert. Tatsächlich verschlankte er nur die Kirchengerichtsprozesse. Sie können nun schneller und kostenlos geführt werden. Eine Scheidung auf Katholisch ist einfacher geworden. Die Nachfrage ist groß.

Für Barbara Menzel aus Bad Honnef kommt die päpstliche Reform zu spät. Drei Jahre lang hatte sich das Kölner Kirchengericht mit der ersten Ehe ihres Mannes beschäftigt, bevor es die erhoffte Annulierung beschloss. Inzwischen hat die Sportlehrerin auf die neue Stelle in der katholischen Schule verzichtet. „Für eine kirchliche Einrichtung möchte ich nicht arbeiten“, sagt sie.

Peter Wensierski
Twitter: @wensierski

Mehr im Blick



International erfolgreich.

23 Länder. 2.100 Asset-Finance-Experten.

Alles dreht sich um Ihre Investitionen. Für einen perfekten Auslandsauftritt. Wir sind überall persönlich für Sie da:
mehr-im-blick.com

 Finanzgruppe

Deutsche Leasing 

Herr Z. sucht das Glück

Zivilprozesse Ein Rentner fühlt sich einsam und beauftragt eine Partnerschaftsagentur. Doch er findet keine Frau – und zieht vor Gericht.

Auf der Suche nach dem Glück fuhr Herr Z. nach Essen. Eigentlich mag er Großstädte nicht, sie sind ihm zu laut, zu rummelig. Aber wenn er dort die Liebe finden würde, sollte es die Reise wert sein.

In Essen traf er Frau M. Sie stellte sich das Glück aber etwas anders vor als Herr Z.: als Wochenendbeziehung, eher etwas Lockeres, eine Art Zeitvertreib. Unter der Woche wollte sie „ihr Leben leben“, sagte sie Herrn Z.

Das wollte Herr Z. auch, aber nicht allein. Und schon gar nicht nur am Wochenende oder nur werktags. Sondern sieben Tage die Woche.

So nahm die Geschichte ihren Lauf, die in neuem Hochgefühl hätte enden sollen, aber dann bloß ins Landgericht Mönchengladbach führte, Saal A 111. Wo es nicht mehr um Sehnsucht ging, sondern nur noch ums Geld, nachdem der Traum längst zerplatzt war.

Es war im vorletzten Herbst, Herr Z. fühlte sich weltverloren. Er setzte sich auf sein Sofa und dachte nach, so wie er es seit dem Tod seiner Frau vor fünf Jahren oft tat. Er saß da und dachte über sein Leben nach.

Er war jetzt 75 Jahre alt. Mehr als 46 Jahre lang war er verheiratet gewesen. Die letzten zwei davon waren hart gewesen, seine Frau hatte einen Tumor, er hatte sie rund um die Uhr gepflegt. Wenn er über die Zeit spricht, schießen ihm Tränen in die Augen. Sie hätten sich durchaus auch mal gezofft, sagt er. Aber eine halbe Stunde später wieder einander an der Hand gehalten. Zu jüngeren Leuten sagt Herr Z. heute, sie wüssten gar nicht, wie gut sich Versöhnen anfühle.

Nach dem Tod seiner Frau wollte er das gemeinsame Haus verkaufen, sich von den schmerhaften Erinnerungen der letzten Jahre lösen. Doch die guten Erinnerungen überwogen. Ein Jahr lang rang Herr Z. um eine Entscheidung, dann stand sie fest: Er würde in seinem Haus bleiben. Hier in der Region ist er aufgewachsen, hier sind seine Kinder aufgewachsen, hier wohnen die Menschen, mit denen er sein Leben teilt. Er wollte hier nicht weg.

Aber allein sein wollte er auch nicht. Immer wieder las er im Wochenblatt unter der Rubrik „Herz für Herz“ die Kontaktanzeigen. Er traute sich nicht, selbst zu inserieren oder auf eine Annonce zu antworten. Was würden die Kinder sagen? Die Verwandtschaft? Hatte er es nötig, auf die-

sem Weg jemanden kennenzulernen? Würde eine neue Frau zu ihm in sein Haus ziehen wollen?

An einem Tag Anfang November saß Herr Z. auf seinem Sofa, schlug die Zeitung auf und sah Beate: eine ehemalige Altenpflegerin mit kurzen Haaren, Brille, 73 Jahre alt. Auch sie suchte das Glück. „Ich bin eine gute Köchin, schmuse und kuschel gerne, wünsche mir wieder einen Mann zum Liehaben. Gerne würde ich wieder für zwei den Haushalt führen, schön den Tisch decken, der Duft Ihres Lieblingsgerichtes hängt in der Luft. Finden Sie es schön, alleine am Esstisch zu sitzen oder alleine abends vor dem Fernseher? Nein – lassen Sie uns am liebsten ab morgen glücklich sein – ich kümmere mich gerne um Sie, wäre auch umzugsbereit!“



Richter Bößem
„Eine Frage des Preises“

Herr Z. fühlte sich angesprochen. Beate war die Einzige, die zu ihrer Annonce ein Bild veröffentlicht hatte. Und sie würde umziehen! Wieder trauten sich Herr Z. nicht. Als Beate nach zwei Wochen noch immer suchte, griff Herr Z. zum Telefonhörer. Es war der 19. November 2015. Unter allen Anzeigen stand die Telefonnummer der „GfZ GmbH“. Es meldete sich die „Glück für Zwei GmbH“ in Mönchengladbach, eine Partnerschaftsvermittlungsagentur.

Eine Frau sagte ihm, telefonisch könne man keinen Kontakt zu Beate herstellen. Eine persönliche Beratung sei notwendig. Drei Tage später, an einem Sonntag, saß eine Dame der Agentur auf Herrn Z.s Sofa und erklärte ihm, dass Beate bereits vergeben sei. Aber es gebe viele andere Frauen, die einen Partner wie ihn suchten. Und sie erklärte ihm, was er tun müsse, um eine Frau wie Beate kennenzulernen.

Die Dame machte ihm ein Angebot: 8500 Euro für 21 Partnervorschläge. Das sei ihm zu teuer, sagte Herr Z. Die Dame von der Agentur hatte dafür Verständnis und gewährte einen Preisnachlass von 200 Euro. Herr Z. unterschrieb.

In dem Partnerschaftsvermittlungsvertrag fand sich eine „Zusatzvereinbarung über den einvernehmlichen Ausschluss des Kündigungsrechtes“. Darin wurden verschiedene Gegenleistungen angeboten, wenn der Kunde auf sein Kündigungsrecht nach § 627 BGB verzichtet. Herr Z. entschied sich für diese Variante. Er durfte sich demnach nicht auf den Paragrafen be rufen, der eine sofortige Kündigung ermöglicht. Dafür sollte er auch nach Ablauf der Vertragszeit unentgeltlich und unbegrenzt weitere Partnervorschläge abrufen können.

Weiterhin unterschrieb Herr Z. eine „persönliche Vertrauensgarantie“. In der hieß es, dass eine Rückabwicklung garantiert werde, wenn innerhalb der vier Wochen ab Vertragsschluss keine Personen vorgeschlagen werden, die bereit seien, sich vermitteln zu lassen.

In jener Nacht schließt Herr Z. schlecht. Als am nächsten Tag, wie vereinbart, ein Mitarbeiter der Agentur vor seiner Tür stand, um mit ihm zur Bank zu gehen, gestand Herr Z. seine Zweifel. „Da wurde der pampig und unterschrieb noch einmal die Vertrauensgarantie“, erinnert sich Herr Z. Das habe ihn beruhigt. Er ging mit dem Mann zur Bank, füllte einen Überweisungsträger aus.

Am 26. November 2015 erhielt Herr Z. Nachricht von der Agentur: Das Geld sei eingetroffen, anbei die ersten Kontakte.

Herr Z. besuchte zuerst Frau K. in Krefeld, die er sofort ins Herz schloss. Aber eine gemeinsame Perspektive scheiterte daran, dass auch Frau K. dort verwurzelt war, wo sie wohnte, ein Umzug kam für sie ebenso wenig infrage wie für Herrn Z.

So traf er in einem Café für zwei Stunden Frau L. aus Düsseldorf, auch sie wollte nicht fortziehen aus ihrem Zuhause, in dem sie mit ihrem Ehemann zu dessen Lebzeiten so glücklich gewesen war. Dann kam die Reise nach Essen.

Am 17. Dezember 2015 setzte sich Herr Z. an seinen Küchentisch, nahm drei Blatt Papier und schrieb in ordentlicher Schrift ein Kündigungsschreiben an die „Glück für Zwei GmbH“. Per Einschreiben brachte er das Kuvert auf den Weg. Die Agentur schickte weitere Damenvorschläge, darunter eine Cousine von Herrn Z. Weil die



THEODOR BARTH / DER SPIEGEL

Kläger Z.: Keine der vorgeschlagenen Damen wollte umziehen

Agentur auf seine Kündigung nicht reagierte, suchte Herr Z. sich einen Anwalt und klagte gegen die Partnerschaftsvermittlung.

Fast ein Jahr später betritt Herr Z. das Landgericht Mönchengladbach und sieht sich um. Zuletzt war er hier vor 60 Jahren: wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis. Damals war er 15 Jahre alt und auf dem Traktor seines Onkels erwischt worden. Ein Richter verurteilte ihn zu einer Zahlung von zwei Mark.

Herr Z. geht langsam die Stufen hoch zum Saal A 111. Er schämt sich, die ganze Sache ist ihm peinlich. Noch immer hat er seine Kinder nicht eingeweiht. Er trägt eine rot-schwarze Allwetterjacke, ein karriertes Hemd unter einem V-Pullover, in der Hand eine Tasche mit allen Unterlagen über seine Suche nach dem Glück.

Umständlich nimmt er Platz in dem kleinen Raum, an der Decke abgeblätterter Stuck. Durch das Fenster hinter der Richterbank fällt der Blick auf ein schwarzes Bürogebäude: Hier residiert die „Glück für Zwei GmbH“, ausgerechnet.

Der Vorsitzende der 3. Zivilkammer, Bernd Bößem, eröffnet das Verfahren. „Eine Zeit lang waren Klagen gegen Partnerschaftsvermittlungen unser täglich Brot“, sagt er, in den letzten Jahren hätten sie stark abgenommen. „Vielleicht wegen der Internetportale?“

Es ist ein Gütermin, das Gericht soll einen Vergleich herbeiführen, um eine streitige Verhandlung zu vermeiden. Auch Herr Z. will keine endlos lange Verhandlung, schon gar nicht in weiteren Instanzen.

Er will noch nicht einmal recht bekommen, er will nur seine Ruhe und sein Geld zurück. Zum mindestens 7300 Euro. Die restlichen Tausend hat sein Rechtsanwalt Rolf-Michael Bieler für Aufwand und Kosten der Agentur veranschlagt.

Herr Z. ist der Ansicht, er könne sich von dem Vertrag lösen, weil er bei dessen Abschluss unter Druck gesetzt worden sei. Er habe deshalb gar nicht wahrgenommen, dass das Kündigungsrecht ausgeschlossen wurde. Zudem habe man ihm versichert, dass er innerhalb von vier Wochen vom Vertrag zurücktreten könne, wenn es nicht zu einer festen Beziehung komme.

Er sei nicht ausdrücklich auf sein Widerufsrecht hingewiesen worden, sagt Herr Z. „Nach zweieinhalb Stunden Reden war ich platt im Kopp!“ Die vorgeschlagenen Damen seien überdies nicht bereit gewesen umzuziehen, sodass die Vermittlungsvorschläge der Agentur unbrauchbar gewesen seien. Herr Z. schüttelt den Kopf, er hat in der Nacht kein Auge zugemacht.

Ob die ausgesprochene Kündigung wirksam war, könne nur geklärt werden, wenn man in die Beweisaufnahme einsteige, sagt der Richter und: „Es ist eine Frage des Preises.“ Er schlägt vor: Die Agentur zahlt Herrn Z. 4000 Euro zurück. „Das ist für Sie zu wenig, Herr Z., aber zu Ihren Gunsten. Es ist ja völlig unklar, was die Beweisaufnahme bringt.“ Herr Z. blickt nach unten, rückt seine Brille zurecht.

Nein, die Agentur werde nicht mehr als die Hälfte der geforderten Summe zahlen, sagt der gegnerische Anwalt. Herr Z. schaut auf, er will noch was sagen, er räus-

pert sich: Nur damit es nicht zu Missverständnissen komme, die Agentur habe ihm sechs Frauen vermittelt, getroffen habe er aber nur drei. Bößem nickt ihm zu. Richter sind häufig an einem Vergleich interessiert: Er erspart ihnen, ein Urteil zu fällen.

Herr Z. berät sich mit seinem Anwalt auf dem Flur. „Schweren Herzens und aus rein gesundheitlichen Gründen würde mein Mandant einem Vergleich zustimmen“, verkündet Rechtsanwalt Bieler kurz darauf. Damit sind sämtliche Ansprüche beider Parteien erledigt. Nach 29 Minuten ist die Verhandlung zu Ende. Herrn Z. laufen Tränen übers Gesicht.

Sein Anwalt sagt, Herr Z. habe sich nur noch auf diesen Streit konzentriert, er sei unfähig, ihn nicht so ernst zu nehmen. Bieler kennt das von vielen Mandanten in einem gewissen Alter. Mit dem Vergleich erkaufe sich Herr Z. „seine Ruhe und seine Gesundheit“.

Die Möglichkeit des Kündigungsverzichts sei jedoch im Sinne des Verbraucherschutzes dringend vom Gesetzgeber zu prüfen, sagt Bieler. Herr Z. hatte das Recht, 14 Tage lang nach Vertragsabschluss die Vereinbarung zu widerrufen. Also in der Zeit, in der Herr Z. mit der Damenwahl beschäftigt und abgelenkt war.

Herr Z. sitzt auf seinem Sofa und ist erleichtert, dass es vorbei ist. Vorbei mit den schlaflosen Nächten. Vorbei mit der Schmach. Das verlorene Ersparne sieht er als Leihgeld. Seine Suche nach dem Glück zu zweit hat Herr Z. eingestellt.

Julia Jüttner

Mail: julia.juettner@spiegel.de

Vor 60 Jahren kritisierte ein junger, damals noch unbekannter Autor die Sprache des SPIEGEL. Rudolf Augstein gefiel dieser wagemutige Mann so gut, dass er ihn regelmäßig schreiben ließ. Heute ist der SPIEGEL Bestandteil der Biografie von Hans Magnus

ENZENSBERGER

Von Volker Weidermann

Er greift sich an die Gurgel, biegt den Oberkörper gegen die Stuhllehne, schließt die Augen, würgt, lacht und ruft: „Sehen Sie? Da hatte er mich am Wickel!“, und er löst den Griff, öffnet die Augen und sagt: „Genial!“ Hans Magnus Enzensberger, 87, beschreibt den Augstein-Moment in seinem Leben. Den Moment, in dem er, Enzensberger, zu einer öffentlichen Figur, einem gefürchteten, respektierten, mit Staunen bedachten Kulturtikler, einem Machtkritiker wurde. Durch die feindliche Übernahme durch den Gründer und Erfinder eines Magazins. Dieses Magazins. Rudolf Augstein.

Das war 1957. Augstein war 33, Hans Magnus Enzensberger 27 Jahre alt. Er hatte noch kein Buch veröffentlicht, nicht mal einen Gedichtband, nur ein paar Aufsätze in Literaturzeitschriften, und ein paar Sachen fürs Radio hatte er gemacht, für Alfred Andersch's SWR, der damals einer ganzen Gruppe junger Schriftsteller die Möglichkeit bot, mit ungewöhnlichen, wagemutigen Texten Geld zu verdienen.

Die erste Sache, die Enzensberger Andersch schickte, hatte dieser mit einem knappen „Toll! Aber das können wir natürlich nicht senden“ kommentiert. „Ich weiß nicht mehr“, sagt Enzensberger jetzt, „wegen Blasphemie oder Pornografie oder irgend so was.“ Aber der Redakteur und Schriftsteller Andersch ermutigte ihn weiterzumachen, und im Februar 1957 schließlich sendete der SWR einen Essay des jungen Kritikers unter dem Titel „Die Sprache des SPIEGEL“, und die Resonanz war gigantisch.

Ein fundamentaler Angriff auf das deutsche Nachrichten-Magazin, auf die eine große kritische Instanz der jungen Bundesrepublik von einem Namenlosen? Das war nicht zu fassen, und in der Haut dieses Namenlosen, dieses sogenannten Hans Magnus Enzensberger aus Kaufbeuren, wollte jedenfalls niemand stecken in diesen Tagen. Die Rache des SPIEGEL, das war klar, würde fürchterlich sein.

Ja. Und dann kam es, wie es kam. Hans Magnus Enzensberger sitzt hier in seiner Arbeitswohnung in München, mit Blick über die Häuser in den Englischen Garten hinüber, der nur wenige Hundert Meter entfernt ist, rosafarbenes Hemd, helles Sakko, neugierig, beweglich, biegsam, ein jungenhafter, weißhaariger Mann von bald 90 Jahren. Er hat uns Kaffee in der Mikrowelle warm gemacht, stellt für sich ein Töpfchen Sahne neben die Tasse auf den Tisch. Er sagt: „Ich bin katholischer Agnostiker. Nach einer Tasse Kaffee weiß ich, ob mein Gegenüber Protestant ist oder Katholik.“

In einer Nachschrift zu seinem SPIEGEL-Text hatte Enzensberger die Folgen von damals mit vollendetem Understatement so beschrieben: „Die Veröffentlichung erregte ein gewisses Aufsehen. Die Redaktion des Magazins bat wenige Tage nach der Sendung um die Erlaubnis zum teil-

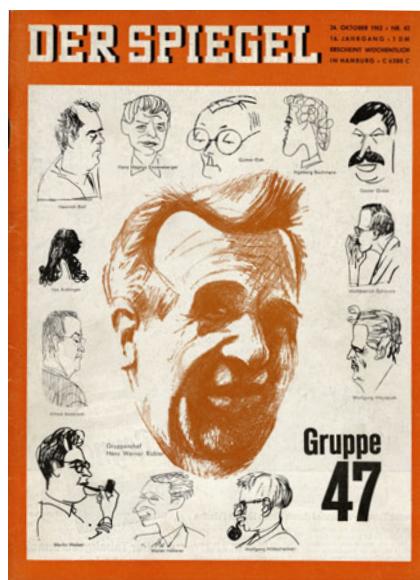
weisen Abdruck des Manuskripts in seinen Spalten. Sie wurde erteilt.“

Rudolf Augstein hat ihn damals einfach eingesackt. Der Mut dieses jungen Mannes war ja für jedermann zu spüren und auch die Schärfe der Analyse, die Klugheit, die Energie, der Wille zum Angriff, vor allem aber diese lässige Arg- und Furchtlosigkeit. Dieses: Hey, Leute. Wovor habt ihr Angst? Da ist ein Gegner, hier ist mein Kopf, mein Stift, mein Verstand, lasst uns lustig angreifen. Was soll mir denn groß passieren? Bin ich in einem Löwenkäfig? Es geht doch darum, das Große zu wagen. Es geht doch um große Gegner. Dafür sind wir doch hier. Das Leben ist kurz, und Buchstaben können alles. Lasst es uns machen. Angst? Wovor? Warum? Können Hasenfüße das Leben bezwingen? Wollen wir uns langweilen, ein Leben lang?

Das alles hatte wohl auch Augstein diesem Text entnommen, und er ließ also seine Leute anrufen, um Abdruckgenehmigung bitten, und schon hatte man seinen schärfsten, klügsten, jüngsten und vielleicht gefährlichsten Kritiker bei sich im Team.

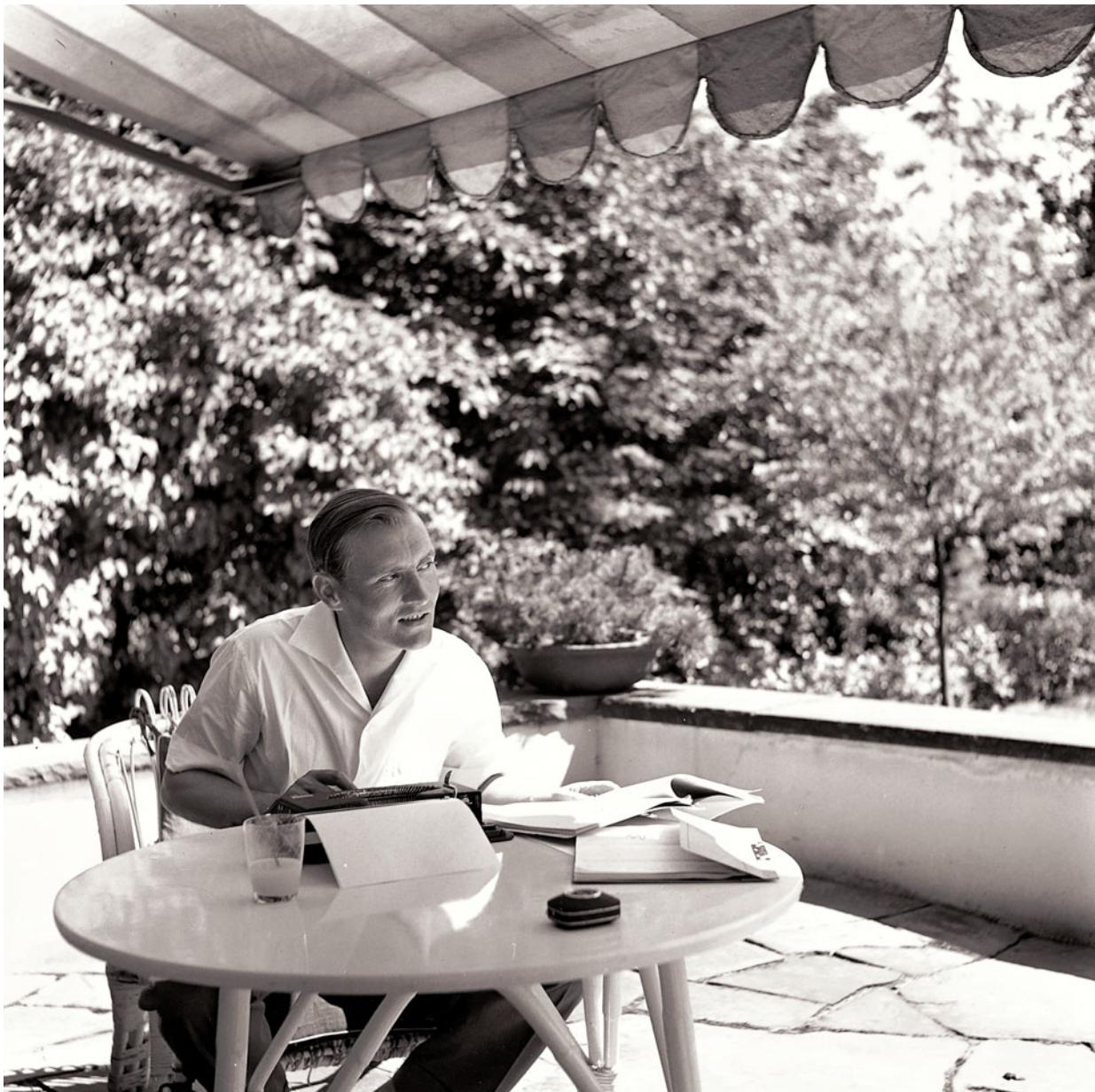
Aber was stand denn nun drin, in dem gefährlichen Text, der in Heft 10/1957 erschien? Was warf Enzensberger dem deutschen Nachrichten-Magazin vor? Zum Beispiel, dass es gar kein Nachrichten-Magazin sei. Die reine Nachricht fände sich nämlich so gut wie gar nicht im Blatt, sondern nur, nach dem Vorbild des amerikanischen Magazins „Time“, „Stories“, das heißt: zurechtgestutzte Wirklichkeit, auf Effekt getrimmt, auf Personen zugeschnitten, auf Pointe. „Objektivität ist ein Kriterium, das auf die Story schlechterdings nicht anwendbar ist. Maßgebend für das Gelingen einer Story ist einzig und allein ihr Effekt.“

Weiter kritisiert Enzensberger den Jargon des Magazins, Wortgeklingel statt Klarheit und Einfachheit des Stils, er verdammt die Schlüssellochperspektive, den freudig bedienten Voyeurismus der Leser, die Haltunglosigkeit des Blattes, das Lä-



SPIEGEL-Ausgabe 43/1962
Als Mitglied der Gruppe 47 schaffte es Enzensberger (o., 2. v. l.) auf den Titel





MAX EHRLICH / DER SPIEGEL

SPIEGEL-Chef Augstein 1957: Er erteilte dem Autor den Auftrag, jeden Monat einen Text zu liefern, „egal, über was“

cherlichmachen der Gegner, die beständig betonte Überlegenheit des Standpunkts, den angeblichen Hochstand, auf dem die Berichterstatter des Blattes sitzen. Wer hat sie dahin gesetzt? Warum soll man den SPIEGEL-Leuten glauben, dass sie so weit oben sitzen? „Die Ideologie des SPIEGEL ist eine skeptische Allwissenheit, die an allem zweifelt außer an sich selbst“, schrieb er. „Eine Kritik, die keinen anderen Ansatz besitzt als diesen imaginären Hebelpunkt, macht sich von vornherein zur Magd der Ereignisse.“

Doch Enzensberger war schon damals nicht nur mutig, sondern auch schlau. Denn erstens mündete seine Fundamentalkritik in einer umfassenden Selbstkritik: „Daß wir ein Magazin vom Schlag des SPIEGEL nötig haben, spricht nicht für das Blatt, das die Masche zu seiner Moral gemacht hat: Es spricht gegen unsere Presse insgesamt,

gegen den Zustand unserer Gesellschaft; es spricht mit einem Wort gegen uns.“

Und zweitens und noch schlauer war dann diese Passage über Jens Daniel, ein Pseudonym Rudolf Augsteins: „Für den Leitartikler des SPIEGEL, Jens Daniel, habe ich nur Hochachtung und Bewunderung übrig. Sein Verfahren ist unangreifbar, gleichgültig, ob er mit dem, was er sagt, recht oder unrecht hat. Frei nach Voltaire würde ich, wäre er selbst mein erbittertster Gegner, bis zuletzt sein Recht verteidigen, öffentlich seine Meinung zu äußern.“

Der Dichter Peter Rühmkorf hatte diese geniale Begabung Enzensbergers, die ihn durch sein ganzes Leben getragen hat, ein-

mal so beschrieben: „Das befähigte ihn, sich auf den Markt einzulassen, ohne sich die Flügel je schmutzig zu machen, oder auch sich mit der Gesellschaft anzulegen, ohne daß es ihm fundamentale Risiken, wirtschaftliche Einbußen, lebensbedrohliche Feindschaften eingetragen hätte. Er hatte einen so unverschämt guten Nerv für den Kairos, für den einmaligen, unver säumlich günstigen Moment, daß die Medien, die er angriff, gleichzeitig zu seinem eignen Übertragungsapparat wurden.“

Und jetzt sitzt er hier, im Himmel über München, macht die Gurgel-Bewegung und spricht über Rudolf Augstein. Wie er ihm damals „carte blanche“ erteilt hatte, er solle einfach nur jeden Monat einen Text liefern, „egal, über was“. „Und da habe ich dann zum Beispiel über ein Buch mit Soldatenliedern geschrieben oder über das Statistische Jahrbuch und dann, klar,



Zum Artikel: „Die Sprache des SPIEGEL“ (SPIEGEL 10/1957)

spiegel.de/sp022017sprache
oder in der App DER SPIEGEL

immer mal wieder über ein großes Thema, das musste auch regelmäßig sein.“

Es war der Beginn einer erstaunlichen, langjährigen Zusammenarbeit, bei der viele, viele Texte entstanden sind, die den SPIEGEL und die das Land und die öffentlichen Debatten des Landes geprägt haben. Als Mitglied der Dichtervereinigung „Gruppe 47“ schaffte es Enzensberger 1962 auch selbst auf den Titel.

Über Rudolf Augstein fällt ihm auch heute noch nur Gutes ein. Wie sehr er die Gespräche mit ihm genossen habe. „Privat war der ganz toll.“ Nach außen habe er immer so groß und gigantisch über den SPIEGEL geredet. Nach innen, so Enzensberger, sprach er ganz klein von ihm. „Er hat ja so viel gemacht, er wollte so viel. Zeitungen gründen. Filme machen. Die FDP erneuern.“ Vieles hat er dann liegen lassen. „Er war ein mutiger Zögerer“, sagt Hans Magnus Enzensberger jetzt.

Und über den SPIEGEL von heute? Was stimmt noch, aus seiner Sicht, heute, im Jahr 2017? Und ist Medienkritik heute noch so notwendig wie damals? Er sagt: „Heute ist die Lage anders. In allen Medien wird über die Medien verhandelt, auf eigenen Seiten, im Fernsehen und im Internet. Im SPIEGEL werden meistens die Verfasser genannt. Es gibt mehr Vielfalt. Der SPIEGEL spricht nicht mehr mit einer Stimme. Es gibt mehr Konkurrenz für die Wochenzeitungen, mehr Kampf um Auflage, Reichweite und Anzeigenaufkommen. Niemand würde mehr von Sturmgeschützen sprechen. Das Pathos der damaligen Jahre mutet altertümlich an.“

Und er ist noch nicht fertig. „Die sogenannten Printmedien und Content-Lieferanten werden von den Konzernmanagern, Controllern und Marketingexperten bedrängt, und schon an dem mangelhaften Deutsch dieser Leute sieht man, dass die investigative Energie und die Kunst der Reportage heute genauso – wenn nicht noch mehr – gebraucht werden wie in den Gründerzeiten der Republik.“

Die enge, anfänglich regelmäßige Zusammenarbeit mit dem SPIEGEL, die hat Enzensberger aber schnell aufgegeben. „Ach, das wurde mir dann schnell langweilig“, sagt er. Alles, was nur aus der Ferne wie Routine, Regelmäßigkeit, Wiederholung aussieht, weckte in diesem Mann schon immer verlässlich alle Fluchtinstinkte. Er hatte ja auch einfach genug zu tun in der Welt; in Norwegen, Italien, der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten, auf Kuba; eigene Zeitschriften gründen, Kongresse organisieren, Stipendien annehmen, Stipendien ablehnen, diskutieren, dichten, angreifen, Literatur abschaffen, den bewaffneten Kampf rechtfertigen. So Sachen halt.

Aber er hat natürlich weiter für den SPIEGEL geschrieben, ständig eigentlich, aus allen Weltgängen. Jetzt liegt vor uns



HANNES KLIEN

SPIEGEL-Kritiker Enzensberger um 1955

Leute, wovor habt ihr Angst?

auf seinem Tisch ein dicker, dicker Stapel Papier. Ausdrucke seiner SPIEGEL-Texte. Eigentlich wollten wir anhand dieser Texte sein Leben durchsprechen, „Hans Magnus Enzensberger – meine SPIEGEL-Biografie“, das war der Plan. Tja, und jetzt sitzt man sich hier gegenüber, die Texte zwischen uns, und es ist völlig klar, dass ihn das überhaupt nicht interessiert.

Hans Magnus Enzensberger hat ein maximal unsentimentales Verhältnis zu seinen eigenen alten Texten. Mehrfach hat ihm der Suhrkamp Verlag eine Werkausgabe seiner gesammelten Schriften angeboten. „Um Himmels willen, ich bin doch noch nicht tot!“ hat er da stets gerufen. Solange man lebt, soll man sich mit der Zukunft beschäftigen, mit neuen Sachen.

Deshalb ist ihm das jetzt nicht besonders recht, dieses Lesen in alten Texten. Außerdem weiß Enzensberger natürlich selbst nur zu gut, wie oft er sich getäuscht

Das Geheimnis seines Glücks? „Dass ich nie Chef war. Dass ich nie ins Büro musste.“

hat. Oder aus Langeweile einfach irgendwann die Position gewechselt hat. Nur Bleifüßler verharren ein Leben lang am selben Ort. Er ist nun mal der „Fliegende Robert“, wie er sich selbst in einem seiner schönsten Gedichte beschrieben hat: „Eskapismus, ruft ihr mir zu, / vorwurfsvoll. / Was denn sonst, antworte ich, / bei diesem Sauwetter! –, / spanne den Regenschirm auf / und erhebe mich in die Lüfte. / Von euch aus gesehen, / werde ich immer kleiner und kleiner, / bis ich verschwunden bin. / Ich hinterlasse nichts weiter / als

eine Legende, / mit der ihr Neidhammel, / wenn es draußen stürmt, / euern Kindern in den Ohren liegt, / damit sie euch nicht davonfliegen.“

Jetzt sagt er über seine politischen Texte, seine politischen Kapriolen knapp: „In einem Land, in dem ich Diktator bin, möchte ich nicht leben.“ Also gut, gehen wir es an, die alten Sachen. Hier ein Text, den er aus Kuba schrieb, 1968 war das: Die Befreiung von der Herrschaft der Vereinigten Staaten „ist, wie die Geschichte der letzten fünfundzwanzig Jahre zeigt, nur durch den bewaffneten Aufstand zu erlangen“, steht da.

Enzensberger beugt sich vor, liest kurz stumm vor sich hin, hebt den Kopf, lächelt und sagt: „Och, so schlimm ist das ja gar nicht.“ Dann sein Text über Saddam Hussein, den er mit Hitler gleichsetzt, im Jahr 1991. „Hitler war nicht einzigartig“, er hoffte auf eine Invasion des Iraks. „Ja, das hab ich doch schon längst irgendwo zurückgenommen. Ich weiß nicht mehr, wo und wann. Wer hätte gedacht, dass die Amerikaner keine Strategie für die Zeit nach dem Sieg haben würden? Ich war einfach von der Klugheit der Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg und ihrer Strategie in Deutschland ausgegangen. Wer konnte ahnen, dass sie diesmal so ahnungslos, so planlos sein würden?“

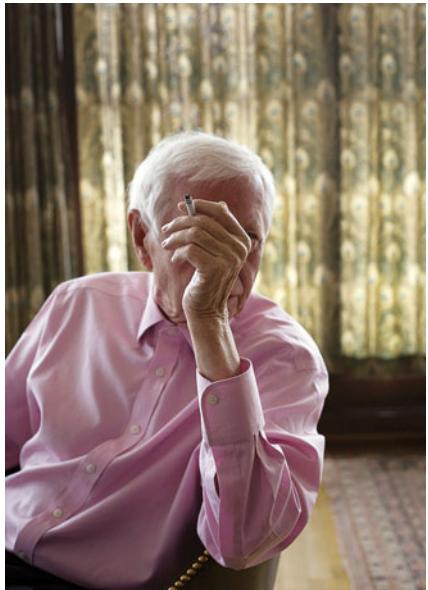
Und dann gibt es aber auch jede Menge Momente freudiger Wiederbegegnung. Oh, der Text über „das verführerische Freizeithemd“ von 1976, über die kulturelle Hegemonie des Kleinbürgertums, zu dem er sich unbedingt selbst hinzuzählt natürlich, mit den herrlichen Verzweiflungsfragen: „Ist gegen das, was unserer Klasse einfällt, wirklich kein Kraut gewachsen? Wird es niemandem erspart bleiben, auch den Kongolese nicht, sich mit Unterhosen auszurüsten, die ein französischer Designer entworfen hat? Müssen auch die Vietnamesen Valium schlucken?“ Ist auch 40 Jahre später noch recht wahr und macht ganz gute Laune. Enzensberger glückst.

Dann hier der Text über Friedrich Karl Fromme, den damaligen Innenpolitikchef der „Frankfurter Allgemeinen“, aus dem Jahr 1977: „Mit meinem Urteil möchte ich niemandem unrecht tun. Daß Friedrich Karl Fromme keinen Gedanken zu Ende denken kann und auch beim besten Willen nicht begreift, wozu das gut sein sollte ..., das ist ihm, wie allen blinden Fanatikern, nur in einem sehr eingeschränkten Sinn vorzuwerfen.“ Dem Archivausdruck ist eine Warnung vorangestellt: „Achtung! Zu diesem Artikel liegt eine Gegendarstellung vor.“ Und Enzensberger erinnert sich und lacht und sagt: „Ja, und er ist trotzdem noch 20 Jahre Politikchef geblieben.“

Seinen großen Text gegen die „FAZ“, „Journalismus als Eiertanz“ von 1962, hatte die Zeitung damals, nicht etwa wie der SPIEGEL Jahre zuvor, selbst abgedruckt,



ELIAS HASSOS / DER SPIEGEL



ELIAS HASSOS / DER SPIEGEL



ELIAS HASSOS / DER SPIEGEL

Autor Enzensberger beim SPIEGEL-Gespräch 2014: „Die Literatur im Nacken“

sondern im Gegenteil mit einer 44-seitigen Gegenbroschüre beantwortet. Titel: „Enzensberger'sche Einzelheiten – korrigiert von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, eingeleitet damals von dem Großfeuilletonisten aus Weimarer-Republik-Zeiten, Benno Reifenberg, unter der Überschrift „Hans Magnus, ein böswilliger Leser“.

Der Himmel färbt sich langsam rot, blauer Rauch steigt aus dem Schornstein nebenan. Enzensberger erweist sich nun doch als sehr gutwilliger Leser seiner eigenen Texte. Hier, dieses Krimi-Script der Flick-Affäre aus den Achtzigerjahren, wohl 20 Magazinseiten lang, unfassbar detaillreich. „Ja, manchmal hat man auch richtig gearbeitet“, sagt er lachend. Es ist auch eine Heldenstory des Magazins, für das der Autor schreibt: „Noch ist das Blatt nicht am Kiosk, da hängen in den Bonner Bungalows die Herren bereits am Tele-

phon, und wenn das Publikum sich am Montag die Augen reibt (man hat ja manches für möglich gehalten, aber das? Bananenrepublik!), sind die ersten Nebelwerfer schon in Stellung gebracht.“

Dann hier seine Titelgeschichte, ein Loblied auf den „Luxus“ aus dem Jahr 1996: „Daß dem privaten Luxus auch der neidische Zuschauer abhanden gekommen ist, kann nicht wundernehmen. Wo es nichts mehr zu sehen gibt, wendet sich der Voyeur achselzuckend ab. Auch wird es wohl kein Zufall sein, daß es vor allem Zuhälter, Gangster und Drogenbarone sind, die den größten Wert darauf legen, sich mit exklusiver Scheiße zu schmücken.“

Es ist das Geheimnisvolle, was ihn am Luxus damals und heute angezogen hat und anzieht: „Rätselhaft sind auch die Stoßzähne des sibirischen Mammuts; denn sie haben nicht zum Überleben der Art

beigetragen. So beißt sich die Wissenschaft am Luxus der Natur die Zähne aus.“ „Na ja, der wahre Luxus sind ja Zeit und Ruhe“, sagt er jetzt. Und Freiheit. Das Geheimnis seines Lebens? Seines Glücks? „Dass ich nie eine Sekretärin hatte. Dass ich nie Chef war. Dass ich nie ins Büro musste.“

Und dann, „sind wir schon durch?“ – erinnert er selbst noch an einen Text, „Im Fremden das Eigene hassen“, über „die große Wanderung“ der Menschheit, den er 1992 geschrieben hat und den man heute genau so wieder drucken könnte. Über die sonderbare Amnesie der Deutschen, die selbst ein Volk aus Einwanderern, Flüchtlingen, Umgesiedelten sind, auf der einen Seite; und auf der anderen Seite über ihre übertriebene, rührende, irrationale Flüchtlingsliebe. Und schließlich über die Notwendigkeit, das zivilisatorische Minimum unserer Zeit als Glück zu begreifen und stets bereit zu sein, dies auch zu verteidigen.

Aber heute etwa über Donald Trump zu schreiben kommt für Enzensberger nicht infrage. „Es schreiben doch alle über Trump. Und alle das Gleiche. Was braucht es da mich? Bei mir ist es so: Wenn ich irgendwo eine Lücke sehe, schnappe ich zu.“

Noch lieber aber schnappt er gar nicht mehr zu. „Es kommt darauf an, die Welt zu verschonen“, zitiert er den Philosophen Odo Marquard. Kollegen, die im Alter seriell mit dem Textschnellfeuer gewehr jährlich den gleichen Roman in die Welt schießen, sind, sagen wir mal vorsichtig, keine Vorbilder für ihn. Dass er dieses Jahr auf der Frankfurter Buchmesse überhaupt kein neues Buch hatte, lässt ihn jetzt geradezu kichern vor Freude.

Die größte Freude, die liegt im weißen Umschlag vor uns auf dem Tisch. Sieht aus wie ein neues Buch von Enzensberger, ist es auch, sein Name steht oben drauf, darunter der Titel „Eine Handvoll Anekdoten“, und genau die sind es auch. Anekdoten seiner Kindheit. Aber er veröffentlicht es nicht. Erinnerungen, Fotos, Erfahrungen, nur für Freunde und Familie. „Ich wollte der Literatur mal entkommen“, sagt er. Und: „Es sitzt einem ja immer die Literatur im Nacken.“

Freies Schreiben, freies Erinnern, darum ging es ihm, ohne schlechte Kritiken fürchten zu müssen „oder noch schlimmer: falsche lobende“, ruft er und schüttet sich aus vor Lachen. Das ist wahrer Luxus. Ein Buch, das er im Weihnachtsgeschäft als Suhrkamp-Band lässig 50 000-mal verkauft hätte. Behält er für sich und einige ausgewählte Leser.

Es hört so auf: „In dem, was er schreibt, ist er verschwunden.“

Im nächsten Heft: Der SPIEGEL und seine Kritiker – Redakteurinnen und Redakteure antworten auf empörte, aufmerksame und unverschämte Leserbriefe.

DER SPIEGEL

Nr. 46 / 12.11.2016
Deutschland € 4,90
4 1901 00704905 46

DAS ENDE DER WELT

für

SEIT 1947

Keine Angst vor der Wahrheit

Studenten-Angebot
zum Jubiläum

Über 45 %
sparen

Ja, ich möchte Jubiläum feiern, 26 x den SPIEGEL inkl. UNI SPIEGEL für nur 70 € lesen und **über 45 % sparen!**

SEIT 1947

Keine Angst vor der Wahrheit

Sichern Sie sich das
Studenten-Angebot
zum SPIEGEL-Jubiläum!

Angebot gilt nur bis 31.3.2017.

Anschrift:

Frau
 Herr

Name/Vorname

Straße/Hausnr.

Geburtsdatum

19

PLZ

Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Wenn ich mich nach Erhalt der 24. Ausgabe nicht melde, möchte ich den SPIEGEL weiterbeziehen, dann für zurzeit € 3,15 pro Ausgabe statt € 4,90 im Einzelkauf. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.

Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Ich nutze die bequemste Zahlungsart: per SEPA-Lastschrift*

DE
IBAN

Die Mandatsreferenz wird
separat mitgeteilt.

Datum

X
Unterschrift

SP17-779

Gleich mitbestellen!

Ja, ich möchte zusätzlich den SPIEGEL digital für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für € 4,99 im Einzelkauf.

SD17-614

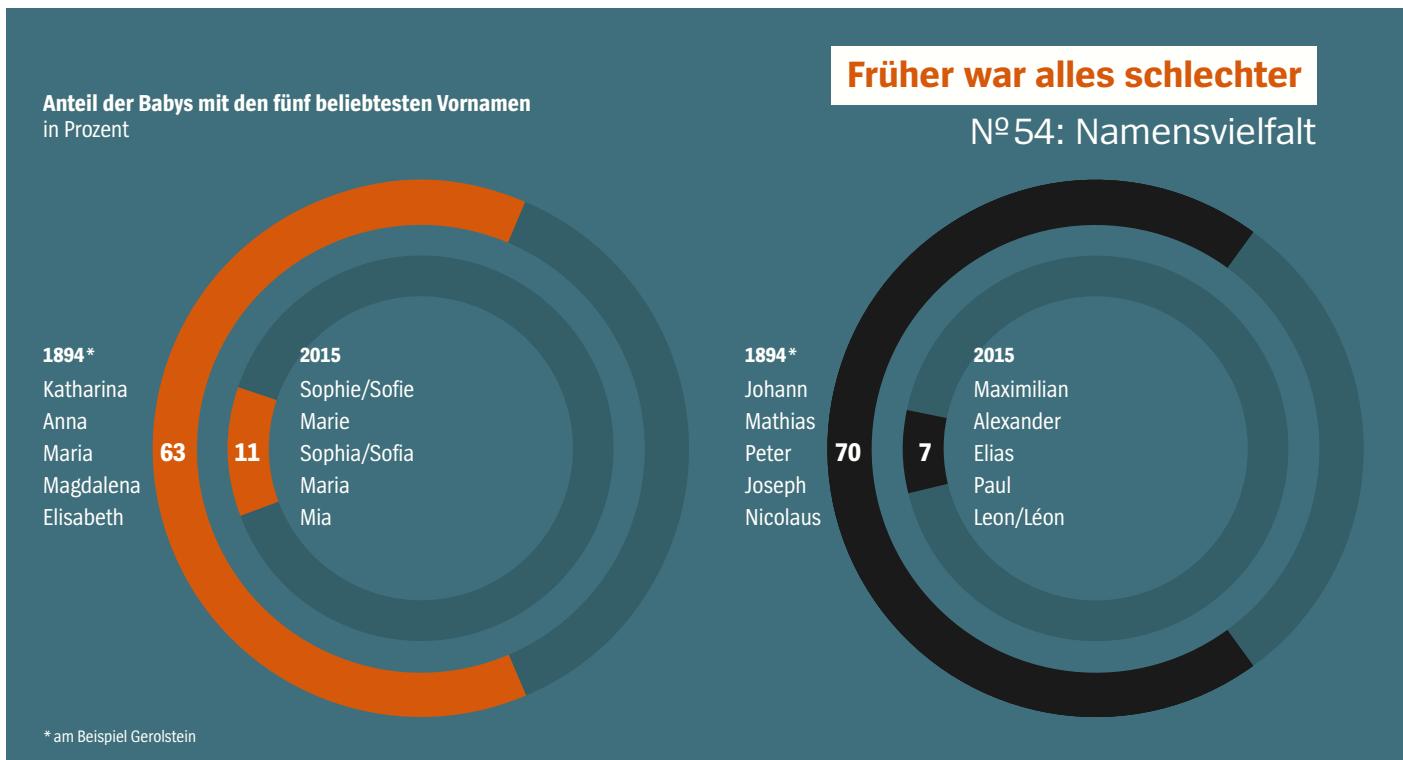
Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

040 3007-2700

abo.spiegel.de/26fuer70

Der Vorzugspreis von € 0,50 für den SPIEGEL digital gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,49 für das E-Paper. Eine aktuelle Studienbescheinigung ist erforderlich und dem Verlag zuzusenden. Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und Ihrem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

* SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.



Dein Name sei Johann. Ein Ausflug zum Prenzlauer Berg oder ins Karoviertel in Hamburg kann leicht den Eindruck vermitteln, alle kleinen Kinder hießen heute Emil oder Oskar oder Emma. Zur Beruhigung empfiehlt sich ein Blick ins Geschichtsbuch. Denn die Namensvielfalt war noch nie so groß wie in der Gegenwart. Der Soziologe Jürgen Gerhards führt in einer Studie zur modernen Namensgebung an, dass 1894 im rheinländischen Ort Gerolstein sieben von zehn Jungen und gut sechs von zehn Mädchen einen der fünf damals beliebtesten Vornamen erhielten. Sie hießen also Johann, Mathias, Peter, Joseph und Nicolaus oder Katharina, Anna, Maria, Magdalena oder Elisabeth. Das Ergebnis dürfte auf andere Orte jener Zeit übertragbar sein. Die jährlichen Statistiken

der beliebtesten Vornamen zeigen, dass sich in der Gegenwart sehr viel weniger Kinder die fünf beliebtesten Vornamen teilen müssen. Und das Namenkundliche Zentrum der Universität Leipzig fügt seiner Datenbank jedes Jahr sogar etwa 1000 völlig neue Vornamen hinzu, 2015 zum Beispiel Annara oder Yipsi oder Emmic. Gründe dieser Entwicklung: Individualisierung, Globalisierung, Immigration. Dazu kommt die Sehnsucht der Eltern nach der Einzigartigkeit ihrer Kinder. Die Hippieeltern in der Hollywood-Tragikomödie „Captain Fantastic“ haben für ihre Kinder jeweils einen eigenen Namen erfunden und sie Bodevan, Kielyr, Vespyr, Rellian, Zaja und Nai genannt. Vielleicht ist das die Zukunft: Jedes Kind kriegt einen Namen, den es nie zuvor gab.

Maren Keller

Konsum

Warum gehen jetzt so viele Handys kaputt, Herr Hellmann?

Kai-Uwe Hellmann, 54, Soziologe an der TU Berlin, über den Upgrade-Effekt

SPIEGEL: 2017 werden ein neues iPhone und auch das neue Samsung Galaxy S8 erwartet. Wenn amerikanische Wissenschaftler recht haben, werden gleichzeitig ungewöhnlich viele alte Handys in Taxen vergessen. Warum?

Hellmann: Das ist der Upgrade-Effekt, der sich daraus ergibt, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der bestimmte Innovationen heiß begehrte sind:

Jeder will sie unbedingt und sofort haben, selbst wenn das bisherige Gerät tadellos funktioniert.

SPIEGEL: Selbst wenn wir sie also nicht brauchen.

Hellmann: Ja. Deshalb widerspricht das dem Gedanken, der Nachhaltigkeit, der aber ebenfalls wichtig ist. Wir sollen bitte keine funktionsfähigen Dinge wegschmeißen.

SPIEGEL: Wie passt beides zusammen?

Hellmann: Nicht so einfach. Beides ist eigentlich unvereinbar, und für die Konsumenten ergibt sich daraus das Problem: Wie bewältigen sie diese Spannung? Dann werden verschiedene Strategien eingesetzt. Wir passen weni-

ger sorgsam auf unser Handy auf und lassen es öfter fallen. Reparaturen werden vergessen. Verlorenes wird mit weniger Nachdruck gesucht. Das alles sind Angewohnheiten, um beide Ansprüche miteinander zu versöhnen.

SPIEGEL: Wäre das Leben nicht einfacher, wenn wir uns ein-



fach eingestehen, dass wir das neueste Handy unbedingt haben wollen?

Hellmann: Natürlich wäre es einfacher, wenn wir uns nicht mit dem Anspruch belasten würden, moralisch zu konsumieren – aber wollen wir das? Und außerdem gibt es auch einen Lustgewinn, wenn man einander erzählen kann, nachhaltig zu konsumieren. Am belohnendsten ist der Versuch, beides zu leben.

SPIEGEL: Also sollten wir uns freuen, wenn uns das nächste Mal das Handy runterfällt?

Hellmann: Das ist eigentlich eine Win-win-Situation – sofern man es hinkriegt, mit dieser Doppelmorale seinen Frieden zu machen. mke

Der Fang

Eine Meldung und ihre Geschichte Wie zwei philippinische Fischer auf dem Meeresgrund die Perle ihres Lebens fanden

Es waren einmal zwei Brüder, die hießen Arthur und Jojo und konnten ein Geheimnis bewahren. Sie waren Fischer und lebten auf einer Insel im Südchinesischen Meer, im Westen der Philippinen, und von dort aus fuhren sie aufs Meer, fingen Stachelmakrelen, Schnapper, Speerfische. Und wenn man an Bestimmung glaubt, wie Arthur und Jojo, dann war es ihnen bestimmt, irgendwann einen Schatz zu finden, wie im Märchen.

Diese Geschichte ist allerdings kein Märchen. Elf Jahre liegt es nun zurück, dass die Fischer Arthur und Jojo ihren Schatz gefunden haben, so lange haben sie die Sache gehalten, so lange lag ihr Schatz, im Wert von vielen Millionen Dollar übrigens, unter Arthurs Bett in der Hütte. Als die Geschichte später bekannt wurde, zogen Arthur und Jojo es vor, sich zurückzuziehen. Es hat einigen Vorlauf gebraucht, bis sie bereit waren, Fragen zu beantworten, die von weit her kamen. Mit diesen Antworten jedoch lässt sich ihr Geheimnis als Geschichte erzählen.

An jenem Tag vor elf Jahren also, als sie die Perle finden sollten, waren sie schon vier Tage auf See gewesen. Allmählich ging das Trinkwasser zur Neige, viel Sprit hatten sie auch nicht mehr, es wurde Zeit zurückzufahren. Die Ausbeute war enttäuschend gewesen. Im Bootsbau ihrer Motorbarke war ein Bassin eingelassen, in dem der Fang lebendig und frisch blieb.

Dann kam ein Sturm auf, von Süden her.

Sie fuhren vor der Wolkenfront landeinwärts und fanden eine unbewohnte Bucht, in der sie vor Anker gingen, die Böen und Wellen schüttelten das Boot durch. Aber schon nach wenigen Stunden klarte der Himmel wieder auf. Als sie den Anker lichten wollten, hatte der sich allerdings irgendwo verkeilt, verklemmt.

Jojo kramte nach der Taucherbrille, die sie an Bord hatten, er tauchte ab und blieb dann ziemlich lange unten, und als er wieder auftauchte, wirkte er aufgereggt, und er winkte seinen Bruder zu sich ins Wasser.

Dort unten, in etwa fünf oder sechs Meter Tiefe, lag die größte Muschel, die sie beide je gesehen hatten. Und durch einen Schlitz in der Muschel sahen sie etwas, das schimmerte.

Mit viel Mühe hievten sie die schwere, festgewachsene Muschel vom Meeresgrund empor, öffneten sie und fanden

darin eine Perle, die größer war als andere Perlen. Sie war unwirklich groß.

Sie brachten ihren Fund, versteckt in einem schwarzen Sack, den sie sonst für Proviant nahmen, nach Hause, erzählten nur ihren Geschwistern davon. Es gab noch sechs Brüder und eine Schwester. An diesem Abend versammelten sich alle und schworen, dass diese Perle ihr Geheimnis bleiben werde – solange es nötig sei. Arthur versteckte den Schatz unter seinem Bett, deckte ein paar Bastmatten darüber.

Die Perle würde ihnen Glück bringen, hofften sie.

Wer in dieser Ecke der Welt als Fischer in einer kleinen Motorbarke aufs Meer hinausschaukelt, für vier bis sechs Tage am Stück, der kann Glück gut gebrauchen. Zwischen 1977 und 2013 hat sich die Zahl der Wirbelstürme im Nordwestpazifik deutlich erhöht. Der Taifun „Haiyan“ zum Beispiel verursachte 2013 eine Flutwelle von sieben Meter Höhe, bei Windgeschwindigkeiten von mehr als 300 Stundekilometern. Und so wurde die Perle für die Brüder Arthur und Jojo zum Glücksbringer, zur Zauberkugel, zum Lebensberater; sie berührten und streichelten sie,

bevor sie aufs Meer fuhren, sie sprachen leise mit ihr, wenn sie Sorgen hatten, baten sie um gutes Wetter bei der Ernte, denn sie bauten hinterm Haus auch Süßkartoffeln und Mais an.

Und die Perle beschützte sie, so sehen sie es. Kein Taifun zerstörte ihr Haus, sie erlitten bei der Arbeit keine Verletzung, die gefährlich wurde. Die Jahre vergingen. Die Perle lag unter Arthurs Bett.

Als ihr Boot, die M/B „Jo Arthur“, allmählich auseinanderfiel, wurde es Zeit für Veränderungen. Arthur und Jojo hatten genug vom Fischfang. Sie hätten die Perle jetzt verkauft, könnten, inzwischen hatten sie durchaus einen Begriff davon, wie viel sie wert war. Sie fragten ihre

Tante Aileen um Rat, sie arbeitet im Rathaus, beim Fremdenverkehrsamt, sie kennt alle möglichen Leute – Jojo brachte ihr also die Perle, zusammen mit ein paar schon gekochten Maiskolben, das war im Sommer 2016.

Nun ging die Geschichte um die Welt. Die Perle wurde gewogen, vermessen, geschätzt, sie wog 34 Kilogramm, war mit 67 mal 30 Zentimeter die größte bisher gefundene Perle. 100 Millionen Dollar war sie, Schätzungen zufolge, wert.

100 Millionen! Aileen ließ eine Vitrine bauen, um die Perle im Rathausfoyer von Puerto Princesa auszustellen, der Andrang war riesig, ganze Familien rückten an.

Arthur lebt inzwischen in Mindanao, er hat geheiratet und arbeitet als Wachmann. Jojo ist nach Puerto Princesa umgezogen. Er hat ein Tuk-Tuk gekauft, ein dreirädriges Motorradtaxi, nebenher züchtet er Schweine. Rechtlich sind die beiden Brüder immer noch die Eigentümer der Perle – und 100 Millionen Dollar sind, eigentlich, ein guter Grund, die Perle zu Geld zu machen. Aber Arthur und Jojo finden irgendwie, dass man sein Glück nicht verkaufen darf. Ralf Hoppe



Im Rathaus ausgestellte Perle, Besucher

Rekord-Perle Philippinischer Fischer schließen zehn Jahre lang auf 100 Millionen Dollar

Von der Website Mopo.de

Fremdenverkehr

Migration Was haben all die Flüchtlinge nur mit diesem Land gemacht?
Eine Winterreise durch die Gemeinden. *Text und Fotos von Alexander Smoltczyk*

Franz Grassl, den sie im Tal nur den Flinsei nennen, weil er vom Flinselen stammt, und der die Autolackiererei in Schönau hat, da hinter Berchtesgaden, der Flinsei also hat von der Asylantenflut, wie sie das nennen im Tal und auch sonst wo, zwei abbekommen. Ahmed, den kleinen Syrer, der so flink im Fußball ist, und den Afghanen Qais, der zu Fuß aus Iran hergelaufen ist und jetzt Lackierer lernt beim Flinsei in der Werkstatt. Da, wo ein Foto vom Deutschland-Bob hängt. Weil der hier gespritzt wird, in Schwarz und Rot und Gold. Der Bob. Aber irgendwie auch der Ahmed und der Qais.

„I hob Ungarn g'habt, an Polen, an Türken, Slowaken, Bulgaren und durch dies hob i koa Angst ned, woäßt? Es gibt ja weiche, de hob'n Angst von de Ausländer. I scheiß ma do nix, auf Deitsch g'sogd.“ Sagt der Flinsei.

Hinterm Kehlsteinhaus, da ist Mekka. In diese Richtung beten sie. Das Kehlsteinhaus liegt da oben, auf dem Obersalzberg, wo Franz Grassl jetzt hinzeigt übers Werkstattdach, und hat mal dem Hitler gehört. Nein, er habe kein Problem mit dem Beten und dem Mekka: „Beim Ramadan, da bin i schon menschlich. I find des guat, dass sie's machen, weil des eana Glauben und ihr Dahoam is. Wenn mir schuah-platt'l'n, muass der a zuaschau'n.“

Es ist ganz einfach.

Man muss nur das haben, was Franz Grassl „eine Linie“ nennt und was mit „Heimat“ zu tun haben mag, selbst wenn die irgendwo hinterm Kehlsteinhaus liegt, und mit Verwurzelung und einer Sprache, die mehr Heimat ist als alles andere und ohne die der Flinsei nicht der Flinsei wäre.

„Ob i mi verändert hob? Wegen dera Ausländer? Na. I hob mei Linie. Bei mir gibts koa Veränderung ned. De miass'n si nach uns richt'n, weil sonst miassen's da-hoam bleib'n. Des Oanzige, was i im Betrieb g'ändert hob, beim Brotzeitmach'n kriag'n de scho de richtige Brotzeit, ohne Schweinefleisch. Da kennan's dann ihr Hendl essen, dös, was sie kennan. Wia der zu mia g'sagd hod, er miassat um halbe zwölf in sei Richtung schau'n und bet'n, dann sag i: Geh auffi, nimm dein Teppich mit, und in zehn Minuten bist wieda do.

Und die zehn Minuten muass er dann nacharbeit'n.“

83471 Markt Berchtesgaden (73 Flüchtlinge)

Im Sommer 2015 stellten Unbekannte eine Google-Map ins Netz, eine „Übersicht zu Asylantenheimen in Deutschland“. Jede Turnhalle, jeder Container war mit einem roten Stecknadelkopf markiert, und vor lauter Rot war kein Land mehr zu sehen. Die Absicht war dunkel, die Botschaft klar: Deutschland ist geflutet.

Sobald man sich jedoch in diese Karte hineinzoomt, verändert sich das Bild. Die Nadelköpfe lösen sich voneinander, sie entklumpen sich und bekommen Namen. Und wenn man diese Ortsnamen dann mit dem Wort „Flüchtling“ zusammen googelt, kippt das ganze Bild, und es tauchen Berichte auf über gemeinsame Fußballspiele, Kümmerer, Gemeindefeste, Bürgerversammlungen.

Dies ist der Bericht über eine Reise zu acht dieser Stecknadeln. Manche rein zufällig gewählt, ihres Namens oder ihrer Lage wegen. Acht sehr gewöhnliche Orte, in denen kein Heim brannte und keine Studentin ermordet wurde. Es sind kleine und kleinste Orte, jeder auf seine Weise im Abseits, aber alle dann doch ins Zentrum eines Geschehens gerutscht, in jenem Moment, als die ersten Fremden kamen.

Franz Grassl ist selbst Bob gefahren. Er ist gut Freund mit dem Hackl Schorsch, dem Rodler, und mit dem anderen Franz, der auch oft im „Goldenem Bären“ sitzt und Beckenbauer heißt. „I hob mit de Deitsche mehr Probleme als mit de Ausländer. De Deitsch'n woil'n ja nix mehr lernen, nimmer arbeit'n. Wenn de a Furz drückt, dann san's krank. Seit zehn Joar is des ganz scheee schlimm woan.“

Der Nachbarn wegen würde er keinen Schwarzen einstellen, das nicht. Aber den Ahmed schon und den Qais, auch wenn der noch nicht anerkannt ist, aber immer mit dem Vokabelheft rumgelaufen ist. Die seien so fleißig: „De hob'n den Führerschein gemacht, lauter Oansa und Zwoara. De hob'n ja fui Deitsch g'lernt. Von 30 Schülern, do bleib'n 3 ibrig. Und de drei, von dene hob i genau zwoa da-wischt. Zehn Prozent san des, mit dene

du wirklich wos ofonga konnst. Sog i jetza. Ois oandre konnst wieda hoamschicka. Wenn sie selber Deitsch lerna woll'n, dann schaff'n sie's. Arbeit'n konnst du denen schon lerna, woäßt. Des Wichtigste is Deitsch lerna! Weil, sonst konnst di ned mit dena unterhoit'n.“

Deutschlernen ist das Wichtigste.

02957 Weißkeiβel (50 Flüchtlinge)

„Flüchtlingswelle überschwemmt Landkreis“, hatte der „Berchtesgadener Anzeiger“ anfangs geschrieben. Damals redeten alle wie die Wassertechniker, von Überflutung, Eindringen, Versicken, Obergrenze, manche auch von Durchmischung und Dammbruch. Es war wie beim Oder-Hochwasser.

Hinter dem Büro von Andreas Lysk parken Müllautos in Reihe, weiter hinten liegen nach Farbe sortiert die Tonnen. Abfallentsorger ist ein erfüllender Beruf. Außerdem muss jemand es ja machen. Deswegen ist Andreas Lysk auch nebenbei noch Ortsvorsteher geworden. „Bevor die Roten rankommen“, sagt er. „Ich habe meine Erfahrungen mit den Leuten gemacht, zu Ostzeiten.“

Weißkeiβel liegt bei Weißwasser, was für manche der hinterletzte Ort Ostsachsens ist. Weißkeiβel liegt noch dahinter. Eine Handvoll Häuser und viel Gegend. „Als die Flüchtlinge kamen, war die erste Frage von denen: Wo ist Köln? Wo ist Hamburg? Die mussten erst mal auf eine Karte schauen.“ Und da war kein Köln und auch kein Hamburg. Da war nur Weißwasser. Und Krauschwitz, wo der nächste Netto ist, und dann kommt nur noch Polen.

1285 Seelen. „Das hier ist Fläche ohne Ende“, sagt Andreas Lysk. Wer hier durchfährt, an Truppenübungsplätzen und Seniorenhäusern und Discountern vorbei, der meint, dass dem Land ein wenig demografische Bewässerung nicht schaden könnte. Der Staat müsste mehr machen, sagt Andreas Lysk, der Ortsvorsteher. „Nee, ich bin nicht der Staat. Staat ist, wer Gesetze machen kann. Ich kann nur die Satzung machen, wann der Hund bellen darf.“

Nun stand da am Ortsrand das ehemalige Haus vom Bundesforstamt. „Da sagte der Bund zum Landkreis: Ihr braucht doch



Lackierermeister Franz Grassl aus Berchtesgaden und sein afghanischer Lehrling Qais



Betreuerin Bettina Kirch
aus Altglashütten am
Feldberg

Auto in Görlitz



Flüchtling Rami „Hasi“
Allafa und Security-
Mann „Chef Olli“



Habloch (Pfalz)

Ralf Trösch, Beigeordneter
der Gemeinde Habloch



Platz für Flüchtlinge. Oh, dachte ich, jetzt ist es auch bei uns angekommen, in Ost-sachsen. Na denn. Stellen wir uns der Geschichte.“

Es gab die erste Demo in der Geschichte von Weißkeiβel und eine Versammlung. Ein ortsfremder Reichsbürger machte Stimmung und musste von der Polizei herausgetragen werden, mitsamt des Stuhls, an dem er sich festkrallte. Ein Anwohner fragte: „Wie sind die überhaupt versichert? Das Bundesforstamt ist nicht über meine Wiese gelatscht.“

Also wurde ein Zaun gebaut. „Die Stimmung war nicht abwehrend“, sagt Andreas Lysk. „Eher abfragend. Die Leute verstanden nicht, weshalb jetzt plötzlich Geld da war und sonst die Lehrer und Polizei immer abgebaut wurden. Da muss man erst mal eine Antwort haben. Ich hatte nichts gegen Familien, möglichst aus denselben Ländern. Aber 30 Single-Herren aus Nordafrika, hier, wo um 17 Uhr die Bürgersteige hochgeklappt sind, das möchte ich nicht. Also haben wir Familien gekriegt.“

Ortsvorsteher Lysk hätte sich natürlich was anderes gewünscht für seinen Leerstand. Andererseits: Wer zum Stichtag 30. Juni in Weißkeiβel gemeldet ist, ist Bürger der Gemeinde. „Je mehr Leute hier wohnen, desto mehr Geld ist in der Kasse.“ Gewerbesteuer ist ja nicht viel.

Letztlich stellt man sich der Geschichte, wie man sich der Abfallentsorgung stellt. Ordentlich. „Man muss ordentlich miteinander umgehen. Wir haben geregelt, was zu regeln war. Als beim Dorffest ein Zelt aufgebaut werden musste, haben zehn Kerle von denen mit angepackt, da war der Fall erledigt. Dann hatten wir das Hexenbrennen mit dem Scheiterhaufen. Da waren die Jungs und Mädels Flüchtlinge da, bis es finster wurde und sie wohl ein bisschen Bammel hatten, dass sie auch Haue kriegen. Ihr braucht keine Angst zu haben. Dann haben sie sich unter die Leute gemischt, das war alles easy.“

Aber unter den Flüchtlingen seien viele Lehrerinnen. Was ist mit denen? Wo sollen die Arbeit finden? Geschafft, sagt Lysk, sei noch gar nichts.

Er habe, als Gemeinde, mal einen Fußball vorbeigebracht, sagt Andreas Lysk. Sonst hat er keinen Kontakt gesucht. „Am Anfang bin ich hin zu denen, und die haben mir Bilder gezeigt von der Flucht. Ich hab das nicht so an mich rangelassen. Die bleiben nicht lang, das wusste ich. In Weißkeiβel, da bleibt niemand.“

Es gibt Köln und Dresden und Freiburg. Und es gibt das Fly-over-Deutschland, eine Welt, die in den Schlagzeilen bei Ausbruch von Rinderwahn auftaucht oder Geflügelpest oder besonders abgründigen Fällen aus dem Kriminalregister. Aber 42 Prozent der Deutschen leben in Orten mit weniger als 20 000 Einwohnern, und nicht immer

in Speckgürteln. Sie leben in Orten wie Weißkeiβel, Altglashütten, Torgelow, Haßloch oder Berchtesgaden. „In der Fläche“, wie die Raumplaner sagen.

Und über die Fläche sind auch die Asylbewerber verteilt worden, die Flüchtlinge nach dem Genfer Abkommen, die Schutzbefürftigen, Migranten und Armutsflieher, Desperados und Glückssucher, mit einem Wort: die Fremden, mit denen Deutschland es zu tun bekommen hat.

Über den „Königsteiner Schlüssel“ wurde jedem Landkreis seine Quote zugewiesen. So kam auch Hasi nach Sumte. Hasi heißt eigentlich Ramir, aber Sumte heißt Sumte.

19273 Sumte, Amt Neuhaus (1 Flüchtling)

Dreimal kam die Zukunft nach Sumte, dreimal zog sie wieder ab. „Möönsch, Hasi“, sagt Bettina Sperling und gießt Kaffee in den Pappbecher – „My Mutti!“, sagt Hasi, der eigentlich Ramir heißt.

Weil Sumte am falschen Ufer der Elbe liegt, war es früher DDR. Nach der Wende gelang es dem Dorf, an Niedersachsen zu fallen und damit quasi ans bessere Ufer. Bis die Sumter feststellten, dass sich eigentlich nichts geändert hatte außer dem Gesellschaftssystem. Die Nässe staute sich weiter in den Wiesen, und sonst war nix.

„Eine rauchen wir noch“, sagt Mutti Sperling, und Hasi: „I was feel bad, but now ich bin glücklich.“ – „Ach, Hasi.“

Dann kam eine Inkassofirma und setzte ein „Büro-Dorf“ an den Ortsausgang, gegenüber vom Pferdebauern. Bis die Schuldeneintreiber selbst in die roten Zahlen gerieten und über die Elbe verschwanden nach Hannover. Und dann, im Sommer 2015, kam Hasi, der eigentlich Rami Allafa heißt und aus Damaskus stammt, und mit ihm 800 andere Flüchtlinge – „und ein paar Zerquetschte“, fügt Bettina Sperling hinzu.

Sumte hatte zu dem Zeitpunkt noch 101 Bewohner. Sogar aus China kam das Fernsehen. Wenn ein Ort in Deutschland tatsächlich mit Fremden geflutet wurde, dann Sumte.

Über das, was in den nächsten Monaten geschah, gehen die Meinungen im Dorf auseinander. Die 89-jährige Frau Bilitzki aus dem Plattenbau an der Bushaltestelle, berichtet von 13 Schnapsflaschen, die sie gezählt habe, und dass „die überall rinjeschissen, auf Deutsch gesagt“, hätten. Das Wasser habe ihr in den Augen gestanden. Denn auch sie sei Flüchtling, aus Angerburg, Ostpreußen, und „was die hier alles in Arsch geschoben jekriegt haben“, das sei nicht richtig.

Auch Mutti Sperling sagt: „Das war Wahnsinn hier, absoluter Wahnsinn.“ Aber sie meint das anders. Sie erzählt von dem Kräuterbeet, das sie eingerichtet hatten, und dem Kinderhaus, von der Küche

und vom Weihnachtsbasteln und der Krankenstation und davon, wie die Kinder dann, als alles vorbei war, noch mal aus dem Bus gestiegen seien und sie umarmt hätten. Und jetzt hat auch Bettina Sperling Wasser in den Augen.

Denn alle sind weg. Alle 800 Flüchtlinge sind umverteilt worden. Bis auf Hasi, den sie irgendwie übersehen haben.

„Then I have girlfriend with Alina, bisschen love“, sagt Hasi. „Here in Deutschland they don't believe Allah. That's only difference. But they don't break feelings of other people. So nice people from deutsch. I was go to Arbeit with Mutti help.“

„Der bringt ein bisschen Leben in die Bude. Aber wir haben den die acht Monate schon eingedeutscht, was, Hasi?“

171 Arbeitsplätze sind jetzt weggefallen, die Kräuterbeete weg, die Kleiderkammer weg, die Shisha-Bar, das Haus 7, „wo unsere Spezialisten waren“, die mit den Schnapsflaschen am Wartehäuschen. Auch die, alles weg.

In den Wiesen ringsum die Staunässe, und von der Flut ist nichts geblieben. Die Letzten der Helfer sitzen im letzten noch geheizten Raum. Bezahlte wird keiner mehr, aber sie kommen trotzdem. Räumen noch ein bisschen rum und erzählen, wie einmal etwas los war in Sumte. „Jetzt hoffen alle natürlich, dass wieder Flüchtlinge kommen“, sagt Olli dann, der von der Security und steckt sich „noch eine, die Letzte“ an.

Sumte ist als Endlager für Atommüll im Gespräch. Hoffnung ist ja immer.

67454 Haßloch (226 Flüchtlinge)

Es gibt Stresstests für Banken und für Sportler, für den Bahnhof in Stuttgart, für das Containment von Atomkraftwerken. Und es gibt einen Stresstest für die deutsche Bundesrepublik, auf allen ihren Ebenen. Er läuft seit gut zwei Jahren und wurde nie gestartet, nie geplant und nie gewünscht.

Da standen eine Million Ungeplante im Wohnzimmer, und die meisten konnten kaum mehr sagen auf Deutsch als „Hallo“ und „Danke“.

Und „Bitte“.

Ämter und Behörden, Regierungspräsidien, Rathäuser, Schulgremien, Dienststellen und Leitzentralen. Alle mussten unter verstärktem Druck zureckkommen, üblicherweise ohne Vorwarnung. Die deutsche Bürokratie fand sich plötzlich dort, wo sie aus Prinzip nie sein mag: im Ausnahmestand. Am Limit.

„Resilienz“ nennen es die Systemforscher. Das heißt: Elastizitätsfähigkeit.

Auch die Elastizität der Bevölkerung wurde auf die Probe gestellt und wird es noch. Nicht nur, weil Turnhallen freigeräumt und Kleider gesammelt werden



Altglashütten am Feldberg



Weißkeißel in der Oberlausitz

mussten, Plakate gemalt und Facebook-Netze geknüpft. Auch weil man ja doch ein wenig Dankbarkeit erwartet hätte und weiß, dass das falsch ist. Aber trotzdem. „Die Flüchtlinge“ haben Deutschland ziemlich geschafft.

Das größte Dorf der Pfalz heißt Haßloch. Am Bahnhof steht ein Junge mit einem Mundschutz, der ihm das Aussehen eines Totenschädels verleiht, und wartet auf die Bahn nach Mannheim. Er wundert sich, dass man sich darüber wundert.

Denn Haßloch ist normal. Sogar das Normalste, was es gibt in Deutschland. Die Gemeinde entspricht von der Bevölkerung, den Vorlieben, der Geburtenrate, dem Einkommen fast exakt dem deutschen Schnitt. Deswegen testen Marktforscher an den Haßlochern, was der Rest des Landes erst noch vor sich hat. Von der Milchschnitte bis zur ... „Na ja, die Große Koalition nicht, die haben wir dem Bund nachgemacht. Aber sonst gilt: Wenn es in Haßloch klappt, klappt es auch im Rest von Deutschland.“

Das sagt der Anwalt Ralf Trösch, 45 Jahre alt, Beigeordneter, der so etwas wie der Peter Altmaier von Haßloch ist. Auch weil er sich um die Flüchtlinge kümmert.

„Von 400 Flüchtlingen und Asylbewerbern leben noch 226 bei uns“, sagt Trösch. Das wären bei 20 500 Bewohnern gut ein Prozent. Bei 82 Millionen sind das 900 000.

„Sehen Sie?“ Haßloch ist Deutschland.

„Als Beigeordneter besuche ich unsere Jubilare, etwa 30 jeden Monat. Da fragen mich die Leute: Haben wir auch Flüchtlinge? Ja, sage ich dann, ein paar Hundert. Wo sind denn die?, wird dann gefragt. Wir haben die relativ früh dezentral untergebracht. Wenn die Mischung stimmt, klappt das auch. Die sozialisieren sich weitestgehend selbst.“

Anfangs hatte es ständig Polizeieinsätze gegeben, im Heim Bahnhofsstraße. Aber das habe sich beruhigt. Auch wurden die Obdachlosen von den Asylbewerbern getrennt, damit es keinen Neid gibt. Weil Letzteren die kaputte Waschmaschine ersetzt wird, Erstgenannten jedoch nicht. Weil ein Hartz-IV-Empfänger das Anspannen lernen soll, weswegen er auch mehr Geld bekommt.

Zwei Schulklassen wurden eingerichtet, zwei Kümmerer eingestellt. „Unsere Kümmerer“, sagt Trösch, „fahren die Objekte in regelmäßigen Abständen ab. Als ein Schrank zerschlagen wurde, haben wir denen klargemacht: Egal aus welchem Kulturtkreis, aber fremdes Eigentum wird nirgendwo kaputt gemacht. Und haben symbolisch kleinere Beträge vom Taschengeld einbehalten. Das spricht sich dann rum.“

Es geht etwas Zufriedenes aus von Trösch, eine innere, fast schon buddhistische Ruhe, wie sie wohl nur ein Kommunalpolitiker haben kann, der weiß, dass er

erwiesenermaßen die Mitte ist. „Das hat sich alles sehr beruhigt“, sagt Trösch.

Haßloch macht das, was im 18. Jahrhundert „gute Policey“ genannt wurde. Ordinante Regierungs- und Verwaltungstätigkeit. Für alles gibt es eine Lösung, und für den Rest gibt es die Ehrenamtlichen, ohne die es dann doch nicht geht.

Es hilft, dass Haßloch – untypisch – seit jeher von der Badischen Anilin- & Soda-fabrik lebt, der BASF. „Geschafft?“ Trösch weicht der Falle aus und sagt: „Nun, bisher war es die Willkommensphase. Jetzt geht es darum, das Leben zu organisieren. Jetzt kann ich arbeiten gehen, aber wie bekomme ich einen Job? Und seit einem halben Jahr kommen immer mehr bildungsfernere Menschen zu uns; Afghanen, Somalier, Eritreer.“ Wie überall eben.

Wo bleibt das Negative? Das Unbehagen, wenn am Eingang zum Bahnhof oder Supermarkt wieder eine Gruppe steht, die Gettomützen auf dem Kopf, ein wenig zu laut, ein wenig zu selbstbewusst. Die klammheimlichen Gedanken, wenn zwei Frauen mit Kopftuch ihre Kinderwagen schieben, einen Tick zu selbstverständlich. Und dass man als Mädchen vorsichtiger ist, die Straßenseite wechselt, öfter als früher, oder nicht?

7986 Altglashütten (48 Flüchtlinge)

Idyllisch wie eine Schneekugel liegt das Dorf im Hochschwarzwald. Ein Ruck, und es würde leise rieseln über Kirchturm und Schindeldächern, all die Ruheständler mit festem Schuhwerk. Hier heißt Tourismus noch Fremdenverkehr.

„Die Hoteliers gingen als Erste auf die Barrikaden. Die hatten Sorge, dass hier im Touristengebiet zu viele Fremde herumlaufen.“ Die Saarländerin Bettina Kirch ist irgendwann einmal hier zwischen Feldberg und Titisee hängen geblieben. Sie passt ungefähr genauso gut nach Altglashütten wie Percy, mit dem sie gerade im Lidl Tiefkühlpizzen in den Einkaufswagen geladen hat.

Percy ist Afroamerikaner und anerkannter Asylbewerber, dessen Lebens- und Leidensgeschichte, wie er meint, aber nichts zur Sache tue. Leider.

„Egal“, sagt Bettina Kirch. „Kurze Zeit hing auch ein Plakat bei uns in der Straße: Kein Asylheim in Altglashütten. Das war wüst. Na gut, man weiß nicht, wer kommt. Aber es sind nur einige wenige, die sich in die Luft jagen. Mir haben die Bewohner leidgetan. Die werden irgendwo im Wald in ein Haus reingesteckt, mehrere Nationen, mit verschiedenen Religionen und gefüttert, und das war's dann auch. Die sitzen nur rum in der – Pampa darf man ja nicht mehr sagen, das heißt ja jetzt Ni-schengegend. Also habe ich Pappen gemalt und mit dem Unterricht angefangen. Auch als Ablenkung. Ich habe denen gesagt:

Kinder, kein Deutsch, kein Deutschland. Denn die Sprache ist der Schlüssel. Und nur Bitte und Danke sagen reicht nicht.“

Es sei schwer gewesen, sich als deutsche Frau bei den Männern durchzusetzen. „Ich musste die brechen. Erst mal ganz runterholen und dann wieder hoch auf Augenhöhe. Man musste ihnen an die Ehre gehen, auch manchmal unter die Gürtellinie zielen, um zu sehen, ob sie etwas verstehen.“

In einem ihrer vielen Leben ist Bettina Kirch auch mal Chef in einer Werbekolonie im Aufsendienst gewesen.

Das Haus, wo „unsere Asylis“ leben, liegt ein wenig den Hang hoch, Blick auf den Skilift, und gehörte einmal dem Badischen Turner-Bund. Am Eingang hängt eine Liste mit 48 Namen.

Da ist der Gambier Niang, studierter Chemiker, der in der Schwarzwaldbäckerei in Bärenthal die Tortenteller abräumt und sagt, er möchte sein Leben stabilisieren.

Da ist ein Togoer, der wird zum Altenpfleger ausgebildet und arbeitet im Kur- und Pflegehaus. Drei Afrikaner jobben in der Gastronomie, „Römerhof“, „Grüner Baum“ und „Saigerhöh“, zwei in der Spülküche des Hotel Schlehedorf ein paar Schritte den Hang hinunter. Einem anderen hat der Metzger ein Praktikum angeboten. Beim Dachdecker ist auch jemand untergekommen und beim Badischen Turner-Bund in Teilzeit. Die anderen Heimbewohner sind frühmorgens zu ihren Sprachkursen verschwunden oder sonst wo hin.

Doch es genügt ein kleiner Ruck, und das Schneekugelbild verändert sich. Und sei es nur in Nuancen. Etwa wenn die grüne Gemeinderätin Heidi Bauer erzählt, Hauswirtschaftslehrerin im Ruhestand und in Altglashütten die Erste, die sich für das Flüchtlingsheim eingesetzt hatte.

„Das war anfangs eine ganz breite Mischnung. Von altem persischem Adel bis zu Leuten, die noch nie einen Wasserhahn bedient haben. Manches war haarsträubend. Und das Frauenbild ... Ich mit meinen 70 Jahren habe drei Heiratsanträge bekommen. Von baumlangen, richtig schnuckeligen Afrikanern. Denen graust's vor nichts.“

Heidi Bauer ist glücklich verheiratet, ihr Mann betreibt den Skilift und organisiert im Sommer Erlebnispädagogik im Wald.

In der Wohnung der Bauers stimmt alles, vom Kaminofen bis zu den Plätzchen.

„Eine Lehrerin, die in Afrika gelebt hat, hat mir das erklärt. Die sind alle Kinder, und manche eben auch unerzogen und böse. Man muss ihnen zeigen, wie man eine Herdplatte bedient, wie man ein Klo putzt, die Duschen reinhält. Das sind zwei Welten.“

Sie erzählt, wie es in den ersten Monaten gewesen ist, und manchmal erschrickt

sie über ihre Sätze. Aber sie redet weiter. Denn so war es.

Sie erzählt von den Kleidern, die am nächsten Tag in der Mülltonne lagen – „Das sind junge Männer, die haben ihren Stil. Aber unser Hausmeister ist schier wahnsinnig geworden. Der hat morgens die Fremdschläfer über die Dächer verschwinden sehen. Das Haus war voll von irgendwelchen Freunden von Freunden. Zum Glück war der Hausmeister Kampfsportler und hat sich so oft wehren können. Es waren Hausmeister zur Vertretung da, die haben sich eingeschlossen in der Besenkammer und weinten. Das ist so. Im Landratsamt wollen sie das nicht wissen.“

Sie erzählt von den Zuhältern, die ihren Mädchen nach einer Schwangerschaft das Geld vom Sozialamt für den Kinderwagen abgenommen haben. „Die Osteuropäer der Anfangszeit waren teilweise wirklich massiv, nach dem Motto: ‚Ich mach dich alle.‘ Dann gehen die zum Auto, und im Kofferraum liegen lauter Nummernschilder. Und die Polizei ist nicht gekommen. Die Bevölkerung bekommt das teilweise mit, und dann sind wir bei unseren Wahlergebnissen.“

Heidi Bauer hat Trommelkurse organisiert und Schulunterricht für die Kinder und Wohnungen, sie hat gebettelt und vermittelt und telefoniert und getan und gemacht, und sie war nicht die Einzige.

„Die Christen“, hier macht Bauer Anführungszeichen in die Luft, „also unsere Evangelikalen hier am Ort, die waren vom ersten Tag an aktiv. Die haben einmal sogar geholfen, die Familie nachzuholen, aus Pakistan. Aber das war auch ein Flüchtling, der vom ersten Tag an gelernt hat. Der setzte sich in die Volkshochschule in Titisee-Neustadt bis abends, nur um die Sprache zu hören. Bei Wind und Wetter ist der mit dem Rad dahin gefahren, einmal sogar mit gebrochenem Arm. 10 bis 20 Prozent schaffen das.“

Und der Rest? Die grüne Gemeinderätin Heidi Bauer schenkt Tee nach, Plätzchen. Das bisschen Ärger sei auszuhalten. Etwas anderes liegt ihr auf der Seele. „Wir hatten eine Familie aus dem Kosovo, die Kinder bestens integriert. Und die mussten dann gehen. Gnadenlos. Das treibt mich um. Unser Staat trifft immer die, die er erwischt. Aber die anderen, die mit den drei, vier Pässen, die erwischt es nicht. Das ist so eine Ungerechtigkeit. Das treibt mich um. Ich kann manchmal nachts nicht schlafen. Ich muss Abstand gewinnen.“

Der Stress-test, dem Deutschland unterworfen ist, läuft noch, und es ist offen, ob er bestanden wird. Aber schlecht sieht es nicht aus. Dank sehr vieler Leute, die nicht auf Twitter zupacken, sondern dort, wo es gebraucht wird. Eigentlich könnte dieses Land ziemlich stolz auf sich sein. Wenn es nur nicht so deutsch wäre.

17358 Torgelow (400 Flüchtlinge)

Geflutetes Land? Die Orte Vorpommerns laufen aus wie leckre Kanister. Die wenigen Menschen auf den Straßen scheinen immer noch hinter einer Mauer zu leben. Blechlila oder grau sind die Ballonkappen der alten Frauen, die paar Männer in Funktionsjacken wie vom Kik-Discounter, und es ist ihr gutes Recht.

Es ist kalt in Torgelow. Auf der Eisenbank in der Borkenstraße sitzt der Frührentner Ronald Dieter Adam, auch er 57 Jahre alt, ein kugelbüchiger Herr im Blaumann, vor sich einen Müllbeutel, sein Schnauzer ist sorgfältig rasiert. Neben ihm zwei Kolleginnen von der Arbeitslosenhilfe, ein wenig freudlos wirkende Frauen, alle mit einem kommunalen Abfallgreifer in der Hand.

Vorpommern hat einen Ruf, für seine Arbeitslosigkeit, seine Neonazis und andere Trostlosigkeiten. Wenn irgendjemand schlecht auf Flüchtlinge zu sprechen sein sollte, dann diese drei Menschen auf der Parkbank.

„Flüchtlinge? Ja, die haben wir ...“ – „In Spechtberg.“ – „Ja, Spechtberg.“ – „Die sind alle freundlich, kommen aus Syrien.“ – „Oder von Eritrea oder was.“ – „Aber die sind eigentlich freundlich, grüßen freundlich.“ – „Da kann man nicht meckern.“ – „Die meisten Jüngeren können ja Deutsch. Die was zur Schule gehen, die können gut Deutsch.“ – „Manche schon, ja, ja.“ – „So schlamm ist das nun nicht. Man muss mit sie alle auskommen, sagt man hier.“

Auch in Adams Aufgang, im Plattenbau in der Beethovenstraße, wohne eine Familie aus Syrien, sagt er. Da sind jetzt andere Gerüche. Und freitags um halb drei kommt ein Palästinenser mit einem Lieferwagen und verkauft arabisches Essen. „Der Edeka hat ja nun zugemacht. Da müssen wir alle mit Fahrrad oder mit Auto zu Aldi oder Lidl. Die Rechten, das ist mehr Anklam und Ueckermünde. Wir Älteren sind ja für so was sowieso nicht. Wir brauchen keine Rumkrakeeler.“

Adam erzählt, er habe Schlosser gelernt. Zu DDR-Zeiten war er Panzerfahrlehrer: T-54 und T-55. Den T-72 nicht, an den durfte nur die Stasi ran.

„Manche fühlen sich ja auch hier noch wohl. Im Jugendklub, da gehen sie vormittags hin, da ist so eine Integrationsgruppe.“ Da ist kein lauernder, abwartender Ton in dem, wie Adam erzählt, und die beiden Frauen neben ihm assistieren. Es ist immerhin die Woche, in der in Freiburg ein Mädchen zu Grabe getragen wird, das von einem Flüchtling vergewaltigt und ermordet worden sein soll.

Ronald Adam sitzt auf seiner Bank, den Müllgreifer vor sich, und sagt: „Wenn da eines Tages mal kein Krieg mehr ist, möchten die bestimmt gern wieder zurück in

ihr eigenes Land. So habe ich manche verstanden. Dass sie sagen, wir bleiben erst mal hier, so lange, bis da Ruhe eingekehrt ist.“

Wo ist der Hass, wo tobt es, das Volk? Auf der ganzen Reise fiel selten nur ein böses Wort, je kleiner der Ort, je direkter der Fremdenverkehr, je einfacher – nicht schlchter – der Befragte, desto mehr. Mag sein, dass die Leute abends Hassmails verfassen. Aber wenn es diese andere Wirklichkeit gibt, dann wird sie dort behalten, wo sie hingehört: für sich.

Seit 26 Jahren ist Ralf Gottschalk der Bürgermeister von Torgelow. Er ist geblieben, anders als viele seiner Bürger. 600 Wohnungen hat Gottschalk in Torgelow abreißen lassen, und die Stadt steht immer noch leer. „Aber wenn ich mich hinstellen und sagen würde, nun schickt uns noch mal 1000 Syrer, dann würden viele Torglower den Kopf schütteln und sagen, das geht nun doch zu weit.“

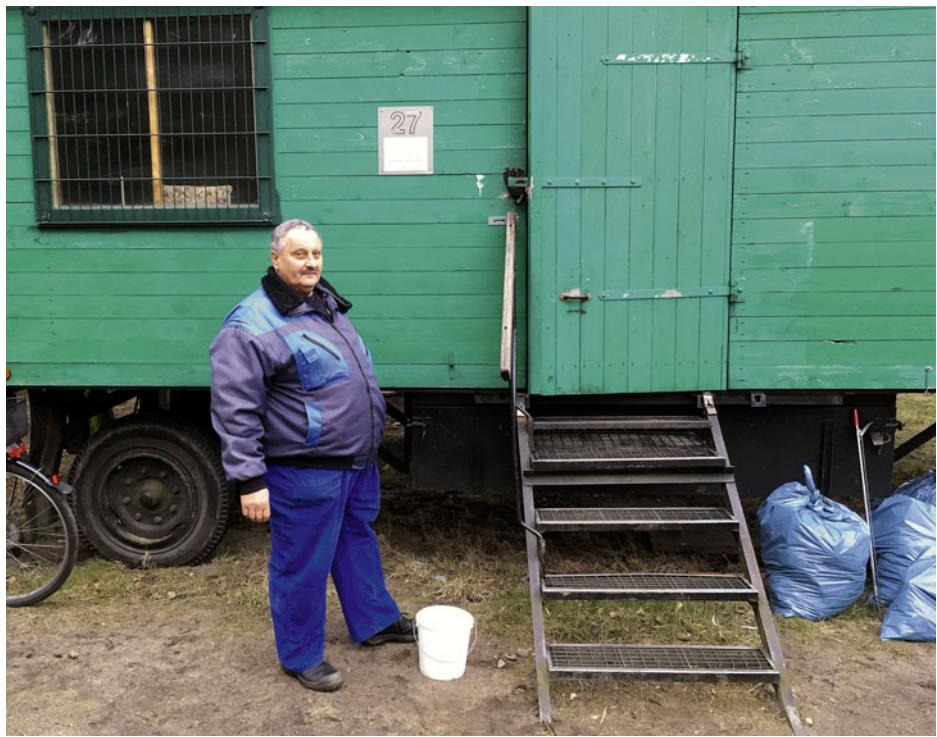
In Torgelow musste keine Turnhalle geräumt werden, kein Zelt errichtet. Jede Familie hatte ihre eigene Wohnung. Das ändert vieles, vielleicht alles.

In einer idealen Welt würden die Neuanankömmlinge auf Altenpflege umschulen. Ihre Kinder würden die Schulen wieder bevölkern, die Handwerker unter ihnen würden die alten Gebäude für sich instand setzen. Die fehlende Generation ersetzen. In einer idealen Welt würde aus der Flutwelle eine Bewässerung werden.

„Da kamen natürlich Fragen: Was sollen wir tun, wenn da ein Schwarzer auf der Terrasse sitzt am Sonntagnachmittag? Der Zaun war da, aber das Tor war nicht verschlossen. Muss ich Angst haben? Ist der kriminell? Was sollte ich den Leuten sagen? Lade den ein? Hol die Polizei? Wir sind zum Betreiber des Heims gegangen und haben die gebeten, noch mal zu erklären, was Eigentum ist.“

Gottschalk hat in den letzten Monaten des Stress-tests seine eigene Theorie des Zusammenlebens entwickelt, die „Sechs-Prozent-Regel“. „Wir hatten in der Spitz 550 Zuwanderer, das waren sechs Prozent der Bevölkerung. Das war eine Dimension, die schien zu gehen.“ Nach dieser Rechnung wäre noch Platz in Deutschland. Wenn es nur überall so leer wäre wie in Torgelow.

Auch dieser Bürgermeister spricht von der immensen Hilfsbereitschaft der Ehrenamtlichen, von pensionierten Lehrern et cetera: „Das war unbelzahlbar. Nicht immer perfekt und nicht immer wirtschaftlich effizient, aber unbelzahlbar. So etwas verändert eine Kommune auch. Das geht bis in die Sportvereine rein. Es bleibt die Frage: Kriegen wir daraus einen gewissen Nutzen gezogen, die langfristige Einbindung in die Arbeitswelt. Da gibt es erst zarte Anfänge. 400 Personen, vielleicht 10



Frührentner Ronald
Adam in Torgelow



Sumte

Flüchtlingsheim in
Gladbeck



davon in Arbeit oder Training. Da sitzt mein Problem. Wenn das zu lange dauert, dann kann die Stimmung wieder kippen. Manche wollen sich integrieren, und manchen reicht das Sozialsystem. Wenn wir Pech haben, werden die Ehrgeizigen bald wieder weg sein, und wir behalten wieder die anderen.“

Wie nach der Wende und wieder, als die Russlanddeutschen kamen.

Gar nicht weit von hier, am anderen Ufer der Oder, lebte im 18. Jahrhundert der Staatsphilosoph Johann Heinrich Gottlob Justi. Der verfasste für Preußen „Die Grundfeste zu der Macht und Glückseligkeit der Staaten; oder ausführliche Vorstellung der gesamten Policey-Wissenschaft“ und darin das „Achte Hauptstück: Von der Vergrößerung der Bevölkerung durch Anreizung und Aufnahme der Fremden“.

Darin stehen viele kluge Sätze, was ein Land zu tun hat, wenn es „viel ledige Hütten“ hat und sonst nicht viel. „In zwey bis drey Zeugungen wird von (einem) neuen Volke keine sichtbare Spur mehr vorhanden seyn“, sofern die Fremden keine andere Religion und Sprache haben. Andernfalls gebe es „einige Beschwehrlichkeiten“, und man müsse „30 bis 40 Jahre“ eine gewisse Absonderung tolerieren. Oder wie Franz Grassl es sagen würde: „Geh auffi, nimm dein Teppich mit, und in zehn Minuten bist wieda do.“

02826 Görlitz (676 Flüchtlinge)

Das Durchschnittsalter in dieser Stadt entspricht in etwa der durchschnittlichen Lebenserwartung am Horn von Afrika. Knapp über fünfzig. So kommt es, dass Mohammed Mahmoud zwischen Daunenjacken und leise rieselnden Klängen auf dem Untermarkt steht und seinen ersten Glühwein trinkt.

Görlitz liegt am Dreiländereck zu Polen und Tschechien und ist Europastadt. Nur für Flüchtlinge ist die Neiße so breit wie das Mittelmeer. In Polen, fürchten sie, würden sie sofort verhaftet und abgeschoben. Am anderen Ufer ist Afrika.

Deswegen auch keine Kajaktouren. „Der Großteil der Leute verhält sich anständig. Ich schätze, einmal pro Woche wird einem vor die Füße gespuckt. Negerpapa haben sie mir einmal im Krankenhaus gesagt.“

Das sagt Nils Matthiesen, einer der Betreuer im Flüchtlingsheim. Mohammed Mahmoud schaut auf die Buden, er ist 16 Jahre alt und will seine Jacke trotz der Kälte offen lassen. „Ist okay.“ Sein Blick scannt die Räume zwischen den Buden. „Okay. Kein Problem.“ – „Ich bin ja aus Neumünster. Da ist es immer wieder krass, welche Sprüche hier als normal empfunden werden. Hey, Kanake, und so.“

Ein Obdachloser mit zur Hälfte tätowiertem Gesicht fragt nach einer Spende. Er sei Russe. Mahmoud gibt ihm seinen Glühwein. „Thanks, brother“, sagt der Mann.

„Es gibt nirgendwo so billigen Wohnraum wie in Görlitz. Mit Stuckdecke für vier Euro den Quadratmeter. Aber dann rufst du wegen einer Idee in einer Schule an, und der Rektor sagt: Wir schließen. Für immer. Es ist der Wahnsinn“, so Nils Matthiesen.

Statt der erwarteten 3000 sind 900 in die Region gekommen. In Görlitz leben 157 Familien aus 17 Nationen, ein gutes Drittel davon aus Syrien. 73 unbegleitete minderjährige. Wer anerkannt ist, verlässt die Stadt und das Land schnell Richtung Westen. 80 Prozent sollen schon wieder weg sein aus Sachsen.

Gegenüber, vorm Rathaus, hat eine „Dialogkrippe“ gestanden, „Bethlehem und Europa“. Mit den Namen von Städten. Addis Abeba war nicht dabei. „No problem. Nicht alle du kannst nehmen“, sagt Mahmoud.

Er hat schon gut Deutsch gelernt.

Am nächsten Morgen sitzt eine Familie im Frühstücksraum des Hotel Börse, ein reizendes kleines Mädchen; sie sehr gepflegt, das Haar zurückgebunden; er ein wenig älter, vom Typus Kulturwissenschaftler, Cordjackett und ansprechende Gesichtszüge. Eine westdeutsche Familie, vermutlich auf Bildungsurlaub in Görlitz. Er spricht mit geübter Stimme, die Antworten der Frau sind nicht zu hören.

„Ich höre schon kein Radio mehr, weil ich das Gutmenschengesülze nicht ertragen kann. Insofern ist Lügenpresse schon nicht ganz falsch.“ – „Wenn ein Rechtsradikaler eine Deutsche umgebracht hätte, würden alle aufschreien.“ – „Klar, dann wäre die Weltpresse hier.“ – „Um den 17-Jährigen zu schützen ...! In Wirklichkeit ist der 21. Der kommt mit 15 Sozialstunden weg, und das war's.“ – „Alles die Schuld von der Merkel. Nach den Wahlen gibt es wieder eine Große Koalition, und es geht von vorne los.“

Eine Familie beim Frühstück, keine Ostdeutschen, sondern alte Bundesrepublik, bestes Bildungsbürgertum, das nichts dabei findet, sich in aller Öffentlichkeit derart zu entblößen. Und das war vor dem Breitscheidplatz.

45966 Gladbeck-Zweckel (ca. 170 Flüchtlinge)

Es war eine Reise durch Deutschland, am Ende des alten Jahres. Zufällig waren die Begegnungen, vielleicht hätte eine andere Route eine andere Geschichte erzählt. Aber genauso ist es gewesen, und das kann nicht nur ein Zufall sein.

Das Land ist sich erstaunlich gleich geblieben, trotz allem. Und das spürt man umso mehr, je kleiner die Gemeinden sind,

je weniger es klumpt. Die Verteilung der Neuen ist ein Glück, das nicht von langer Dauer sein wird. Denn sobald die Flüchtlinge ihren Status haben, werden sie, wie die Deutschen auch, weiter in die Städte fliehen. In Weißkeiβel bleibt niemand.

Und dann ist da noch Uwe Langkau. Er ist kein Bürgermeister, kein Politiker, kein Aktivist. „Ich bin jetzt 58, mit meiner Petra verheiratet, und der Sohn hat nun auch seinen Meister gemacht, als Schornsteinfeger.“ So stellt Langkau sich vor, wenn man ihn fragt. Außerdem ist er immer schon beschäftigt bei der Zechenbahn der Hütte „Prosper“, der letzten aktiven Zeche im Ruhrgebiet.

Bis nächstes Jahr werde die noch betrieben. Langkau hat eine Ähnlichkeit mit Thomas Müller, dem Fußballspieler, die gleiche Mundpartie. Wenn Langkau Besuch hat, fährt er ihn auf die Halde oberhalb der Zeche. Von hier hat man den besten Blick auf die Landschaft. Die Kokerei, der Förderturm, die Gleisanlagen, hinten das Kraftwerk Karnap. Es ist sehr windig oben auf der Halde. Er habe es gut gehabt, sagt Langkau. Da müsse man auch was zurückgeben können.

„Mein Vater war auch immer Arbeiter gewesen. Ich bin in keiner Partei. Aber sozial eingestellt, das ja. Und natürlich habe ich die Dauerkarte für Schalke“, sagt Langkau und dann: „Unter Tage muss man für einander einstehen. Das prägt die Menschen. Da geht es um Leben oder Tod.“ Unter Tage ist jeder recht schnell schwarz.

Irgendwann im Sommer sei das gewesen, sagt Uwe Langkau. Die Kirchengemeinde hatte eine Bleibe für eine albanische Familie gesucht. Der Mann Koch, sie Psychologin, zwei Mädchen. Und alle auf der Liste irgendeiner Mafia in Tirana.

Mancher hätte die Tür doppelt abgeschlossen. Uwe Langkau nicht. Da war das Haus der Schwiegereltern in Gladbeck-Zweckel. Im Krieg ausgebombt und wieder aufgebaut. Er hatte gerade neues Laminat gelegt, das Bad neu gemacht. „Mir ist es gleich, welche Hautfarbe, wo er herkommt, ob er Deutsch spricht oder nicht, ob das Amt die Miete zahlt. Ich habe andere Sozialhilfeempfänger im Haus“, sagt er, und: „Ich gehe grundsätzlich von dem Guten aus.“ Die Familie ist jetzt eingezogen.

Eigentlich eine Weihnachtsgeschichte. Für manchen ein Zeichen von hoffnungsloser Naivität, für Langkau selbst eigentlich nicht der Rede wert. Mag sein, dass er eine Minderheit ist. Aber letzten Endes ist jeder eine Ein-Mann-Minderheit.

Das ist das Gute am Menschen.



Slideshow:
Deutschlands helle Seite

spiegel.de/sp022017reise
oder in der App DER SPIEGEL



Der belutschische Geist

**Ortstermin Auf den Spuren
von Navid B., der irrtümlich als Terrorist
vom Breitscheidplatz galt**

Gut drei Wochen her, kurz vor Weihnachten. Anruf vom Chef. Man soll doch bitte den armen Teufel finden, den man nach dem Anschlag in Berlin festgenommen hat. Den Pakistaner, den, der es nicht war.

Hat nicht unrecht, der Chef. Man stelle sich nur vor: Der Typ geht seelenruhig im Tiergarten spazieren, wird plötzlich festgenommen, angeblich weil ihn jemand als Lkw-Attentäter identifiziert hat, ein „mutiger Zeuge mit Zivilcourage“, wie es heißt, ein mutiger Zeuge mit Zivilcourage und zu viel Fantasie, wie sich später herausstellt. Navid B., so heißt der Nichtterrorist, ist ein friedliebender Flüchtling.

Mit Handschellen und Sack über dem Kopf geht es für ihn nach Karlsruhe, Leibesvisitation bei der Bundesanwaltschaft, Verhör. In der Zwischenzeit wird Navids Flüchtlingsheim in Berlin-Tempelhof von einem SEK-Kommando gestürmt. Der deutsche Innenminister gibt eine Pressekonferenz, er wirkt zufrieden, auch wenn der Festgenommene noch leugnet.

Dann meldet sich der Vater aus Pakistan zu Wort. Sagt sinngemäß: Seid ihr jetzt alle irre? Der Vater hat recht, sein Sohn ist doch kein Terrorist, die Justiz spuckt ihn wieder aus.

Recherchestart, Old School: Anruf bei der Berliner Polizei, Pressestelle. Frau ist am Telefon, nicht unfreundlich. „Wir haben ihn nicht mehr, den hat Karlsruhe. Ich kann Ihnen die Nummer geben.“

„Wir haben keine Anklage gegen Navid B. erhoben“, sagt jemand in Karlsruhe.

„Das heißt, er ist frei?“

„Das heißt, dass wir keine Anklage erhoben haben.“

Man fragt sich, ob die Stimme aus Karlsruhe echt ist oder ob man mit einer Warteschleife redet.

Anruf schließlich bei einem befreundeten Polizisten, der endlich etwas weiß: Navid B. ist frei, aber in Gewahrsam. Andauernde Identitätsüberprüfung heiße das in Polizeisprache, man könne es auch staatlich empfohlene Erholung an einem geheimen Ort nennen.

Anruf beim Chef: Man kann in Deutschland ein freier Mensch und trotzdem in Gewahrsam sein!

Chef sagt: Kenne ich vom Büro.

Weitere Anrufe führen zu einem pakistanischen Journalisten aus Frankfurt am Main. Volltreffer. Shams Ul-Haq ist seit über 20 Jahren in Deutschland und hat sich vor einiger Zeit „undercover“ in die Tempelhofer Flüchtlingsunterkunft eingeschlichen, also da, wo Navid B. bis vor Kurzem zu Hause war, und ein Buch darüber geschrieben. Der Kollege kennt Navid B. vom Sehen.

Mit der Hilfe von Ul-Haq werden Navids Nachbarn, Freunde und Bekannte angerufen. Man erfährt, dass er

ein guter Junge ist, der sich in der Heimat als Schäfer durchgeschlagen, seit seiner Festnahme aber nicht mehr gemeldet hat. Navid selbst erreichen wir leider nicht.

Dann ein ernster Rückschlag: Ein pakistanischer Journalist, allerdings ein anderer als Ul-Haq, hat Navid B. für die „Welt am Sonntag“ interviewt. In dem Interview sagt Navid nur, dass er nichts gemacht habe und nicht wisse, wo er sei. Da geht noch was.

Ul-Haq kennt Navids Cousin, der bei der Festnahme dabei war. Cousin Wahid, ein sachlicher Typ, kann einiges aufklären: Navid B. stammt aus dem pakistanischen Grenzgebiet zu Iran; er ist zwar offiziell Pakistaner, fühlt sich aber als Belutsche; Belutschen sind eine unterdrückte ethnische Minderheit, die einen eigenen Staat wollen. Hierzulande ist man eher mit den Paschtunen vertraut, auch eine Minderheit, aber mit eindeutig besserer PR-Abteilung.

Während ich eingeführt werde in den Freiheitskampf der Belutschen, erscheint das nächste Interview mit Navid B., jetzt im „Guardian“. Navid erzählt, dass er sich nach seiner Verhaftung habe ausziehen müssen, dass man ihn geschlagen habe. Er redet auch über die unterdrückten Belutschen.

Frage an Ul-Haq: Wieso, verdammte Axt, kriegt ein englisches Medium ein Interview mit einem Mann, den wir seit Tagen suchen? Antwort: Navid B. ist Mitglied des „Baloch National Movement“. Die sind daran interessiert, dass die Welt etwas von ihrem Kampf für die Belutschen erfährt, die pakistanische Organisation ist in England stark vertreten. Navid B. hat von der Führung die Anweisung erhalten zu reden.

Die Berliner Polizei weist alle Vorwürfe zurück, sie sagt: Es habe keine Misshandlungen gegeben. Tags darauf gibt sie bekannt, dass man erneut mit Navid B. geredet habe und dass der die Sache jetzt anders sehe. Es läuft nicht gut für Navid B. Erst war er ein Terrorist, jetzt ist er ein Lügner. In jedem Fall hat er ständig die deutschen Sicherheitsbehörden an den Hacken.

Schließlich der Durchbruch. Ein Informant ruft an. Die Polizei habe einen Pakistaner in ein Hotel gebracht. Vielleicht sei das mein Mann.

Schmaler, dunkelhäutiger Typ, mit traurigem Blick und abstehenden Ohren?

Ja, der ist hier.

Wieder waren andere schneller, wieder redet Navid, diesmal mit Beamten vom BKA. Es geht noch mal um die Schläge. Navid sitzt in einem tiefen Sessel und sieht erledigt aus. Zwei Polizisten notieren etwas, ein Übersetzer sitzt dabei und auch der Cousin.

Irgendwann ist das Gespräch beendet. Navid B. läuft nach draußen, er schwankt etwas beim Gehen. Sein Cousin sagt er, dass er versprechen musste, mit niemandem mehr über die Sache zu reden.

Danach steht Navid bis tief in die Nacht vor dem Hotel und raucht. Soll man ihn ansprechen?

Anruf beim Chef. Man beschreibt diese unendlich traurige Figur, die man gerade erlebt hat, mit roten, verängstigten Augen und schwankendem Gang. Ein belutschischer Geist.

Chef unterbricht: „Wir lassen den in Ruhe.“

Juan Moreno

Mitarbeit: Shams Ul-Haq



Navid B. (Negativbild)

Air Berlin

Gewerkschaft will mehr Mitsprache

Bei der Fluglinie kämpfen zwei Arbeitnehmervertretungen um Einfluss.



SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

Die geplante Vermietung von rund drei Dutzend Air-Berlin-Jets an den Billigflieger Eurowings und eine weitere Tochter der Lufthansa könnte sich schwieriger gestalten als erwartet. Vertreter der Kabinengewerkschaft UFO pochen auf Mitspracherechte bei der Umsetzung und wollen notfalls sogar juristische Schritte ergreifen. Bei Deutschlands zweitgrößter Airline wird das Bordpersonal traditionell von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di organisiert, die in der Vergangenheit diverse Vereinbarungen abgeschlossen hat. Versuche der UFO, ebenfalls als Tarifpartner anerkannt zu

werden, scheiterten bislang. Das soll sich nun ändern. In ihrer neuesten Mitteilung an alle UFO-Mitglieder unter den Air-Berlin-Flugbegleitern verspricht der UFO-Vorstand, Gespräche mit dem neuen Air-Berlin-Chef Thomas Winkelmann aufzunehmen, Arbeitsplatzgarantien auszuhandeln und einen „Zukunftsplan“ für die weitere Entwicklung des gemeinsamen Flugbetriebs zu erarbeiten. Sollte die Air-Berlin-Führung sich weigern, die UFO-Funktionäre anzuhören, will die Gewerkschaft sie per Gerichtsbeschluss zu Gesprächen oder Verhandlungen zwingen. did

Dieselgate „Nicht der Hauch von Verständnis“



Hartmut Bäumer, 68, will gegen Audi klagen. Der erste grüne Fraktionschef im bayerischen Landtag und spätere Amtschef im Verkehrsministerium von Baden-Württemberg ist selbst Fahrer eines Diesel-A4.

SPIEGEL: Herr Bäumer, warum klagen Sie gegen Audi?
Bäumer: Ich fahre seit vielen Jahren einen Audi – und bin zufrieden. Allerdings habe ich mich schon immer mit dem Konzern gestritten, weil der tatsächliche Verbrauch noch nie mit den offiziellen Angaben überein-

stimmte. Beim letzten Auto-kauf habe ich daher überlegt, mir einen Toyota Prius zu kaufen, bin aber Audi treu geblieben. Entsprechend entsetzt war ich, als sich herausstellte, dass der Konzern Dieselabgaswerte manipuliert und Millionen Kunden betrogen hat.

SPIEGEL: Jetzt wollen Sie Ihr Auto nicht mehr und Ihr Geld zurückhaben. VW und Audi dagegen bieten eine Umrüstung der betroffenen Autos an. Reicht Ihnen das nicht?

Bäumer: Nein, denn das Fahrzeug hat einen unbehebbaren rechtlichen Mangel, und Audi gibt keine Garantie für den Erhalt des Motors und der Verbrauchswerte. Das Problem ist, dass bisher kein Vorstand persönlich Verantwortung für das von ihm erzeugte

Desaster übernimmt. Auf der Übereinstimmungsbescheinigung für meinen Wagen steht die Unterschrift von Rupert Stadler. Der Audi-Chef hat damit garantiert, dass der Wagen alle relevanten EU-Normen erfüllt. Wir wissen heute, dass das nie der Fall war. Da ist von Anfang an getäuscht und getrickst worden. Da ist nicht der Hauch von Verständnis zu spüren.

SPIEGEL: Dass die Dieselaffäre Arbeitsplätze gefährden könnte, stört Sie nicht?

Bäumer: Ich will keinen Mitarbeiter belasten, aber es geht mir um Verantwortung und Gerechtigkeit. Als langjähriger Gewerkschafter will ich mal umgekehrt fragen: Wo ist die Forderung von Betriebsrat oder IG Metall nach Wechsel in den Führungsetagen ihrer Häuser?

SPIEGEL: Ausgerechnet Sie als Grüner tragen nun mit Ihrer Musterklage gegen Audi dazu bei, dass amerikanische Verhältnisse in deutschen Gerichtssälen einziehen.

Bäumer: Ich sehe das Konzept von Sammelklagen nicht unkritisch. Der Zusammenschluss Tausender macht häufig Anwaltskanzleien reich und zwingt Beklagte zu großen Zugeständnissen. Aber so liegen die Dinge hier nicht. Statt auf die Kunden zuzugehen, zahlen sich die Manager in den Chefetagen weiterhin fleißig Boni aus. Und die Bundesrepublik wird von der EU verklagt, weil das Verkehrsministerium gegen die verbotenen Abschalteinrichtungen nichts unternommen hat. Gegen dieses Kartell des Schweigs helfen nur Macht und Masse der Zivilbevölkerung. mp

Energie

Windräder kontra Tierschutz

Der Konflikt zwischen Umwelt- und Tierschützern über den Ausbau der Windkraft spitzt sich zu. Auslöser ist die geplante Neuregelung des Bundesnaturschutzgesetzes. Darin enthalten ist eine Ausnahmeregel unter anderem für Windräder, die Tierschützer ärgert: Danach sollen die Anlagen erst dann verboten werden, wenn sie eine „signifikante“ Anzahl von Vögeln töten. So jedenfalls interpretieren Tierschützer den Entwurf der Gesetzesnovelle, die das Bundesumweltministerium im Dezember an die Verbände verschickt hat. Es sei „unübersehbar, dass die vorge-

schlagenen Änderungen darauf zielen, die Belange des Artenschutzrechts bei der Planung und dem Bau von Windkraftanlagen weiter zurückzudrängen“, schreibt die Deutsche Wildtier Stiftung. Auch der Präsident des Naturschutzbundes, Olaf Tschimpe, lehnt die Novelle ab. Er fürchtet, es könnte eine hinnehmbare Menge getöteter Tiere bestimmt werden, was nach Ansicht seines Verbandes „absolut keine akzeptable Option für funktionierenden Artenschutz“ sei. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) will Kritikpunkte der Verbände aufgreifen, falls sie berechtigt seien. Sie verspricht: „Es wird keine Aufweichung des Arten- schutzrechts geben.“ gt



ANDREAS WÜNSCHERS / MDR

Szene aus MDR-„Tatort“

ARD

Geldverschwendungen beim „Tatort“?

Die Macher des „Tatorts“ sind ins Visier der Rechnungsprüfer geraten. Der Thüringer Rechnungshof hat bei der Überprüfung von drei Folgen des MDR Schwächen bei der Wirtschaftlichkeit moniert. Die Kontrolleure bemängeln, dass die Anstalt keine Kriterien aufgestellt habe, mit denen dem Sender eine wirtschaftliche Bewertung von Angeboten möglich sei. Im Gegenteil: Schon in einer Ausschreibung habe es geheißen, dass das „übliche Budget“ zur Verfügung stehe – damit fehle bereits der Anreiz für Sparideen. Dabei könnten gerade Ausschreibungsverfahren eine Möglichkeit sein, „Kosten zu senken“. Der

MDR hatte sich 2012 selbst verpflichtet, bei Aufträgen von über 50 000 Euro mindestens drei Angebote bei externen Produktionsfirmen einzuholen. Auch kritisieren die Beamten, dass der MDR sich bei Finanzierungszusagen der ARD-Tochter Degeto auf Absichtserklärungen statt auf Verträge verlassen habe. Der Sender argumentiert, dass so eine Erklärung „innerhalb der ARD einen hohen Verbindlichkeitsgrad besitze“. Mit dem Abschluss von Verträgen hat man es offenbar auch sonst nicht eilig. Bei keiner der geprüften Produktionen lag, wie gefordert, vor Drehbeginn ein Produktionsvertrag vor. Der MDR begründet den Verstoß gegen die hauseigene Dienstanweisung damit, dass das Vorgehen „branchenüblich“ sei. m.m.

ZDF-Moderatorin Exmanager zeigt Carmen Nebel an

Seit TV-Moderatorin Carmen Nebel und ihr Manager Peter Wolf sich 2015 im Unfrieden trennen, gibt es für deren Anwälte gut zu tun. Nun hat Wolf Nebel wegen Untreue angezeigt. Es geht um den Betrag von bis zu einer halben Million Euro aus der Kasse der einst gemeinsamen Produktionsfirma TeeVee. Das Geld floss laut Vertrag als Darlehen an die TV-Firma Herr!Media, deren Mitinhaber der Lebensgefährte von Nebels Assistentin ist. Herr!Media finanzierte

damit die von ihr produzierte Vox-Show „One Night Song“ vor. Wolf wirft Nebel und ihrem Geschäftsführer vor, Kompetenzen überschritten zu haben. Das Darlehen sei ohne Sicherheit gewährt worden. Unangemessen sei, dass TeeVee an der Produktion der Show beteiligt war, doch von Herr!Media für Personalkosten nur 5250 Euro erhalten. Nebels Anwalt bestreitet die Vorwürfe: Leistungen seien „vollen Umfangs“ in Rechnung gestellt worden, Herr!Media sei „uneingeschränkt kreditwürdig“. Nebel hält an TeeVee zwei Drittel, Wolfs Anteile hat dessen Frau übernommen. akü

Samstagsfrage Warum steigt der Dieselausbau?

Der Volkswagen-Skandal um manipulierte Schadstoffmessungen hat nicht dazu geführt, dass die Deutschen spürbar weniger Diesel verbrauchen, im Gegenteil: Der Absatz ist im vergangenen Jahr sogar gestiegen, um mehr als vier Prozent. Zum Vergleich: Der Verkauf von Ottokraftstoff stagnierte. Hinter dem Dieselboom verbirgt sich insbesondere ein ökonomischer Grund: Die Konjunktur in Deutschland läuft vergleichsweise rund, der Bauwirtschaft geht es so gut wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Speditionen haben viele Güter zu transportieren, zunehmend auch Bestellungen aus dem Internet – und ihre Lkw tanken fast ausschließlich Dieselkraftstoff.



Allerdings zeigt die VW-Affäre, gemessen an der Zahl der Pkw-Neuzulassungen, inzwischen durchaus Effekte. Der Anteil der dieselbetriebenen Fahrzeuge ist 2016 laut Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich gewachsen, um 1145 auf 1539 596 Fahrzeuge. Dagegen stiegen die Zulassungszahlen von Benzinern vergangenes Jahr kräftig an, um rund 135 000 auf 1746 308 Fahrzeuge. Es dürfte indes noch einige Zeit vergehen, bis die deutschen Raffineriebetreiber ihre Kapazitäten entsprechend anpassen müssen. Der Dieselbedarf wird nicht nur aus ihren Anlagen gedeckt, sondern zu knapp einem Drittel aus Importen. aju



Zum Wohl der Tiere

Landwirtschaft Minister Christian Schmidt setzt unbeirrt auf eine industrielle, umweltschädigende Agrarindustrie. Dabei raten Experten dringend zur Abkehr. Modelle für eine funktionierende, nachhaltigere Alternative gibt es bereits.

Alle Jahr wieder hat der deutsche Landwirtschaftsminister die Weltbühne ganz für sich: Stets Ende Januar, wenn er als Gastgeber zur Grünen Woche nach Berlin bittet, der wichtigsten Ernährungs- und Landwirtschaftsmesse der Welt. Es ist das Hochamt der Branche.

Wenn ein deutscher Landwirtschaftsminister also etwas Bedeutendes zu verkünden hätte, würde er das genau hier tun, im Scheinwerferlicht.

Christian Schmidt, der amtierende Minister, hat einen anderen Ort vorgezogen. Am vorletzten Tag des Jahres 2016 – der Großteil des politischen Berlins hatte sich in die Feiertage absentiert – stellte er in seinem Ministerium still und leise das „Grünbuch“ vor. Es ist nichts Geringeres als sein „Fahrplan für die zukünftige deutsche Ernährungs- und Agrarpolitik“.

Um kein anderes Thema wird gesellschaftlich so hitzig gestritten. Die Frage, was wir essen, wie Nahrung produziert wird und zu welchem Preis, erregt die Gemüter quer durch alle sozialen Schichten und Altersgruppen. Es treibt Bauern vor die Regierungssitze, Verbraucher auf die Straße, Wissenschaftler zur Verzweiflung und immer mehr Menschen aus Notwehr zum Dinkelbratling. Es ist ein unbestreitbarer Fakt: Die Art, wie wir landwirtschaften, beeinflusst die Gesundheit, die Umwelt, das Klima. Und in letzter Konsequenz das Überleben der Menschheit.

Doch der zuständige Minister lässt diese Zukunftsdebatte mal eben zwischen Tannenbaum und Silvesterböllern verschwinden wie ein Magier das Häschen im Hut. Übertroffen wird das gezielte Wegducken nur noch vom uninspirierten Inhalt des Grünbuchs. Der Fahrplan des Ministers ist, wenn man die Prosa vom „Bauer-zurück-in-die-Mitte-der-Gesellschaft“ wegstreicht, der ewig gleiche: weiter wie bisher in Richtung Agrarindustrie.

Die Agrarsubventionen sollen weiter vor allem an die Fläche gebunden sein und damit bevorzugt an Großbetriebe fließen. Der Weltmarkt, auf dem sich nur durch rationalisierte Akteure durchsetzen können, wird der Maßstab bleiben.

Nicht einmal die angekündigten Verbesserungen sind glaubhaft: „Unterstützung bäuerlicher Betriebe, besseres Essen in der Schulverpflegung, mehr Tierwohl. Schade, dass dieser Minister in den drei Jahren seiner Amtszeit fast nichts von dem, was im Grünbuch steht, umgesetzt hat“, spottet Greenpeace-Agrarexperte Martin Hofstetter.

An grundsätzliche Änderungen durch ein staatliches Tierschutz-Label, das Schmidt auf der Grünen Woche vorstellen will, glaubt nicht einmal der Deutsche Tierschutzbund: „Wir raten dem Minister dringend, endlich Taten zu zeigen. Jetzt und systemverändernd und nicht mehr, wie bis-

her, systemdeckelnd. Dazu bedarf es keiner großen Worte oder Bücher mehr, dazu muss das Recht angepackt werden. Der Minister ist als aktiver Gesetzgeber gefordert“, sagt Präsident Thomas Schröder. Er solle keine „Zeit vertun mit Semantikdebatten über Begriffe wie ‚vegane Wurst‘.“

Dieser Seitenheb bezog sich auf einen Vorgang zwei Tage vor der Grünbuch-Vorstellung, der den Minister einmal mehr als Lobbyist der Fleischindustrie erscheinen ließ. Im Schulterschluss mit der CDU im Tierproduktionsland Niedersachsen forderte Schmidt in der „Bild“-Zeitung ein Verbot von Fleischnamen für Veggie-Produkte. Begriffe wie „vegetarisches Schnitzel“ oder „vegane Currywurst“ seien „komplett irreführend und verunsichern die Verbraucher“, sagte Schmidt. Teuflische Begriffe also, die verboten gehören, wofür er sorgen werde.

Und womit er in seiner Amtszeit wenigstens ein Problem gelöst hätte.

Die Landwirtschaft steckt in einer existenziellen Krise – ökonomisch wie gesellschaftlich. Es ist kurios: Ausgerechnet die hochsubventionierte Landwirtschaft, die kaum zu Wertschöpfung und Beschäftigung beiträgt und um die sich sogar ein ei-

Vielen Tierhaltern scheint die Empathie für die Kreatur verloren gegangen zu sein.

genes Ministerium kümmert, entwickelt sich zum Teil des Problems statt zum Teil der Lösung.

54 Milliarden Euro, 37 Prozent des gesamten EU-Haushalts, waren 2016 für die Landwirtschaft eingeplant. Das sind rund 106 Euro pro Bürger. Immer mehr von ihnen wollen die Tierhaltungsbedingungen, den Raubbau an der Natur, die Zerstörung von Grund und Boden nicht länger mitfinanzieren.

Mehr als die Hälfte der Fläche Deutschlands, insgesamt 18 Millionen Hektar, wird durch Landwirte bewirtschaftet. Obwohl deren Gehalt zu rund 40 Prozent aus den Direktzahlungen und Zuschüssen der Europäischen Union und des deutschen Staats besteht, fühlen sie sich wie Herren über das Land. Sie gehen mit dem Grund und Boden um, als wäre er ihr privates Ausbeutungsgebiet – und nicht die Nahrungsgrundlage für alle Menschen sowie die kommender Generationen.

Geht etwas schief – egal ob selbst verschuldet wie die aktuelle Milchkrise oder unverschuldet, etwa durch Wetterkapriolen –, halten sie die Hand auf. Ihre Ansprüche begründen sie mit ihrem Sonderstatus als Volksernährer. Jede Einmischung des Volkes aber wird empört abgelehnt –

obwohl die Bürger nicht nur Kunden, sondern durch die Subventionen auch Geldgeber sind.

Jeder Außenstehende, der es auf einem Bauernverbandstag wagt, Dinge wie die Tierhaltung zu problematisieren, wird gnadenlos niedergemacht. „Unsere Tiere fühlen sich wohl“, heißt es dann, „ihr habt ja alle keine Ahnung.“

Doch dann strahlt das Fernsehen, wie kürzlich geschehen, geheime Aufnahmen aus den Ställen hochrangiger Bauernfunktionäre aus, in denen verletzte Tiere ohne Hilfe vor sich hin sterben, Ferkel brutal erschlagen werden, Schweine sich gegenseitig vor lauter Verzweiflung und Platznot blutig beißen.

Man braucht „keine Ahnung“ zu haben, um zu erkennen, dass das nicht richtig sein kann. Es ist eigentlich: Vielen Tierhaltern scheint in der durchökonomisierten Fleischproduktion die Empathie für die Kreatur verloren gegangen zu sein. Dass die meisten Tiere in nicht artgerechte Haltungssysteme gesteckt werden, dass sie statt Erde nur Beton unter den Hufen spüren und nie Sonnenlicht sehen, dass sie sich kaum bewegen können und nichts von dem ausleben, was ihnen angeboren ist, und dass sie ihr kurzes Leben lang krank sind, erscheint in der Logik der Züchter und Mäster ganz und gar schlüssig.

Damit sich die Ware nicht beschädigt, werden, ohne zu zögern, Schweineschwänze und Hühnerschnäbel gekürzt, Kälberhörner ausgebrannt. Das sei Tierschutz, glauben die Bauern. Das Tierschutzgesetz, das Tierleid ohne triftigen Grund verbietet, wird durch Ausnahmen aufgeweicht.

Wie stark die Entfremdung zwischen Tierhüter und Tier mittlerweile ist, wurde kürzlich auf einer Milchkuhtagung in Niedersachsen deutlich. Da fragte ein Bauer, ein netter Mann mit Universitätsbildung, einen Tierschutzfunktionär, warum er so vehement auf Auslauf für die Tiere poche. „Das ist für euch irgendwie ein Symbol, oder?“, fragte der Bauer. Allen Ernstes.

Der wissenschaftliche Beirat des Landwirtschaftsministeriums hat 2015 eine Bestandsaufnahme der Tierhaltung in Deutschland angefertigt. Prädikat: nicht zukunftsfähig. Als das Ergebnis vorab bekannt wurde, hatte Bundesminister Schmidt plötzlich keine Zeit mehr, an der selbst einberufenen Pressekonferenz teilzunehmen. In seinem Ministerium erzählt man sich, sein Parteichef Horst Seehofer habe ihn telefonisch zurückgepfiffen.

Das ethische ist längst nicht das einzige Problem in der Tierhaltung. In den Massentierbetrieben fällt auch massenhaft Gülle an. Darüber und über Mineraldünger gelangen zu viel Stickstoff und Phosphat in die Umwelt und belasten Wasser, Luft und Böden. Das ist lange bekannt. Trotz-

dem sind die Nitratwerte in den Intensivregionen weiter hoch – weil Deutschland keine ausreichenden Gegenmaßnahmen getroffen hat. Dass die Europäische Kommission deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat – egal. Offenbar zahlt der Staat lieber Strafe, als für sauberes Trinkwasser zu sorgen. Und die Strafe zahlt: der Steuerzahler.

Noch kritischer ist der wahllose Einsatz von Antibiotika. Er begünstigt die Entwicklung und Verbreitung von resistenten Mikroben bei Tier und Mensch. Zwar sinkt der Verbrauch, aber in der Landwirtschaft werden auch sogenannte Reserveantibiotika eingesetzt, die eigentlich nur nach strenger Indikation in der Humanmedizin benutzt werden sollen. Entwickeln sich auch dagegen Resistzenzen, gibt es im Ernstfall keine Rettung mehr. Doch ein Verbot? Fehlanzeige. In einigen Krankenhäusern werden Nutztierhalter bereits als Risikopatienten eingestuft. Die höheren Behandlungskosten zahlt: die Allgemeinheit.

Dazu kommt: Die moderne Landwirtschaft gefährdet auch die Artenvielfalt. Sie zerstört die Lebensräume der Feldvögel. Ihr Bestand hat sich in den letzten 30 Jahren in Europa halbiert, Tendenz steigend. Bienen finden keine ausreichende Nahrung mehr. Feldhamster haben in Deutschland inzwischen Seltenheitswert. Konsequenzen? Werden kaum gezogen.

Auch die Landwirtschaft selbst wird, durch ihre stringenten Züchtungslinien, immer uniformer. Alte Getreidesorten, die auf lokale Bedürfnisse zugeschnitten sind, verschwinden zugunsten genormter Hochleistungszüchtungen, die sich meist im Besitz von Chemie-Multis wie Bayer, Dow oder Dupont befinden. Wer ein anderes Huhn halten will als das Standard-Hybrid-Modell, muss auf den Hobbyzüchtermärkten suchen.

Weniger bekannt sind die Auswirkungen der Monokulturen auf den Boden: Der großzügige Einsatz von Pestiziden ist auch eine Gefahr für das Bodenleben. Außerdem wird die Erde von gewaltigen Landmaschinen so verdichtet, dass sie weniger Wasser aufnehmen kann. Auf 36 Prozent der Fläche ist die Bodenfruchtbarkeit bedroht, stellte das Umweltbundesamt bereits 2011 fest.

Die schwindende Humusschicht aber trägt zu einer globalen Bedrohung bei: der Klimaerwärmung. Seit den Beschlüssen der Uno-Klimakonferenz 2015 in Paris zum Stoppt der Erderwärmung bei 1,5 Grad ist unabdingbar, dass auch der Agrarsektor seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss. Der Weltklimarat schreibt 31 Prozent der Treibhausgasemissionen direkt der Landwirtschaft zu, insbesondere der Tierhaltung, der Düngung und dem Umbruch von Flächen. Nimmt man Transport, Verarbeitung und Entsorgung von Lebensmitteln dazu, hängen welt-

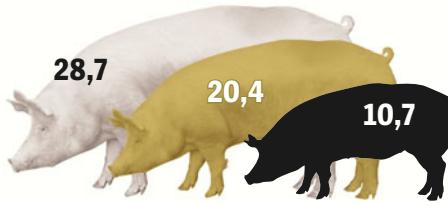
Grüne Revolution

Eckdaten der Greenpeace-Studie „Ökologische Landwirtschaft in Deutschland – 2050“

Voraussetzung für das Erreichen der Ökoziele ist u. a. eine „große Ernährungswende“: Etwa 22 % der Bevölkerung müssten sich 2050 vegetarisch, 8 % vegan ernähren.

gegenwärtig Prognose 2030 Prognose 2050

Schweine Bestand in Millionen



Rinder Milchkühe und Mastrinder, Bestand in Millionen



Geflügel Bestand in Millionen



Bestandszahlen jeweils zum Stichtag, Angaben des gegenwärtigen Bestands nach der letzten Agrarstrukturerhebung

Pestizideinsatz in kg/ha



Stickstoffüberschuss (aus Düngung, Gülle) in kg/ha



Wasserqualität Oberflächengewässer in gutem Zustand



weit fast 40 Prozent der Treibhausgase mit der menschlichen Ernährung zusammen.

Angesichts der verheerenden Folgen, die die industrielle Landwirtschaft nach sich zieht, bleibt nur ein Schluss: Das gesamte System ist falsch, krank und hochgradig pervertiert. Die Krönung des Wahnsinns aber ist, dass viele Bauern trotz der Ökonomisierung ihres Berufs kaum noch von ihrer Arbeit leben können.

Seit sie sich auf den Exportmarkt begeben haben, müssen die deutschen Landwirte mit den niedrigen Weltmarktpreisen konkurrieren und tragen selbst zum immer größeren Angebot und sinkenden Preisen bei. Mittlerweile ist Deutschland der drittgrößte Agrarexporteur der Welt, ein Viertel der Produktion wird in Länder verkauft, die nicht Mitglied der EU sind. Doch auch daheim wollen Molkereien, Schlachthöfe und Lebensmittelhändler weniger bezahlen.

Das Kalkül, im Ausland reich zu werden, ist bislang nicht aufgegangen. Die Nachfrage Chinas nach Milch und Schweinen wird sich legen, und ob andere Schwellenländer langfristig kaufen, weiß niemand.

Derweil sinkt das Einkommen der Landwirte stetig. Immer mehr kleine und mittlere Betriebe geben auf und werden von Großbetrieben oder branchenfremden Investoren aufgekauft, die Land als Anlageprodukt entdeckt haben. Bäuerliche Idylle könnte bald nur noch auf den Aufdrucken der Milchkartons zu finden sein.

Eine große Schar von Wissenschaftlern auf der ganzen Welt fordert seit Jahren die Abkehr von dieser Art der Agrarproduktion. Doch das Spiel geht unbeirrt weiter. Nur so könne man die steigende Weltbevölkerung ernähren, behaupten die Akteure. Ein Land allein könne keinen Vorstoß wagen, sagen Politiker. Und Christian Schmidt schreibt ein Märchen in sein Grünbuch: „Wir erleben 2030 eine Landwirtschaft, die Verantwortung für das Tier und die Umwelt übernimmt und dabei ihre wirtschaftlichen Chancen nutzt.“

Das aber kann nur gelingen, wenn er seine Strategie sofort und grundlegend korrigiert. Zu diesem Ergebnis zumindest kommen Agrarexperten verschiedener Nichtregierungsorganisationen, die die Landwirtschaft einer schonungslosen Fehleranalyse unterworfen haben und das machen, was die Politik eigentlich leisten müsste: Lösungsvorschläge erarbeiten und Wege aus dem Irrsinn finden.

Greenpeace hat vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) eine 110 Seiten starke Studie erstellen lassen, die dem SPIEGEL vorliegt. Das Ziel war: der Entwurf eines Landwirtschaftsmodells, das bis zum Jahr 2050 die Klimagase um die Hälfte reduziert, eine für die rund 80 Millionen Deutschen ausreichende Menge ge-

sunder, hochwertiger Lebensmittel erzeugt und gleichzeitig die Umwelt schützt.

Das Ergebnis stimmt hoffnungsfroh: Nach Auffassung der Wissenschaftler kann genau das erreicht werden – trotz niedrigerer Erträge, reduzierter Ackerfläche und niedrigerer Importe. Es braucht allerdings einen kompletten Wandel der Landwirtschaft plus eine Ernährungswende: Der Fleischkonsum müsste bis 2050 mehr als halbiert und die Lebensmittelabfälle um die Hälfte reduziert werden, sonst gehe die Rechnung nicht auf.

Das Greenpeace-Modell legt 30 Prozent biologische und 70 Prozent ökologisierte konventionelle Produkte zugrunde. Statt der Exportorientierung ist der Maßstab die 100-prozentige Selbstversorgung der Bevölkerung; nur bei Obst und Gemüse kann die Hälfte zugekauft werden.

Die Vorschläge, was getan werden müsste, lesen sich wie der Gegenentwurf zum Status quo:

- Es würden nur noch so viele Nutztiere gehalten, wie zur Erzeugung von Milch und Fleisch für den heimischen Markt benötigt werden. Die würden dafür aber artgerecht gehalten werden. Die Jahresleistung einer Kuh soll auf dem jetzigen Stand von durchschnittlich 7400 Kilogramm Milch verbleiben und nicht weiter gesteigert werden, die Zahl der Eier pro Henne soll auf 230 statt 295 reduziert werden und eine Sau soll nur noch zweimal im Jahr werfen. Beim Geflügel würde man auf Zweinutzungsrasse zurückgreifen, damit fiele etwa das Schreddern der männlichen Küken weg. Außerdem sieht das Modell regionale Obergrenzen für Tierbestände vor.
- Weniger Tiere bedeuten weniger Futter – womit Äcker frei werden würden, die bislang für den Anbau von Futter genutzt wurden. 60 Prozent der heutigen Fläche dient diesem Zweck. Für die Tiermast sollte kein Soja aus Übersee mehr eingekauft werden, es sollte ausschließlich aus der Heimat beziehungsweise Europa stammen. So verhindert man klimaschädlichen Anbau von Soja-Monokulturen und weite Transporte.
- Auch auf chemisch-synthetischen Pflanzenschutz will man in der neuen Landwirtschaftswelt verzichten. Der daraus folgende Ertragsrückgang von rund 40 Prozent müsste auch dadurch ausgeglichen werden, dass weniger Nahrung weggeschmissen wird, auch schon in der Produktion. Derzeit landet rund ein Drittel aller erzeugten Lebensmittel im Müll.
- Mit einer gezielten Düngung will man die Einbringung von Stickstoff im Boden reduzieren. Zum Artenschutz würden ökologische Vorrangflächen geschaffen und Moore renaturiert. Auf 15 Prozent der Äcker dürfte keine Lebensmittelproduktion stattfinden.

► Als klimaschonende Maßnahmen würde darauf geachtet, kohlenstoffreichen Humus zu belassen, die Tierbestände zu verringern und Stickstoff gezielter einzusetzen.

► Die politische Ausrichtung auf die Förderung von Milch und Fleisch würde umgehend beendet. Steuerliche Fehlanreize, wie die Agrardieselverbilligung oder die Mehrwertsteuerverbilligung für Fleischprodukte, ließen aus. Und die EU-Gelder sollten ab 2020 nur noch dafür genutzt werden, den Umbau systematisch voranzutreiben. Die Direktzahlungen dürften nicht mehr wie bisher an die Fläche gebunden werden, sondern würden nur noch für qualifizierte ökologische Leistungen erfolgen.



MICHAEL HUBNER / BILD

Agrarminister Schmidt
Prädikat: nicht zukunftsfähig

Das Zukunftsmodell mag noch nicht bis ins letzte Detail ausgearbeitet sein, auch die Kosteneffekte sind nicht berücksichtigt. Trotzdem haben die Umweltschützer schon jetzt mehr getan als der Bundeslandwirtschaftsminister: Sie haben Zeit, Geld und Mühe investiert, um die Blaupause für eine gesellschaftlich akzeptable Landwirtschaft zu entwerfen, die Ressourcen für die kommenden Generationen bewahrt.

Und sie stehen nicht allein. Im Auftrag des EU-Parlamentariers Martin Häusling (Grüne) haben Agrarexperten von Germanwatch Vorschläge für eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik erarbeitet. Sie sind in Sachen Direktzahlungen, Tierbestand und -haltung, Fleischkonsum, Produktionsdrosselung, Exportstrategie und vielem mehr zu nahezu identischen Lösungen gekommen wie die Experten im Auftrag von Greenpeace.

Der Dreh- und Angelpunkt für eine Neuausrichtung sei die Ausgestaltung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik, analysieren Reinhild Benning und Tobias Reichert in dem 80-seitigen Germanwatch-Bericht, der am kommenden Donnerstag in Berlin vorgestellt wird. Bisher entfalte der Großteil der Subventionen eine schädliche Wirkung auf die Artenvielfalt, den Tier- und den Klimaschutz.

Wie sehr das System aus dem Ruder gelaufen ist, belegen die Autoren an einem eindrücklichen Beispiel: Die gesellschaftlichen Schäden für Gesundheit, Umwelt, Artenvielfalt und Klima, die durch die Überdüngung mit Stickstoff entstehen, sind größer als die daraus resultierenden Erträge der Landwirte. „So zahlt die Gesellschaft zweimal: für die Agrarsubventionen und die Nachsorge.“

Wer von dem alten System profitiert, damit haben sich unter anderem der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), die Heinrich-Böll-Stiftung und Oxfam gemeinsam auseinandersetzt. Kommende Woche veröffentlichen sie erstmal den „Konzernatlas“ mit Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie.

Darin beschreiben sie die Global Player des internationalen Agro-Business, schildern die Tricks der Landgrabber und Saatgutkonzerne, räumen mit dem Argument auf, dass der Hunger in der Welt nur mit Chemie zu bekämpfen sei.

Für den Mitinitiator und BUND-Vorsitzenden Hubert Weiger ist die Bilanz der deutschen Agrarpolitik der zurückliegenden Jahre verheerend. „Beim Thema Glyphosat, beim Düngerecht und beim Tierschutz: Agrarminister Schmidt macht sich jedes Mal zum Sprachrohr der Agrarindustrie“, sagt Weiger.

Jüngstes Beispiel: Vergangenen Donnerstag torpedierte Schmidt den Vorstoß des Umweltbundesamts, die Mehrwertsteuer auf Milch und Fleisch wegen der klimaschädlichen Folgen der Viehhaltung zu erhöhen. Er wolle „den Bürgern nicht durch Strafsteuern vorschreiben, was auf den Tisch kommt“, so Schmidt.

Für Weiger ist klar: „Der Landwirtschaftsminister hat es nicht geschafft, sich gegen die Lobby der Agrarchemie- und Futtermittelindustrie durchzusetzen.“ Statt für nötige Reformen zu kämpfen, halte er lieber, wie auf der Grünen Woche vor zwei Jahren, für das ZDF-Satiremagazin „heute-show“ ein Schild mit „Je suis Greußener Salami“ hoch.

Das immerhin gibt es auch nicht alle Tage: einen Politiker, der sich selbst als Würstchen präsentiert. Michaela Schießl



Animation:
Deutschland, ein Bauernstaat
spiegel.de/sp022017/landwirtschaft
oder in der App DER SPIEGEL

Krieger im Baumhaus

Energie Im Hambacher Forst kämpfen Klimaaktivisten mit Guerillamethoden gegen den Braunkohletagebau von RWE. Der Konflikt spaltet die Region.

Sie haben sich mit Steinen bewaffnet, die Gesichter sind verummt. Manche haben sich die Fingerkuppen verklebt oder abgeschmiegelt, damit die Polizei keine Abdrücke nehmen kann.

An einem Mittwoch Ende November schlagen sie los, attackieren an der Landstraße L276, nahe Kerpen-Buir, ein Auto mit vier Sicherheitsleuten, die Rodungsarbeiten des Energiekonzerns RWE im Hambacher Forst bewachen. Laut Polizeibericht verliert der Fahrer die Kontrolle, das Fahrzeug überschlägt sich mehrfach, die Sicherheitsleute müssen leicht verletzt ins Krankenhaus.

Eine Aktivistin, die sich Bonnie nennt, hat an solchen Aktionen nur eines auszusetzen: mangelnde Wirksamkeit. „Wir haben lange diskutiert, was effektiver ist“, sagt sie, „Gewalt gegen Menschen oder Gewalt gegen Maschinen.“ Das Votum war klar: „Kaputte Maschinen halten den Betrieb auf und zwingen RWE finanziell in die Knie“, sagt Bonnie. „Kaputte Menschen sind schnell austauschbar.“

Bonnie will nicht sagen, ob sie an der Attacke beteiligt war. Prinzipiell aber hat sie kein Problem mit Gewalt. „Die RWE-Leute wissen ja, dass ihr Handeln Konsequenzen hat.“

Thomas Körber machen die Angriffe auf seine Leute noch immer fassungslos. Die Attacke an der L276 war nur einer von Hunderten Übergriffen, dererwegen der Leiter des Tagebaus Hambachs viele Nächte und Wochenenden lang Noteinsätze leitet: Die Umweltschützer stecken Trafostationen und Bagger in Brand. Sägen Strommasten an. Verstecken Eisenträger in den Kronen alter Eichen, die Holzfäller zu erschlagen drohen. „Es darf nicht sein, dass man seiner Arbeit nachgeht und um Leib und Leben fürchten muss“, sagt Körber.

Körber und Bonnie sind zwei sehr ungleiche Menschen: Ein 44-jähriger Ingenieur, Vater zweier Kinder, der in einem Mietshaus wohnt und in den Karnevalsverein geht. Und eine Klimaaktivistin, Anfang zwanzig, die in einem Baumhaus lebt, um den letzten Rest eines alten Waldes zu bewachen, der am Rande des größten Braunkohlereviers Europas liegt.

Bonnie und Körber stehen auf zwei Seiten eines Konflikts, der sich seit 2012 stetig verschärft hat. Und der nun, da der Landkreis darüber nachdenkt, einen Teil der Aktivisten zu vertreiben, vollends eskaliert. Die Gewalt erinnert an die Zeit Mitte der Achtzigerjahre, als militante Umwelt-

schützer nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl die deutsche Atomindustrie mit Molotowcocktails und Brandanschlägen bekämpften. Und genau wie damals streitet das Land auch jetzt über eine energiepolitische Zäsur.

72 Prozent der Bevölkerung fordern laut einer Umfrage des Forschungsinstituts Emnid ein Gesetz für den Kohleausstieg. Die Regierung aber hat die Entscheidung, wie dieser ablaufen soll, auf 2018 vertagt. Im Westen der Republik wächst seitdem der Zorn. Anwohner verstehen nicht, warum die Kohlebagger trotz Energiewende ihre Heimat verwüsten. Nicht wenige unterstützen in ihrer Verzweiflung die Aktivisten. Und so kommt es, dass der Hambacher Forst, dieses kleine Stück Wald zwischen Etzweiler und Buir, zur Frontlinie der deutschen Energiewende wird.

Bonnies Welt

Bonnie sitzt in einem Baumhaus, rund 15 Meter über dem Boden, und blickt in die Kronen der Stieleichen und Winterlinden. Ihre Unterkunft ist zweistöckig und liebevoll eingerichtet. Unten die Küche mit Gaskocher, Spüle, Esstisch und selbst gezimmerten Gewürzregalen. Oben das Schlafzimmer, ein vielleicht zwölf Quadratmeter großer Raum mit zwei Glasfenstern, einer Matratze, Kerzen und einem Ofen. In eine der Bretterwände haben die Klimaaktivisten kleine Löcher gebohrt, durch die die Zweige des Baums in den Raum hineinragen.

Seit gut vier Jahren lebt Bonnie in den Bäumen. Oft wache sie vom Knattern der Kettensägen auf, sagt sie. Sie sitzt dann an ihrem Fenster und hört zu, wie die Stämme krachend brechen und mit einem dumpfen Aufprall zu Boden fallen. Immer näher kommen die Maschinen, wenige Hundert Meter noch bis zu den Baumhäusern.



„Es hat etwas Endgültiges, wenn ein Baum fällt“, sagt Bonnie. „Ein Leben ist ausgelöscht. Ich verstehe nicht, wofür.“ Sie wendet sich ab, hat Tränen in den Augen.

Der Wald, in dem Bonnie lebt, liegt am Rande eines gigantischen Lochs, das sich trichterförmig rund 400 Meter in die Erde gräbt und in dessen Mitte RWE jährlich 40 Millionen Tonnen Braunkohle fördert. Der Scheitelpunkt des Trichters wandert unablässig nach Südwesten auf den Hambacher Forst zu. Diesen Winter werden rund 70 Hektar Wald gerodet. Ein Tausende Jahre altes Ökosystem, ein Lebensraum für europarechtlich geschützte Tiere, geht Stück für Stück verloren.

Die Umweltschützer finden das sinnlos. Durch die erneuerbaren Energien ist Deutschlands Braunkohlebedarf deutlich gesunken. Laut einer Studie der Denkfabrik Agora Energiewende könnte der Tagebau Hambach schon 2024 stillgelegt werden. Nicht erst 2040, wie derzeit geplant. Bis klar ist, wie viel Kohle die Republik überhaupt noch braucht, müssen die Motorsägen schweigen, findet Bonnie.

Auf einer Wiese unweit der Baumhäuser haben die Klimaaktivisten ein Protestcamp errichtet. Es besteht aus ein paar bunt besprühten Campingwagen voller Sperrmüll, einem Gewächshaus mit Tomaten, einem Gemeinschaftszelt voller gammliger Sofas und einer toten Ratte.

Die meisten Bewohner sind Anfang bis Ende zwanzig. Sie kommen aus Norddeutschland, Österreich, Spanien, Italien, aber selten aus der Region. Nicht alle unterstützen die Gewaltaktionen gegen RWE. Und nicht für alle scheint die Rettung des Waldes oberste Priorität zu haben.

Im Camp schläft manchmal ein Mann, der seinen männlichen Körper ablehnt, weil er als Kind von einem Erwachsenen missbraucht wurde. Eine junge, lockige Frau kommt regelmäßig für ein paar Tage, um der Konsumwelt zu entfliehen. Es wird gefeiert, gekifft und Gitarre gespielt.

Unter den Anwohnern haben die Aktivisten einige Unterstützer. Manche bringen ihnen Kleidung, Nahrung, Wasser oder Geld. Antje Grothus, die nur wenige Kilometer vom Camp entfernt wohnt, lässt sie regelmäßig bei sich duschen. „Ich halte die Rodungen von RWE für gewalttätig“, sagt die 52-Jährige, die sich in einer Bürgerinitiative gegen den Tagebau engagiert. Die Aktivisten würden auf diesen Missstand wenigstens bundesweit aufmerksam machen.



Umweltschützerin Bonnie im Hambacher Forst: „Es hat etwas Endgültiges, wenn ein Baum fällt“

DAVID KLAMMER / SPIEGEL

Körbers Welt

Ein VW-Bus fährt durch die Kohlegrube, die voller Geröll und Staub ist. Förderbänder knirschen vor dem milchig-gelben Horizont. Jedes Mal, wenn der Wagen hält, präsentiert Tagebauleiter Thomas Körber einen neuen Kriegsschauplatz.

Da ist der mehr als 90 Meter hohe Schaufelraddräger, an dem sich Aktivisten im Sommer 2015 festketteten. Da sind die 50 notdürftig geflickten 30 000-Volt-Leitungen, die Klimaschützer im April 2016 in Brand steckten und damit die Stromversorgung des kompletten Tagebaus lahmlegten. Da ist der Sicherheitsmann, der ins Krankenhaus musste, weil ein Aktivist ihm mit einer Steinschleuder in die Genitalien geschossen hatte. Rund 130 Straftaten hat die Polizei allein in diesem Jahr registriert; der Sachschaden geht laut RWE in die Millionen.

Körber kränkt die Verachtung, mit der die Aktivisten ihm und seinen Leuten begegnen. Er ist mit dem Braunkohlerrevier ebenso tief verbunden wie Bonnie mit dem Wald. Er fing vor gut 20 Jahren als Ingenieur bei RWE an. Die Kohle galt seinerzeit noch als Rückgrat der deutschen Industrie, RWE als fortschrittlicher Arbeitgeber, und die Kohlekumpel haben den Ruf einer eingeschworenen Gemeinschaft.

Heute stellen RWEs Kraftwerke Klimakiller dar, die Kohlebagger werden „Heimatfresser“ genannt, weil ihretwegen ganze Ortschaften umgesiedelt werden. Und Körber muss sich immer öfter für seinen Job rechtfertigen. Es gefällt ihm nicht.

„Wir sind keine depressive Mannschaft, die sich für ihre Arbeit schämt“, sagt er. Der Tagebau sei völlig legal, und er sei zudem nötig. Die erneuerbaren Energien decken erst knapp 30 Prozent des deutschen Strombedarfs. „Wir werden noch Jahrzehnte gebraucht“, sagt Körber.

Die Regierung hat andere Pläne. Sie will 2018 eine Kommission einberufen, die festlegt, welche Kohlemeiler in welchem Jahr vom Netz gehen. Es ist absehbar, dass mehr Kohle in der Erde bleibt als RWE liebt ist. Im Abbaugebiet Garzweiler II hat die Landesregierung Düsseldorf dem Konzern die genehmigten Fördermengen schon um ein Drittel gekürzt.

RWE hält trotzdem an der Braunkohle fest. Schließlich erwirtschaftet das Unternehmen mit seinen Kraftwerken noch immer Hunderte Millionen Euro pro Jahr. Bis in Berlin eine Entscheidung fällt, zählt im rheinischen Revier jeder Baggerstich.

Und so wird RWE den Hambacher Forst weiter abholzen. Die Waldkrieger werden weiter Brandbomben legen. Und Tagebau-

leiter Thomas Körber wird seine Leute immer stärker maßregeln müssen.

Denn auch die Mitarbeiter von RWE hegeln inzwischen Gewaltfantasien gegen die Klimaaktivisten. „Ab in die Grube und zuschütten die Affen“, schreibt einer auf Facebook. „Ich hasse dieses dreckige, kriminelle Pack!“, schreibt ein anderer. „Es wird Zeit, sich zu wehren!“ Körber müht sich, seine Leute im Griff zu behalten. Das Schlimmste, was RWE passieren kann, ist ein Märtyrer auf der Gegnerseite.

In den kommenden Monaten droht die Gewalt zuzunehmen. Mitte Dezember hat das Oberverwaltungsgericht Münster das Protestcamp für illegal erklärt. Der Kreis Düren erwägt, die Campingwagenburg auf der Wiese zu räumen. Die Baumhäuser sind vorerst wohl nicht betroffen, die Aktivisten drohen dennoch mit Vergeltung.

Es ist ein nebliger Samstagnachmittag Ende November. Bonnie steht am Waldrand und betrachtet die frisch gefällten Stämme. Das Holz ist noch feucht, riecht noch nach Harz. Hier, wo sie steht, endet die alte Energiewelt. Zumindest heute noch. Bonnie wird im Wald bleiben, bis zum Ende. Sie hat sich geschworen, für jeden einzelnen Baum zu kämpfen.

Stefan Schultz

Jubiläums-Prämie sichern!

JETZT LESER WERBEN – SIE MÜSSEN SELBST NICHT ABOONNENT SEIN.



SEIT 1947

Keine Angst vor der Wahrheit

Jubiläums-Angebot
nur bis 16.1.2017

€ 110,-
Prämie

€ 110,- Geldprämie zum Jubiläum

Bei Bestellung bis 16.1.2017 erhalten Sie € 110,- als Geldprämie. Schnell sichern!



KitchenAid-Standmixer, rot/weiß

Mit Metallgehäuse, robustem Glasauflatz (1,5 l), Ice-Crushing-Funktion und Mini-Mixbehälter. Zuzahlung € 69,-.



Wagenfeld-Tischleuchte WG 24

Der Bauhaus-Klassiker! Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglas. Nummeriert. Höhe: ca. 36 cm. Zuzahlung € 149,-.



Titan-Trolley „X2 Flash“

In modernem Design, von beiden Seiten zu bepacken. Mit Flüsterdoppelrollen. Maße: ca. 46x71x29 cm. Ohne Zuzahlung.



View-Quest-Radio „Hepburn“

Elegantes Design und tolle Klangqualität! Mit DAB, DAB+, FM-Radio und Bluetooth-Wiedergabe. In Rot. Ohne Zuzahlung.



KitchenAid-Küchenmaschine

Küchenhelfer mit Knethaken, Flachrührer, Schneebesen und 4,28-Liter-Schüssel. Maße: 35x35x22 cm. Zuzahlung € 189,–



Beats by Dr. Dre Solo² Kopfhörer

Jetzt noch bessere Klangqualität und satter, klarer Sound! Komfortables Design, faltbar. Gewicht: nur leichte 205 g. Ohne Zuzahlung.



Polar M400 GPS-Laufuhr

Wasserdicht. Misst Schrittzahl, Kalorien, Herzfrequenz u. v. m. Mit 4-MB-Speicher, Micro-USB und Bluetooth. Ohne Zuzahlung.



KitchenAid-Toaster, silber/rot

Mit 7-stufigem Bräunungsregler und breiten Schlitzten. Inkl. Auftau-, Bagel- und Warmhaltefunktion. Ohne Zuzahlung.



Teasi One³ Freizeit-Navi

Für Rad, Wandern, Ski und Boot. Mit 8,8-cm-Display, Routing, Gratiskarten. Ohne Zuzahlung.

10 Jubiläums-Prämien zur Wahl!

Ja, ich werbe einen neuen SPIEGEL-Leser für ein Jahr und erhalte eine von zehn wertvollen Prämien – speziell ausgewählt zum 70. SPIEGEL-Jubiläum. Für die € 110,– Geldprämie antworte ich schnell! Sie gilt nur bei Bestellung **bis zum 16.1.2017**.

Gleich bestellen:



040 3007-2700



www.spiegel.de/p217



CHRISTOPHE GOUSSARD / DER SPIEGEL

Immobilienmaklerin Li: „Alle wollen natürlich ein Gut in der Liga eines Mouton Rothschild oder Cheval Blanc“

Karaoke mit Bordeaux

Genuss Eine Gruppe chinesischer Multimillionäre rund um Alibaba-Gründer Jack Ma kauft im Bordelais ein Weingut nach dem anderen. Die Franzosen stört das offenbar nicht.

Ein verdammter Korkenzieher. Irgendwo in dieser riesigen Küche muss doch einer sein. Erste Schublade: Beosteck und Essstäbchen. Zweite Schublade: Nespressokapseln. Dritte Schublade: Pfannen und Töpfe, noch in der Verkaufsfolie.

Li Lijuan stemmt die Arme in die Hüften und dreht sich auf ihren Pumps einmal um die eigene Achse. Vielleicht direkt auf dem Weinkühlschrank mit den Magnumflaschen? Im Sideboard bei den Kristallkelchen? Auch die Putzfrau weiß keinen Rat. Vielleicht unter der Spüle?

Fünf Generationen lang war „Château Mylord“ im Besitz einer Winzerfamilie aus dem Bordelais. Doch den letzten Korkenzieher haben die Franzosen offenbar beim Auszug mitgenommen. 2013 hat Immobilienmaklerin Li das sandsteinfarbene Schloss und die 44 Hektar Reben an Edwin Cheung verkauft, einen Immobiliencycoon aus Hongkong. Seitdem hat sich vieles verändert.

Li zufolge hat der neue Besitzer bis dato gut zwölf Millionen Euro investiert. Es gibt jetzt wohl keinen Korkenzieher mehr, da-

für aber einen Indoor-Pool, einen weißen Flügel (elektrisch), Betten für 17 Gäste, hinter dem Haus entsteht gerade ein Golfplatz. Und die Karaoke-Anlage ist vom Feinsten, direkt mit einem Server in Hongkong verbunden. Weshalb Li Lijuan extra ein Schild geschrieben hat, das die französischen Handwerker davor warnt, die Anlage auszuschalten, „weil es sonst drei Tage dauert, bis alle Lieder wieder geladen sind“. Und das würde die neuen Besitzer wirklich ärgern. Schließlich sind sie nur wenige Wochen im Jahr zu Besuch auf ihrem Schloss, und dann meist nur sehr spontan für ein verlängertes Wochenende.

Manchmal kommt dann auch Jack Ma auf einen Song vorbei. Der Alibaba-Gründer ist Chinas zweitreichster Mann – geschätztes Vermögen 20,5 Milliarden Dollar – und in Frankreich quasi ein Nachbar von Monsieur Cheung. Jack Mas eigenes Château de Sours liegt keine fünf Autominuten entfernt. Vom Pool auf der Terrasse blickt er direkt auf ein Lavendelfeld. Auch Ma mag Karaoke. Wie eigentlich alle Chinesen. Und gute Bordeaux-Weine.

An die 120 Schlösser in Frankreichs berühmtester Weinregion wurden in den letzten neun Jahren von reichen Chinesen aufgekauft. Der prominenteste Kopf unter den Château-Besitzern ist Jack Ma. Der Multimilliardär, der schon mal Präsident François Hollande im Élysée-Palast trifft, hat allein im vergangenen Jahr innerhalb von sechs Monaten drei Weingüter erstanden. Seitdem landet sein Privatjet immer öfter auf dem Flughafen von Bordeaux.

Zusammen mit einem guten Dutzend Freunden und Geschäftspartnern kaufte der chinesische Bill Gates zuletzt im Monatstakt neue Domizile oder Weinberge im Südwesten Frankreichs. Die neuen Besitzer sind Unternehmensgründer, Spekulanten oder Schauspieler, sie haben ihr Geld mit Immobilien, Freizeitparks oder Videospielen gemacht. Sie alle eint die Liebe zu gutem Wein – und eine extreme Geschäftstüchtigkeit.

Denn was als reines Freizeitvergnügen begann, wird immer mehr zu einem Geschäftszweig für die Investoren aus Fernost. Kein Wunder: China ist längst das wich-

tigste Exportland für französische Weine. Gut 60 Prozent der europäischen Weine, die in China verkauft werden, stammen aus Frankreich. 60 Prozent davon aus dem Bordelais. Der asiatische Markt, allen voran Hongkong und Japan, aber auch Indien, locken mit einem riesigen Potenzial an Weintrinkern, die gerade erst auf den Geschmack kommen. Und die Chinesen wollen das Millionengeschäft offenbar nicht allein den Franzosen überlassen.

Im Jahr 2015 wurden in China gut 64 Millionen Flaschen Bordeaux verkauft. Das war allein zum Vorjahr eine Steigerung um 31 Prozent. Das Wort Bordeaux ist in China längst ein Synonym für Luxus, wie die Louis-Vuitton-Handtasche oder ein Mercedes-Cabrio. Wer es zu etwas gebracht hat, kann damit Geschmack und Kultur demonstrieren. „Ein Schloss im Bordelais ist derzeit das ultimative Statussymbol“, weiß Li Lijuan. Ein für ihre Klientel durchaus erschwingliches noch dazu. Für vier Millionen Euro, so die Expertin, bekomme man in Hongkong nämlich gerade einmal eine kleines Apartment – in Frankreich hingegen ein ganzes Château. Oder zumindest etwas, was diesen Namen tragen darf.

Anfang 2016 gründete der Klub der chinesischen Milliardäre sogar seine eigene Handelsgesellschaft für Weine aus dem Bordelais. „Cellar Privilège“ ist spezialisiert auf den Vertrieb von Bordeaux-Weinen in China und Asien. Das Geschäft läuft überwiegend online, auf Alibaba und anderen Verkaufsplattformen. Die Weine stammen von mehr als 60 Weingütern, darunter gut 40 der illustren Investorentruppe rund um Jack Ma. Auch Wein von Mas Château de Sours ist dabei, ebenso ein Rebensaft namens Château Monlot, dem Weingut der Schauspielerin Zhao Wei.

Das lang gestreckte Gebäude in der Region Saint-Émilion ist so etwas wie die Kommandozentrale der Wein-Novizen aus Fernost. Das Gebäude aus den für die Region typischen sandfarbenen Quadersteinen gleicht im Moment einer Großbaustelle. Die neu hinzugefügten Holzschnitzereien und Dachelemente in sattem Rot erinnern an die Architektur chinesischer Tempelanlagen. Angeblich soll im Keller eine 200 Quadratmeter große Karaoke-Oase entstehen. Auf drei Fahnenmasten zwischen den Reben flattert die Europafahne neben der Trikolore und dem chinesischen Banner.

Der Filmstar, Jahrgang 1976, bekam das Zehn-Millionen-Euro-Schlösschen 2011 von ihrem Ehemann, dem Unternehmer Huang Youlong, geschenkt. Beide sind unter anderem mit rund 400 Millionen Dollar an Alibaba-Pictures beteiligt und sollen inzwischen mehr als 60 Hektar Reben im Bordelais besitzen. Die laut Forbes „reichste arbeitende Schauspielerin“ der Welt war

2016 Jurymitglied bei den Filmfestspielen von Venedig und ist auch als Sängerin, Regisseurin und Model erfolgreich. Zhao Wei ist die umstrittene Weinkönigin unter den chinesischen Investoren: Die Flasche Château Monlot, ein eher profanter Tropfen, war früher für gut 11 Euro zu haben. Heute trägt das Etikett das Autogramm der berühmten Besitzerin und ist mit 32 Euro gelistet. Weinkenner behaupten, die Wertsteigerung sei definitiv nicht auf die Qualität der Reben zurückzuführen.

Bei der alteingesessenen Weinbruderschaft „Jurade de Saint-Émilion“, deren Mitglieder bei ihren Treffen in roter Robe auftreten, wurde Zhao Wei trotzdem mit offenen Armen empfangen. Wann gibt es hier schon einmal ein Neumitglied, das 73 Millionen Fans auf Weibo mitbringt, Chinas Pendant zu Twitter. Da sieht manch alteingesessener Weinbauer auch darüber hinweg, dass die neuen Schlossherren im Sternerestaurant gern einmal die ganzen Speisekarte bestellen, um reihum von allen französischen Spezialitäten kosten zu können. Oder auch edle Tropfen mit dem Ausruf „Ganbei!“, chinesisch für „auf Ex!“, runterkippen.

„Natürlich gibt es Leute, die das chinesische Interesse kritisch beäugen“, sagt Hervé Grandéau. Aber denen erklärt der Präsident der Fédération des Grands Vins de Bordeaux gern, dass die Geschichte des Bordelais schon immer auch eine Geschichte ausländischer Investoren war. In den vergangenen Jahrhunderten prägten Briten, Belgier und Deutsche, die ihr Geld in edlen Reben anlegten, die Region. Manches Weingut trägt heute noch sein deutsches Erbe im Namen.

Grandéau, dessen Organisation die Interessen von gut 6000 Bordeaux-Winzer vertritt, setzt ganz auf Völkerverständigung und internationale Marketingeffekte. Gerade die Promis unter den chinesischen Investoren seien „doch die besten Botschafter für unseren Wein und unsere Region, die wir uns vorstellen können“. Und außerdem, fragt Grandéau provozierend zurück, sei es für die Zukunft des französischen Weins nicht viel gefährlicher, wenn die Chinesen statt im Hexagon in Weingüter in Chile oder Argentinien investierten?

Darüber hinaus müsse man die Kirche im Dorf lassen, meint der Franzose. Im ganzen Bordelais gibt es gut 8000 Weingüter. Bislang sind trotz aller Sammelleidenschaft der neuen Businesswinzer gerade einmal drei Prozent der guten Lagen in chinesischer Hand. „Und bis dato ist kein einziger Grand Cru Classé darunter.“

Dabei sei genau das oft der erste Wunsch, den ihre anspruchsvolle chinesische Kundschaft formuliert, weiß Li zu berichten. „Alle wollen natürlich ein Weingut in der Liga eines Mouton Rothschild oder Cheval Blanc erwerben“, erzählt die 32-Jährige. „Aber ich kenne meine Landsleute.“ Irgendwann wollten alle Chinesen ein gewisses „return on investment“ sehen – „und ich will schließlich glückliche Kunden“, lächelt die Maklerin. Also erklärt sie ihrer ehrgeizigen und zielstrebig Klientel, die gewohnt ist, sonst nur das Beste vom Besten zu kaufen, dass ein Weingut eben nicht wie ein Internetstart-up funktioniert und man als Winzer sehr schnell sehr viel Geld verlieren kann. „Expectation Management“, Erwartungsma-



Ma-Weingut Château de Sours: „Ein Schloss ist das ultimative Statussymbol“

nagement, nennt das die Geschäftsfrau mit den Chanel-Ohrsteckern.

In der Tat war eines der teuersten von einem Chinesen erstandene Weingut – Château Bellefont-Belcier, 30 Millionen Euro – schon nach drei Jahren wieder auf dem Markt. Der neue Besitzer soll ein Korse sein, der offenbar langfristigere Ziele verfolgt als sein Vorgänger.

Ein Mann, der weiß, wie viel Geld und Geduld in einem großen Wein stecken, ist Frédéric Massie. Der Franzose mit der randlosen Brille ist Önologe und Partner der Beratungskanzlei Derononcourt, die auf Weingüter spezialisiert ist. „Die Menschen gehen, aber der Boden bleibt“, lautet einer der Leitsätze der Berater.

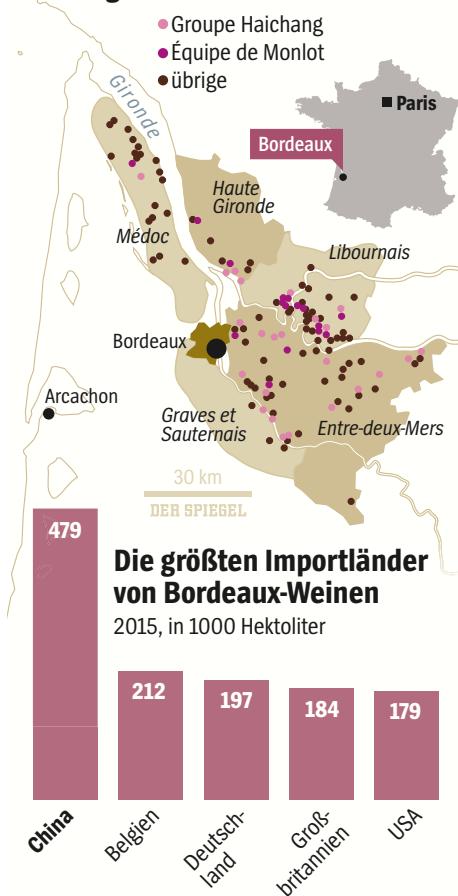
Massie betreut gut 20 Kunden zwischen Médoc und Entre-deux-Mers, aber auch in der Türkei, in Spanien und Portugal. „Wenn unsere Klienten ein neues Weingut erwerben, beziehen wir das natürlich in unsere Konsultation mit ein“, erklärt Massie, „und wenn ein Château den Besitzer wechselt, dann bleiben wir oft weiter an Bord.“ Auch Maklerin Li Lijuan rät den chinesischen Schlossherren immer dazu, erst einmal mit denselben französischen Mannschaft weiterzuarbeiten wie die Vorbisitzer. „Das ist klug, denn die Reben brauchen Hände mit Erfahrung“, sagt Massie.

So kommt es, dass die renommierte Kanzlei auch chinesische Investoren zu ihren Kunden zählt. Obwohl sie es bislang stets abgelehnt hat, Weinanbaugebiete in China zu beraten. Die neuen Winzer bekommt Massie allerdings nur selten zu Gesicht. Falls doch, hat der Berater gelernt, nicht nach Äußerlichkeiten zu gehen: Meist ist der ganz bescheidene Typ im T-Shirt die reichste Person im Raum.

Auch Château Monlot, das heute der Schauspielerin Zhao Wei gehört, wird seit Jahren von Massie betreut. Die Chinesen schätzen Zurückhaltung, und Massie erinnert in seiner verschwiegenen Art an einen guten Hausarzt, dem über seine Patienten nur wenig zu entlocken ist. Wie die Weingüter in chinesischem Besitz geschäftlich miteinander verbunden sind, ist auch ihm oft schleierhaft.

Das Geflecht der „Equipe de Monlot“ – so nennt sich die illustre Truppe um Actrice Zhao und Internetpionier Ma – ist in der Tat schwer zu durchschauen. Oft werden die einzelnen Weingüter nicht von Privatpersonen, sondern über Firmengruppen oder deren Tochtergesellschaften erworben. Das spart Steuern, unangenehme Nachfragen und Kosten. Auf die Haichang-Group etwa sind 23 Weingüter eingetragen, die der Firmengründer Qu Naijie offenbar für sich, seine Frau, seinen Sohn und seinen Neffen gekauft hat. Den Wein, der auf den gut 700 Hektar produziert wird, bringt der Industriemagnat in seinen eigenen Vergnügungsparks unters Volk.

Weingüter in chinesischem Besitz



Die „Equipe de Monlot“ teilt sich die Ausgaben für Übersetzer, Anwälte, Önologen und Berater wie Massie. Mittlerweile gehören der Clique mindestens 15 Weingüter, die mehr oder weniger guten Wein produzieren.

Am Anfang, so umschreibt es Massie, hätten die Chinesen sich vor allem für die schönen Schlösser interessiert. Die Weinreben drumherum störten nicht weiter. In der Zwischenzeit jedoch prüften die Neuankömmlinge dezidiert auch das „terroir“ um ihr Haus herum. „Ich halte das für eine positive Entwicklung.“



Alibaba-Gründer Ma
Geschäft nicht den Franzosen überlassen

Immobilienmaklerin Li Lijuan wirbt um Verständnis für ihre Landsleute. Sie liebten „the french culture and lifestyle“, und der Geschmack für guten Wein müsse sich eben langsam entwickeln. „Auch ich habe bei meinem ersten Glas Rotwein gedacht, wie schrecklich sauer das schmeckt“, lacht Li. Das sei vergleichbar mit Europäern, die Tee verkosten sollten. Die wenigsten könnten doch einen Aufgussbeutel von einer Tasse Pu-Erh unterscheiden, dem kostbaren Tee der Welt, der je nach Ernte bis zu 700 Euro pro Kilo kosten kann.

Für Weine aus China wiederum gibt es keine Klassifizierung nach Herkunft oder Abfüllung. „Trotzdem weiß heute jeder in China, dass ein Bordeaux für Qualität steht“, erklärt Li Lijuan, „und es ist ein Original, keine Kopie“, fügt sie hinzu. „So etwas lernen wir schnell.“

Man kann die junge Frau leicht für oberflächlich halten. Die grün eingefärbte Pelzjacke, die offenen Stöckelschuhe im Dezember, das iPhone mit dem Hello-Kitty-Aufkleber.

Doch damit, dass man sie gern mal unterschätzt, kann Li gut leben. Die Geschäftsfrau hat an einer Businessschool in Frankreich studiert, spricht fünf Sprachen fließend und hat sich bei ihren französischen Geschäftspartnern einen Ruf als zuverlässige Vermittlerin zwischen den Kulturen erarbeitet. Im vergangenen Jahr ehelichte sie den Sohn einer Bordelaise Winzerdynastie – und die zierliche Person fügt mit stolzer Stimme hinzu, dass sie auf dessen Erbe wahrlich nicht angewiesen sei.

„Wir Chinesen wissen noch, was Armut ist“, erzählt Li Lijuan, „meine Eltern mussten in ihrer Kindheit jedes Reiskorn zählen.“ Die selbstbewusste Tochter zählt heute Schlosser im Bordelais. Allein im vergangenen Kalenderjahr hat sie zwölf Transaktionen abgeschlossen.

Das liegt auch daran, dass die Wirtschaftskrise vor edlen Weindynastien nicht haltgemacht hat. Bis 2008 gab es mehr als 10 000 Weingüter in der Region. Der nächsten Generation jedoch fehlten entweder das Interesse oder schlicht die finanziellen Mittel, Gemäuer und Gelände in Schuss zu halten. Jedes Jahr schließen deshalb gut 150 Weingüter im Bordelais ihre Pforten. „Die Chinesen haben das nötige Kleingeld, um diese einmalige Tradition zu bewahren“, sagt Li und wirft sich noch einmal für den Fotografen in Pose.

Dieser kann dann am Ende des Gesprächs auch mit einem Korkenzieher aus helfen. Li Lijuan schwenkt nachdenklich ihren Wein in dem großen Kelch. Ehrlicherweise, sinniert sie mit leiser Stimme, habe sie momentan nur eine Sorge: „dass mir irgendwann die Schlösser ausgehen“.

Simone Salden

Mail: simone.salden@spiegel.de

Albtraum für Sparer

Analyse Die Zinsen sind niedrig, das Geld ist oft falsch angelegt – und jetzt steigt auch noch die Inflation. Darauf sollte die Notenbank reagieren. Von Martin Hesse und Anne Seith

Schon das vergangene Jahr war für deutsche Sparger eine Härteprüfung – das neue könnte aber zum echten Albtraum werden. Im Dezember sprang die Inflationsrate auf 1,7 Prozent, das ist mehr als das Doppelte des Vormonats und der höchste Stand seit Juli 2013. Für alle, die ihr Ersparnisse auf Tagesgeld- oder Girokonten parken, heißt das: Im letzten Monat haben sie Geld verloren. Denn der Kaufkraftverlust fraß die Zinsen, die – wenn überhaupt – für solche Anlagen von Banken noch bezahlt werden, locker auf.

Das birgt Sprengstoff. Sollte sich der Preisauftrieb weiter verschärfen, zählen die Bundesbürger zu den großen Verlierern: Weil sie Aktien gegenüber besonders skeptisch sind, lassen sie ihr Geld lieber auf dem Girokonto liegen oder stecken es in Festgeldanlagen. Dafür werden die Banken jedoch in absehbarer Zeit nicht viel mehr bezahlen als jetzt. Denn die Europäische Zentralbank (EZB) wird die maßgeblichen Leitzinsen kaum so schnell erhöhen.

Nach der reinen Lehre der Geldpolitik wird dieser Kurs zunehmend schwer zu rechtfertigen sein: Das erklärte Ziel der Notenbank ist es ja, die Inflation bei „unter, aber nahe zwei Prozent“ zu halten. Sollte die Inflationsrate in den kommenden Monaten weiter steigen, müsste die EZB die Zinsen also erhöhen.

Doch ganz so einfach, wie es empörungswillige Politiker derzeit in Deutschland darstellen, ist es nicht.

Erstens ist der sprunghafte Anstieg der Preissteigerung im Dezember vor allem auf höhere Öl- und Lebensmittelpreise zurückzuführen. Die sind zwar für den Verbraucher besonders ärgerlich, aber sie schwanken auch stark, und zwar aus Gründen, die Geldpolitiker kaum beeinflussen können. Sie fokussieren sich deshalb gern auf die „Kerninflation“, bei der solche Effekte herausgerechnet werden – und die im Dezember kaum gestiegen ist.

Zweitens macht die EZB Geldpolitik nicht für deutsche Sparger, sondern um ein europäisches Inflationsziel zu erreichen. In der Eurozone lag die Inflation selbst auf dem jüngsten Hoch im Dezember bei nur 1,1 Prozent. In Italien sanken die Preise im Durchschnitt des vergangenen Jahres sogar leicht.

Darin zeigt sich ein Problem, mit dem die EZB seit ihrer Gründung vor fast 20 Jahren zu kämpfen hat: Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Währungsunion klafft weiterhin stark auseinander. Während in Deutschland die Arbeitslosigkeit bei 5,8 Prozent liegt, kommt Spanien auf eine Quote von fast 20 Prozent. Irland wächst schnell, Frankreich langsam, in Griechenland sind die Kapazitäten der Industrie noch nicht einmal zu drei Vierteln ausgelastet, in Deutschland zu 86 Prozent. Die eine, für alle Eurostaaten perfekte Geldpolitik gibt es nicht.

Trotzdem sollte die EZB die Schleusen allmählich schließen. Die krassen Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften zu beheben, ist nicht Aufgabe der Notenbank, und sie würde dieses Ziel auch mit zehn Jahren Nullzinspolitik nicht erreichen. Verkrustete Märkte aufzubrechen, Menschen in Arbeit zu bringen, hier mehr zu investieren und dort den Konsum zu fördern – das sind Betätigungsfelder für Politiker in Brüssel, Berlin und Rom.

Die Währungsunion als Ganzes jedoch rückt dem Inflationsziel der EZB näher, auch wenn das paradoxerweise immer weniger mit der Nullzinspolitik der Notenbank zu tun hat: Vielmehr dürften die höheren Energiepreise nach und nach auch auf viele andere Produkte durchschlagen, der schwächere Euro die Einfuhrpreise erhöhen, das stärkere Wachstum in den USA ebenfalls helfen.

Eine Zinserhöhung müsste die EZB allerdings verbal vorbereiten, um an den Finanzmärkten keine Panik auszulösen. Zu groß ist die Angst, dass Länder wie Italien ohne das billige Geld aus Frankfurt zusammenbrechen. Auch ihr riesiges Programm für den Kauf von Staats- und Unternehmensanleihen, das auf die Senkung langfristiger Zinsen abzielt, kann die EZB deshalb nicht von heute auf morgen stoppen.

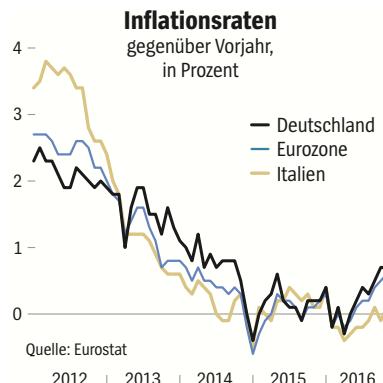
Einen langsamen Ausstieg aber sollte sie nun beginnen, statt das Anleihenprogramm – wie kürzlich erst geschehen – weiter zu verlängern.

Was können Anleger unterdessen tun, um den Schwund ihres Vermögens zu stoppen? Leider nicht allzu viel. Denn jeder sollte sich hüten, hektisch auf die neue Situation zu reagieren.

Seine Investitionen breit zu streuen und nicht nur auf Festgeld zu setzen, ist immer sinnvoll, unabhängig von wechselnden Marktverhältnissen. Jetzt allerdings ganz auf den Aktienmarkt, Immobilien oder Gold zu wetten, wäre wohl der nächste Fehler.

All diese Märkte sind riskanter denn je. Keiner weiß, welche Wirtschafts- und Finanzpolitik der gewählte US-Präsident Donald Trump, der als unberechenbar gilt, einschlägen und welche Folgen das für die Märkte haben wird. Der Brexit dürfte Europas Wirtschaft zunehmend belasten, genau wie mögliche weitere Terroranschläge oder Wahlsiege von Populisten wie der Französin Marine Le Pen. Sie hat gerade ihre Pläne für einen Ausstieg aus dem Euro erläutert.

Doch auch die EZB selbst ist ein Risiko. Denn die teils fragwürdigen Mittel, die sie für das Erreichen ihres Inflationsziels eingesetzt hat, haben viele Märkte stark verzerrt. Gut möglich, dass die notwendige geldpolitische Wende nur noch zu dem Preis gelingt, dass Spekulationsblasen an Börsen und Immobilienmärkten platzen.





Japans Premierminister Abe, designierter US-Präsident Trump in New York im November

COURTESY OF PRIME MINISTER'S OFF / AP IMAGES / PICTURE ALLIANCE

Goodbye, Amerika

Globalisierung Asien wartet gespannt auf den Amtsantritt des US-Präsidenten Trump. Dessen angekündigter Richtungswechsel könnte Chinas Einfluss stärken – zum Verdruss der Japaner.

Unternehmer gelten nicht unbedingt als abergläubisch. Landwirte erst recht nicht. Das ist auch in Japan so – wo sich derzeit ebendiese Berufsgruppen im ganzen Land zu Informationsveranstaltungen treffen.

Bei den kollektiven Fortbildungen geht es um so knifflige Themen wie Zölle und die Klassifizierung von Herkunftsländern. Allesamt ganz handfeste Themen, sollte man meinen – und doch ähneln die Veranstaltungen eher Geisterbeschwörungen.

Denn das Freihandelsabkommen, dessen Details die Experten auf ebenjenen Veranstaltungen so unermüdlich erläutern, wird voraussichtlich nie in Kraft treten. Es ist Makulatur, seitdem der gewählte US-Präsident Donald Trump am 22. November angekündigt hat, gleich nach seiner Amtseinführung aus dem Vertrag der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) aussteigen zu wollen.

Das aber möchte man in Tokio nicht glauben. Noch klammert man sich an die Hoffnung, der künftige US-Präsident habe seine Wahlkampfäußerungen nicht so ernst gemeint und werde sich noch umstimmen lassen. Deshalb laufen die Informationsveranstaltungen im ganzen Land weiter. Und deshalb lässt Premierminister Shinzo Abe keine Gelegenheit aus, die

Allianz mit der Schutzmacht USA zu pflegen.

Denn für Japan hängt viel von dem Freihandelsvertrag ab. Die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt hofft auf neue Wachstumsimpulse für seine Industrie. Gemeinsam mit elf anderen pazifischen Ländern – von den USA über Chile bis Vietnam – hatte sie sich auf die Senkung oder die Abschaffung von Zöllen geeinigt sowie auf einheitliche rechtsstaatliche Standards, beispielsweise beim Schutz des geistigen Eigentums.

Mehr noch: TPP ist ein zentraler Pfeiler von Abes Wachstumsstrategie („Abenomics“): Der Premier wollte den Druck von außen nutzen, um die verkrusteten Strukturen aufzubrechen und das eigene Land zu modernisieren – von der herstellenden Industrie bis zur Landwirtschaft.

Außerdem sollte das Freihandelsabkommen Vorteile im Wettbewerb mit China bringen. Das Abkommen war wesentlich gegen den mächtigen Rivalen und seine oft unfairen Handelspraktiken gerichtet.

Deshalb wächst in Tokio jetzt die Angst. Was Trump bisher sagt und tut, deutet darauf hin, dass er den Welthandel als Nullsummenspiel versteht: Er hat gelobt, Jobs nach Amerika zurückzuholen, insbesondere aus Asien – jener Wachstumsregion also, die besonders auf offene Absatzmärk-

te angewiesen ist. Statt auf den Freihandel setzt Trump auf bilateralen Druck, was in Tokio traumatische Erinnerungen an die Achtzigerjahre weckt. Damals musste man mit Washington um Exportquoten für Autozubehör und Halbleiter feilschen.

„Was Trump bisher ankündigt, könnte die Zulieferketten gefährden, die unsere Firmen in Asien aufgebaut haben“, sagt Ichiro Hara, Handelsstratege von Keidanren, dem mächtigen Industrieverband in Tokio. Denn natürlich lassen auch die Japaner Hightechgeräte oft in Japan nur noch vorfertigen. Die Endmontage erfolgt längst in billigeren Nachbarländern wie China.

Daher ist den Japanern auch nicht egal, was Trump den chinesischen Nachbarn androht: Im Wahlkampf kündigte er an, Strafzölle von bis zu 45 Prozent auf Importe aus der Volksrepublik verhängen zu wollen. Ende Dezember nominierte er außerdem Peter Navarro als seinen Chef für Handelsfragen im Weißen Haus. Der Ökonomin ist ein ausgewiesener China-Kritiker, seine Bücher tragen Titel wie „Der Kampf um die Zukunft. Die Welt im chinesischen Würgegriff“.

Auch in China, der Weltfabrik, bangt man deshalb um die Offenheit der Märkte, von der auch all die ausländischen Unternehmen profitieren, die dort produzieren.

Allen voran amerikanische und deutsche Firmen. „China ist bereit, Hand in Hand mit anderen Ländern den Protektionismus zu bekämpfen“, schrieb Handelsminister Gao Hucheng jüngst in der „Volkszeitung“, dem Sprachrohr der Kommunistischen Partei.

Dass sich damit ausgerechnet die autoritären Machthaber in Peking zu Vorkämpfern liberaler Handelsprinzipien aufschwingen, ist vergleichsweise absurd. Schotten sie doch sonst strategische Schlüsselindustrien wie die IT-Branche auf ihrem riesigen heimischen Markt gezielt vor ausländischer Konkurrenz ab.

Was also, sollten mit der Ära Trump neue Handelskonflikte ausbrechen? Müssen sich dann auch deutsche Firmen in Asien auf ein raueres Klima einstellen?

„Meine Sorge ist, dass China dann seine Vormacht in Asien beschleunigt ausbauen würde“, sagt Hubert Lienhard, Chef des Anlagenbauers Voith und Vorsitzender des Asien-Pazifik-Ausschusses der deutschen Wirtschaft. „Für die meisten asiatischen Länder wie die Philippinen oder Südkorea ist China ja schon jetzt der größte Handelspartner.“ Diese Länder könnten sich künftig auch sicherheitspolitisch verstärkt an China ausrichten.

Und damit auch an dessen Werten. Lienhard fordert deshalb eine Strategie von den Europäern. Sie müssten ihren Zu-

gang zu den asiatischen Märkten sichern oder ausbauen. „Wir Europäer brauchen eine ganz klare Vorstellung: Was wollen wir in Asien?“

Aber daran mangelt es: Ein Abkommen der EU mit China, das Investitionen im Reich der Mitte erleichtern und schützen soll, ist immer noch nicht unter Dach und Fach. Dabei halten die Europäer starke Trümpfe in den Händen: Im Zuge seiner globalen Shoppingtour ist China gerade dabei, gezielt HighTechfirmen aufzukaufen, wie jüngst den deutschen Roboterhersteller Kuka. Hier könnte die EU gleiche Rechte auch für europäische Investoren in China einfordern.

Auch die Verhandlungen der EU über ein Freihandelsabkommen mit Indien kommen nicht voran – obwohl es um einen Wachstumsmarkt mit 1,3 Milliarden potenziellen Verbrauchern geht.

Einen Lichtblick in Asien gibt es immerhin: Seit bald vier Jahren verhandeln die Europäer mit Japan über einen Freihandelsvertrag. Das Projekt ähnelt dem Ceta-Abkommen mit Kanada – mit dem Unterschied, dass die japanische Volkswirtschaft dreimal so groß ist wie die kanadische.

Mit Blick auf Trump und die drohende Rückkehr zum Protektionismus zeigt Japan nun großen Ehrgeiz, die Gespräche schnell abzuschließen. Allerdings streiten

beide Seiten nach wie vor über den Zugang für europäische Käse nach Japan und japanische Autos nach Europa. „Käme der Vertrag mit der EU zustande, wäre das eine symbolische Botschaft für den Freihandel“, sagt Industrielobbyist Hara. Allerdings böte die Vereinbarung nur schwachen Ersatz für den Aufschwung, den Japan sich von TPP erhofft hatte.

Langfristig wird sich deshalb wohl auch Japan China zuwenden – zumal die Volksrepublik sowieso den Anspruch hat, die Richtung der Globalisierung in Asien vorzugeben. Als Vehikel dazu dient den Strategen in Peking die Regionale Umfassende Wirtschaftliche Partnerschaft (RCEP). Dieser Wirtschaftsraum soll aus 16 asiatisch-pazifischen Ländern bestehen, den zehn Asean-Staaten, sowie China, Japan, Südkorea, Indien, Australien und Neuseeland. Die USA sind nicht beteiligt. RCEP würde eine Handelszone von 3,5 Milliarden Menschen schaffen und knapp einem Drittel der Weltwirtschaft entsprechen.

Aber: Die transpazifische Freihandelszone TPP sollte auch rechtsstaatliche Prinzipien im Handel verankern. RCEP dagegen spiegelt maximal den Pragmatismus wider, mit dem China vorgeht. Die angestrebten Zollsenkungen sollen nur Schritt für Schritt umgesetzt werden, zahlreiche Ausnahmen sollen erlaubt bleiben.

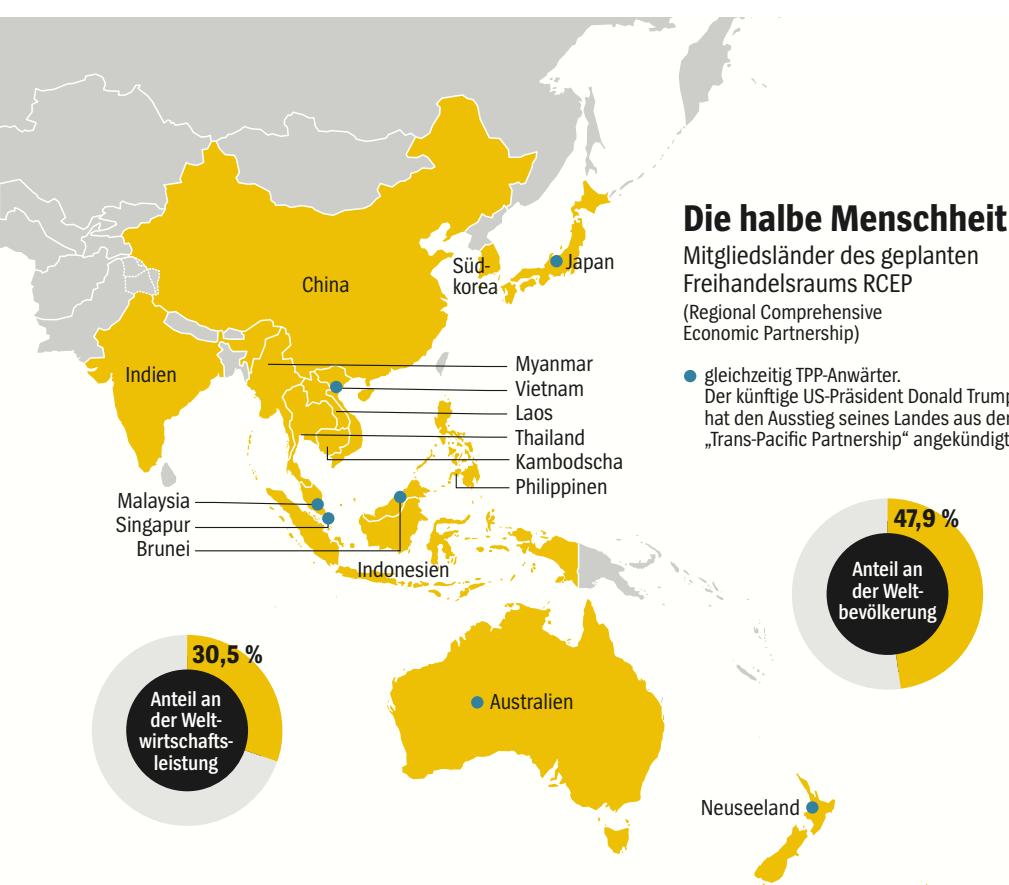
Das eigentliche Ziel ist klar, RCEP soll den Weg hin zu einem asiatisch-pazifischen Handelsraum ebnen – in dem natürlich China den Ton angibt.

Dem kann sich auch der US-Verbündete Japan langfristig nicht entziehen. Um sich abzusichern, verhandelt Tokio bei RCEP mit – und hofft trotzdem, Trump zum Umdenken in Sachen TPP bewegen zu können. Man setze darauf, dass die ehemaligen Militärs in Trumps Regierung erkennen, wie nützlich das TPP-Abkommen sei, um den Einfluss der USA in Asien zu wahren, sagt Industriestrategie Hara. „Am schlimmsten wäre es, wenn im Pazifik eine Grenze gezogen würde und Japan sich entscheiden müsste, ob es bei den USA bleibt oder sich auf die Seite von China schlägt.“

Vor genau dieser Wahl aber steht Japan längst. Der Sogwirkung des benachbarten Riesenmarkts China könnte es sich auf Dauer nicht entziehen, sagt der Ökonom Yangchoon Kwak von der Rikkyo-Universität in Tokio. „Für Japan läuft alles auf RCEP hinaus“. Er rät den Japanern deshalb, sich rechtzeitig umzuorientieren – von Amerika auf Asien.

In der von China dominierten Zone könne die alte Volkswirtschaft sich dann auch eine neue Nische suchen, empfiehlt der Professor allen Ernstes: als Exporteur hochwertiger Agrarprodukte und als Urlaubsziel für asiatische Touristen.

Wieland Wagner





Parade der Supermänner

Sie kommen verkleidet als Barack Obama, Papst oder als Superman: die Fans beim Finale der Darts-Weltmeisterschaften, das diese Woche in London stattfand. Der Sport mit den Pfeilen ist in Großbritannien ein Party-Event, bei dem viel getrunken und gefeiert wird. Die Sicherheitskontrollen an den Eingängen sind streng – und auch für Superhelden gibt es keine Ausnahmen.

China

Propagandaschlacht im Pazifik

Zum Amtsantritt des künftigen US-Präsidenten Donald Trump demonstriert China militärische Stärke. Anfang dieser Woche hielt die Marine auf dem Flugzeugträger „Liaoning“ Start- und Landeanöver im Südchinesischen Meer ab, über die staatlichen Medien begeistert berichteten. Trump hatte Peking schon Anfang Dezember per Twitter dafür kritisiert, dass es „einen massiven militärischen Komplex mitten im Südchinesischen Meer“ errichte. Nach Neujahr griff er die Volksrepublik erneut an,

weil sie den USA nicht „helfen“ wollte, Nordkorea von dessen Nuklearprogramm abzubringen. Die Antwort in den staatlichen chinesischen Medien lautete: Trump möge das Twittern lassen und mal ein wenig ruhig sein. Auch die Fahrt des Flugzeugträgers

war eine Art Antwort: Er kreuzte erstmals die sogenannte erste Inselkette, die sich vom japanischen Okinawa über Taiwan nach Süden erstreckt. Sie begrenzte bislang den maritimen chinesischen Einflussbereich wie ein Riegel. Aus Sicht von

Militärstrategen in Tokio unterstreicht China mit dem jüngsten Manöver seinen Ehrgeiz, langfristig auch in den östlichen Pazifik zu expandieren. Doch bis auf Weiteres müssen sich die Pekinger Machthaber auf solch symbolische Gesten beschränken, die vor allem die Untertanen im eigenen Land beeindrucken dürfen. Denn die „Liaoning“, ein umgebautes Altmodell aus der ehemaligen Sowjetunion, ist Chinas einziger Flugzeugträger; die Besatzung verfügt kaum über Einsatzerfahrung. Dagegen hat die pazifische Supermacht USA allein zehn atomgetriebene Flugzeugträger im Dienst. ww



Chinesische J-15-Kampfflugzeuge auf der „Liaoning“

AFP / GETTY IMAGES



DANIEL LEAL-OLIVAS / AFP

Polen

„Gefährliche Haltung“

Arkadiusz Myrcha, 32 und Abgeordneter der liberalen Opposition, über die Blockade des Parlaments in Warschau

SPIEGEL: Seit drei Wochen schon halten Sie das Rednerpult im Sejm besetzt. Wie lebt es sich im Plenarsaal?

Myrcha: Es sind immer etwa 20 Leute da. Wir arbeiten am Computer, unterhalten uns. Essen bestellen wir von auswärts. Wir wechseln uns ab. Jeder konnte Weihnachten

und Silvester mal zur Familie. Wir haben keinen Sekt aufgemacht, aber Kuchen und Kekse geschenkt bekommen.

SPIEGEL: Worum geht es bei der Besetzung?

Myrcha: Wir demonstrieren dagegen, dass die regierende PiS die Medienberichterstattung aus dem Sejm beschneiden will. Und wir fordern, die Abstimmung über den Haushalt für 2017 zu wiederholen. Die PiS-Vertreter sind, nachdem wir den Plenarsaal besetzt hatten, in einen anderen Raum ausgewichen und haben dort das Budget durchgeboxt. Es waren kaum Ab-

geordnete der Opposition dabei, das Votum verstößt gegen die Verfassung. PiS hält eine solide Mehrheit und glaubt wohl, sich nicht mehr an demokratische Spielregeln halten zu müssen – das ist gefährlich.

SPIEGEL: Steht die Mehrheit der Polen hinter Ihnen?

Myrcha: Jeden Tag demonstrieren vor dem Sejm Bürger für uns, manchmal Hunderte. Sie haben ein Zelt und Koksofen aufgestellt.

SPIEGEL: Wie lange halten Sie noch durch?

Myrcha: Die PiS muss jetzt auf uns zukommen. jpu

Transplantationen

Alle sind Spender

Immer mehr europäische Länder versuchen, den hohen Bedarf an Spenderorganen per Gesetz zu regeln. So könnten die Niederlande in den kommenden Wochen die sogenannte Widerspruchsregelung beschließen. Wer nicht ausdrücklich widerspricht, wird künftig automatisch zum Spender. Mit nur einer Stimme Vorsprung hatte das holländische Unterhaus im September vergangenen Jahres für das neue Gesetz gestimmt. Der Senat muss nun noch seine Zustim-

mung geben. Frankreich, wo die Widerspruchslösung schon seit 1976 gilt, hat zum Jahreswechsel zusätzlich das Vetorecht von Angehörigen beschnitten. In Staaten wie Spanien, Österreich oder Portugal, wo sich Bürger schon seit Langem aktiv als Nicht-spender registrieren lassen müssen, geben weitaus mehr Menschen Organe frei als in Deutschland. Hier wurden 2015 auf eine Million Einwohner nur elf Verstorbenen Organe entnommen, in Spanien waren es im selben Zeitraum 40. In Deutschland warten rund 10 000 Patienten auf ein Transplantat. lh

Regelungen zur Organspende in Europa

Zustimmungslösung

Ein Spender muss zu Lebzeiten sein Einverständnis geben. Ist sein Wille nicht bekannt, können die Angehörigen entscheiden.

Widerspruchslösung

Wer nicht ausdrücklich widerspricht, wird automatisch zum Spender.



Analyse

Das Silvesterfanal

Wie der türkische Staat Ressentiments gegen Andersgläubige schürt

Recep Tayyip Erdogan ließ sich vier Tage Zeit, bis er vor die Kameras trat und den Anschlag auf den Reina-Nachtklub in Istanbul öffentlich verurteilte. Der türkische Staatschef bestritt energisch, das Attentat habe sich gezielt gegen den westlichen Lebensstil gerichtet. Dabei hatte der „Islamische Staat“ in einem Bekennerschreiben ausdrücklich betont, der Anschlag mit 39 Toten habe einen berühmten Club getroffen, in dem Christen das Fest der Ungläubigen feierten. „In der Türkei ist niemandes Lebensweise systematisch bedroht. Das würden wir nie zulassen“, behauptete Erdogan. Doch das ist nicht wahr. In den Wochen vor dem Anschlag hängten islamistische Gruppen, die der Regierungspartei AKP nahestehen, in Städten Banner mit Aufschriften auf wie: „Muslime feiern kein Weihnachten“. Nationalisten und Islamisten inszenierten Straßentheater-Aktionen, bei denen Männer in traditioneller Tracht einem Weihnachts-

mann eine Pistole an den Kopf hielten. Türken, die Silvester feiern wollten, berichteten von Morddrohungen schon vor dem Anschlag. In der Freitagspredigt, die das staatliche Präsidium für Religionsangelegenheiten (Diyanet) am Tag vor dem Anschlag veröffentlichte, hieß es, Neujahrsfeiern seien aus religiöser Sicht verboten und unvereinbar „mit unseren Werten“. Die Predigt verbreitete sich rasant in den sozialen Netzwerken. Sie wurde in über 80 000 Moscheen verlesen. Die prokurdische Oppositionspartei HDP fordert wegen der Predigt den Rücktritt des Chefs der Behörde. Erdogan und die AKP tragen zwar keine Schuld für das Attentat auf die Silvesterfeier im Nachtklub Reina. Sie sind aber sehr wohl mitverantwortlich für ein gesellschaftliches Klima, das sich gegen Andersgläubige und liberale Muslime richtet und damit auch dem Terrorismus den Boden bereitet.

Christoph Sydow

Krieg und Frieden

Weltgemeinschaft Die Vereinten Nationen sollen die Welt friedlich machen, doch in der Syrienkrise, der größten Tragödie unserer Zeit, versagen sie. Gelingt dem neuen Generalsekretär, woran bislang noch alle gescheitert sind: die Uno zu reformieren?

Die Vereinten Nationen wurden nicht gegründet, um uns in den Himmel zu bringen, sondern um uns vor der Hölle zu retten.

Dag Hammarskjöld, Uno-Generalsekretär, bei einer Rede im Mai 1954

Der Mann, der alle Versuche, den Krieg in Syrien zu beenden, mit einer Handbewegung verhindert hat, sitzt in einem bunkerähnlichen Raum an der 67th Street in Manhattan. Über ihm funkeln Kronleuchter, hinter ihm schlägt eine Pendeluhr, das Mobiliar erinnert an Filme aus der Sowjetzeit. „Ich habe viel darüber nachgedacht, warum wir im Sicherheitsrat dieses Problem mit Syrien haben“, sagt Witali Iwanowitsch Tschurkin, 64, Russlands Botschafter bei den Vereinten Nationen. Er lehnt sich in seinem Ledersessel zurück, ein weißhaariger Diplomat mit Ironie im Blick.

Tschurkin ist einer der Männer, die die Welt retten sollen. So aberwitzig es klingt, das ist sein Auftrag: Die 15 Mitglieder des Weltsicherheitsrats, vor allem die 5 ständigen – China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA –, tragen „die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“, so heißt es in der Charta der Vereinten Nationen, Artikel 24.

Es ist eine heroische Aufgabe, eine idealistische Idee, geboren aus den Trümmern zweier Weltkriege: Die Völker der Erde wollen gemeinsam dafür sorgen, den einen Planeten, den wir haben, zu beschützen. Mit vereinten Kräften wollen die Staaten eine bessere Welt erschaffen, in der alle Menschen in Würde leben können. Die Voraussetzung dafür ist Frieden.

Die Vereinten Nationen und ihr damaliger Generalsekretär Kofi Annan bekamen 2001 den Friedensnobelpreis – für ihren „Einsatz für eine besser organisierte und friedlichere Welt“. Es ist auch der Uno zu verdanken, dass ein Atomkrieg bis heute verhindert wurde. Dass Kriegsverbrecher aus dem ehemaligen Jugoslawien der Prozess gemacht wurde. Dass es nun den Pariser Klimavertrag gibt, der die Zerstörung der Welt aufhalten soll.

Was aber seit gut fünf Jahren in Syrien geschieht, ist das Gegenteil von Frieden – eine Art Weltkrieg auf syrischem Boden. Er stellt alles infrage, wofür die Uno steht. Unerträglich sind die Bilder, die Hilferufe,

die unschuldige Männer, Frauen und Kinder aus diesem Krieg über Facebook und Twitter in die Welt senden – und doch schaut die Welt zu, als wäre das alles nur ein besonders langer Horrorfilm.

Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats tragen eine besondere Verantwortung für die Lage in Syrien, denn sie können mit einem Veto alle Friedensbemühungen blockieren – es genügt, dass einer ihrer Vertreter die Hand hebt. Dann gibt es keine Flugverbotszonen, keine politische Lösung, keine von der Uno veranlasste Intervention.

Sechsmal hat der Russe Tschurkin seit 2011 die Hand gegen eine Syrienresolution gehoben, fünfmal gemeinsam mit dem Botschafter Chinas, zuletzt Anfang Dezember – da verhinderten sie eine Feuerpause in Aleppo. Wochen später, als auch das letzte Krankenhaus im Rebellengebiet zerbombt war, einigte sich der Sicherheitsrat darauf, Beobachter zu entsenden. Doch bislang traf kein einziger Beobachter in Ostaleppo ein.

So übernahmen zuletzt nationale Mächte die Aufgaben der Uno.

Ende Dezember handelten Russland und die Türkei eine fragile Waffenruhe für Syrien aus, ohne die Uno oder westliche Staaten zu beteiligen. Dem Sicherheitsrat blieb nichts anderes übrig, als diese Waffenruhe zu begrüßen. Seine westlichen Mitglieder besserten nur an einzelnen Formulierungen herum. So übernahmen zuletzt nationale Mächte die Aufgaben der Weltorganisation. Und der Weltsicherheitsrat wirkte ein weiteres Mal nicht nur blockiert, sondern, schlimmer noch: irrelevant.

Die Türkei und Russland ließen wissen, ihr Einsatz solle die Bemühungen der Uno nur unterstützen, keinesfalls ersetzen. Denn gerade für die Russen ist die Uno wichtig: Der Sicherheitsrat ist der Ort, an dem Russland stets auf Augenhöhe mit dem Westen spricht – dem Vetorecht sei Dank.

Witali Tschurkin befindet sich dort in der absurd Verantwortung, einen Krieg beenden zu sollen, den sein Land maßgeblich führt: Russland kämpft seit 2015 an der

Seite des syrischen Diktators Baschar al-Assad, der seine Bürger mit Giftgas tötet.

Wie gehen Sie mit dieser Burde um, Herr Botschafter?

Giftgas, Assad? Das sei nicht bewiesen, sagt Tschurkin – jedenfalls nicht aus russischer Sicht. Für die Blockade im Sicherheitsrat gebe es eine einfache Erklärung: „Unsere westlichen Kollegen haben keinen Hehl daraus gemacht, dass sie den Rat benutzen wollten, um Syriens Regierung zu stürzen.“

Tschurkin hebt die Brauen, spöttisch. „Wir haben ihnen gesagt: Sorry, wenn ihr die Regierung stürzen wollt, bitte sehr, aber der Sicherheitsrat hat damit nichts zu tun. Es ist nicht Aufgabe des Rats, Regierungen zu stürzen.“

Das stimmt – aber es ist seine Aufgabe, Kriege zu beenden, seit 1945: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen, fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat“, so beginnt die Charta, der Gründungsvertrag der Vereinten Nationen.

Der Krieg in Syrien ist das dunkelste Kapitel unserer Zeit. Ausgelöst hat diesen Krieg Baschar al-Assad, der syrische Präsident, als er 2011 seine Schergen auf friedlich protestierende Bürger hetzte. Über 400 000 Menschen sind nach Schätzungen seither in Syrien gestorben, mehr als die Hälfte der Bevölkerung musste aus ihrer Heimat fliehen.

Bei schweren Menschenrechtsverletzungen gilt bei den Vereinten Nationen das Prinzip der Schutzverantwortung, das funktionieren soll wie eine Notbremse: Der Sicherheitsrat darf sich dann auch in innere Angelegenheiten eines Staates einmischen. Wer also, wenn nicht die Uno, könnte das Grauen in Syrien stoppen? Und: Wenn die Uno auch dort versagt, wie zuvor in Ruanda, Bosnien, Tschetschenien – welchen Sinn hat sie dann noch?

Es ist ein guter Zeitpunkt, jetzt diese Fragen zu stellen. Seit dem 1. Januar hat die Uno einen neuen Generalsekretär, den Portugiesen António Guterres. Es ist ein Neuanfang nach zehn Jahren unter der Führung des Koreaners Ban Ki Moon. Ein guter Moment auch für eine Bestandsaufnahme: Was wird aus der Uno, diesem bürokratischen Koloss, bei dem Anspruch und



Uno-Hauptsitz in New York
Je höher die Ziele, desto enttäuschender oft die Realität

RODERICK ARCHINGER / DER SPIEGEL

Wirklichkeit so weit auseinanderklaffen? Welche Rolle spielt die Weltorganisation im Zeitalter der Autokraten und Populisten, die den Nationalstaat verherrlichen und internationale Institutionen verachten? In Zeiten von Assad, Putin, Trump?

Ein Team des SPIEGEL ist diesen Fragen nachgegangen, sprach mit Nothelfern an der syrischen Grenze, mit Diplomaten und Mitarbeitern der Uno in New York und Genf, mit Kritikern – und mit dem scheidenden Generalsekretär.

Der Appell des Bundespräsidenten

Hamburg präsentiert sein klassisches Herbstgesicht, als Ban Ki Moon zu Besuch kommt. Das Licht wechselt an diesem Nachmittag zwischen Fahl- und Dunkelgrau, aus tief hängenden Wolken rieseln stechend kalte Tröpfchen. Drinnen aber, im Großen Festsaal des Hamburger Rathauses, blitzten die Kronleuchter, ein Streichensemble musiziert. Das Publikum, gesetzt und dunkel gekleidet, lauscht still. Gefeiert wird der 20. Geburtstag des Internationalen Seegerichtshofs, einer Institution, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen geschaffen wurde und ihren Sitz an der Elbe hat.

Sie ist, wie so manche Initiativen der Uno, eine theoretisch großartige Idee. Das Tribunal, 21 Richter aus 21 Ländern, soll Streitigkeiten auf See friedlich lösen. Das Problem ist, dass bis heute nur rund 30 Staaten bereit sind, den Seegerichtshof bei Streitigkeiten entscheiden zu lassen. Die übrigen lösen maritime Konflikte offenbar lieber anders. So kommt es, dass das Gericht der Weltmeere seit seiner Gründung 1996 gerade mal in 25 Fällen eingeschaltet wurde.

Dennoch, es wird gefeiert, der Bundespräsident ist da und hält eine Rede. Der Seegerichtshof sei eine „große Bereicherung“, sagt Joachim Gauck – doch dann wendet er sich an Ban Ki Moon und holt aus: „Der Sicherheitsrat ist heute ähnlich polarisiert wie vor dem Fall der Mauer“, klagt Gauck, „Millionen Menschen müssen den Preis für die Lähmung des Sicherheitsrats zahlen.“

Gaucks Worte wirken in dieser Umgebung wie ein schrill kratzender Geigenbogen. Der Bundespräsident holt die grausige Gegenwart in den Festsaal, er spricht von Krieg, vom Irrglauben an „die exklusive Lösungskompetenz des Nationalstaates“ – und auch von den großen Zielen in der Charta der Uno. Als er endet, füllt Applaus den Saal, länger als nötig.

Und Ban Ki Moon, der in den vergangenen zehn Jahren das Gesicht der Uno war? Er hat regungslos zugehört, in leicht gebeugter Haltung. Als er nun spricht, preist er Nummer 14 der sogenannten „Nachhaltigkeitsziele“ der Uno, bei der es um den Schutz der Ozeane gehe, er er-



Russischer Uno-Botschafter Tschurkin: „Nein, nein, nein!“



Zerstörtes Aleppo: Ein besonders langer Horrorfilm



Britischer Uno-Botschafter Rycroft: „Wir nennen es Fantasie“

RODERICK AICHINGER / DER SPIEGEL

MANU BRAVO / AP

RODERICK AICHINGER / DER SPIEGEL

wähnt das Seerechtsübereinkommen, die Grundlage des Seegerichtshofs, sehr wichtig, und Fall Nummer 21 des Seegerichtshofs, ebenfalls wichtig.

Es fällt schwer, ihm zuzuhören. Hier steht der Mann, der die Regierungen der Welt an ihre Verpflichtung zum Frieden erinnern müsste. Der Generalsekretär der Uno hat wenig reale Macht, aber er kann sich Gehör verschaffen als Stimme des Weltgewissens, als weltlicher Papst. Doch Ban liest seine Phrasen ab, stoisch, mit leiser Stimme. Auf den glühenden Appell seines Vorredners reagiert er – nicht.

Die Geburt einer großen Idee

Eigentlich hätte die Uno gute Voraussetzungen, etwas zu bewegen in der Welt. 193 Staaten gehören ihr an, das sind fast alle. Als einzige internationale Organisation hätte sie eine fast unumstößliche, universelle Legitimation.

Der Völkerbund aus dem Jahr 1920 war der erste Versuch, eine politische Weltorganisation zu schaffen. Er blieb erfolglos, da sich die USA nicht beteiligten und andere Staaten bald wieder austraten. Während des Zweiten Weltkriegs nahmen Franklin D. Roosevelt, Winston Churchill und später Josef Stalin die Idee jedoch wieder auf. Nicht aus Idealismus – die Alliierten wollten eine Nachkriegsordnung, in der sie ihre Interessen wahren konnten.

So kam es, dass die USA, Großbritannien, China, die Sowjetunion und Frankreich ständige Mitglieder des Sicherheitsrats wurden. China war zwar noch keine Großmacht, aber im Kreis der Mächtigen willkommen als Gegengewicht zu Japan, das damals noch nicht kapitulierte hatte.

Heute ist die Weltordnung eine andere, die Sicht des Westens längst nicht mehr die einzige maßgebliche. Russland und China sind geopolitisch gleichgewichtige Akteure, Schwellenländer streben nach Macht und Einfluss. Die traumatisierenden Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs liegen weit zurück.

Das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder kann man nun als fatalen Konstruktionsfehler betrachten, der den Sicherheitsrat blockiert und Syriens Tragödie verlängert – oder auch, nüchtern, als Abbild der damaligen Machtverhältnisse, das der modernen, multipolaren Welt nicht mehr gerecht wird. Denn trotz all der hehren Ziele schwebt die Uno ja nicht über der Realität.

In den fast 72 Jahren seit ihrer Gründung hat die Uno einiges erreicht: Während des Kalten Krieges war sie das Forum, in dem die Supermächte miteinander sprachen, sie begleitete die Geburt etlicher Nationalstaaten, einigte sich 1948 auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. 2015 entstanden der Pariser Klimavertrag und die „Nachhaltigkeitsziele“, die Krieg, Hunger und Armut beseitigen sollen.

Diese Pläne ehren die Uno – doch je höher Ziele sind, desto enttäuschender ist oft die Realität. Blauhelme, die Sicherheit in ein Kriegsgebiet bringen sollen, versagen oder, schlimmer noch, missbrauchen Schutzbedürftige. Seit Jahrzehnten werden immer wieder Vorfälle von sexuellem Missbrauch, Frauenhandel oder Zwangspornografie durch Uno-Soldaten bekannt – in Sarajevo, Liberia, Haiti und zuletzt in der Zentralafrikanischen Republik. Die Aufarbeitung solcher Skandale ist meist lückenhaft.

Velleicht hat die Uno einfach zu viele Aufgaben. Über die Jahre hat sie sich zu einem monströsen Apparat aufgebläht. Seine wichtigsten Organe sind der Sicherheitsrat (SC), die Generalversammlung (GA), der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), der Internationale Gerichtshof (ICJ) und das Sekretariat mit dem Generalsekretär. Dazu kommen Dutzende Unterorganisationen, Fonds und Programme. 44 000 Menschen arbeiten für die Vereinten Nationen, das Jahresbudget von 2,7 Milliarden Dollar ist – gemessen an den Anforderungen – lächerlich gering.

Der Generalsekretär empfängt

Der New Yorker Hauptsitz reckt sich am Ufer des East River in die Höhe, ein Wolkenkratzer mit angrenzendem Kastenbau. Entworfen wurde das Gebäude 1947 von Le Corbusier und Oscar Niemeyer. Auf dem Vorplatz steht symbolträchtige Kunst,

**„Ich habe als Mensch mehr
oder weniger die Grenzen
meines Verstandes erreicht.“**

ein bronzerner Globus, von Italien gestiftet, und eine Gewehrskulptur mit verknotetem Lauf, ein Geschenk Luxemburgs. Drinnen befinden sich prächtige Säle und eine Reroduktion von Picassos „Guernica“, aber auch Flure mit blätterndem Putz und marmorene Großraumbüros.

Wenige Wochen bevor Ban Ki Moon die Uno in die Hände seines Nachfolgers legt, empfängt er zu einem Gespräch.

Der Weg durch die Eingangshalle führt vorbei an einer Ahngalerie der Generalsekretäre, acht waren es bisher, alle männlich. Im 37. Stock öffnet sich die Tür zum Büro des Generalsekretärs. Ban Ki Moon erhebt sich von seinem Schreibtisch, „guten Tag“, sagt er auf Deutsch, ein leiser Gruß, dazu ein weicher Händedruck. Der Mann an der Spitze der Vereinten Nationen wirkt zurückhaltend, fast zerbrechlich.

Wenn Ban auf die vergangenen Jahre zurückblickt, fällt ihm manches ein, worauf er stolz ist: der Klimavertrag, die Nachhaltigkeitsziele, der Frauenanteil in

den Führungsetagen. Nicht ganz so leicht fällt es ihm, über Schwächen zu reden.

„Syrien“, sagt Ban, „ist eine Tragödie.“ Die Tragödie seiner Amtszeit: Als Ban Generalsekretär wurde, galt Damaskus als hippe Stadt des Nahen Ostens, Aleppo und Palmyra waren antike Schätze der Menschheit. „Die internationale Gemeinschaft hätte mit einer Stimme sprechen müssen“, sagt er, es klingt resigniert.

Hätte Ban sie nicht dazu bringen können, mit der moralischen Autorität seines Amtes? „Ich habe immer aus meinem Herzen gesprochen und so, wie es mein Stil ist“, sagt er. Manchmal sei er dabei laut und eindeutig geworden, in anderen Fällen habe er auf stille Diplomatie gesetzt. Wie er dasitzt, fällt es schwer, sich den lauten, eindeutigen Ban vorzustellen.

Andererseits: Was nützen leidenschaftliche Worte, wenn sich dann doch nichts ändert? Wer sich die Debatten im Sicherheitsrat anhört, erlebt die Frustration, die viele dort empfinden.

Kurz bevor Ostaleppo fiel, wandte sich Samantha Power, die amerikanische Uno-Botschafterin, an ihren russischen Kollegen Tschurkin: „Gibt es wirklich nichts, was Sie beschämen kann? Gibt es keinen Akt der Barbarei gegen Zivilisten, keine Hinrichtung eines Kindes, die Ihnen unter die Haut geht?“ Tschurkin höhnte, ausgerechnet die Amerikanerin spreche, „als ob sie Mutter Teresa persönlich wäre“.

Stephen O’Brien, der Nothilfekoordinator der Uno, berichtet dem Sicherheitsrat immer wieder von der Not der Syrer, mit drängenden Worten wie diesen, Ende Oktober: „Es sind Menschen wie Sie und ich – aber sie sitzen nicht um einen Tisch in New York, sondern werden in ein verzweifeltes Leid gezwungen.“

Und dann, einen Monat später: „Ich habe als Mensch mehr oder weniger die Grenzen meines Verstandes erreicht.“

Wenn die Diplomatie scheitert, bleibt nur O’Briens Zuständigkeitsbereich, die Nothilfe – aber nicht einmal die funktioniert in Syrien richtig.

An der syrischen Grenze

Am Donnerstag vor Weihnachten fegt ein eisiger Wind über die türkische Grenzstadt Reyhanli hinweg. Panzer rollen über die Straßen, Soldaten patrouillieren zwischen den Checkpoints.

Bediako Buahene stapft durch den Matsch, Schneeregen weht ihm ins Gesicht. Buahene, ein kanadischer Asylrechtsanwalt in eleganter Winterjacke mit weißem Schal, organisiert für die Uno Hilfskonvois nach Syrien. An diesem Morgen sollen 24 Lastwagen mit Windeln, Waschpulver, Zahnbürsten und Heizkohle über die Grenze geschickt werden. Im November und Dezember starteten fast täglich bis zu 30 Laster von Reyhanli aus,

Buahene schätzt, dass die Uno rund fünf Millionen Syrer versorgt hat.

Die Hilfe wird in diesen Tagen besonders dringend gebraucht. Die Eroberung Aleppos durch Russland, Iran und das syrische Regime hat Zehntausende ohne Obdach hinterlassen. Viele wissen nicht, wo sie unterkommen sollen – die Flüchtlingslager im von Rebellen kontrollierten Norden Syriens sind überfüllt, die Grenze zur Türkei ist verriegelt.

200 Kilometer entfernt, in Gaziantep, sitzt Uno-Nothelfer Trond Jensen in einem Büro, das einer Festung gleicht: Eine Metallwand schirmt es zur Straße hin ab, Wachleute tasten Besucher nach Waffen ab. Jensen hat für die Uno im Sudan gearbeitet, im Jemen, in Liberia. Nichts, sagt er, sei vergleichbar mit Syrien. „Die Menschen fragen, warum wir uns den Weg nicht freiwälzen. So einfach ist das nicht.“

In den ersten Jahren des Krieges konnten die Nothelfer der Uno kaum etwas tun. Erst im Juli 2014 rang sich der Sicherheitsrat zu einer Resolution durch, die es dem humanitären Arm der Uno gestattet, Hilfsgüter über vier zusätzliche Grenzübergänge nach Syrien zu schaffen.

Jensen und sein Team recherchieren, welche Dinge die Menschen am dringendsten brauchen, und sie stellen sicher, dass diese mit der Hilfe lokaler Partnerorganisationen ins Land gelangen. Bevor ein Konvoi nach Syrien aufbrechen kann, schickt Jensen eine Übersicht der Fracht und ihr Ziel an Uno-Kollegen in Damaskus – die ihrerseits das syrische Regime informieren.

Ein Gebiet zu erreichen, das unter Regimekontrolle steht, ist relativ einfach, den Menschen in Rebellengebieten zu helfen, extrem schwierig. Die Helfer werden oft blockiert oder können aus Sicherheitsgründen nichts tun. Im September wurde ein Uno-Konvoi auf dem Weg ins Rebellengebiet beschossen, vermutlich von russischen Kampfjets; etwa 20 Menschen starben. Manche bei der Uno glauben, dass ihre Organisation Assad gegenüber selbstbewusster auftreten sollte – und mehr Distanz wahren müsste.

Von August 2015 an erschien im britischen „Guardian“ eine Reihe von Berichten, welche die Neutralität der Uno infrage stellten: Dutzende Millionen Dollar soll sie an syrische Hilfsorganisationen bezahlt haben, die dem Assad-Clan nahestehen – 8,5 Millionen Dollar allein an eine Organisation, die unter der Schirmherrschaft von Assads Gattin stand.

Doch Assads Regime profitiert nicht nur von der Hilfe, es greift auch in die Arbeit der Helfer ein – durch Blockaden, indem Medikamente beschlagnahmt oder Evakuierungen verhindert werden.

Der oberste Nothilfekoordinator O’Brien sagt, die Forderung, dass seine Mitarbeiter keinen Kontakt zum syrischen Regime

pflegen sollten, zeige „ein falsches Verständnis von der Rolle und vom Wesen der Uno“. Der humanitäre Arm der Uno sei unparteiisch, unabhängig und neutral, und gerade deshalb müsse man Kontakt zu allen Konfliktparteien suchen.

O’Brien und seine Leute arbeiten unter schwierigen Bedingungen dafür, das Leid in Syrien zu lindern. Den Konflikt lösen können die Nothelfer nicht; dazu brauchte es Bewegung im Sicherheitsrat.

Parallele Realitäten in New York

Frage an Witali Tschurkin, den russischen Uno-Botschafter: Was müsste geschehen, damit Russland im Sicherheitsrat auf sein Veto verzichtet? Tschurkin lächelt, süffisant. „Ich bin sicher, in einer perfekten Welt wird das passieren“, sagt er. „Aber die gegenwärtigen Verhältnisse sind so, dass die USA fast immer die nötige Mehrheit von neun Stimmen haben. Hätten wir kein Veto, käme jede Woche jemand aus Washington mit einer Resolution an, Russland wäre dagegen, niemanden würde es kümmern, die Resolution käme durch.“ Tschurkin spricht jetzt schnell, scharf: „Die Amerikaner würden sich nicht mal mehr die Mühe machen, mit den anderen zu reden“, sagt er. „Man könnte den Rat auch gleich nach Washington verlegen.“

Welchen Sinn aber hat ein Sicherheitsrat, der so polarisiert ist wie im Kalten Krieg? „Nein, nein, nein“, ruft Tschurkin, „das ist eine Überdramatisierung.“ Vor

**Helper werden oft blockiert
oder können aus Sicherheits-
gründen nichts tun.**

vielen Jahren habe ihm ein älterer Kollege erzählt, wie es während des Kalten Krieges zugegangen sei. „Wenn die USA für eine Resolution waren, musste der sowjetische Botschafter dagegen stimmen oder sich enthalten. Das ist heute nicht unsere Haltung. Wir alle versuchen unser Bestes.“

Aber auch Tschurkin streitet nicht ab, dass sich die Stimmung dem Gefrierpunkt nähert. Seit 2006 vertritt er sein Land bei der Uno, er ist der dienstälteste Botschafter im Sicherheitsrat. „Es war eine unschuldige Zeit, als ich anfing“, sagt er, „das einzige große Thema war der Klimawandel.“

Doch dann begann der Arabische Frühling. 2011 verabschiedete der Sicherheitsrat eine Resolution zu Libyen, bei der Tschurkin sich enthielt – und die aus russischer Perspektive dazu missbraucht wurde, das Regime von Muammar al-Gaddafi zu stürzen. Nun will Russland die syrische Regierung schützen, mit der sie, so Tschurkin, seit Jahrzehnten gute Beziehungen habe.

Dies ist die russische Sicht: Wäre Russland Assad nicht zu Hilfe gekommen, „wür-

den heute schwarze Flaggen über Damaskus wehen“. Schuld daran sei der Westen: „Es war die Intervention der Amerikaner und Briten im Irak, die uns diese Probleme im Nahen Osten beschert hat“, sagt Tschurkin. Wenn westliche Kollegen ihn wegen seiner Syrienvetos angriffen, konterte er, „dass sie öfter in den Spiegel schauen sollten“.

20 Blocks von der russischen Uno-Vertretung entfernt, in einem sonnendurchfluteten Eckbüro mit atemberaubendem Blick über Manhattan, den East River und das Uno-Hauptquartier, sitzt Tschurkins britischer Kollege Matthew Rycroft, 48, und schüttelt heftig den Kopf. „Die Strategie der Russen ist es, von der Wahrheit abzulenken, indem sie etwas erzeugen, was sie Fakten nennen, aber wir nennen es Fantasie.“ Großbritanniens Spitzendiplomat bei der Uno fällt es schwer, seinen Frust zu verbergen. „Russlands Vetos lämmen den Sicherheitsrat“, sagt Rycroft, „sie bringen Schande über uns.“

Dies ist die westliche Sicht: „Unser Ziel ist Frieden in Syrien – und dass Assad abtritt“, so Rycroft. Das sei im Grunde daselbe, „denn Frieden gibt es erst, wenn Assad geht“. Syriens Präsident habe seine Legitimität verloren, als er Chemiewaffen gegen sein Volk eingesetzt habe. Die Russen verlängerten nur den Konflikt, indem sie Assad unterstützten.

Oft sitzen Tschurkin und Rycroft im selben Raum mit demselben Auftrag: den Krieg in Syrien zu beenden. Doch zwischen Ost und West klafft ein Abgrund, der tiefer wird mit jedem Tag. China, die fünfte Vetomacht, steht meist auf Russlands Seite – vor allem, weil es aus Prinzip dagegen ist, dass sich die Uno in innere Angelegenheiten von Staaten einmischt.

Die Uno zögerte lange, zu lange, als die Syrer 2011 friedlich gegen Assads Regime demonstrierten. Ban Ki Moon wollte abwarten. Die Arabische Liga schlug Lösungen vor, ohne Erfolg. Uno-Beamte reisten zu Assad, trafen Vereinbarungen, der Diktator brach sie und entfesselte einen Krieg. Im Frühjahr 2012 ernannten die Uno und die Arabische Liga Kofi Annan zum Sondergesandten. Annan legte einen Sechs-Punkte-Plan vor, ein politischer Dialog zwischen Regierung und Opposition sollte beginnen. Der Plan scheiterte: Russland hielt an Assad fest, die Opposition wehrte sich. Annan gab auf.

Der nächste Sondergesandte, Lakhdar Brahimi, musste 2013 zusehen, wie Assad die „rote Linie“ der amerikanischen Regierung überschritt und Chemiewaffen einsetzte – worauf Barack Obama seine rote Linie stillschweigend wieder ausradierte. Brahimis Nachfolger, Staffan de Mistura, erträgt die Ohnmacht des Sondergesandten schon seit 2014. Er hofft, dass im Februar wieder Friedensgespräche in Genf stattfinden können.



IMAGO

Generalsekretär Ban, Nachfolger Guterres: Stimme des Weltgewissens



RODERICK AICHINGER / DER SPIEGEL

Saal des Sicherheitsrats in New York: „Schande über uns“



EMIN ÖZMEN / DER SPIEGEL

Entladung von Uno-Hilfsgütern an der syrischen Grenze: „Den Weg nicht freiwalzen“

Doch Russland und der Westen bewegen sich in parallelen Realitäten. Spätestens mit der Syrienkrise hat das postfaktische Zeitalter auch die Uno erreicht.

Der Brite Rycroft erwähnt die Ergebnisse einer unabhängigen Kommission, die im Auftrag des Sicherheitsrats Berichte über Giftgasangriffe in Syrien prüfen sollte. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass das Regime wohl mindestens dreimal Chemiewaffen gegen Zivilisten eingesetzt habe. Der Russe Tschurkin wirft seinen westlichen Kollegen vor, die Kommission unter Druck gesetzt zu haben.

Noch absurd ist der Streit um einen Bombenanschlag auf eine Schule in Idlib, bei dem Ende Oktober 22 Kinder und 6 Lehrkräfte getötet wurden. Es gibt Hinweise darauf, dass die russische Luftwaffe an dem Angriff beteiligt war. Rycroft verurteilt ihn, Tschurkin sagt, die Schule sei gar nicht bombardiert worden.

Und während Tschurkin darauf beharrt, dass sein Land in Syrien Terroristen bekämpfe, entgegnet Rycroft: „Es gibt Terroristen in Syrien. Es gibt außerdem eine Koalition aus über 60 Ländern, die in Syrien und anderswo gegen den IS kämpft. Russland ist leider nicht Teil davon.“

Was wird aus der Uno?

Der Rat, der die Welt sicher machen soll, funktioniert ungefähr so gut wie eine Windmühle mit zerbrochenen Flügeln. Zahlreiche Versuche gab es schon, ihn zu reformieren – ihn in eine Form zu zwingen, in der er seine Aufgabe erfüllen kann.

Denn der Sicherheitsrat verfügt über ein Arsenal von Mitteln, um Kämpfe zu stoppen: Waffenruhe, Friedenmissionen, Militärbeobachter, Wirtschaftssanktionen, Waffenembargos, Einreisestopps, Einfrieren diplomatischer Beziehungen oder kollektives militärisches Eingreifen. Doch nichts davon kommt zum Einsatz, wenn eine der Vetomächte es nicht will.

Einspringen muss die Uno oft beim Wiederaufbau, wenn ein Krieg beendet ist – mit welchem Ergebnis auch immer. Im Falle Syriens könnte das bedeuten, dass Wladimir Putin mit dem künftigen US-Präsidenten Donald Trump einen Deal schließt, bei dem Assad an der Macht bleibt. So könnte es passieren, dass die Uno für Assad arbeiten muss – ganz offiziell. Die Vereinten Nationen, die die Machtgier ihrer Mitglieder bremsen sollen, wären weit unten angekommen, im Schlamm der Realpolitik.

Was also kann man tun, um die Macht der allzu Mächtigen zu beschränken?

Deutschland und andere Staaten drängen darauf, die Zahl der ständigen Mitglieder zu erhöhen. Das aber könnte für noch kompliziertere Blockaden sorgen. Diskutiert wird auch eine neue Kategorie nicht ständiger Mitglieder, die länger als die üblichen

Die Hauptorgane der Vereinten Nationen



zwei Jahre im Rat bleiben dürften. Briten und Franzosen werben dafür, bei „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ auf das Veto zu verzichten. Doch wer hätte das letzte Wort darüber, was als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu bewerten ist? Der Westen? Russland?

Michael Möller, Generaldirektor der Uno in Genf, hat einen Plan, wie der Sicherheitsrat der Zukunft aussehen könnte: „Der Rat muss repräsentativer werden“, sagt er. Er plädiert für fünf regionale Räte, die sich um Krisen in den jeweiligen Regionen kümmern. „So könnten wir das dortige Wissen integrieren.“ Jeder Regionalrat hätte 15 Mitglieder, und jeweils drei Vertreter der Regionalräte fänden sich im Weltsicherheitsrat zusammen.

Das Veto abzuschaffen, hält auch Möller für unmöglich. Der Reformdruck soll aus der Zivilgesellschaft kommen. Manche Uno-Erfolge, sagt er, hätte es ohne öffentlichen Druck nie gegeben, „zum Beispiel die Erklärung der Menschenrechte“. Es braucht eine globale Bewegung, die sich der Uno annehme.

Ein schöner Gedanke. Doch trotz all der Bilder aus Syrien gab es keine Massenproteste gegen den Sicherheitsrat, keinen Aufschrei vor den Uno-Vertretungen. Nur viele Worte der Betroffenheit.

Anleitung zur Rettung der Welt

Ist es unfair, von der Uno zu erwarten, dass sie größer und besser ist als ihre Mitgliedstaaten? Sie selbst weckt ja diese Er-

wartung, mit ihren Absichtserklärungen, ihren Deklarationen. Im New Yorker Hauptquartier hängt sogar vor den Toiletten im Untergeschoss ein Poster, auf dem steht: „Anleitung zur Rettung der Welt“.

Doch ihr zentrales Organ, der Sicherheitsrat, ist nur so stark wie die Kompromissbereitschaft der fünf Veto-mächte. Diese fünf allein können Kriege beenden – wenn dies in ihrem Interesse liegt.

Die Generalversammlung, die alle 193 Mitgliedstaaten repräsentiert, könnte das Forum einer wahren Weltdemokratie sein – wenn sie denn etwas zu melden hätte. Aber um sie zu stärken, damit sie eingreifen könnte, wenn der Sicherheitsrat in einer Krise wie der syrischen versagt, brauchte es – welch Ironie – die Zustimmung des Sicherheitsrats.

Die Uno wird ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht – sie vereint nicht die Nationen, und sie rettet nicht die Welt. Sie kann es nicht, weil die Welt sie nicht lässt. Dennoch brauchen wir sie, in diesen unruhigen Zeiten vielleicht mehr denn je.

Denn sie hält der Menschheit einen Spiegel vor – und erinnert uns daran, dass es auch anders sein könnte. Vielleicht ist dies das größte Verdienst der Uno: dass sie uns zeigt, was möglich wäre. Friedlich zusammenzuleben, die katastrophale Erwärmung des Planeten zu stoppen, den Hunger zu beenden. Die Uno ist vor allem eine Inspiration, ein Ansporn. Darin liegt ihre Berechtigung, aber auch ihre Tragik.

Wie grotesk und sperrig sie sein kann, zeigt sich an einem Dezembermorgen in New York. Hunderte Diplomaten strömen in den Saal der Generalversammlung, zur Amtseinführung von António Guterres. Auf dem Terminplan stehen das Dokument „A/71/L.40“ und der „Tagesordnungspunkt Nr. 113“. Alles wird abgearbeitet: die Verabschiedung der Resolution, anderthalb Stunden Lobreden auf Ban Ki Moon, eine Abschiedsansprache Bans, stehende Ovationen.

Dann spricht der 67-jährige Guterres seinen Eid. Er umarmt jeden Gast auf der Bühne einzeln, viele küssen ihn.

Die Erwartungen an den Neuen sind hoch. Er soll ein stärkerer Anführer sein als Ban Ki Moon, einer, der sich Gehör verschafft bei den Mächtigen. Als ehemaliger Chef des Flüchtlingshilfswerks und Premier Portugals kennt er sowohl die Uno als auch das politische Geschäft. Guterres gilt als Intellektueller, der sich stundenlang in Buchläden verlieren kann. Er wuchs in einer Diktatur auf, als Linker und gläubiger Christ. In der Politik bewährte er sich mit der Gabe, Konsens herzustellen.

Auch ohne die Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten hätte Guterres es nicht leicht gehabt. Nun fürchten viele bei der Uno, dass die neue US-Regierung die Weltorganisation noch schwächer machen wird. Wenn Trump weiterhin den Klimawandel leugnet, auf Multilateralismus pfeift und die Uno via Twitter beschimpft, wird sich zeigen, wie weit Guterres mit Vernunft und Pragmatismus kommt.

Was er nun sagt, klingt vielversprechend: „Die Vereinten Nationen müssen bereit sein, sich zu verändern.“ In knapp 20 Minuten präsentiert Guterres seine Reformideen, er spricht über sexuelle Gewalt durch Blauhelme und die Probleme bei Friedensmissionen, er fordert weniger Bürokratie und auch besseren Rechtsschutz für Whistleblower.

Auffallend ist, was er nur beiläufig erwähnt – bei seiner Antrittsrede und auch in seiner ersten Videobotschaft, die er am Neujahrstag in die Welt sendet: Syrien.

Als Guterres nach dem Eid im Foyer vor die Journalisten tritt, wird er danach gefragt. „Das ist ein Krieg, den keiner gewinnt“, sagt er, und dass er einen „diplomatischen Kraftakt“ initiieren, sich selbst als Unterhändler anbieten wolle – auch wenn er wisst: „Der Generalsekretär ist nicht der Führer der Welt. Die Vorherrschaft obliegt den Mitgliedstaaten.“

Katrin Kuntz, Marc Pitzke, Maximilian Popp, Gordon Repinski, Samiha Shafy



**Video:
An der Grenze**

spiegel.de/sp022017uno
oder in der App DER SPIEGEL

Ganz unten

Europa Das EU-Parlament kämpft gern für die Rechte der Arbeitnehmer. Beim eigenen Personal schauen die Abgeordneten nicht so genau hin.

Der Kellner lässt sich ausnahmsweise mal bedienen: Allam* sitzt in einem Brüsseler Café und nippt an einem Mineralwasser. Sein Blick geht auf den mächtigen Bau des EU-Parlaments direkt gegenüber, wo er im Catering arbeitet. Allam richtet Wasser und Kaffee in den Konferenzräumen her, manchmal hilft er auch in der Kantine oder an der Kaffeebar aus. Doch heute hat er nichts zu tun.

Das Europäische Parlament tagt in dieser Woche in Straßburg, und um die in Brüssel verbliebenen Mitarbeiter zu verköstigen, reicht ein Bruchteil des üblichen Personals. Wer wie Allam nicht gebraucht wird, muss zu Hause auf Abruf bereitstehen, falls doch mal Not am Mann ist. Bezahlt wird er dafür allerdings nicht.

Wenn Europas Parlamentarier über Soziales reden, können sie gar nicht genug betonen, wie sehr ihnen die Rechte der Beschäftigten am Herzen liegen. Noch im September bekam eine Resolution gegen Sozialdumping eine satte Mehrheit. Das Recht auf „gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen“ findet sich sogar in der EU-Grundrechtecharta, die vom Parlament mitverabschiedet wurde.

Umso merkwürdiger ist, dass die Parlamentarier mit ihren eigenen Beschäftigten alles andere als zimperlich umspringen. Angestellte wie Allam arbeiten zu Bedingungen, die man eher auf deutschen Spargeläckern vermuten würde als am Hort von Europas Demokratie. Wie viele seiner Kollegen verdient Allam so wenig, dass er sein Salär regelmäßig mit Almosen vom belgischen Staat aufstocken und sich vorübergehend arbeitslos melden muss.

Auf Druck einzelner Abgeordneter ist die prekäre Situation des eigenen Personals nun zum Thema in der EU-Chefetage geworden. Es gebe „zahlreiche Anfragen“, dass die Cateringmitarbeiter „nicht zu an-

gemessenen Konditionen“ eingestellt seien, schrieb Jutta Steinruck, beschäftigungs-politische Sprecherin der europäischen Sozialdemokraten, an Parlamentsmanager Klaus Welle.

Dabei ist auf dem Papier eigentlich alles vorbildlich geregelt. Allam zückt seinen Vertrag, 38 Stunden pro Woche soll er arbeiten, ursprünglich für rund zehn Euro die Stunde, inzwischen für etwas mehr. Doch der Wert dieses Versprechens variiert von Monat zu Monat, denn Allam kommt nur selten vier Wochen in Folge auf die vereinbarte Stundenzahl.

Schuld daran ist der von der Politik diktierte komplizierte Sitzungsplan des Parlaments. In der Regel tagen die Abgeordneten einmal im Monat in Straßburg, eine Tradition, die die Franzosen zäh verteidigen. Zu dieser Zeit sind einige der insge-

Allams und seiner rund 200 Kollegen ist die Compass Group. Im Oktober 2015 hat der weltgrößte Cateringkonzern mit Sitz in Großbritannien die Kantinenarbeit im Parlament übernommen.

Seitdem häufen sich die Beschwerden. Obwohl das Unternehmen zugesagt habe, alle Angestellten weiterzubeschäftigen, habe es bald eine Reihe von Bediensteten loszuwerden versucht, heißt es unter Abgeordneten, und zwar mit Billigung der Parlamentsdirektion. Wer bleiben durfte, habe sich vielfach „über zunehmenden Stress und den ständigen Einsatz von Arbeitslosenhilfe“ beklagt, schreibt der belgische Liberale Gérard Deprez im Juli 2016 an Parlamentspräsident Martin Schulz.

Compass arbeite tadellos, lässt der Sozialdemokrat antworten, es gebe im Brüsseler Parlament sogar ein „Bio-Restaurant und eines im mediterranen Stil“. Zudem würden Essensreste an karitative Organisationen verteilt.

Vor allem aber wissen die Parlamentsmanager offenbar zu schätzen, dass Compass mit dem jahrelangen Subventionsbetrieb beim Catering aufräumt. So hatte Compass' Vorgänger, der französische Großcaterer Sodexo, allein 2013 noch von Zuschüssen in Höhe von mehr als vier Millionen Euro profitiert.

Compass verzichtete auf das Geld; und nun drängt sich der Verdacht auf, dass der Konzern die Arbeitslosenzeiten seiner Angestellten kühl einkalkulierte. Compass betont, sich an europäische Gesetze zu halten, will aber zu Details mit Verweis auf die „Vertraulichkeit der Vertragsabsprachen“ keine Stellung nehmen.

Führende Parlamentarier sind erbost über diese Geheimniskrämerei. Der Kostendruck

werde „auf dem Rücken der Angestellten“ ausgetragen, schimpft die Fraktionschefin der Linken, Gabi Zimmer. „Wir streiten seit Jahren dafür, dass nicht der billigste private Anbieter den Zuschlag bei öffentlichen Ausschreibungen erhält, sondern soziale Kriterien genauso ausschlaggebend sein sollten.“

Immerhin, erste Anzeichen für ein Umdenken bei den Outsourcing-Bestrebungen gibt es. Die Chauffeure, die die Parlamentarier kutschieren, werden künftig wieder direkt beim Parlament angestellt. Mit Bedenken über ihre prekäre Situation hat das allerdings wenig zu tun. Seit bei zwei Fahrern Propagandamaterial des IS gefunden wurde, sorgen sich die Abgeordneten um ihre Sicherheit. Peter Müller, Andreas Wassermann



EU-Parlamentsgebäude in Brüssel

Arbeitslosenzeiten kühl einkalkuliert

samt 18 Restaurants und Bars im Brüsseler Parlamentsbau geschlossen, entsprechend gering ist der Personalbedarf. Dazu kommen die sogenannten grünen Wochen im Parlamentskalender, Zeiten, in denen die Abgeordneten sich um ihre Wahlkreise kümmern. Zuletzt wurden diese Phasen noch einmal deutlich ausgeweitet.

Auf das Jahr gerechnet, summieren sich die Auszeiten so auf über 20 Wochen, zählt man die sitzungsfreie Zeit im Sommer dazu, ist Allam fast ein halbes Jahr arbeitslos. Entsprechend variiert sein Salär, viel mehr als 800 Euro kommen im Monat nur selten zusammen. „Ich würde mir ein festes Gehalt wünschen“, sagt er.

Doch offiziell gehen seine Probleme das Parlament gar nichts an, denn Arbeitgeber

* Name geändert.



NICOLAS FAUCHE / DER SPIEGEL

Regierungschef Chahed im alten Herrscherpalast in Tunis: „Islamische Extremisten hassen uns“

„Terror hat keine Nationalität“

Tunesien Premierminister Youssef Chahed, 41, spricht über Terroristen aus seinem Land und über die Probleme in einer fragilen Demokratie.

SPIEGEL: Herr Regierungschef, wie haben Sie reagiert, als Sie erfuhren, dass der mutmaßliche Attentäter von Berlin ein Tunesier ist?

Chahed: Ich war entsetzt über das, was den Deutschen widerfahren ist, meine ersten Gedanken galten den Familien der Opfer. Aber der Attentäter Anis Amri steht nicht für Tunesien oder das tunesische Volk, und die Deutschen wissen das. Dieser barbarische Akt wird die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern nicht beeinträchtigen. Terror hat heutzutage keine Nationalität mehr, er ist ein globales Problem. Diese Anschläge werden von weltweit agierenden Gruppen mithilfe des Internets organisiert. Wir müssen gemeinsam dagegen kämpfen, noch intensiver als bisher.

SPIEGEL: Einer Ihrer Diplomaten sagte, Deutschland möge nicht vergessen, dass Tunesien die einzige Blume in der arabischen Wüste sei – das einzige Land, in dem nach der Revolution vor sechs Jahren eine Demokratie entstanden ist.

Chahed: Manche Terroristen kommen aus Tunesien, ja. Aber trotzdem ist Tunesien

nicht das Land der Täter, es ist auch Angriffsziel für Dschihadisten. Allein 2015 hatten wir drei schwere Anschläge hier. Islamistische Extremisten hassen uns, weil wir beweisen, dass eine säkulare Demokratie in der arabischen Welt funktionieren kann. Wir haben, nach 23 Jahren Diktatur, eine neue Verfassung, neue Gesetze, freie Wahlen, ein Verfassungsgericht, Presse- und Meinungsfreiheit.

SPIEGEL: Ihre Familie war seit je modern, Ihre Großmutter eine militante Feministin und eine der ersten weiblichen Abgeordneten Tunisiens in den Fünfzigerjahren.

Chahed: Ja, und jetzt ist die Gleichberechtigung in diesem islamischen Land in der Verfassung garantiert. Im Alltag funktioniert das oft noch nicht so gut, das gebe ich zu, aber wir arbeiten daran. Ich habe acht Ministerinnen in meinem Kabinett, darunter die Finanzministerin, ein zentraler Posten. Darauf bin ich stolz.

SPIEGEL: Sie haben eine Arbeitslosenquote von über 15 Prozent und eine Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 30 Prozent.

Frustrierte junge Männer sind genau das Potenzial, aus dem Terrorgruppen ihren Nachwuchs rekrutieren.

Chahed: Das ist unser vielleicht größtes Problem. Wir müssen die demokratischen Erfolge dringend wirtschaftlich absichern. Darum haben sich die bisherigen Regierungen nicht ausreichend gekümmert. Viele Menschen hier sind enttäuscht von dem, was die Revolution für sie selbst gebracht hat. Wir brauchen mehr Wachstum. Wir hatten rund 1,5 Prozent von 2010 bis 2015. Das reicht aber nicht, um genügend Jobs zu schaffen. Dabei hat Tunesien reichlich Potenzial, wir müssen jetzt Wirtschaftsreformen einleiten. Wir reformieren unser Bankensystem, unser Ausbildungssystem, wir werden internationale Kooperationen erleichtern, die Verwaltung entschlacken. Alles auf einmal. Und wir bekämpfen die Korruption, das ist eine große Herausforderung. Aber man muss es auch mal so sehen: Tunesien hat eine Geschichte von mehr als 3000 Jahren. Die sechs Jahre seit der Revolu-

tion sind da nicht viel, und trotzdem sind wir weit gekommen.

SPIEGEL: Aber wie wollen Sie Jobs vor allem für junge Leute schaffen?

Chahed: Tunesien hat wenig Rohstoffe wie Öl oder Gas, aber wir haben viele junge, leistungsfähige Menschen. Das Umfeld muss stimmen, unsere Priorität ist die Sicherheit. Wir investieren eine Menge Geld, um unsere Sicherheitsbehörden zu modernisieren. Wir haben beispielsweise eine 461 Kilometer lange Grenze zu Libyen, gegen die instabile Lage dort müssen wir uns schützen, wir haben deshalb den Verteidigungshaushalt gegenüber 2012 verdoppelt. Unsere Geheimdienste haben Terrorverdächtige inzwischen gut im Blick. Das Leben hier ist genauso sicher wie in europäischen Ländern. Nur, absolute Sicherheit gibt es nirgendwo – denken Sie an Berlin, an Frankreich, an Istanbul.

SPIEGEL: Sicherheit allein schafft aber keine Arbeitsplätze.

Chahed: Deshalb haben wir neue Gesetze, die Investitionen erleichtern. Es gibt öffentlich-private Kooperationen, Vergünstigungen für Investoren, beschleunigte Genehmigungsverfahren. Wir haben 3000 ausländische Firmen hier, sie zeigen mit ihrer Präsenz, was sie dem Land zutrauen.

SPIEGEL: Die Bundesregierung hat Tunesien 2016 mit rund 290 Millionen Euro an Hilfsgeldern unterstützt. Ist das genug?

Chahed: Europäische Regierungen sollten nicht nur an Zahlen denken, wenn es um Hilfe für Tunesien geht. Wir können, als eine junge Demokratie, ein strategischer Partner Europas werden. Es gibt kein anderes Land, das ein so positives Modell für Entwicklungsländer bieten kann. Im Übrigen schützt Tunesien Europas Grenzen, indem wir die Grenze nach Libyen sichern. Dort drüben herrscht Chaos, der „Islamische Staat“ (IS) wütet da, es gibt verschiedene andere dschihadistische Gruppen, Milizen und Tonnen an Waffen. 95 Prozent aller Flüchtlinge, die Italien erreichen, kommen durch Libyen, aber nur wenige durch Tunesien. Europa sollte das berücksichtigen.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Chahed: Ein Beispiel: Tunesien hatte nie eine starke Armee, dabei ist unsere geografische Lage nicht ungefährlich. Trotzdem müssen wir Ausrüstung für unsere Armee zu internationalen Marktpreisen kaufen, weil keine Regierung uns Vergünstigungen gewährt. Diese Ausgaben müssen wir vor dem Internationalen Währungsfonds rechtfertigen, weil sie unser Defizit beeinflussen. Das Geld fehlt dann für Entwicklungsaufgaben, zum Beispiel bei der Infrastruktur.

SPIEGEL: Sie sind seit August im Amt, Ihr Kabinett nennt sich „Regierung der nationalen Einheit“, weil Sie von mehreren Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen unterstützt werden. Das dürfte das Regieren schwer machen, oder?

Chahed: Ich will nicht sagen, dass es leicht ist. Aber alle Gruppen haben das sogenannte Karthago-Dokument unterzeichnet und sich damit vor allem auf Wirtschaftsreformen verpflichtet. Das ist ein klarer Auftrag, den werde ich erfüllen. Außerdem haben wir in den letzten Jahren eine Art „New Deal“ entwickelt: Es wird sehr viel debattiert hier zwischen Gewerkschaften, Parteien, Gruppen der Zivilgesellschaft. Ohne diese Dialoge hätten wir die Krisen der vergangenen Jahre nicht gut überstanden. Und alle sind sich einig, dass die Reformen entscheidend sind für unsere Zukunft und den Kampf gegen den Terrorismus.

falls ein Kleinkrimineller, aber kein Terrorist. Radikaliert hat er sich wie viele andere erst in seiner Zeit in Europa, in Italien. Ganz anders gelagert sind die Fälle von Terroristen, die im Ausland kämpfen oder Anschläge verüben. Gegen die Rückkehr solcher Dschihadisten protestieren hier tatsächlich viele Bürger. Meine Antwort darauf ist eindeutig. Wir haben seit 2015 Antiterrorgesetze, um Extremisten, die heimkehren, festzusetzen. Jeder Dschihadist, der für den IS in Syrien oder im Irak gekämpft hat, wird bei seiner Rückkehr sofort festgenommen. Auch viele andere Länder in Europa fürchten die Rückkehr dieser gut ausgebildeten Kämpfer, weil sie ihre Heimat destabilisieren können.

SPIEGEL: Aber dazu muss man die Terroristen erst fassen und ihnen ihre Verbrechen nachweisen können.

Chahed: Wir haben alle Informationen über diese Tunesier, wir kennen ihre Identitäten, und wir aktualisieren unsere Erkenntnisse permanent in Kooperation mit Behörden anderer Länder. Wir haben leider viel Erfahrung im Kampf gegen islamistische Terroristen, wir entdeckten das Phänomen nicht erst jetzt.

SPIEGEL: Ihre Zuversicht in dieser Hinsicht erstaunt ein wenig. Terrorexperten sind sich bislang nicht einmal einig, wie viele Tunesier zum „Islamischen Staat“ gestoßen sind. Die Zahlen variieren zwischen 2000 und 7000 Mann.

Chahed: Die exakte Zahl lautet 2929. Viele davon sind inzwischen tot.

SPIEGEL: Woher wissen Sie das?

Chahed: Tunesien ist ein kleines Land, wir haben über elf Millionen Einwohner. Es fällt hier auf, wenn jemand länger verschwindet. Unsere Beamten haken dann im Umfeld nach, wo die Abgetauchten sind. Wir haben dafür Verfahrensweisen.

SPIEGEL: Es gibt in Deutschland eine Debatte darüber, ob Tunesien als sicheres Herkunftsland eingestuft werden kann. Sind Minderheiten und Oppositionelle in Ihrem Land sicher?

Chahed: Ja, es gibt in Tunesien keine staatlich organisierte Verfolgung solcher Menschen.

SPIEGEL: Sie sind mit 41 Jahren der jüngste Premier, den Tunesien je hatte. Aber Sie sind auch der siebte Regierungschef seit dem Arabischen Frühling. Wie lange werden Sie sich halten können?

Chahed: Grund für den häufigen Wechsel war die politische Instabilität, mit der wir nach der Diktatur zu kämpfen hatten. Jetzt verbessert sich unsere Stabilität aber. Ich bin optimistisch, was die Zukunft Tunesiens betrifft.

Interview: Clemens Höges



Arbeitslose junge Männer im Café*: „Wir brauchen mehr Wachstum“

Foto: AP/DPA / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Mitte Februar ist ein Treffen zwischen Ihnen und Kanzlerin Merkel in Berlin geplant, vermutlich wird es dabei auch um den Attentäter Anis Amri gehen. In Deutschland gibt es Unmut, dass der Terrorist hätte abgeschoben werden können – wenn Ihre Regierung die notwendigen Dokumente ausgestellt hätte.

Chahed: Wir waren in dem Fall nicht langsam, wir haben uns an das übliche Verfahren gehalten und unsere Arbeit korrekt ausgeführt.

SPIEGEL: Kann es sein, dass Sie innenpolitisch unter Druck stehen, solche Männer nicht zurückzunehmen? Erst vor wenigen Tagen wurde hier in Tunis gegen die Rücknahme von Terrorverdächtigen demonstriert.

Chahed: Man muss zwei verschiedene Dinge auseinanderhalten: Das eine sind illegale Migranten aus Tunesien, die in Deutschland leben, obwohl sie das nicht dürfen. Ein solcher Fall war für uns Anis Amri. Denn hier in Tunesien war er allen-

* In Oueslatia.



AKOS STILLER

Fußballfan Orbán (M.) in der Pancho-Arena in Felcsút 2014*: Er entscheidet, wer reich wird in Ungarn

Ein Netz von Abhängigkeiten

Ungarn Premier Viktor Orbán schafft zur eigenen Machtsicherung eine korrupte Oligarchie im Land – und lässt dabei auch Familie und Freunde teilhaben.

Felcsút, 34 Kilometer westlich von Budapest gelegen, hat einen Kindergarten, ein Altenheim, 1812 Einwohner – und ein neues Fußballstadion mit 3800 Plätzen. Hoch erhebt sich die Pancho-Arena über die einstöckigen grauen Häuser des Dorfes.

Die Architektur des Stadions ist ungarisch bescheiden – gerundete Formen, viel Holz, Schieferzindeln auf dem Dach. Kein Bau aus Stahl und Glas. Gleich gegenüber, keine 50 Meter vom Eingang entfernt, liegt das Landhaus von Viktor Orbán, Fußballfan und Premierminister. Neben der Tür weht die ungarische Flagge.

Vom Stadion ist es nur ein Kilometer Fußmarsch zur Haltestelle der Val-Tal-Kleinbahn. Die Gleise der Bahn wurden auch mit EU-Geldern verlegt, täglich müssen Hunderte Menschen die historischen Waggons benutzen, damit die Investition sich rentiert. Doch der Bahnhof ist meist menschenleer.

Herr über diese beschauliche Idylle ist Bürgermeister Lörinc Mészárós, einer der 20 reichsten Männer Ungarns. Noch vor sechs Jahren schlug er sich als Heizungsmeister durch, bis sein Freund aus Schulzeiten, Viktor Orbán, Premier in Budapest

wurde. Mészárós Firma baute das Stadion von Felcsút, die Bimmelbahn, eine Fußballakademie für den Nachwuchs.

Heute führt er eine Hotelkette und ist an diversen Firmen beteiligt. Seinen sagenhaften Erfolg, so gibt Mészárós offen zu, habe er dem „lieben Gott“ und auch Viktor Orbán zu verdanken.

In Felcsút scheint Orbán Kindheitsträume zu verwirklichen: ein eigenes Fußballstadion, in dem er auf der Ehrentribüne die Spiele des Heimatvereins verfolgt; ein Haus mit Blick auf die Arena, in der seine Helden kämpfen; dazu eine sehr große Molleisenbahn.

In Felcsút zeigt sich aber auch, wie in einer anschaulichen Miniatur, auf welche Weise Orbán das Land regiert: Seit er vor fast sieben Jahren die Parlamentswahlen gewonnen hat, hat er den Machtapparat des Staates rigoros auf sich ausgerichtet. Er ließ ein umstrittenes Pressegesetz verabschieden, hat das Verfassungsgericht entmachtet und Ungarn ein neues Grundgesetz gegeben. Ende Dezember traf er Maßnahmen, die ihm und

der Regierung erlauben, die nationale Atomaufsicht des Landes zu umgehen.

Vor allem aber besetzt Orbán die Schaltstellen in der Verwaltung, im Sicherheitsapparat, in den staatlichen Medien, in Konzernen und bei den Gerichten mit eigenen Leuten – und ließ oft deren Amtszeiten verlängern, um die Herrschaft seiner Fidesz-Partei abzusichern. Checks und Balances, jene fein justierten Kontrollmechanismen, die die Willkür der Regierenden verhindern sollen, stören Orbáns Ego. Auch die Wirtschaft darf sich seinem Zugriff nicht entziehen.

Wichtig sind Abhängigkeiten, und so schart Orbán Oligarchen um sich, die sich nicht nur bereichern, sondern seine Macht zusätzlich abstützen. Der Premier schanzt seinen Parteigängern systematisch staatliche Kredite und öffentliche Aufträge zu. Er entscheidet, wer reich wird in Ungarn. Mittlerweile steht eine ganze Gruppe ergebener Multis bereit, die Herrschaft des Paten mit ihren Millionen abzusichern.

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht eine neue Korruptionsaffäre auffliegt. Das ist auch das Verdienst von András Decső, dem Star unter den wenigen ungarischen Investigativjournalisten. Erst vor

* Mit Bürgermeister Lörinc Mészárós und Ángel María Villar, Präsident des spanischen Fußballverbands.

zwei Monaten gelang ihm wieder ein Coup. Decsö waren Videos zugespielt worden, die das Treffen eines umstrittenen Anwalts mit Orbáns Kanzleramtsminister Antal Rogán zeigten. Dabei hatte der Politiker bestritten, dass es eine solche Zusammenkunft je gegeben habe. Eine weitere Aufnahme zeigt Geschäftsleute, die darüber debattieren, wie sie mithilfe der staatlichen Eximbank Provisionen bei einem Geschäft mit einem Atomkraftwerk einstreichen wollen.

Korruptionsverdächtige Verflechtungen unter Orbán haben ein Muster: Selbst höchste Regierungsmitglieder – Rogán gilt als die Nummer drei im Staat – sind aufs Engste mit Großunternehmen verbandelt. Öffentliche Ausschreibungen finden bei Großprojekten wohl oft nur zum Schein statt: Das unabhängige Corruption Research Center Budapest berichtet, dass immer häufiger nur ein Anbieter auftritt und vor allem jene Firmen zum Zug kommen, deren Besitzer gute Beziehungen zu Orbán pflegen.

Als junger Politiker, sagt Journalist Decsö, habe der Premier gelernt, wie wichtig gute Verbindungen in die Wirtschaft seien. Damals steckten oft kommunistische Seilschaften hinter unübersichtlichen Firmenkonstruktionen, finanzierten ihnen gewogene Parteien und dominierten die Medien. „Das war traumatisch für Orbán“, so Decsö. „Wenn Geschäfte gemacht werden, will er selbst das Sagen haben.“

Es ist ein erklärtes Ziel der Orbán-Partei Fidesz, eine „einheimische Unternehmerklasse“ zu formen, auf dass Ungarn „stark in Landwirtschaft und Industrie“ werde. Manchmal profitiert auch Orbáns Familie von der staatlichen Förderungspolitik, darunter auch sein Schwiegersohn István Tiborcz, seit 2015 mit Orbáns Tochter Rahel verheiratet. Tiborcz hatte nach seinem Jurastudium eine Elektrofirma gegründet, die im ersten Jahr nur 10 000 Euro Gewinn abwarf. Doch seit sein Schwieervater 2010 das Premierministeramt übernommen hat, geht es aufwärts: In den Jahren 2014 und 2015 erhielt das Unternehmen Aufträge für LED-Straßenbeleuchtung für rund 65 Millionen Euro. Auftraggeber waren Fidesz-Bürgermeister aus dem ganzen Land. Weil wohl auch EU-Gelder flossen, nahm die Brüsseler Antikorruptionsbehörde Olaf Ermittlungen auf.

Orbáns Schwiegersohn hat seine Anteile an der Firma inzwischen verkauft und in Land und Immobilien investiert. Schlagzeilen machte er, als er im Juli mit seiner Frau nach Bahrain reiste. Der Energieminister des Golfstaates empfing das Paar, man sprach über Ölgeschäfte. Was genau verabredet wurde, wird geheim gehalten.

Das ungarische Magazin „Forbes“ schätzte das Vermögen des Orbán-Clans schon 2015 auf insgesamt rund 6,9 Milliarden Forint (über 22 Millionen Euro). Unangenehme Nachforschungen hat die Familie kaum zu befürchten. Orbáns Partei hat Kontroll-

gremien wie den Rechnungshof und die meisten Gerichte mit eigenen Leuten besetzt. Der Generalstaatsanwalt wird öfter mit dem Premier auf der Ehrentribüne von Felcsút gesehen.

Hinderliche Gesetze hat die Partei seit Langem entschärft, etwa jenes, das Geschäftsleute, die mit der Regierungspartei finanziell verbunden sind, von Vergabeprozessen ausschließt. Fast gleichgeschaltet ist auch die vierte Gewalt. Erst im Oktober machten Orbáns Getreue die kritische Zeitung „Népszabadság“ – „Volksfreiheit“ dicht. Vize-Chefredakteur Márton Gergely hat nun kein Büro mehr, aber neue Visitenkarten. Darauf hat er vom Schriftzug seiner Zeitung die Hälfte weggestrichen, jetzt steht da nur noch „Volk“.

„Die Freiheit ist in Gefahr in Ungarn“, sagt Gergely. „Népszabadság“ war die größte politische Tageszeitung des Landes – aber Fidesz-kritisch. Das Blatt gehörte zur Mediaworks-Gruppe, die auch Regionalzeitungen betreibt. Erst behauptete die Geschäftsführung noch, man wolle die Redaktion neu aufstellen. Doch dann begannen Verhandlungen über Auflösungsverträge für die Mitarbeiter.

Seitdem ist Gergely von seinem Posten freigestellt, mit Kollegen versucht er zu klären, was passiert ist: Die Mediaworks-Gruppe gehörte einem österreichischen Geschäftsmann, der in Ungarn und auf dem Balkan Firmen kauft. Der Mann habe, so wollen Gergely und seine Kollegen herausgefunden haben, auch einen Kredit bei einer staatlichen Bank gehabt. „Damit war er erpressbar“, sagt Gergely, „und hat wohl Anweisung bekommen, uns kaltzustellen.“ Mediaworks sagt dagegen, die Schließung von „Népszabadság“ sei eine ökonomisch notwendige Entscheidung gewesen.

Wenige Wochen später verkaufte der Österreicher die Mediaworks-Gruppe an einen Konzern, der dem ehemaligen Klempner und Orbán-Freund aus Felcsút, Lörinc Mészárós, gehören soll. Dieser bestreitet, dass er etwas mit dem Kauf zu tun habe.

Die Orbán-Regierung hat sich so nicht nur einer lästigen Zeitung entledigt, sondern auch diverse Regionalblätter unter ihre Kontrolle gebracht. Dort wurden bereits einige Chefredakteure ausgetauscht. Zu Weihnachten erschienen die Zeitungen der Gruppe mit demselben Artikel auf der ersten Seite: einem demütig geführten Interview mit Viktor Orbán.

Umfragen zufolge halten 67 Prozent der Ungarn ihre Regierung für korrupt – trotzdem hat sie noch immer hohe Zustimmungswerte.

Es gibt aber auch Rückschläge, die selbst Orbán nicht verhindern kann. Sein Heimatverein, der Felcsút Akadémia FC, stieg letzte Saison in die zweite Liga ab.

Jan Puhl
Mail: jan.puhl@spiegel.de

GESTERN WELLNESS. HEUTE KULTUR. MORGEN STRAND.

Erleben Sie Urlaub neu.

7 Tage
Perlen am
Mittelmeer 1
ab 895 €* p.P.



Buchen Sie jetzt: Reisebüro •
AIDA Kundencenter +49 (0) 381/20 27 07 07 •
www.aida.de

* AIDA PREMIUM Preis bei 2er-Belegung (Innenkabine IB) im Reisezeitraum Mai bis August 2017, inkl. 150 Euro Frühbucher-Plus-Ermäßigung bei Buchung bis 31.01.2017, jeweils limitiertes Kontingent

Auszug aus dem aktuellen AIDA Katalog März 2017 bis April 2018, dessen allgemeine Reisebedingungen, Hinweise und Informationen gelten

AIDA Cruises • German Branch of Costa Crociere S.p.A. • Am Strand 3d • 18055 Rostock

AIDA



SI BARBER

Mayday

Großbritannien Ein halbes Jahr nach dem EU-Referendum hat die Regierung immer noch keine Idee, wie es weitergeht. Was genau bedeutet Brexit eigentlich? Eine Bestandsaufnahme.



ANDREW PARSONS / STUDIO X

Wohnwagen mit Union-Jack-Motiv, Regierungschefin May, Brexit-Minister Davis: Ignorante Heiterkeit trotz ungewisser Lage

Sie wollen Antworten, deshalb sind sie hier. Studenten, Rentner, Ehepaare, Männer mit Feierabendgesicht, Frauen mit Rotweinglas, 60 Leute ungefähr. Die Londoner Mittelschicht, versammelt in einer ehemaligen Kirche in Notting Hill. Sie haben eine Menge Fragen. Was passiert, wenn Großbritannien die EU verlässt? Wird das Land ärmer werden? Und überhaupt: Was für eine Gesellschaft soll hier wachsen, am Rand Europas?

Der Abend in Notting Hill kostet 26 Pfund Eintritt und trägt den Titel „Wie der Brexit Leben, Arbeit, Politik und Wirtschaft in Großbritannien verändert“. Überall schießen solche Veranstaltungen aus dem Boden. Podiumsdiskussionen, Konferenzen, jede einzelne Runde ein Beleg dafür, wie groß das Vakuum nach dem Plebisit immer noch ist, wie groß der Durst nach Antworten. Ein Dutzend Brexit-Bücher ist auf dem Markt, mindestens, im Mediengeschäft steigt die Figur des Brexit-Erklärs auf. Soll noch jemand sagen, niemand profitiere vom Austritt aus der EU.

Ein Mann in dunklem Anzug federt auf die Bühne. Anand Menon ist Professor für Europäische Politik am renommierten King's College in London. Noch ein Experte. Wenn es jemanden gibt, der die Zukunft zumindest in Umrissen kennt, dann er. Aber auch Menon wirkt ratlos. Sorry, sagt er, keine Ahnung, was geschehen wird.

26 Pfund für Antworten, die keiner kennt. Nicht an diesem Abend, nicht in Notting Hill, nirgendwo im Königreich. Die Regierung von Theresa May hat bislang nichts produziert, das auch nur entfernt darauf hindeutet, wohin die Reise geht. Stattdessen verfolgt sie eine Strategie der leeren Phrasen. „Wir werden einen Erfolg aus dem Brexit machen“, „Brexit heißt Brexit“ oder „Ich bin da, um einen guten Deal zu erzielen“.

Täglich dringen aus dem Kabinett widersprüchliche Signale. Bleibt Großbritannien Mitglied der Zollunion? Wird das Land weiter in den EU-Haushalt einzahlen? Werden EU-Bürger eines Tages abgeschoben? Anfang Dezember trat May im Persischen Golf auf das Deck eines Schiffs der Royal Navy und rief: „Ich will einen roten, weißen und blauen Brexit!“

Das alles könnte lustig sein, wenn die Planlosigkeit nicht so schwerwiegende Folgen hätte. May will in weniger als drei Monaten das formelle Austrittsgesuch aus der EU einreichen. Unterdessen steigen die Preise für Lebensmittel und Konsumgüter, auch weil das britische Pfund seit Ende Juni stark an Wert verloren hat. Die Regierung erwartet ein Haushaltsloch von 122 Milliarden Pfund in den kommenden fünf Jahren. Darunter werden besonders jene leiden, die ohnehin wenig haben. Noch im Januar will May in einer Grundsatzrede darlegen, welche Form von Brexit sie anstrebt.

Gut sechs Monate nach dem EU-Referendum befindet sich Großbritannien in einem Zustand innerer Unruhe. Von der großen Versöhnung, die die Premierministerin verspricht, ist wenig zu spüren. Selbst ihre eigenen Beamten rebellieren. Am Dienstag hat der britische EU-Botschafter in Brüssel, Ivan Rogers, entnervt hingeckelt – eine diplomatische und politische Katastrophe. Für May ist der Abgang Rogers' ein riesiger Verlust, weil er wie kein Zweiter das Brüsseler Parkett und die europäischen Partner kannte. Sein Nachfolger wird der frühere britische Botschafter in Moskau, ein Diplomat, dessen letzter Job in Brüssel sechs Jahre zurückliegt.

Außerdem stellen sich die meisten Abgeordneten im Parlament gegen einen harten Brexit. Im Unterhaus hat sich eine parteiübergreifende Koalition gebildet, die verhindern will, dass das Königreich seine Bindungen zur EU vollständig kappt.

„Ein fauler Krieg ist das“, sagt Anand Menon auf der Bühne in Notting Hill. Der Kampf zwischen Brexit-Befürwortern und -Gegnern sei dreckig wie nie. „Es ist wie 1940, nur mit Twitter.“ Wer Gewissheit

Es wirkt, als hätten sich große Teile der Regierung in einem Paralleluniversum eingerichtet.

und Sicherheit suche, solle sich mit dem Gedanken anfreunden auszuwandern.

Hinten rechts hebt sich eine zitternde Hand. „Ich besitze ein Haus in Spanien“, sagt ein älterer Mann. „Was jetzt?“

Ja, was jetzt?

Die Frage hängt über der Insel wie ein Tiefdruckgebiet. Das Merkwürdige ist, dass in Westminster, im Zentrum der Macht, trotz ungewisser Lage ignorante Heiterkeit herrscht. Wer Politikern zuhört, mit Beratern spricht und jene befragt, die für einen Brexit gekämpft haben, trifft auf eine Mauer aus guter Laune. Es wirkt, als hätten sich große Teile der Regierung in einem Paralleluniversum eingerichtet, in dem die Gesetze der Logik außer Kraft sind und in dem alle glauben, dass schon irgendwie alles gut gehen wird, wenn man nur brutal genug lächelt.

Zu beobachten war diese Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit auf dem EU-Gipfel Mitte Dezember. Die britische Premierministerin stand in Brüssel wie eine Durchsichtige zwischen den Stühlen. Um sie herum küssten sich Gipfelteilnehmer auf die Wangen, nur mit der Premierministerin wollte niemand reden, zum Abendessen war sie nicht eingeladen. Auf Twitter bekam sie den Spitznamen „Theresa No Maties“. Die Frau ohne Freunde.

May hat in den vergangenen Monaten eine erstaunliche Metamorphose vollzo-

gen. Zwar stimmte sie für den Verbleib in der EU. Aber schon wenige Wochen nach ihrem Amtsantritt wollte sie nicht einmal jenen EU-Bürgern, die in Großbritannien leben, eine Aufenthaltsgarantie geben. Im Oktober ließ sie ihre Innenministerin über Ausländerlisten spekulieren und ihren Gesundheitsminister über Entlassungen von Ärzten aus anderen EU-Ländern. Inzwischen sieht es aus, als wollte May, wie so oft bei Konvertiten, die ehrgeizigste Brexit-Kämpferin der Insel sein.

In ihrer Neujahrsrede milderte sie den Ton zwar ein wenig und sprach von einem „wirklich vereinigten Britannien“, das sie bauen wolle. Politisch bleibt sie aber auf der Seite der Hardliner. Wenn sie in Brüssel am Verhandlungstisch sitze, sagte sie, dann in dem Bewusstsein, den richtigen Deal für Großbritannien herauszuschlagen.

Auf der Insel hilft ihr die Aura der Härte, auch weil die rechte „Daily Mail“ mit dreieinhalb Millionen Lesern auf ihrer Seite steht. Im Rest Europas aber schadet ihr das. Großbritannien ist auf das Wohlwollen anderer EU-Länder angewiesen, wenn May bis 2019 die Trennungsgespräche abschließen will. Darüber hinaus muss sie die Zeit überbrücken, bis ein britisch-europäischer Freihandelsvertrag steht.

Allmählich sickert auch im Brexit-Lager die Erkenntnis durch, dass es die komplette Abkapselung von der EU, von der viele träumten, nie geben wird. Selbst Handelsminister Liam Fox sagte vor Kurzem, dass das Königreich doch Teilmitglied der Zollunion bleiben könnte. „Im Moment ist alles und nichts möglich“, sagt Stephen Booth. Er bittet in ein mit Papierstapeln und Pappkartons vollgestopftes Büro nahe Downing Street. Hier sitzt der Thinktank „Open Europe“, eine kleine, regierungsnahe Organisation mit sechs Mitarbeitern, die im Referendum eine zentrale Rolle spielte. Booth und seine Kollegen speisen Ideen in das Machtgetriebe ein und bereiten für die Regierung politische Optionen vor. „Open Europe“ tritt für eine Ausdehnung der Freihandelszone ein, gegen Protektionismus und die zentralisierte Bürokratie in Brüssel. Also für ein Europa minus EU.

Booth sagt, die Debatte um den Austritt sei zu eindimensional. Sie drehe sich zu sehr um Binnenmarkt, Zollunion und Geld. Stattdessen sollte die britische Regierung den Blick weiten und grundsätzlicher über die Sicherheit des Kontinents sprechen, über Strategien gegenüber Russland und Syrien, über die britischen Migranten auf dem Kontinent und die europäischen auf der Insel. Themen, bei denen die Briten etwas zu gewinnen haben.

„Wir wollen weiter eine Rolle in Europa spielen“, sagt Booth. Es ist ein Appell an May, endlich eine Europastrategie zu entwickeln. Von der Ausweitung der Brexit-Debatte auf Sicherheit und Außenpolitik

würde Großbritannien profitieren, glaubt Booth. Das Problem ist, dass die Regierung schon jetzt an die Grenzen der Leistungsfähigkeit stößt. Der Apparat hat zu wenige Leute zur Verfügung. Die Zahl der Regierungsbeamten ist in den vorigen Jahren durch Kürzungen auf den niedrigsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg gesunken.

Neben der Premierministerin wird im kommenden Jahr ein Mann im Mittelpunkt stehen, den außerhalb Westminsters nicht viele kennen. Weißes Haar, hohe Stirn, maliziöses Lächeln. David Davis tritt an einem trüben Nachmittag in einen Konferenzraum im Parlament. Als Brexit-Minister muss er das Beste aus dem Chaos machen. Aus dem Halbrund vor ihm schauen ihn 21 Abgeordnete des Brexit-Ausschusses an. Die Parlamentarier sollen Davis und sein Ministerium kontrollieren, leider gibt es nicht viel, was sie kontrollieren können. Auch Davis hat keinen Plan. Vielleicht wirkt er deshalb so unbeschwert.

Erste Frage: Wann wird er einen Plan für die Brexit-Verhandlungen vorlegen?

„So bald wie möglich“, sagt Davis. Aber bestimmt nicht vor Februar.

Strebt er eine Übergangsregelung an, bis ein Freihandelsvertrag steht?

„Hängt davon ab, was Sie unter einer Übergangsregelung verstehen.“ Er strahlt.

Was passiert, wenn sich die EU und Großbritannien nach zwei Jahren nicht auf einen Deal einigen können?

„Wir bereiten uns auf alle möglichen Szenarien vor.“ Konkreter wird er nicht.

Davis ist 68, das Brexit-Ministerium könnte sein letzter Job sein. Warum soll er sich im Herbst seiner Karriere die Laune verderben lassen? Er spricht von der Türkei, der Zollunion, Gibraltar und der Europäischen Medizinagentur mit der Unbekümmertheit eines Mannes kurz vor der Rente. Sein Ministerium beschäftigte 330 Mitarbeiter, sagt er, die Besten des Landes. Nach zwei Stunden und 123 Fragen sind die Abgeordneten so schlau wie zuvor.

Sechs Verhandlungskomplexe muss die Regierung in den kommenden Jahren bewältigen: die aufwendige Trennung von der EU, einen britisch-europäischen Freihandelsvertrag, ein Interimsabkommen, einen eigenen Sitz in der Welthandelsorganisation. Dazu Gespräche mit 53 Staaten, die mit der EU Handelsverträge geschlossen haben, sowie Beratungen über die künftige Kooperation mit der EU in Polizei-, Geheimdienst- und Sicherheitsfragen. Es werden die kompliziertesten Verhandlungen der britischen Geschichte, es geht um Tausende Seiten von Dokumenten.

Erstaunlich ist, dass auch jene schweigen, die im Vorfeld des Referendums besonders laut waren. Boris Johnson, der Außenminister, hielt zwar Anfang Dezember eine außenpolitische Grundsatzrede über das „Globale Britannien“. Aber eine prä-

zise Vorstellung, wie die Verhandlungen mit der EU laufen sollen, hat auch er nicht.

Die eigentliche Arbeit am Brexit findet nicht im Ministerium von David Davis statt, sondern in 10 Downing Street. Dort hat Theresa May einen Kabinettsausschuss ins Leben gerufen, der die Leitlinien zum Brexit vorbereitet und Entscheidungen trifft. Das Gremium ist die Keimzelle der Regierungsarbeit. Es tagt geheim und hat zwölf Mitglieder, besetzt zu gleichen Teilen mit Brexit-Befürwortern und -Gegnern. Offenbar dämmert aber auch diesem Ausschuss, wie gewaltig die Aufgabe ist. Die „Times“ zitiert einen Teilnehmer mit den Worten: „Jeder gibt seinen Senf ab, die Premierministerin fasst zusammen, und am Ende stolpern alle nach draußen und sagen, wie kompliziert das Ganze sei.“

Theresa May weiß, dass sie daran gemessen werden wird, ob mit dem Brexit eindeutige Verbesserungen für Großbritannien einhergehen. Mindestens drei Dinge muss sie verhandeln: Erstens muss sie die Zahl der EU-Einwanderer reduzieren,



Britischer EU-Botschafter Rogers in Brüssel

Selbst die eigenen Beamten rebellieren

die auf die Insel kommen; zweitens darf der Europäische Gerichtshof keinen Einfluss mehr auf britische Gesetze haben; und drittens muss der britische Beitrag zur EU deutlich unter den 11,5 Milliarden Euro liegen, die London 2015 nach Brüssel überwiesen hat. Weniger könnte sie den Hardlinern und der „Daily Mail“ nicht verkaufen.

Daniel Hannan sagt, Großbritannien habe zwei Optionen. Entweder gewähre die EU dem Königreich mit Einschränkungen weiterhin Zugang zum Binnenmarkt. Oder es komme zum kalten, harten Brexit.

Hannan sitzt für die Tories im Europaparlament und ist der Vordenker der Brexit-Bewegung. Eines seiner Hobbys ist, Zeilen toter englischer Dichter in seine Reden einzuflechten, was seiner Sprache blumige Opulenz verleiht. Hannan war derjenige, der seit Mitte der Neunzigerjahre die absurde Vorstellung, Großbritan-

nien könne die EU verlassen, vom Undenkbaren in den Bereich des Möglichen hob. Brexit war sein Leben.

Er schrieb Bücher gegen die EU-Mitgliedschaft und überzeugte Parteidreunde von seinem Kampf. Im Gegensatz zu Nigel Farage, der den Geruch des Pub-Proleten nie abschütteln konnte, redete Hannan über Freihandel. Sein Traumland hat niedrige Steuern, wenige Regeln, eine kleine Verwaltung und, wie Hannan sagt, einen „stromlinienförmigen Wohlfahrtsstaat“.

Für ihn ist der Brexit, als würde ein Gefangener nach Jahrzehnten in einer Zelle in die Sonne treten. Hannan ist Romantiker und wie alle Puristen, die gut reden können, nicht ungefährlich. Sollte die britische Regierung von den Europäern nicht bekommen, was sie möchte, müsste sie die Unternehmenssteuern drastisch senken, um konkurrenzfähig zu bleiben, sagt er. Hannan erwartet dann „eine radikale Volkswirtschaft, ähnlich wie Singapur“.

Klagen über die Unsicherheit nach dem Brexit-Votum sind für ihn das Gejammer von Defätiisten. Und steigende Preise ein notwendiges Übel auf dem Weg in ein goldenes Morgen. „Natürlich gibt es Gewinner und Verlierer bei einer Währungsschwankung“, sagt er. Aber ihm fallen auch Firmen ein, die Investitionen angekündigt haben. „McDonald's zum Beispiel hat seine Zentrale von Luxemburg nach London verlegt.“

Wenn man Hannan zuhört, könnte man denken, der Brexit sei nach dem gewonnenen Zweiten Weltkrieg der nächste Glücksfall. Doch auch er bleibt vage, was die Zukunft angeht. In seinem jüngsten Buch argumentiert er für die Mitgliedschaft in einer reformierten Efta. Das Ziel ist eine wenig regulierte Freihandelszone, dazu bilaterale Abkommen mit Staaten wie Indien, Australien oder Kanada.

Wie geht es weiter? Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Gespräche zwischen der EU und den Briten scheitern. Es kann sein, dass der Austritt zum Desaster wird, für beide Seiten. Es kann auch sein, dass der Brexit in einer gigantischen Karambolage endet, wie ein Kommentator der „Financial Times“ befürchtet. All das könnte passieren. Man weiß es aber nicht.

Den Brexit-Gegnern hilft das. Gerade haben einige vor dem High Court eine weitere juristische Offensive gegen die Regierung gestartet, um den harten Bruch mit der EU zu verhindern. Die Kämpfe werden härter. Die Verlierer des Referendums wollen sich nicht geschlagen geben, während einige Gewinner in angenehmen Positionen sitzen oder Beratungsfirmen gründen.

Daniel Hannan war gerade in den USA, Guatemala und Kolumbien, um für Freihandel zu werben. Er will eine Stiftung gründen. Er trägt den Brexit in die Welt.

Christoph Scheuermann
Twitter: @chrischeuermann

Ranking der Tennis-Weltranglistenersten nach Anzahl der Führungen zum Jahresende

Frauen seit 1975

Steffi Graf Deutschland	10
Martina Navrátilová USA	9
Chris Evert USA	8
Serena Williams USA	7
Lindsay Davenport USA	6
Monika Seles Jugoslawien/USA	5
Martina Hingis Schweiz	4
Justine Henin Belgien	3
Caroline Wozniacki Dänemark	2
Jelena Janković Serbien	1
Victoria Azarenka Weißrussland	1
Angelique Kerber Deutschland	1



Männer seit 1973

Pete Sampras USA	10
Jimmy Connors USA	9
Roger Federer Schweiz	8
John McEnroe USA	7
Ivan Lendl Tschechoslowakei	6
Novak Djoković Serbien	5
Rafael Nadal Spanien	4
Stefan Edberg Schweden	3
Björn Borg Schweden	2
Ilie Năstase Rumänien	1
Mats Wilander Schweden	1
Jim Courier USA	1
Andre Agassi USA	1
Gustavo Kuerten Brasilien	1
Andy Roddick USA	1
Andy Murray Großbritannien	1

Tennis Vorteil Kerber

Wer am Ende eines Jahres die Tennis-Weltrangliste anführt, gilt als wahre Nummer eins. 2016 hat dies zum ersten Mal die in Bremen geborene Angelique Kerber geschafft. Sie ist auch Favoritin für die Australian Open, die in der übernächsten Woche in Melbourne beginnen. Seit Einführung der Weltrangliste ist Kerber die zweite Deutsche, die es nach ganz oben geschafft hat. Erfolgreichste Spielerin aller Zeiten ist Steffi Graf. Bei den Männern brachte es Boris Becker auf sechs Grand-Slam-Siege. Er ist der einzige Deutsche, der die Weltrangliste anführte. Das war 1991 für insgesamt zwölf Wochen. Es gelang ihm nicht, die Führung bis zum Jahresende zu behalten.



Magische Momente

„Ich kriege Gänsehaut“

Kai Häfner, 27, aus Hannover warf Deutschland vor einem Jahr ins Finale der Handball-Europameisterschaft.

SPIEGEL: Im Halbfinale der Handball-Europameisterschaft 2016 erzielten Sie Sekunden vor dem Ende der Verlängerung das 34:33 gegen Norwegen. War es das wichtigste Tor Ihres Lebens?

Häfner: Es war eine extreme Situation, und ich werde diesen Moment niemals vergessen. Ich kriege eine Gänsehaut, sobald ich daran denke. Allerdings war das nur möglich, weil Rune Dahmke kurz vor dem Ende der regulären Spielzeit der Ausgleich für uns gelungen war. Es waren unglaublich schöne Erlebnisse.

SPIEGEL: Eigentlich hätten Sie gar nicht dabei sein sollen, Trainer Dagur Sigurdsson

hatte Sie vor der EM aus dem Kader gestrichen.

Häfner: Das war bitter. Ich hatte mich wahnsinnig auf mein erstes großes Turnier gefreut, und dann kam die Absage.

SPIEGEL: Dann verletzte sich Steffen Weinhold, und Sie wurden nachnominiert.

Häfner: Ich saß zu Hause auf der Couch und sah im Fernsehen, was passierte. Kurz danach ging eine SMS von Teammanager Oliver Roggisch ein: Halt dich bereit! Am nächsten Morgen flog ich nach Krakau.

SPIEGEL: Im Endspiel dominierten die Deutschen dann gegen Spanien, obwohl sie krasser Außenseiter waren. Wie war das möglich?

Häfner: Es klingt vielleicht komisch, aber vor dem Spiel konnte man schon im Bus und in der Kabine spüren, dass uns an diesem Tag keiner aufhalten konnte. Wir wa-



ren so selbstbewusst, so motiviert und so fokussiert – die Atmosphäre war eindeutig.

SPIEGEL: Erinnert Sie zu Hause etwas an Ihren Triumph?

Häfner: Es gibt ein Foto, da küsse ich im Jubelchaos die Schale – das Bild steht in meinem Arbeitszimmer.

SPIEGEL: In der kommenden Woche beginnt die WM in Frankreich. Sorgen Sie wieder für eine Sensation?

Häfner: Der Überraschungseffekt der EM lässt sich nicht wiederholen. Es wird schwer, wir respektieren jeden Gegner. Und wenn es am Ende die Chance gibt, gegen Frankreich Revanche zu nehmen für die Halbfinalniederlage bei den Olympischen Spielen in Rio, bin ich bereit. pk



Tims Mutter auf dem Fußballplatz
des TuS Holstein Quickborn

MARTIN LUKAS KIM / DER SPIEGEL

Tatort Sportplatz

Missbrauch Junge Sportler sind besonders gefährdet, Opfer sexueller Gewalt zu werden. Doch die Vereine kümmern sich zu wenig – einem Jungen aus Schleswig-Holstein wurde das offenbar zum Verhängnis.

Es ist ein Samstagvormittag im Sommer 2015, als Tim es nicht mehr aushält. Der Neunjährige sitzt bei seiner Mutter im Auto. Sie sind auf dem Weg zum Auswärtsspiel in Bönningstedt, einer Gemeinde in Schleswig-Holstein, als es aus Tim herausplatzt: „Mama, ich will nicht mehr zum Fußball gehen.“

Christine J. ist verdutzt, ihr Sohn liebt Fußball. Zweimal die Woche trainiert er beim TuS Holstein Quickborn, keine fünf Minuten von zu Hause entfernt. Als sie ihn fragt, warum er keine Lust mehr auf Fußball habe, fängt Tim an zu weinen. Dann sagt er: „Weil mich der Trainer immer anfasst.“

Ein Satz, ganz leise gesprochen, und doch wie ein Knall.

Noch am selben Tag erzählt Tim, dessen richtiger Name anders lautet, erst seiner Mutter und dann der Polizei, wie ihn sein Fußballtrainer Kai H. monatelang missbraucht hat. Wie ihn der damals 41-Jährige auf die Rückbank seines schwarzen Ford

zwang, ihm die Hose herunterzog und die Pobacken auseinanderdrückte. Und wie dann etwas Kaltes „irgendwie reingegangen“ sei.

Tim berichtet, dass Kai H. ihn öfter vom Training nach Hause fuhr. Dass er ihm dann die Hose geöffnet, seinen Penis gestreichelt habe. Er habe alles probiert, um seinen Trainer abzuwehren, er habe Stopp gesagt, seine Hände schützend in den Schoß gedrückt, doch Kai H. habe sie zur Seite geschoben. Einmal habe H. ihm sogar in den Penis gekniffen. „Mein Trainer war süchtig nach ‚Massieren‘“, sagt Tim. So nannte Kai H. das.

H. verging sich an mindestens zwei weiteren Kindern aus dem Verein, sie waren erst fünf und sieben Jahre alt. 15 Taten zwischen 2013 und 2015 ermittelte die Staatsanwaltschaft: Der Übungsleiter griff ihnen im Trainingslager unter das T-Shirt, tätschelte sie. Einem Jungen folgte er in der Sporthalle des Vereins auf die Toilette, schloss die Kabinentür ab und befummelte

ihn an den Genitalien. So steht es im Urteil des Landgerichts Itzehoe mit dem Aktenzeichen 317 Js 19559/15.

Fälle sexueller Gewalt wie in Quickborn sind ein Tabuthema im deutschen Sport, dabei kommen sie immer wieder vor. Genaue Zahlen gibt es nicht, wie verbreitet der Missbrauch in Turnhallen, Umkleidekabinen oder auf dem Nachhauseweg ist. Zwangsläufig, denn die meisten Opfer zeigen ihre Täter nie an, sie sind traumatisiert oder haben niemanden, dem sie sich anvertrauen können.

Fachleute sagen, dass die Gefahr, Opfer von Missbrauch zu werden, im Sport besonders hoch ist. Auch die Dunkelziffer soll hier besonders groß sein.

Ein Grund dafür ist die Körperlichkeit, die ausgeprägter ist als in anderen Bereichen, in denen sich Minderjährige aufhalten. Es ist normal, wenn Trainer Kinder anfassen, etwa um ihnen beim Turnen über den Bock zu helfen. Es gibt Umarmungen beim Jubeln, Umarmungen beim

Trösten. Die Kinder ziehen sich in der Sporthalle um. Sie duschen, manchmal mit den Trainern zusammen.

Ein weiterer Grund ist die Hierarchie: Der Trainer entscheidet über die Aufstellung der Teams, er kann drohen, jemanden auf der Bank sitzen zu lassen, oder versprechen, jemanden aufzustellen. Die Macht, die Täter auf diese Weise ausüben können, ist immens. Auch die Kumpeligkeit und Kameradschaft, die im Sport herrscht, ist ein Risikofaktor. Täter können ihren Missbrauch dadurch gut und lange vertuschen.

In den vergangenen Monaten haben Forscher der Sporthochschule Köln und des Universitätsklinikums Ulm flächendeckende Daten generiert. Sie befragten rund 1800 Kaderathleten ab 16 Jahren aus 128 Sportarten zu ihren Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt. Demnach hat etwa ein Drittel der Sportler schon einmal Übergriffe erlebt. 18 Prozent der Befragten berichteten von unangemessenen Berührungen oder Massagen. Drei Prozent gaben an, unerwünscht geküsst oder sogar vergewaltigt worden zu sein.

Auch die Vereine wurden in die Studie einbezogen. 220 von gut 13 000 Vereinen, die dazu überhaupt Auskunft gaben, teilten mit, in den vergangenen fünf Jahren Beschwerden über sexuellen Missbrauch erhalten zu haben. „Das klingt erst einmal nach einer kleinen Zahl“, sagt Studienleiterin Bettina Rulofs von der Sporthochschule Köln. Rechne man diese aber auf rund 90 000 Vereine in Deutschland hoch, ergebe das knapp 1540 Vereine, in denen Fälle sexualisierter Gewalt gemeldet wurden.

Rulofs hofft, dass das Ergebnis der Untersuchung als Aufforderung verstanden wird, endlich zu handeln. Denn: Lediglich die Hälfte der befragten Vereine hält das Thema sexuelle Gewalt überhaupt für relevant. Nur ein Viertel fordert von seinen ehrenamtlichen Übungsleitern ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis, in dem maßgebliche Straftaten aufgelistet sind.

Dabei hatte die Bundesregierung nach den 2010 öffentlich gewordenen Fällen von Kindesmissbrauch in Reformsschulen und kirchlichen Einrichtungen das Kinderschutzgesetz reformiert. Es legt fest, dass alle, die in der Jugendhilfe arbeiten wollen, jenes erweiterte Führungszeugnis vorlegen müssen. Doch nur wenige Sportvereine haben diese Regel für sich übernommen.

Auch dem TuS Holstein Quickborn, in dem Kai H. arbeitete, genügte ein einfaches Führungszeugnis. Es sei „ohne Makel“ gewesen, sagt der Verein, auch ein erweitertes Zeugnis hätte keine besseren Hinweise gegeben. Zudem habe H. den Ehrenkodex des Vereins unterschrieben, den er selbst mitentworfen habe. Darin hätten Regeln im Umgang mit den anvertrauten Kindern gestanden.

H. pflegte sein Image als engagierter Übungsleiter. Wie die meisten Missbrauchstäter suchte er seine Opfer offenbar systematisch aus. Er wählte Kinder alleinerziehender Mütter. Die Frauen waren dankbar für sein Engagement, freuten sich über eine Vaterfigur für ihr Kind. Und H. ersparte sich misstrauische Ehemänner.

Christine J., Tims Mutter, klein, lange blonde Haare, lebt vom Vater ihres Sohnes getrennt. Die 33-Jährige sitzt im Schneidersitz auf der Couch, an den gelben Wänden ein Dutzend Fotos von Tim, daneben ein Lebkuchenherz. Darauf steht: „Ich hab dich so lieb.“ Ihre Stimme bebt, wenn sie davon erzählt, wie klebrig die Nähe des Trainers zu ihrem Kind war, wie perfide seine Absichten, ohne dass sie es bemerkte. J. nickt Richtung Terrasse: „Dort draußen haben wir im Sommer zusammen gegrillt“, sagt sie, „ich dachte, der Kai verbringt so viel Zeit mit Tim, weil er selbst keine Kinder hat.“

Kai H. fuhr Tim nicht nur vom Training nach Hause, er zeigte ihm auch die Affen im Zoo, ging mit ihm Kart fahren und krameln im Kletterpark. Er versprach dem großen Manuel-Neuer-Fan sogar den Besuch eines Spiels beim FC Bayern München.



Opfer Tim, Vereinsheim in Quickborn
„Mein Trainer war süchtig nach ‚Massieren‘“

Dort könne man ja übernachten, schlug der Trainer vor. „Zum Glück kam es nie so weit“, sagt seine Mutter heute. Kurz vorher erzählte Tim ihr von den Übergriffen.

Kai H. war ein „Berufsjugendlicher“, wie es manche Missbrauchsexperten nennen – ein Erwachsener, der mit Kindern alles teilt, statt Grenzen zu setzen. So erschlich er sich Tims Vertrauen und damit auch das seiner Mutter. Als er das geschafft hatte, begann er, Tim gefügig zu machen.

Damit der Neunjährige niemandem von den Taten erzählt, drohte Kai H. ihm, keine Ausflüge mehr mit ihm zu machen oder ihn aus dem Verein zu werfen. Wie ernst er das meinte, zeigte er ihm am Wochenende, wenn er ihn bei Fußballspielen nicht einsetzte. Dann wieder war er besonders nett zu Tim, schenkte ihm sogar eine Spielzeugdrohne. Als Gegenleistung verlangte er aber, „massieren“ zu dürfen, so erzählte es Tim später. Der Trainer habe immer wieder von ihrem „Geheimnis“ gesprochen. Tim behielt das Geheimnis mehrere Monate für sich.

„Jungs verheimlichen Missbrauch oft, weil sie sich für ihre Wehrlosigkeit schämen“, sagt Stefan Port von der Münchener Beratungsstelle KIBS, „sie haben Angst, als Opfer unmännlich zu wirken.“ Dazu kommt die Sorge, bei Erwachsenen kein Gehör zu finden. Kinder, die missbraucht worden sind, müssen im Schnitt sieben Leute ansprechen, bevor ihnen jemand glaubt, sagt Port.

Umso wichtiger wäre es, Ansprechpartner in den Vereinen zu benennen. Doch nur wenige Vereine tun dies bisher. Stattdessen schauen sie weg und schweigen, mal aus Personalmangel, mal aus Loyalität, mal aus Abhängigkeit, mal aus Angst. Sie fürchten, unschuldige Trainer vorzuverurteilen, wenn sie Hinweisen nachgehen. Eine „unerträgliche Kultur des Wegsehens“ nennt dieses Verhalten Johannes-Wilhelm Rörig, der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung.

Gerade wenn Ehrenamtliche beteiligt sind, schrecken Klubs oft davor zurück, Schritte einzuleiten. Zum einen brauchen sie die Helfer. Zum anderen werden sie sie schlecht los, solange es keine eindeutigen Beweise gibt. Ehrenamtlichen kann man schließlich nicht einfach kündigen. So gab es in Hamburg einen Fall, in dem ein ehrenamtlicher Betreuer immer weiter zum Training erschien, obwohl die Vereinsleitung ihn gebeten hatte, nicht mehr zu kommen. Die Familie des Opfers wollte keine Anzeige erstatten, der ehrenamtliche Trainer drohte mit einem Verfahren wegen Rufschädigung – und der Verein hatte nichts in der Hand.

Auch der Leistungssport ist nicht gefeit vor Missbrauchsfällen – im Gegenteil. Zwar gibt es dort weniger Ehrenamtliche, dafür aber vielfach ausgezeichnete Profi-

MARTIN LIUKAS/KIM/DER SPIEGEL

trainer, die für Großmeister gehalten werden. Eltern haben kaum Einblick in Internate und Sportzentren, wo das körperliche und seelische Befinden dem Siegen geopfert wird. Hier sind die Abhängigkeiten noch größer als im Freizeitsport: Wenn Sportler seit früher Kindheit jeden Tag trainieren, geben sie ihre Sportlerkarriere nicht so schnell auf. Die Täter wissen das.

„Im Leistungssport gibt es eine kollektive Schweigehaltung“, sagt Thomas Schnitzler, Privatdozent der Sportwissenschaft, der sich mit Kindesmissbrauch im Sport befasst und dazu Fachartikel publiziert. Sein Fazit: „Sport ist, was Missbrauch angeht, gemeingefährlich für Kinder.“ Je erfolgreicher ein Athlet sei, desto größer sei das Risiko, Opfer sexuellen Missbrauchs zu werden. Zudem sähen die Opfer, dass die Täter „völlig unangemessen“ bestraft würden, sagt Schnitzler – und oft zurück in den Sport fänden.

Dafür gibt es viele Beispiele, zu viele. So sagten etwa sieben Jungen in Süddeutschland gegen ihren Eishockeytrainer aus, Anklage wurde dennoch nicht erhoben. Bei anderen Vereinen arbeitete er als Jugendtrainer weiter – und spielt heute in der zweiten Eishockeybundesliga.

Oder aber der Fußballtrainer, der bereits vor 22 Jahren wegen sexuellen Missbrauchs eines Mädchens verurteilt worden war, aber als Jugendtrainer weiter arbeiten durfte. Vor drei Jahren verging er sich in Nordrhein-Westfalen an vier Jungen aus seinem Team, sie mussten ihn per Hand befriedigen. Einem drohte er mit analer Vergewaltigung, wenn er dies nicht tue. Urteil: drei Jahre und zehn Monate Haft.

Oder der Eiskunstlauftrainer, der 1995 in Stuttgart wegen sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen in elf Fällen sowie Körperverletzung in zwei Fällen zu zwei Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung und drei Jahren Berufsverbot verurteilt wurde. Er hatte zwei seiner Sportlerinnen missbraucht und männliche Kaderläufer aufgefordert, es ihm nachzutun. Der Eiskunstlaufverband nominierte ihn dennoch für die Olympischen Winterspiele in Vancouver und Sotschi. Seine Teilnahme scheiterte nur, weil der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) ihn nicht mitnahm.

Sexuelle Gewalt an Nachwuchssportlern ist international weit verbreitet. Kürzlich wurde im britischen Fußball ein Missbrauchsskandal gewaltigen Ausmaßes bekannt. Ehemalige Amateure und Profis berichteten, wie sie früher von Trainern vergewaltigt worden waren. Bislang haben sich über 420 Betroffene gemeldet, sie sind meist männlich, aus über 100 Klubs. Auch die USA erschütterten im vergangenen Jahr Berichte über Turntrainer, die in einem Zeitraum von 20 Jahren minde-

tens 368 Minderjährige sexuell missbraucht hatten.

Welche Folgen solche Taten für die Opfer und ihre Familien haben können, erzählt Tims Mutter. In nur wenigen Monaten war aus ihrem fröhlichen Jungen ein Kind geworden, das schnell weinte und grundlos Klassenkameraden schubste. Tim wurde schlechter in der Schule, verkroch sich tagsüber in sein Zimmer, nachts quälte ihn Kai H. in seinen Träumen. Noch heute zuckt Tim auf der Straße zusammen, wenn er ein Auto sieht, das H.s Wagen ähnelt, erzählt seine Mutter. Sie legt die Hände ineinander und drückt sie zusammen, bis die Fingerspitzen weiß anlaufen.

Christine J. versuchte, in Tims schwächsten Stunden stark zu bleiben. Schreiben von der Polizei und vom Anwalt, Gerichtstermine, ihren Sohn zur Psychotherapie begleiten, all dies ertrug sie. Doch es blieb nicht ohne Folgen: Sie verlor ihren Job in der Geschäftsleitung einer Bäckerei. Ihr Freund verließ sie, die Miete für die Wohnung muss sie seither allein stemmen. Mittlerweile hat sie mehrere Tausend Euro Schulden. Doch es geht aufwärts, versichert sie: Sie hat eine neue Stelle.

Sie selbst versucht, ohne Therapie auszukommen. Sie mache das mit sich aus,

Man wolle vorerst nichts gegen H. unternehmen, weil eine falsche Verurteilung „gefährlich“ wäre.

sagt J. Doch es zieht an ihr. Männer könne sie im Moment nicht an sich heranlassen.

Tims Mutter konzentriert sich erst mal auf etwas anderes: Der Verein solle sich seiner Verantwortung stellen. Deshalb erzähle sie die Geschichte noch einmal. „Für mich ist der Verein der Hauptschuldige“, sagt sie. Die Vereinsspitze hätte den Missbrauch verhindern können. Doch sie habe „sich feige vor der Verantwortung gedrückt und nichts unternommen“.

Der TuS Holstein Quickborn habe von den Umtrieben des Trainers Kai H. gewusst, bevor Tim dort überhaupt Mitglied wurde. Ein Kotrainer habe dem Vorstand bereits zwei Jahre vor ihrer Anzeige berichtet, wie Kai H. Spielern in einem Trainingslager bis in die Toilettenkabine und die Dusche gefolgt sei, wo er einen Jungen eingeseift habe.

Der stellvertretende Vereinschef stellte Kai H. damals zwar zur Rede, ließ sich aber von ihm überzeugen, dass er sich nur „zu intensiv“ um die Kinder gekümmert habe. Sexuelles Interesse? Habe Kai H. entschieden von sich gewiesen. So steht es in einer E-Mail aus Vereinskreisen vom August 2013, die dem SPIEGEL vorliegt. Darin heißt es weiter, man wolle vorerst nichts

gegen H. unternehmen, weil Beweise fehlten und eine falsche Verurteilung „gefährlich“ wäre. Kai H. blieb.

Der Vorstand des Vereins sagt gegenüber dem SPIEGEL, zwei Trainer hätten 2013 „vage Hinweise“ zu H. gegeben. H. habe aber eine plausible Erklärung dafür gehabt, dass er ein Kind abduschte, das sich eingenässt hatte. Der Vorstand sei erstmals im Mai 2014 informiert worden. Es hätten jedoch keine Informationen vorgelegen, die es gerechtfertigt hätten, zur Polizei zu gehen oder H. freizustellen.

Bundeseinheitliche und vor allem bindende Regeln im Umgang mit solchen Fällen fehlen. „Beim Kinderschutz kocht in Deutschland jeder Verein sein eigenes Süppchen“, sagt Michaela Regele, Vorsitzende der Münchner Sportjugend. So müsse in München jeder Verein Führungszeugnisse von Trainern einfordern, um aus Fördertöpfen schöpfen zu können. „Aber schon im Landkreis sieht das ganz anders aus“, sagt Regele, „das ist frustrierend.“

Dabei gibt es Länder, die zeigen, wie es gehen könnte. Großbritannien beispielsweise: Fördergelder bekommt dort nur der Verein, der die nationalen Jugendschutzauflagen erfüllt, außerdem hat jede Sportart einen Kinderschutzbeauftragten ernannt. Dadurch habe sich eine „Kultur des Hinschauens“ entwickelt, sagen britische und deutsche Missbrauchsforcher. Außerdem gibt es seit 2010 eine Behörde gegen Kindermisshandlung. Dort müssen sich alle melden, die Minderjährige außerhalb der eigenen Familie betreuen. Ihre Personalien werden auf Vorstrafen und einen verdächtigen Lebenswandel wie allzu häufige Ortswechsel geprüft.

Deutschland baut weiterhin auf die Eigeninitiative der Verbände und Vereine. Mit der Beratungsstelle Zündfunke veranstaltet etwa die Hamburger Sportjugend zwölftmal im Jahr Schulungen. „Trainer müssen ein Gefühl dafür bekommen, wo sexuelle Gewalt beginnt“, sagt Christina Okeke von Zündfunke. Kompliziert sind die Graubereiche. Was muss ich beachten, wenn Kinder sich umziehen? Wenn sie duschen? „Hier brauchen wir klare Regeln.“

Der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung Rörig müht sich seit Jahren, die Vereine zu mehr Prävention zu motivieren. Schon 2012 unterzeichnete der DOSB eine Vereinbarung mit ihm, die Empfehlungen des runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch umzusetzen. Das Problem: Der DOSB ist lediglich der oberste Dachverband. Das heißt noch lange nicht, dass alle 16 Landessportbünde, die 63 Spitzenverbände und die 20 noch dazugehörigen Sportverbände die Regelungen umsetzen. Bis zu jedem einzelnen Verein sind sie jedenfalls noch nicht durchgedrungen.

„Wir brauchen eine Verstärkung des Engagements auf allen Ebenen“, fordert



MARTIN LUKAS KIM / DER SPIEGEL



MARTIN LUKAS KIM / DER SPIEGEL

Hütte im Bayerischen Wald, Opfer Andrea H.: Immer wieder in den Schritt gefasst

Rörig. Ihm schwebt vor, prominente Botschafter zu gewinnen: „Es wäre schön, wenn bekannte Sportler, wie zum Beispiel die Spieler der Nationalelf, helfen, das Tabu zu brechen und Betroffene zum Sprechen zu ermutigen.“ Rörig will Aufmerksamkeit, um das Schweigen zu beenden.

Das ist auch deswegen wichtig, weil sexuelle Gewalt die Opfer oft ein Leben lang begleitet, so wie im Fall von Andrea H. und ihrer Freundin Julia D. (Name geändert) aus Zwiesel im Bayerischen Wald. Anfang der Neunzigerjahre hatte ein Skilehrer aus dem Ort Andrea H. am Lift immer wieder in den Schritt gefasst. An Julia D., damals elf Jahre alt, verging er sich bei einer Radtour. Hinter einem Baum fuhr er ihr mit der Hand in die Hose, drang mit dem Finger in sie ein, zwang sie, ihn anzufassen. Jahrelang konnte sie niemandem davon erzählen.

Andrea H., 34, macht sich bis heute Vorwürfe, ihre Freundin Julia D. mit auf die Radtour genommen zu haben. Auch Julia D. hat den Vorfall nie völlig verarbeitet. Als Erwachsene habe sie lange Zeit keinen Sex haben können, litt an Verfolgungsängsten, wurde schnell aggressiv, erzählt sie. Sechs Monate Therapie halfen kaum: „Ich bekomme das nicht aus dem Kopf.“

Der Skilehrer, den die Frauen damals als „freundlichen, kumpelhaften Typ“ erlebten, wurde für den Missbrauch an drei Kindern zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten auf Bewährung verurteilt. Als Julia D. ihn vor ein paar Jahren nachträglich anzeigen wollte, teilte man ihr mit, dass die Taten verjährt seien. Der Trainer half Kindern da längst wieder in den Lift.

Den Fußballtrainer Kai H. verurteilte das Landgericht Itzehoe vergangenen Februar zu 22 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung. Die Begründung für die geringe Strafe: H. habe zwar aus sexuellem Interesse gehandelt. Dass er geständig war und freiwillig eine Sexualtherapie machen wolle, müsse ihm aber positiv angerechnet werden, heißt es im Urteil.

Christine J. erzählt, ihr Sohn habe nach dem Urteil geweint und gefragt, warum der Trainer nicht ins Gefängnis müsse. „Tja“, sagt sie, „erklären Sie das mal einem Neunjährigen.“ Sie habe nur antworten können, dass der Kai halt krank sei.

Im Frühjahr vergangenen Jahres hat Tims Mutter Anzeige gegen Verantwortliche des TuS Holstein Quickborn erstattet. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Die Vereinsführung will sich wegen des laufenden Verfahrens nicht dazu äußern. Der Vorstand betont jedoch, „alle Beteiligten“ seien inzwischen „hoch sensibilisiert“, zudem habe man die Position eines Kinderschutzauftragten im Verein geschaffen.

Tim spielt inzwischen wieder Fußball. Im Nachbarverein, beim 1. FC Quickborn.

Matthias Fiedler, Ann-Katrin Müller

Mail: ann-katrin.mueller@spiegel.de

Medizin

„Plazenta im Backofen“

Udo Markert, 52, Leiter des Plazenta-Labors der Klinik für Frauenheilkunde und Geburshilfe am Universitätsklinikum Jena, über den seltsamen Gesundheitstrend, nach der Niederkunft den Mutterkuchen zu verspeisen

SPIEGEL: Nachdem Kim Kardashian und Tom Cruise verkündet haben, nach der Geburt ihrer Kinder die jeweils dazugehörige Plazenta zu essen, preisen auch hierzulande esoterisch gesinnte Hebammen die Plazenta als Heilmittel. Eine gute Idee?

Markert: Der Trend ist längst aus der Guru-Ecke raus. Ich schätze, dass in Deutschland ein bis zwei Prozent der Entbundenen Kapseln aus Plazentapräparaten einnehmen – mehr als 10 000 Frauen pro



Markert

Jahr. Angeblich werden die erschöpften Eisenreserven auf diese Weise aufgeladen. Auch soll die Kur Schmerzen lindern und eine Wochenbettdepression verhindern.

SPIEGEL: Im Internet kursieren Rezepte wie „Plazenta mit Brokkoli“ oder „Mutterfett nach Cornelia Enning“. Ist das nicht gefährlich?

Markert: Auf jeden Fall sollte man aufpassen. Manche Geburtshäuser bieten den Service an, die Plazenta im Backofen zu trocknen. Zu Pulver zerrieben, wird sie dann in Kapselform eingenommen. Viele tun das auch zu Hause auf eigene Faust.

SPIEGEL: In Großbritannien wurde eine Mutter wegen

Kannibalismus angezeigt, weil sie Plazentagewebe direkt verzehrte. Was genau nimmt man da eigentlich zu sich?

Markert: Wir haben dazu Versuche gemacht, die ergeben, dass fast alle Hormone im

Mutterkuchen aktiv bleiben, wenn man ihn bei 70 Grad erhitzt und entfeuchtet. Das Gewebe enthält massenhaft Östrogene und Progesteron, auch das Wehen- und Stillhormon Oxytocin war deutlich erhöht.

SPIEGEL: Die Plazenta dient auch als Auffangbecken für Gifte, um den Fötus zu schützen.

Markert: Richtig, aber Schwermetalle wie Arsen oder Quecksilber haben wir nur in geringen Dosen nachweisen können. Andererseits verdirbt das Gewebe schnell. Bei einem Stück, das drei Tage im Labor bei Zimmertemperatur lag, ist die Plastikbox geplatzt.

SPIEGEL: Und tut die Mutterkuchenkur den Frauen nun tatsächlich gut?

Markert: Zur Wirkung kann ich noch nichts sagen. Nur so viel: Die Geschwister und den Vater sollte man vom Verzehr abhalten. Sonst geriete deren Hormon- beziehungsweise Spermienhaushalt komplett durcheinander. shz

Ob Wüste, ob Strand

Hauptsache, Sand unter den Zehen: Hier werfen Dromedare, eigentlich zu Hause in Nordafrika und im Orient, lange Schatten auf den Cable Beach bei der westaustralischen Stadt Broome. Der Strand erstreckt sich über 22 Kilometer am Indischen Ozean. Täglich bei Sonnenauf- und -untergang rücken die Tiere aus zur Safari, Touristen auf den Höckern. So entgehen sie dem Schicksal vieler ihrer frei lebenden Artgenossen: Kamele und Dromedare, im 19. Jahrhundert von Europäern als Lastenträger nach Australien importiert und später ins Outback entlassen, gelten als Landplage. Sie sind deshalb Ziel von Ausrottungsaktionen der Regierung.

Einwurf

Gerne versagen

Gute Vorsätze sind wider die Natur.

Jetzt aber mal zusammenreißen: Ab sofort gibt's Apfelschnitte statt Schokokekse; jeden Abend Liegestütze und Arte-Dokus; am Wochenende Handypause und echte Literatur. Das sollte doch hinzukriegen sein. Oder?

Nein. Muss nicht, soll auch gar nicht. Ihr schon kurz nach Silvester Gescheiterter, grämst euch nicht. Lauscht der Botschaft der Wissenschaft: Gute Vorsätze sind wider die Natur. Es ist Zeit, mit ein paar Mythen aufzuräumen. Ihr glaubt, euer Wille sei zu schwach? Unsinn. Willensstärke führt kaum zu Besserung. Auch Information ist nutzlos. Wer die Gefahren des Rauchens kennt, schafft den Entzug keinen Deut leichter. Ebenso überflüssig sind Apps, die durch Gebrimmel zur Bewegung mahnen. Sogar der Rat, die Ziele nicht so hoch zu hängen, nutzt kaum.

Denn Gewohnheiten entstehen durch Taten, nicht durch Wünsche, Wissen oder Ermahnung. Wer sich Obst statt Gummi-bärchen auf den Schreibtisch stellt, wird am

Ende gewinnen, versprechen Psychologen. Jedoch nicht, weil Vernunft regierte, sondern weil ein Automatismus einen anderen ersetzt.

Dafür braucht es allerdings Geduld. Drei Wochen dauert es im Schnitt, bis sich der Mensch etwas zur Gewohnheit macht. Geht es um Größeres, ist leicht ein Jahr vonnöten. Das gelingt den wenigsten. Drei Viertel aller Fitnessklub-Aspiranten melden sich im Januar an. Der Großteil von ihnen kommt bis Jahresende nur drei- oder viermal wieder.

„Gute Vorsätze sind nutzlose Versuche, die Naturgesetze zu beeinflussen“, notierte Oscar Wilde. Ganz so ist es nicht. Aber jenen, die in diesem Jahr wieder an ihren Neujahrsvorstellungen verzweifeln, möchten wir zurufen: Ihr seid auch nur kleinhirngesteuerte Affen. Und vielleicht liegt im Scheitern sogar Weisheit verborgen. „Geht es doch unsern Vorsätzen wie unsren Wünschen“, schrieb Johann Wolfgang von Goethe, „sie sehen sich gar nicht mehr ähnlich, wenn sie ausgeführt, wenn sie erfüllt sind.“

Philip Bethge

Mail: philip.bethge@spiegel.de



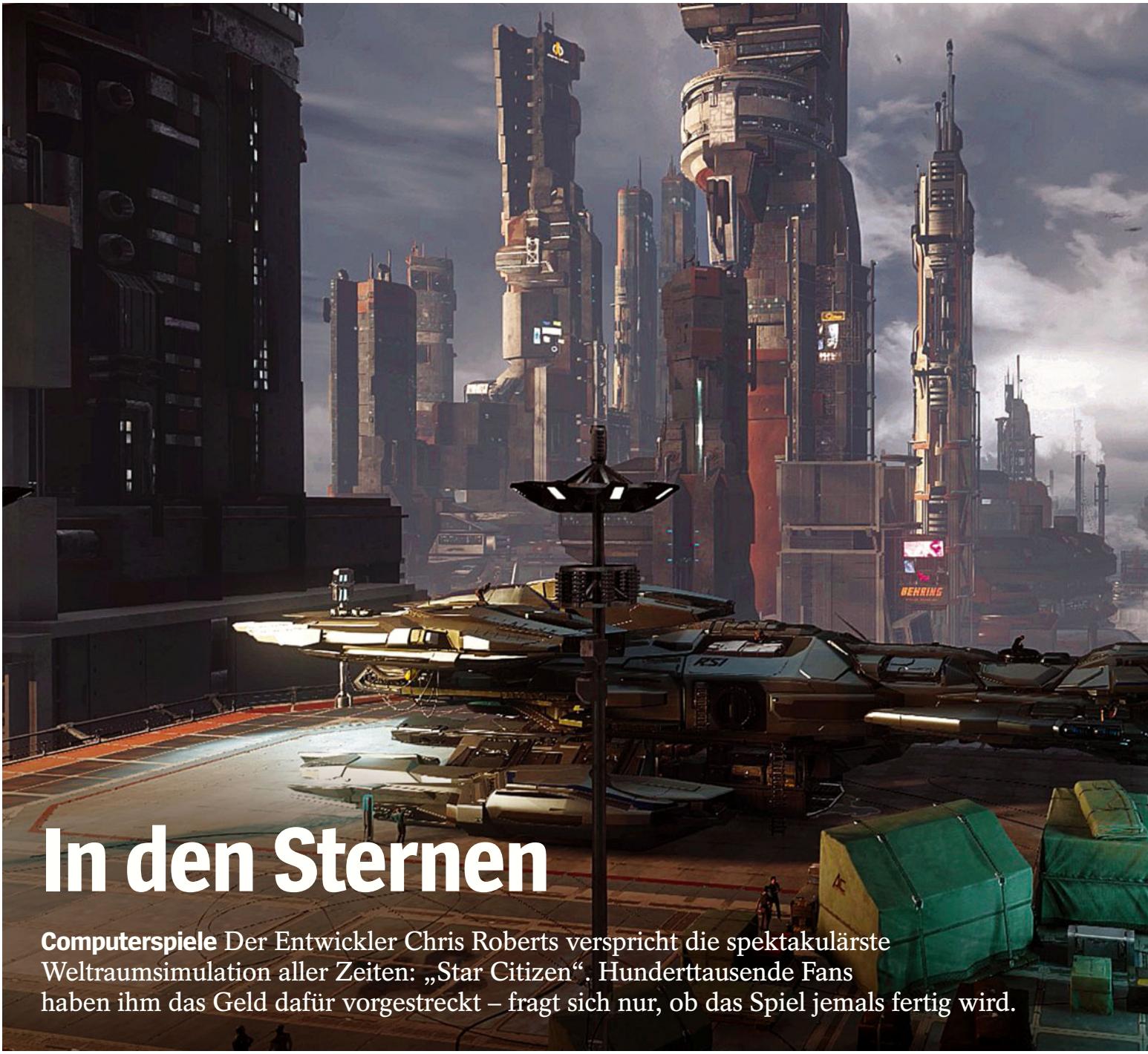
TODD KENNEDY

Pflanzen Lernende Erbse

Auch Grünzeug kann wahrnehmen, dass auf ein Ereignis stets ein anderes folgt – und darauf reagieren. Dass die sogenannte pavlowscche Konditionierung bei Pflanzen funktioniert, hat Monica Gagliano von der University of Western Australia jetzt erstmals nachgewiesen. Dazu setzte die Evolutionsbiologin Erbsenpflänzchen künstlichem Licht aus, das immer erst erstrahlte, nachdem ein Luftstrom über die Gewächse gezogen war. Nach der Gewöhnungsphase reckte sich die Mehrheit der Pflänzchen in die Richtung des Luftstroms, auch wenn danach keine Beleuchtungsphase folgte. Sie werteten den Windhauch gleichsam als Hinweis darauf, woher das Licht kommen würde – so wie in dem berühmten Experiment Pavlows mit dem Hund, der zum Futter stets Glockengeläut präsentierte bekam und daraufhin schon bei Glockengeläut zu speichern begann. Bei den Erbsen überlagerte der erlernte Reflex sogar die genetische Veranlagung der Pflanzen, sich stets zum Licht zu recken, wie Gagliano im Fachblatt „Scientific Reports“ berichtet. Bisher galt das sogenannte assoziative Lernen als den Tieren vorbehalten. „Unsere Ergebnisse lassen darauf schließen, dass solche Lernprozesse im Pflanzenverhalten eine ebenso wichtige Rolle spielen“, sagt Gagliano. jko



SCIENCE PHOTO LIBRARY



In den Sternen

Computerspiele Der Entwickler Chris Roberts verspricht die spektakulärste Weltraumsimulation aller Zeiten: „Star Citizen“. Hunderttausende Fans haben ihm das Geld dafür vorgestreckt – fragt sich nur, ob das Spiel jemals fertig wird.

S seit Jahren wartet Jérôme Cantu auf den Tag null, da sich in seinem Computer ein neues Universum auftun wird. Der junge Berliner ist dafür gerüstet: Er hat, zusammen mit zwei Freunden, schon mehr als 140 Raumschiffe gekauft.

Und nun wollen die drei Computerspieler allmählich mal aufbrechen in unendliche Weiten. In ihrer virtuellen Flotte stecken schließlich um die 15 000 echte Dollar.

So viel haben sie bezahlt für flinke Kreuzer, für waffenstarrende Schlachtschiffe und bullige Frachtkähne – alles bereit für den großen Auftritt im Spiel ihrer Träume: in der Weltraumsimulation „Star Citizen“.

Das ist das neue Werk des amerikanischen Entwicklers Chris Roberts. Seine Firma Cloud Imperium Games tüftelt an einem detailreichen Kosmos von gewalti-

ger Ausdehnung und Spieltiefe. Die künftigen Bewohner dürfen, wenn alles gut geht, darin zu Hunderttausenden herumstromern und Planeten erobern; sie können Gefechte anzetteln und mit Geschäften reich werden.

Um dieses Unterfangen zu finanzieren, verkauft die Firma vorab schon mal Raumschiffe an Anhänger in aller Welt.

Freilich können die Eigner wenig anfangen mit ihrem interstellaren Fuhrpark, solange die sagenhafte Simulation nicht fertig ist. Und wie es aussieht, dauert das noch eine Weile. 2014 hätte das Spiel erscheinen sollen, Abgabedaten verstrichen, inzwischen legt die Firma sich überhaupt nicht mehr fest.

Sternenbürger Cantu, ein studierter Jurist, lässt sich davon nicht verdrießen: „Das

Geld, das wir hineingesteckt haben“, sagt er, „verstehen wir als Aufbauhilfe für ein großartiges Projekt.“

„Star Citizen“ soll eine Galaxie bieten, in der die Spieler sich einrichten können, wie es ihnen beliebt: Wer will, versammelt ein paar Freunde an Bord seines Kreuzers und durchstreift mit ihnen ferne Sonnensysteme – irgendwo da draußen mögen Aliens warten oder die Ruinen verschollener Zivilisationen. Gut möglich auch, dass die Sternenfahrer einen Planeten entdecken, der wertvolle Rohstoffe birgt oder Heilpflanzen, die anderswo im künstlichen Kosmos begehrt sind.

Andere Spieler können – gegen gutes Spielgeld – den Händlern ihre Flotten als Begleitschutz gegen Piraten verdingen. Oder sie betreiben Lazarettsschiffe mit

„Star Citizen“-Stadt Area 18



Krankenbetten und OP-Räumen, die bei Gefechten aufkreuzen und demolierte Krieger aufpäppeln.

Die Spieler steuern ihre Figuren durch eine riesige Welt; für den Anfang sind rund hundert Sonnensysteme geplant. Wer auf einem der Planeten landet, könnte sein Schiff verlassen und – theoretisch – Tausende Kilometer durch die Landschaft stampfen.

Hinter dem Werk steckt nicht, wie sonst üblich, eines der milliardenschweren Studios wie Activision oder Electronic Arts. Alles Geld kommt von den Spielern selbst.

Im September 2012 hatte Roberts seine Anhänger erstmals um einen Vorschuss gebeten. Er hoffte, auf diese Weise zwei Millionen Dollar aufzutreiben. Nach wenigen Wochen war die dreifache Summe erreicht, heute sind es mehr als 140 Millionen Dollar.

Und noch immer fließt das Geld. Spieler aus aller Welt investieren in das Projekt – ihre Zahl geht auf 1,8 Millionen zu.

Nie hat ein Computerspiel, das es noch gar nicht gibt, so viel Zuspruch gefunden. Und der Entwickler ist nun rastlos unterwegs, um es voranzutreiben; für Interviews hat er kaum mehr Zeit. Schließlich klappt es doch noch per Skype: Aus London meldet sich zwischen zwei Terminen ein munterer, leicht pummeliger Endvierziger. „Ich selbst war am meisten überrascht von dem Erfolg“, sagt Roberts. „Ich wusste gar nicht, ob die Leute sich noch an mich erinnern.“

Ein gutes Vierteljahrhundert ist es her, da brachte der Mann das Weltraumkampfspiel „Wing Commander“ auf den Markt; es setzte Maßstäbe in seiner Gattung. In

letzter Zeit aber war es still um Roberts geworden. Seinem Ruf hat das, wie es scheint, nicht geschadet.

Der Entwickler gilt als sturer, geradezu besessener Visionär, der sich von Machbarkeitsanalysen nicht groß beirren lässt. Gera de deshalb weckt seine Wiederkehr bei den Fans offenbar höchste Erwartungen. Roberts jedenfalls begriff den Geldregen als klares Plebisitz – als Auftrag, ein Spiel zu schaffen, wie es noch keines gab.

„Star Citizen“ soll nicht nur ein kosmisches Spektakel nach dem Vorbild von „Wing Commander“ werden, wo unentwegt Raumschiffe in Gefechte geraten. Im neuen Über-Spiel will Roberts zugleich eine Wirtschaftssimulation bieten, in der man durch friedlichen Handel prosperiert. Obendrein können die Spieler sich, bewaffnet mit einer Knarre, durch futuristische Megastädte kämpfen, wie in einem klassischen Ballerspiel aus der Ichperspektive.

Gleich drei Gaming-Gattungen auf einmal – das ist verwegen. „Star Citizen“, anfangs als bescheidenes Projekt gedacht, wurde bald zur babylonischen Baustelle. Inzwischen arbeiten fast 380 Entwickler an der Simulation. Sie sitzen in Los Angeles, Austin und Manchester; vor anderthalb Jahren kam ein Studio in Frankfurt am Main hinzu, wo inzwischen auch schon wieder an die 60 Kollegen beschäftigt sind.

Ein solches Unterfangen zu koordinieren ist eine Kunst. Dass Roberts den Fans immer neue Wunderdinge versprach, machte die Sache nicht leichter. Auch des Meisters Liebe zum Detail brachte die Entwickler öfter in Not – die Raumschiffe haben jetzt sogar Betten für die Astronauten und Toiletten mit simulierter Wasserspülung.

So verging viel Zeit, und immer wieder platzen Termine. Zuletzt traf es das Teilprojekt „Squadron 42“; es war als Auskopplung aus dem endgültigen Spiel gedacht und sollte den ausgehungerten Fans vorab schon mal ein paar Flugmissionen für Einzelkämpfer bieten. „Squadron 42“ war noch für 2016 verheißen, doch die Firma musste absagen. „Dieses Jahr werden wir fertig“, beteuert Roberts und denkt kurz nach. „Wahrscheinlich.“

Man bedenke, sagt er dann, der Aufwand sei doch gewaltig – allein die zahllosen filmischen Zwischenszenen im Spiel! Die digitalen Charaktere werden von echten Schauspielern animiert, darunter Hollywoodstars wie Gary Oldman oder Mark Hamill („Star Wars“). „Wir haben 350 verschiedene Sprechrollen“, sagt Roberts, „und unser Drehbuch ist 1255 Seiten dick.“ Das sei, fügt er hinzu, ungefähr das Zehnfache eines üblichen Kinofilms.

Es gibt Fans, die über solchen Gigantismus murren; die vielen Millionen, heißt es, seien Roberts zu Kopf gestiegen. Aber die meisten Unterstützer halten offenbar unbe-



Bergungsraumschiff in „Star Citizen“ (Entwurf): Wiederauferstehung der Modelleisenbahn in futuristisch-kaltem Pomp

irrt zum Meister. Für sie ist er der letzte verrückte Genius in einer langweiligen Zeit: Den Markt für Computerspiele beherrscht längst die Industrie mit ihrem Profitkalkül. Sie setzt auf die immer gleichen Blockbuster, geklont nach bewährten Rezepten.

Wie erfrischend dagegen so ein Typ, der etwas schafft, mit dem er krachend scheitern kann. Jede Krise, jeder Terminaufschub macht es den Anhängern im Grunde nur glaubhafter, dass Roberts da wirklich eine große Sache in Arbeit hat.

Die künftigen Sternenbürger vertreiben sich großteils unverdrossen die Wartezeit. Im Internet gründen sie Organisationen, die Phoenix Interstellar heißen oder Sol Armada. Deren Ziel ist es, dereinst im Spiel als Handelsfirmen aufzutrumpfen oder als Piratenbanden den Kosmos unsicher zu machen. Hauptsächlich aber sind es Plattformen des Philosophierens und Fachsimpelns über die Spielwelt, die da heranwächst.

Jérôme Cantu in Berlin gehört einer Gruppe namens Crash Corps an. Mehr als 650 Mitglieder (davon ein knappes Dutzend Frauen) bereiten sich darauf vor, zum Spielstart groß ins galaktische Bergungsgeschäft einzusteigen: Mit geeigneten Raumschiffen wollen sie havarierte Flugobjekte abschleppen und Schiffbrüchige einsammeln, die durchs All trudeln.

Im echten Leben setzen Cantu und die beiden Miteigner seiner Flotte sogar ihre berufliche Existenz auf das Gelingen des Spielprojekts. Sie betreiben einen YouTube-Kanal namens Crash Academy, eine Art Ausbildungszentrum für künftige Sternenfahrer. In Hunderten Videos bringen sie den Leuten zum Beispiel das Fliegen bei – vom Verständnis der Instrumente bis zu trickreichen Manövern im Formationsflug.

Eines Tages will Cantu von der Werbung leben, die You-

Tube zu den Fernkursen einblendet. Schon jetzt ergibt das ein hübsches Nebeneinkommen. Und nebenher verraten die Klicks, wofür die Kundschaft sich interessiert: „Am besten“, sagt Cantu, „gehen in der Regel unsere Videos über neue Raumschiffe.“

Die Fans bekommen offenbar nicht genug von den virtuellen Flugobjekten, und die Firma Cloud Imperium Games bringt unentwegt weitere Modelle auf den Markt. Professionell aufgemachte Prospekte heizen die Begehrlichkeiten an.

Das teuerste Modell ist bislang der Zerstörer „Javelin“, 345 Meter lang. Er bietet Platz für mehr als 80 Spieler zugleich. Diese können nach Belieben an Bord herumlaufen und ihre Positionen wählen – der eine klettert in den Geschützturm, der andere geht vielleicht als Bordingenieur in den Reaktorraum und kümmert sich um den interstellaren Turbo.

Wer sich ein Schiff dieser Preisklasse leisten will, müsste im Spiel lange dafür arbeiten – oder er legt einfach 2500 echte Dollar hin, dann steht die Prachtkiste sofort im virtuellen Hangar.

So viel Geld für ein Stück Software – ist das nicht ein bisschen unanständig? „Die Spieler kaufen ja nicht wirklich eine Ware“, sagt der Entwickler Roberts. „Sie verstehen sich als Förderer, das Schiff bekommen sie als Anerkennung. Für viele Fans ist unser Projekt ein Hobby, so wie andere vielleicht Golf spielen oder am Motorrad herumschrauben.“

In seiner Liebe zu ingenieurtechnischer Perfektion und Detailtreue erinnert „Star Citizen“ aber eher an die gute alte Modelleisenbahn, die hier in futuristisch-kaltem Pomp wiederaufersteht: mit Planeten statt Bahnhöfen und Raumschiffen statt Lokomotiven.

Das Kalkül ist jedenfalls aufgegangen: Es gibt Raumschiff-

sammler, die schon 40 000 Dollar und mehr für ihre Passion ausgegeben haben.

Wer aber in dieser Größenordnung investiert, will mit den teuren Schlitten wohl auch mal vor großem Publikum paraderieren und lässig die Triebwerke aufglühen lassen. Bislang können die Sternfahrer lediglich in einem Winkel der Spielwelt herumfliegen und sich kleinere Scharmützel liefern.

Die endgültigen Ausmaße lassen sich nur erahnen – einen Eindruck gibt die futuristische Stadt Area 18, die gerade auf einem der bereits zugänglichen Planeten entsteht. Hier gibt es beispielsweise Läden, in denen die Spieler sich ausrüsten, und Bars, wo sie sich Aufträge angeln können. Die prachtvolle Dämmerung der Szenerie erinnert an den legendären Film „Blade Runner“. Eines Tages soll sich die Megapolis über den ganzen Planeten erstrecken.

Nicht wenige Experten hätten eine derart komplexe Spielwelt für technisch nicht machbar gehalten. Und noch immer ist fraglich, ob der künstliche Kosmos auch funktioniert, sollten eines Tages Hundertausende Spieler zugleich online sein.

Einige Meilensteine sind aber schon geschafft. Deshalb vertrauen die treuen Fans darauf, dass Roberts' Leute auch den Rest noch hinkriegen. Überdies macht ihr monetärer Einsatz sie zu Teilhabern am Weltenbau. Sie erfahren nun regelmäßig, was die Firma plant und wie sie vorankommt – und jede Neuerung ist willkommener Gesprächsstoff in zahllosen Foren.

Die Frage, wann „Star Citizen“ fertig wird, scheint dagegen gar nicht mehr so wichtig. In den Diskussionen spielt sie keine große Rolle. „Drei, vier Jahre dauert das bestimmt noch“, sagt Cantu. „Aber damit können wir leben – Hauptsache, das Spiel wird richtig gut.“

Manfred Dworschak
Mail: manfred.dworschak@spiegel.de



Spielešöpfer Roberts
„Unser Drehbuch ist 1255 Seiten dick“

Video:
So wird „Star Citizen“ gespielt
spiegel.de/sp022017star
oder in der App DER SPIEGEL

Besser besser essen

Medizin Bauchgrimen nach den Festtagen? Ärzte verordnen viel zu oft Magensäureblocker – und erkennen, wie sehr die Pillen Patienten schaden können.

Als 1988 in Deutschland das Medikament Omeprazol auf den Markt kam, änderte sich das Leben von Hunderttausenden Magenkranken. Zuvor war, wer an einem Geschwür, einem „Ulkus“, litt, verdammt: zu vielen Wochen Schonkost und einem Leben ohne Kaffee und Alkohol; etliche mussten sich einer großen, blutigen Operation unterziehen, bei der man ihnen einen Teil des Verdauungsgangs herausschnitt.

Mit dem neuen Medikament heilten Magengeschwüre zügig wieder ab – der Wirkstoff blockiert beinahe vollständig die Säureausschüttung der Magenzellen. Zusammen mit verschiedenen Antibiotika, die das damals entdeckte Ulkusbakterium Helicobacter pylori bekämpften, wirkte es oft Wunder. Magenchirurgen mussten den Großteil ihrer Patienten an die Internisten abgeben; und auch jahrelanges, schmerhaftes Sodbrennen ließ der Säureblocker häufig verschwinden, als wäre nie etwas gewesen.

Doch nun scheint das Zaubermedikament für viele Menschen zum Fluch zu werden, und zwar weltweit. Das Problem: Die Mittel, sogenannte Protonenpumpenhemmer, von denen in Deutschland inzwischen fünf verschiedene auf dem Markt sind, werden viel zu oft verschrieben. Und wer sie länger als einige Wochen lang genommen hat, kommt nur schwer wieder davon los.

Dabei drohen bei langfristiger Einnahme gefährliche Nebenwirkungen, Knochenbrüche durch Osteoporose zum Beispiel oder ein schwerer Magnesiummangel, der unter anderem zu Herzrhythmusstörungen und Krampfanfällen führen kann.

Eine aktuelle Analyse der Barmer Krankenkasse für den SPIEGEL ergab, dass 2015 allein in Deutschland rund 13,4 Millionen Patienten Protonenpumpenhemmer verordnet wurden – jedem sechsten Einwohner. Und es sind beileibe nicht nur ältere Menschen, die das Magenmedikament be-

kommen: In einigen Bundesländern erhielt jede zehnte Frau zwischen 20 und 29 Jahren ein Säureblocker-Rezept. So hat sich zwischen 2006 und 2015 in Deutschland die Zahl der verordneten Tagesdosen mehr als verdreifacht (siehe Grafik). Dazu muss man noch die Protonenpumpenhemmer rechnen, die von Patienten ohne Verordnung direkt in der Apotheke gekauft werden.

Die Rezeptflut lasse sich medizinisch nicht mehr rechtfertigen, sagt Barmer-Chef Christoph Straub, sie sei „weder durch steigende Erkrankungsraten noch durch demografische Faktoren zu erklären“.

Johann Fischaleck, Fachapotheker für Klinische Pharmazie und Teamleiter Arzneimittel bei der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, kann das bestätigen. Er stellte fest, dass von den rund 500 Millionen Tagesdosen Säureblockern, die in



Bayern jedes Jahr verordnet werden, etwa 70 Prozent bei Beschwerden verschrieben werden, für die sie gar nicht zugelassen sind – etwa bei Völlegefühl oder Aufstoßen. „Einige Menschen kennen bei Essen und Trinken keine Grenzen mehr“, sagt Fischaleck, „und haben am nächsten Tag entsprechende Beschwerden – schon soll ein Protonenpumpenhemmer erhalten.“

Auch in den Kliniken werden die Mittel häufig ohne triftigen Grund verabreicht. „Es kommt fast kein Patient mehr ohne Protonenpumpenhemmer aus dem Krankenhaus“, kritisiert der emeritierte Allge-

meinmediziner Michael Kochen, der auch Mitglied der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft ist. Sehr oft werde dem Hausarzt empfohlen, dem Patienten das Medikament ambulant weiter zu verschreiben. Eine Untersuchung einer Arbeitsgruppe Kochens an mehr als 500 Patienten ergab: In 58 Prozent der Fälle ließ sich kein sinnvoller Grund für die Weiterverordnung finden.

Der Säureblocker-Boom scheint ein weltweites Phänomen zu sein. Experten beklagen eine Verordnungsschwemme in Ländern wie Jordanien, Indien, Südkorea, Singapur und Peru. Niemand weiß, wie viele Millionen Menschen auf dem Planeten mittlerweile regelrecht abhängig von den Mitteln geworden sind.

Es ist der sogenannte Rebound-Effekt, der es schwer macht, von den Blockern wieder runterzukommen: Wenn die Säureausschüttung der Magenzellen wochenlang unterdrückt wurde, schütten sie, wenn das Medikament abgesetzt wird, besonders viel Säure aus – und schon beginnen die Beschwerden wieder.

Selbst gesunde Freiwillige, die acht Wochen lang einen Protonenpumpenhemmer eingenommen hatten, litten nach dem Absetzen vermehrt unter Sodbrennen; das belegt eine dänische Studie. Dauerschlucker kommen, je nach Studie, nur in 14 bis 64 Prozent der Fälle wieder von den Medikamenten los.

Dabei zeigte sich: Wenn die Dosis langsam, Schritt für Schritt reduziert wird, fällt der Verzicht auf die Mittel leichter, doch selbst dann gelingt er nicht immer – oder nur mit viel Mühe.

Umso wichtiger sei es, dass die Ärzte extrem gut überlegen, ob es wirklich in jedem Fall ein Protonenpumpenhemmer sein muss, den sie verschreiben, sagt Wolfgang Becker-Brüser, Herausgeber der industriekritischen Fachzeitschrift „arznei-telegramm“: „Bei einer eindeutigen Indikation wie einem Ulkus ist der Nutzen klar belegt. Aber wenn es keinen klaren Grund gibt, die Mittel zu verschreiben, kommen die Risiken zum Tragen.“

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns will die niedergelassenen Ärzte deshalb jetzt mit sanftem Druck dazu bringen, weniger Protonenpumpenhemmer zu verschreiben. Wer die vorgegebenen Ziele nicht erreicht, muss mit einer Prüfung seiner Verordnungen rechnen. „Den Ärzten nur gut zuzureden hilft nicht“, sagt Fachapotheker Fischaleck.

Veronika Hackenbroch
Mail: veronika.hackenbroch@spiegel.de



PLAINPICTURE / BUITEN-BEELD

Fenster zum Tod

Tiere Millionen Vögel sterben alljährlich, weil sie in vollem Flug gegen Glasscheiben knallen. Streifen, Punkte, UV-Reflexion – wie lassen sich Architektur und Tierschutz vereinbaren?

Wer lässt den Blick nicht gern in die Ferne schweifen? Ob bei der Arbeit oder daheim, Zimmer mit Aussicht sind gefragt, also planen Architekten, wenn möglich, auch Ausblick ein. So geschehen im neuen Haus des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) am Berliner Kapelle-Ufer, bezogen im Herbst 2014, einem Zweckbau mit zwei u-förmigen Trakten. Selbst Nutzer innen liegender Büros können weit nach Nordosten schauen, denn die Stege, die die Gebäudeteile verbinden, sind verglast.

Schön für die Menschen; fatal für ihre gefiederten Mitgeschöpfe. „In den Innenhöfen lagen regelmäßig tote Vögel“, sagt Christian Pelzeter, Architekt aus Berlin, der das Haus ersonnen hat. Denn auch die Tiere nahmen die gläsernen Verbindungen kaum wahr – und krachten an die Scheiben.

Pelzeter ließ nachrüsten: Gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) entwarf er Folien mit vertikalem Stäbchenmuster, die von innen an die Glaswände geklebt wur-

den. „Seitdem hat es dort keine toten Vögel mehr gegeben“, sagt der Architekt.

Der Ministeriumsbau ist ein Beispiel für gelungenen Vogelschutz. Allzu viele gibt es davon noch nicht.

Dabei geschieht es häufig, fast jeder hat es schon erlebt: Ein dumpfer Schlag an die Terrassentür, ans Wohnzimmer- oder Bürofenster, mitunter bleibt ein Abdruck oder eine Feder an der Scheibe haften, und wer dann nachschaut, findet oft einen toten oder benommenen Vogel. Die Tiere erkennen Glas nicht als Hindernis; zudem spiegeln sich, zusätzliche Verwirrung, in der Scheibe die Büsche und Bäume der Umgebung. Nur wenige Vögel überleben den Crash. Zwar flattert der ein oder andere noch fort ins Gebüsch, meist aber stirbt er dort an seinen Verletzungen.

Der Vogeltod am Glas ist ein Alltagsphänomen – und doch eines, über das wenig bekannt ist. Immer kühner geraten die gläsernen Fronten moderner Büro- und Wohnhausarchitektur, verglaste Restaurants versprechen Rundum-Aussicht, transparente Wände sollen Autobahnanrainer vor Verkehrslärm schützen. Doch den we-

nigsten Bauherren und Architekten ist bewusst, dass ihre lichten Konstruktionen zugleich tödliche Fallen sind.

Mindestens 250 000 Vögel, das haben Hochrechnungen ergeben, sterben in Europa an den Folgen von Fensterkollisionen – jeden Tag. Amerikanische Wissenschaftler rechnen in einer neueren Studie mit jährlich bis zu einer Milliarde toter Vögel in den USA. Fenster, folgern sie, sind die zweithäufigste menschengemachte Ursache für den Tod von Wildvögeln, gleich nach streunenden Hauskatzen.

„Fensterglas ist eine universelle und immer noch unterschätzte Gefahr“, sagt Daniel Klem, Ornithologe am Muhlenberg College in Allentown im US-Bundesstaat Pennsylvania. Wenn etwa Wasservögel durch eine Ölpest sterben, sagt der Forscher, gingen die Bilder um die Welt, stunden Freiwillige Schlange, um das Gefieder der Überlebenden zu säubern. „Es brauchte aber jährlich Hunderte Vorfälle vom Ausmaß einer Exxon-Valdez-Katastrophe“, sagt Klem, „um auf dieselbe Zahl toter Vögel zu kommen wie durch Glasunfälle.“



CLAUDIA WEGWORTH

Markierte Glasstege am Forschungsministerium in Berlin: „Das Auge filtert die Streifen einfach weg“

Seit mehr als vierzig Jahren erforscht Klem Vogel-Fenster-Crashs. Anfangs, erinnert er sich, wollte kein Fachblatt seine Arbeiten veröffentlichen: „Die Herausgeber fanden sie nicht wichtig genug“, sagt er, das habe sich mittlerweile geändert. „Inzwischen beschäftigen sich auch andere Wissenschaftler mit dem Thema.“

Viel Neues dürften sie nicht herausfinden, denn Klem hat so ziemlich jeden Aspekt seines Lebensthemas selbst untersucht. Seine Erkenntnisse:

- Vögel krachen gegen große und kleine Fenster jedweder Form, in großen wie in kleinen Häusern, sie verunglücken bei Tag, bei Nacht und zu jeder Jahreszeit.
- Es sterben sowohl gesunde als auch kranke Vögel; Tiere, die häufig vorkommen, ebenso wie solche, die vom Aussterben bedroht sind.
- Jeder zweite Vogel kommt unmittelbar durch den Aufprall ums Leben, immer ist ein Schädeltrauma die Todesursache.
- Vögel, die vergorene Früchte genascht haben, übersehen gläserne Hindernisse häufiger als nüchterne Artgenossen.
- Katzen, Hunde, Waschbären und andere Kleinraubtiere patrouillieren gezielt in der Nähe von Fenstern, um sterbende Vögel einzusammeln. So mancher vom Kater angeschleppte Vogel, folgert Klem, wurde somit gleich in doppeltem Sinn Opfer menschengemachten Overkills – erst die Scheibe, dann das Haustier.

Doch was tun? „Kein vernünftiger Mensch würde eine Welt ohne Fenster for-

dern“, sagt Klem. Seine aktuelle Forschung befasst sich daher vor allem mit der Frage, wie eine Scheibe beschaffen sein muss, damit Vögel sie rechtzeitig bemerken.

Völlig nutzlos, so viel ist erwiesen, sind jene Greifvogelsilhouetten, die wohlmeintende Hausbesitzer gern an ihre Scheiben pappen. Solche Schattenrisse narren keine anfliegenden Vögel. Nicht selten knallen sie unmittelbar neben dem Aufkleber an die Scheibe.

Sehr effektiv dagegen, auch das ist klar, sind Scheiben, die vor lauter Muster kaum als solche zu erkennen sind. Nicht mehr als handtellergroß darf der Abstand oben und unten zwischen den Markierungen auf einer Scheibe sein, damit anfliegende Vögel beizeiten kapieren, dass hier kein Durchkommen ist; dieser Maßgabe folgte auch Architekt Pelzeter.

Der Wiener Ornithologe Martin Rössler testet in speziellen Flugtunnels, welche Muster und Beschichtungen Vögeln helfen, Scheiben zu sehen. Die Tiere müssen dabei entscheiden, ob sie am Tunnelende auf herkömmliches Glas oder eine Testscheibe zufliegen. Ein feines Netz verhindert den tatsächlichen Aufprall – in Rösslers Tunnel stirbt kein Vogel.

„Senkrechte Streifen im Abstand von höchstens zehn Zentimetern funktionieren am besten“, sagt er, „aber das erinnert viele Menschen an ein Gefängnis.“ Orange-farbene Tupfen wären ebenso zu empfehlen, entsprächen indes auch nicht unbedingt der Vorstellung, die der Häuslebauer

von seinem neuen Panoramafenster hegt. Im öffentlichen Raum dagegen, an Wartehäuschen, Lärmschutzwänden, Bahnhofshallen oder Seilbahnstationen, findet Rössler Streifen- oder Tupfen-Looks zumutbar. Wenn sie ausreichend Kontrast böten, müssten die Muster zudem lediglich sechs Prozent der Fensterfläche bedecken.

„Die eleganteste Lösung“, sagt Experte Klem, „wären Markierungen, die von Vögeln gesehen werden, von Menschen aber nicht.“ Anders als Menschen können zahlreiche Vögel Licht im ultravioletten Bereich wahrnehmen. Einige Glasfirmen haben bereits Scheiben mit UV-reflektierendem Muster im Angebot, ein Unternehmen bietet einen Spezialstift an, mit dem jeder seine Scheiben selbst vogelsicher präparieren kann.

Der Nachteil: Nichts davon funktioniert so richtig. Sowohl Klem als auch Rössler haben gegenwärtig erhältliche UV-Scheiben getestet. Ergebnis: „Die Beschichtungen hielten die Vögel nicht davon ab, dagegenzufliegen“, sagt Klem, „manche Scheiben waren wegen ihrer starken Spiegelung sogar noch gefährlicher als herkömmliches Glas.“

Auf dem Drachenfels in Königswinter musste deswegen 2012 ein just errichteter Restaurantkubus rundum mit Streifenmuster tapeziert werden. Das Ausflugsziel mit Blick übers Rheintal liegt in einem vogelreichen Gebiet – deswegen hatte der Bauherr vorsorglich UV-reflektierendes Glas installieren lassen. Doch der BUND klagte: Die generelle Wirksamkeit des Spezialglases sei nicht nachgewiesen. Die Naturfreunde bekamen recht.

Während aber der österreichische Ornithologe Rössler den UV-Ansatz generell für „eine Sackgasse“ hält, ist sein amerikanischer Kollege Klem sicher, dass das Prinzip funktioniert. „Das UV-Signal der getesteten Scheiben ist zu schwach“, sagt er. Zusammen mit Ingenieuren entwickelt Klem nun eine organische Beschichtung. Der Prototyp hat bereits erste Tests bestanden.

Einstweilen jedoch muss auf Durchblick verzichten, wer die Vögel wirklich schützen möchte. Meist stört das weniger als erwartet: „Das menschliche Auge filtert die Streifen einfach weg“, hat Architekt Pelzeter am BMBF beobachtet, „das hätte ich nicht gedacht.“

Bei seinen nächsten Bauvorhaben will er das Vogelwohl schon bei der Planung berücksichtigen. Langfristig hofft auch er auf Hightech-Lösungen. Schon heute gebe es intelligentes Glas, das sich auf ein elektrisches Signal hin verdunkeln kann. Nach demselben Prinzip könnten sich Scheiben an Häusern blitzschnell verfärbten, sobald sich Federvieh näherte, sagt Pelzeter: „Das wäre dann wie eine Ampel für Vögel.“

Julia Koch

Mail: julia.koch@spiegel.de

Symphonie des Gestanks

Quelle: A. Williams;
* Auswahl aus hunderten von Duftstoffen

Dimethyldisulfid Geruch von gekochtem Kohl

Toluol
Lösungsmittel,
aromatisch
riechend

Indol Fäkalienartiger Geruch

Butanol
Weinartiger
Geruch

Hexanal Geruch von frisch gemähtem Gras

Hexanal

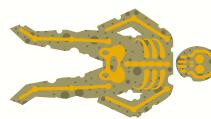
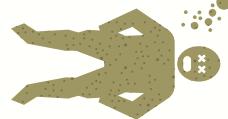
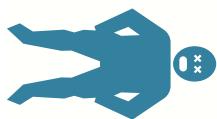
Hexanal

Frische Leiche
Etwa zwei Stunden nach dem Ableben beginnt die Totenstarre – noch riecht die Leiche kaum.

Bildung von Gasen
Der Körper bläht auf, weil durch Aktivität von Bakterien in den Weichgeweben Gase entstehen.

Beginn der Verwesung
Jetzt verströmt die Leiche den penetrantesten Geruch, weil die Gase nun komplett nach außen entweichen.

Fortgeschrittene Verwesung
Der starke Zersetzungsgeruch nimmt wieder ab, ist aber noch deutlich wahrnehmbar.



DER SPIEGEL

Igitt

Forensik Eine britische Forscherin will die Geheimformel des Leichengeruchs knacken. Sie ist überzeugt: Die Rezeptur birgt den Schlüssel zur Aufklärung von Verbrechen.

G elegendlich kommt es vor, dass Anna Williams von ihrem Mann ermahnt wird, beim Essen doch bitte nicht über ihre Arbeit zu sprechen.

Unter ihren Kollegen von der University of Huddersfield gilt die Forensikerin als hoch geschätzte Kollegin. Getuschelt wird hinter ihrem Rücken trotzdem, und am Ende ist sie meist eben doch „die mit den Schweinen“.

Es liegt an den Lieferungen, die Williams jedes Jahr bekommt. Sobald die Witterung es zulässt, geht es los damit, dann fährt am Institutsgebäude in Huddersfield regelmäßig ein Transporter vor, seine Ladung: frische Schweineleichen. Williams und ihr Team packen die toten Tiere in Kisten und verbuddeln sie auf einem Gelände des Instituts. Manche Leiberwickeln sie in Plastikfolie, andere lassen sie an einem Strick baumeln, wie Erhängte.

Dann warten die Forscher jenen fundamentalen Vorgang ab, den die Natur nach dem Tod jedes Lebewesens automatisch in Gang setzt: Verwesung und Fäulnis.

Zerfallende Tierkadaver bieten meist keinen gefälligen Anblick. Zimperliche Naturen kämpfen mit Brechreiz, wenn Williams jene Madenansammlungen studiert, die auf faulenden Gebeinen siedeln. Doch die Ekelforschung ist dringend erforderlich.

Zwar gelten Forensiker inzwischen als Alleskönner, die Kriminalfälle bereits mit einem flüchtigen Blick auf den Leichnam lösen. Tatsächlich jedoch birgt der tote Leib für Kriminalbiologen und Rechtsme-

diziner viele Rätsel. „Wir wissen noch immer nicht, was genau mit dem Körper geschieht, wenn das Leben aus ihm gewichen ist“, räumt Williams ein. Einem der größten Geheimnisse der Verwesung ist die Forscherin jetzt allerdings auf der Spur: dem Odeur des Todes.

Wenn Mikroorganismen einen Leichnam zerlegen, entsteht eine komplexe Symphonie des Gestanks. Je nach Stadium der Zersetzung wabern Substanzen aus der Leiche, die stark an den Geruch von Benzin oder Nagellackentferner erinnern – aber auch Duftkomponenten von Kakao und Knoblauch.

„Die Geruchsentwicklung im Laufe der Verwesung ist wie ein Gemälde, das wir zurzeit nur als grobe Skizze wiedergeben können“, erläutert Williams. Für die Kriminalistik wäre es ein Durchbruch, wenn die Spezialisten die magische Formel des Todesgeruchs vollständig entschlüsselten. Etliche Verbrechen ließen sich dadurch aufklären, glaubt Williams.

Die Forensikerin geht, um diesem Ziel näher zu kommen, sogar über die Leiche ihrer Mutter, die sich (wohl nach gutem Zureden der Tochter) tatsächlich bereit erklärt hat, ihren Körper nach ihrem Ableben der Wissenschaft zu überlassen.

„Wäre doch besser, als unschuldige Schweine zu nehmen“, sagt Williams. Ihr Humor ist berufsbedingt schwarz, hat in diesem Fall aber einen realen Hintergrund: Schweine sind für die Forensiker nur eine Verlegenheitslösung. Zwar ähneln Behaa-

rung und Fettgehalt in der Haut der Tiere den Merkmalen der menschlichen Körperhülle. Doch jüngst sind Zweifel aufgekommen, ob Schweine wirklich dazu taugen, Erkenntnisse über die Verwesung von Leichnamen zu gewinnen.

In den Vereinigten Staaten gibt es sogenannte Body-Farms, abgelegene Areale, wo unter wissenschaftlicher Aufsicht neben tierischen vor allem menschliche Leichen kompostieren. Allerdings sind die Ergebnisse, die von den Forschern auf solchem Gruselterrain gewonnen werden, in Europa nur sehr eingeschränkt brauchbar. „Es ist ein Riesenunterschied, ob eine Leiche im heißen Texas verwesst oder im feuchten Klima Englands“, erklärt Williams.

Auch in Deutschland würden sich Forensiker liebend gern der amerikanischen Praxis anschließen: „Aus den unterschiedlichsten Gründen wäre es sinnvoll, menschliche Leichen auszulegen“, sagt der Biologe Jens Amendt vom Institut für Rechtsmedizin an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Allerdings stehen die Wissenschaftler dabei hierzulande vor einer derzeit unüberwindbaren Hürde: der Bestattungspflicht. Vier bis zehn Tage nach Eintritt des Todes müssen Leichen in Deutschland beerdig werden. Doch selbst wenn diese Regelungen fallen sollten, wäre die Suche nach einem geeigneten Gelände schwierig. Wer hat schon gern einen Park in seiner Nachbarschaft, in dem Leichen verweszen?

Aufgrund solcher Einschränkungen liegen europäische Forensiker inzwischen bedenklich hinter den Kollegen aus den Vereinigten Staaten zurück, warnt Williams. Vor allem aber hätten Versuchsergebnisse, die im Prinzip zur Aufklärung eines Verbrechens beitragen könnten, so die Wissenschaftlerin, „vor keinem Gericht Gültigkeit, wenn sie mit Schweinekadavern erzielt wurden“.

Auch aus diesem Grund hat Williams ihre Forschung einem Thema gewidmet, das auf den ersten Blick wie ein skurriles Nebenfach der Kriminalbiologie anmutet. Die olfaktorische Ausdeutung des Todes, so wurde der Britin klar, kann auf einen Schlag viele Fragen beantworten, mit denen sich Kriminalisten plagen.

Besonders gefordert sind Ermittler bei der Bestimmung des Todeszeitpunkts. So befinden sich Leichen häufig in einem derart zernagten Zustand, dass diese Information nur mühsam anhand des Befalls von Insekten berechnet werden kann, die in den sterblichen Überresten marodieren. Dabei ließe sich die Sterbezeit vermutlich weniger mühevoll ermitteln, würden die Experten jenes Muster verstehen, nach dem Leichen über die Zeit ihr eigenständliches Parfum verströmen.

Williams glaubt, dass die Analyse des Leichengeruchs sogar den Lebenswandel des Verstorbenen enthüllen kann. Was er gegessen und getrunken, welche Medikamente er genommen, sogar wo er gelebt hat – all das beeinflusste die komplexe Ge-

ruchskomposition, die mit seiner Verwesung einsetzt.

Williams vermutet, dass der Leichengeruch des Verwesenden individuell einzigartig ist – wie der Fingerabdruck zu Lebzeiten.

Verblüfft hatte die Forscherin bei Experimenten festgestellt, dass Schweinekadaver gänzlich unterschiedlich verrotten, auch wenn sie direkt nebeneinander im Erdreich und sogar in derselben Tiefe vergraben wurden. Offenbar, so stellte sich heraus, modert ein Mast- anders als ein Zuchtschwein – was am unterschiedlichen Futter liegt.

Bei den Experimenten zeigte sich bald, dass die Kadaver während der Zersetzung nicht einfach nur bestialisch stanken; vielmehr entwickelte sich ein scheinbar unvermeidbares Geruchsmuster, das mitunter gar angenehme Duftnoten enthielt, etwa von Kakao und Zitrusfrüchten.

Die schlimmste Phase des Gestanks stellt sich etwa zur Halbzeit des Zerfalls ein, wenn Gase den Körper blähen. Dann zählen die Dünste von Knoblauch und rottendem Kohl noch zu den angenehmeren Gerüchen.

Williams identifizierte Hunderte Substanzen, die den Geruch von Fäulnis und Verwesung ausmachen. Eine dominante Rolle während dieses Prozesses spielt eine chemische Verbindung namens Indol. Sie wird von Parfumproduzenten ebenso genutzt wie von Schokoladenfabrikanten.

Gelänge es den Forschern, alle wichtigen Zutaten im richtigen Verhältnis zueinander zu mischen, entstünde ein forensisches Wunderelixier; ein Gemisch, mit dem Leichenspürhunde ideal für ihre Aufgabe trainiert werden könnten. Doch offenbar ist diese Aufgabe weit anspruchsvoller, als ein gutes Bier zu brauen.

Für Anna Williams ist diese Aufgabe vor allem Teil eines größeren Plans. Sie träumt von einer Art Verwesungsthemenpark mit verschiedenen Hallen, in denen sich die unterschiedlichsten klimatischen Bedingungen simulieren lassen. Selbstverständlich hätte sie kein Problem damit, sich im Dienste der Wissenschaft 24 Stunden am Tag auf einem solchen Gelände aufzuhalten.

Die Forderung nach Diskretion am Abendbrottisch, das Gerede über ihre Experimente im Verborgenen, all das sind für sie lediglich amüsante Hintergrundgeräusche. Wie nur wenige weiß sie, was es bedeutet, sich jeden Tag aufs Neue mit der Vergänglichkeit alles Lebenden und dem körperlichen Niedergang zu befassen. „Ich bin stolz auf das, was ich tue“, sagt sie. „Weil mir klar ist, dass nicht jeder den Mummen dazu hat.“

Frank Thadeusz

Mail: frank.thadeusz@spiegel.de



Forensikerin Williams, Assistentin
„Besser als unschuldige Schweine“



WEITWINKEL

Noten gegen Bomben

Amjad Judeh sitzt in den Trümmern seines Viertels und spielt Oud. Die orientalische Laute ist sein Lieblingsinstrument, er spielt sie für die Kinder, die Hoffnungslosen – und für die Toten des Syrienkriegs. Immer wieder knallen die Schüsse der Scharfschützen hier am Rand von Damaskus. Doch Amjad geht nicht weg. Er sagt: „Ich werde mit meiner Musik gegen den Krieg kämpfen.“

Sehen Sie die Visual Story im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.



JETZT DIGITAL LESEN



FELICITY MCCABE / THE GUARDIAN

Foster

Naturkunde Der Mensch im Tier

Der deutsche Autor Peter Wohlleben, 52, versucht, sich in Hunde, Pferde und Hühner einzufühlen; sein Buch „Das Seelenleben der Tiere“ steht seit Monaten auf der Bestsellerliste. Der britische Autor Charles Foster, 54, geht einen Schritt weiter: Er versucht, sich in Tiere zu verwandeln. Für sein Buch **Der Geschmack von Laub und Erde** (Malik; 20 Euro; erscheint am 12. Januar) sei er den „Stammbaum der Evolution“ hinuntergeklettert,

schreibt er, um das Leben einmal aus dem Blickwinkel eines Dachses und eines Otters zu betrachten, eines Fuchses, eines Hirschs und eines Mauersegelers. Als Dachs krabbelt er nachts über den Waldboden, auf Händen und Knien, tagsüber schlafet er in einer Erdhöhle: „Man bildet sich nicht ein, dass einem die Welt zu Füßen liegt, wenn man sie über dem Kopf hat.“ Er trainiert seinen Geruchssinn, bis

er die „zitrusartige Pisse“ von Mäusen erschnüffelt, und weil die Nahrung eines Dachses nun mal zu einem großen Teil aus Würmern besteht, doziert er recht bald mit dem Vokabular eines Sommeliers über ihre Provenienzen: „Der Wurm aus Chablis hat einen langen, mineralischen Abgang. Sein Artgenosse aus der Picardie schmeckt muffig, nach Fäulnis und gesplittertem Holz.“ Das Experiment ist exzentrisch, der Ton des

Buchs oft ironisch, die Fragen dahinter sind ernsthaft und klug: Wie nimmt ein Tier seine Umwelt wahr? Was denkt, was fühlt es? Und ist das so anders als die Gedanken und Gefühle eines Menschen? Foster ist ausgebildeter Tierarzt, lehrt Ethik und Rechtsmedizin in Oxford. Die Human Animal Studies, eine Trenddisziplin an Universitäten, haben die Grenzen zwischen Mensch und Tier ins Wanken gebracht. Foster stößt sie um. tob

Glosse

Missklang

Wieso nennen Hamburger die Elbphilharmonie „Elphi“?

Wenn am Mittwoch endlich das erste Konzert in der Elbphilharmonie über die Bühne geht, sind alle Missklänge verschwunden, die den Problembau jahrelang begleitet haben. Von einem Wahrzeichen mit weltweiter Strahlkraft ist nun die Rede, von einem akustischen und architektonischen Wunder. Doch warum, zum Himmel, heißt das Gebäude dann überall „Elphi“? Der Kosenname klingt nicht nach Hochkultur in einer Metropole, sondern nach Singkreis in Pinneberg, nicht nach bürgerlicher Klassik, sondern nach Inklusion: nach Kultur für wirklich jeden. Als wäre die Elbphilharmonie kein Palast, sondern eine Villa Kunterbunt für Kulturpädagogen.

Der Hamburger wahrt eigentlich ganz gern die Form. Soll der prollige Berliner seine Plätze „Kotti“, „Görl“ oder „Alex“ nennen und der neureiche Düsseldorfer seine Einkaufsmeile „Kö“, der Hamburger sagt Mönckebergstraße – und lächelt über lokale Boulevardjournalisten, die seit Jahren vergebens

versuchen, die Kurzform „Mö“ in Mode zu bringen. Kosenamen verraten häufig, wie man sich den Partner wünscht. Wer „Tiger“ sagt, sehnt sich nach einem wilden, starken, entschlossenen Partner, wer „Mäuschen“ oder „Kleines“ sagt, sucht genau das: eine liebe, unterwürfige Partnerin. Wenn der protestantische Hamburger nun „Elphi“ statt Elbphilharmonie sagt, dann weil er sich geniert angesichts der großen Architektureste, des Glanzes und Protzes, der fast 800 Millionen Euro Baukosten. Er hätte das Ding gern niedlicher, weniger einschüchternd auch, um es lieb haben zu können – und stützt es sich mit dem Namen zurecht. Lokalpatrioten mögen darin hanseatisches Understatement sehen. Psychoanalytiker würden eher von der Erniedrigung des Liebesobjekts sprechen: erst das trophy girl haben wollen, aber es dann schlecht behandeln, weil es sich als eine Nummer zu groß herausgestellt hat.

Tobias Becker

Zeitgeschichte „Infamer Vorwurf“



CHRISTOF STACHE / AFP
Der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) **Andreas Wirsching**, 57, über die Kritik des Londoner Literaturwissenschaftlers Jeremy Adler an der IfZ-Edition von Hitlers „Mein Kampf“

SPIEGEL: Herr Wirsching, vor einem Jahr veröffentlichte Ihr Institut eine Edition von „Mein Kampf“. Nun wirft Adler den Herausgeber, also Ihren Mitarbeitern, antisemitische Tendenzen vor. Zu Recht?

Wirsching: Das ist infam. Adler reißt Zitate aus dem Zusammenhang, verkehrt sie ins Gegenteil oder unterschlägt Wesentliches. So schreibt Hitler in „Mein Kampf“, „der Jude“ sei „niemals im Besitz einer eigenen Kultur“ gewesen. Meine Kollegen vermerken ausdrücklich, diese Aussage sei „absurd“, und begründen das. Trotzdem unterstellt Adler, sie würden Hitlers Behauptung bestärken.

SPIEGEL: Was ist mit Adlers Kritik, zahlreiche antisemitische Passagen blieben unkommentiert, etwa dass Juden eine „mediterran-mongoloide Mischrasse“ gebildet hätten?

Wirsching: Das stammt von dem Rassisten Jörg Lanz von Liebenfels, und meine Kolle-

gen zitieren es im Kommentar. Eine Hauptaufgabe der Edition besteht darin, die Quellen für Hitlers Weltanschauung deutlich zu machen und ihn einzubetten in die rassistische, antisemitische und völkische Tradition, die es in Deutschland im 19. Jahrhundert gab. Es ist absurd, wenn den Kommentatoren jetzt vorgeworfen wird, sie würden Hitler unterstützen, nur weil sie aus entsprechenden Schriften zitieren.

SPIEGEL: Laut Adler übernehmen die Kommentatoren auch das antisemitische Vorurteil Hitlers, Juden seien in der Presse überrepräsentiert. **Wirsching:** Die Kommentatoren zitieren Pamphlete, die dieses Vorurteil verbreiteten, darunter eine aberwitzige Liste angeblich „jüdischer, judefreundlicher und unvölkischer“ Zeitungen. Sie schlussfolgern dann, es habe „wenig bedurft, um unter Antisemiten als „verjudet“ zu gelten“. Adler verdreht das in einer skandalösen Weise, als ob meine Kollegen Hitler bestätigen wollten.

SPIEGEL: Adler behauptet auch, Sie verletzten editorische Standards, etwa weil Sie keine „definitive Fassung“ von „Mein Kampf“ präsentierten. Also den Originaltext.

Wirsching: Das offenbart Adlers grundsätzlichen Mangel an Kenntnis der Materie. Bis auf 23 Seiten gibt es keine handschriftlichen Originale von Hitler. klw

Elke Schmitter Besser weiß ich es nicht

Pyromania Germaniae



„An allem Unfug, der passiert, sind nicht etwa nur die schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern.“ Diesen Satz gibt Professor Kreuzkamm seinen Tertianern fünfmal zu schreiben auf, nachdem er die Klassenarbeitshefte als ein Häuflein Asche auf seinem Pult und den kleinen Uli in einem hängenden Papierkorb vorgefunden hat. „Das fliegende Klassenzimmer“ von Erich Kästner erzählt von Pennälerspaß, von Einsamkeit und Herdentrieb und vom Unfug in schöner wie grober Form.

Aus China kommend, begann das Feuerwerk im späten 14. Jahrhundert von Italien aus seinen Siegeszug durch Europa. Es diente durch weithin sichtbare Prachtentfaltung der Feier besonderer Ereignisse, wie heute noch bei Nationalfeiertagen oder Inaugurationen und gehört insofern zum zweiten Teil der beliebten Herrschaftsformel „Brot und Spiele“. Aufgrund seiner hohen Wirksamkeit, die sich ohne Training oder Fachkenntnisse erzielen lässt – Knall, Schreck und bunter Regen für kleines Geld –, empfiehlt sich das pyromaniische Haushaltsset naturgemäß für die Begrüßung des neuen Jahres auf dem Balkon oder der Straße, und weil die Kinder nicht bis Mitternacht warten sollen, fängt das säkulare Opferfest schon lange vorher an.

Es steigert sich kontinuierlich, bis in der Notaufnahme die Alkoholversehrten mit den Brandverletzten um Aufmerksamkeit konkurrieren. Exorbitante Feinstaubbelastung, verstörte Tiere, weinende Hundebesitzer und verschreckte Mitbürger wiegen für viele den Spaß nicht auf, weshalb die Stadtfahrt der eher besser gestellten Minderheit um die Jahreswende dämmernden Hotelbetrieben in Vorpommern oder der Eifel erhöhten Umsatz beschert. Eine höhere Steuerbelastung taugt nicht zur Eindämmung des Phänomens, denn schon heute werden die billigen Feuerwerkskörper übers Netz aus Ländern geordert, denen TÜV und DIN böhmische Dörfer sind, weshalb der eine und andere Finger den sparsamsten Pyrotechnikern zum neuen Jahr nun fehlt.

Man soll diese Volksseelensache ja nicht überstrapazieren, aber dass sich in Deutschland ein paramilitärischer Ritus durchgesetzt hat, der auf Krach, Schock und Überwältigung zielt, ist doch immerhin bedauerlich. Ich hätte jedenfalls lieber in Madrid, in London oder Paris wildfremden Leuten mit einer Flasche in der Hand „feliz año nuevo“ gewünscht, als von der sicheren Butze aus die Straße zu snobben. An vielen urbanen Orten der Welt geht es auch menschenfreundlicher zu als in deutschen Städten, weil dort die regierenden Professor Kreuzkamms den privaten Schießpulvergebrauch zugunsten eines zentralen Feuerwerks verboten haben. Das Staunen ist friedlich und allgemein, der Effekt opulent, und das Geldverbrennungsspektakel hat einen wohlgesetzten Anfang und ein absehbares Ende. Die kleinen Kinder und die Hunde schlafen durch. Was sie verpasst haben, kommt wie im „Fliegenden Klassenzimmer“ irgendwann als Geschenk. „Und gerade in diesem Augenblick löste sich eine Sternschnuppe vom Dunkel der Nacht los und glitt schweigend über den Himmel, hinab zum Horizont.“

An dieser Stelle schreiben Elke Schmitter und Nils Minkmar im Wechsel.



IfZ-Edition von Hitlers „Mein Kampf“

Die Letzten eines leeren Landes

Fluchten Meine Freunde und Verwandten verlassen ihre Heimat.

Ich lebe immer noch in Damaskus. Aber warum? Von Khaled Khalifa

M eine Schwester, die ich seit mehr als zwei Jahren nicht mehr gesehen habe, erzählte mir am Telefon, dass sie das Meer in einem Schlauchboot überqueren wolle. Dann legte sie auf. Meine Meinung dazu wollte sie nicht hören. Sie begnügte sich damit, mir in höchst emotionalen Worten ihre drei Söhne ans Herz zu legen, falls sie ertrinken würde. Einige Minuten später versuchte ich, ihre Nummer anzurufen, doch die Leitung war tot. Plötzlich gingen mir unzählige Bilder aus unserer Kindheit durch den Kopf. Es ist nicht einfach, ein halbes Jahrhundert des eigenen Lebens zu verabschieden und darauf zu warten, dass diejenigen, die man liebt, ertrinken. Kälte kroch mir in Arme und Beine, mein Kopf war leer, aber ich hatte keine Kraft mehr zu diskutieren. Was könnte ich denn einer Frau schon sagen, die ihre Wohnung und ihr ganzes Hab und Gut verloren und die, um nicht auch noch die Kinder zu verlieren, die Jungen auf der Suche nach einem sicheren Zufluchtsort durch die ganze Türkei geschleppt hat. Da die Situation in der Türkei für eine Frau wie sie, die wie Millionen anderer Syrer über keine besonderen Fähigkeiten verfügt, nicht einfach war, blieb ihr schließlich nur noch die Hoffnung auf Asyl – auch wenn das bedeutete, sich in ein Schlauchboot zu setzen. Die Botschaft, die sie mir damit mitteilen wollte, kannte ich bereits: Den Syrern bleibt keine andere Hoffnung außer dem Meer.

Meine Schwester ertrank nicht, sie hatte Glück. Freunde halfen ihr in Griechenland und anderswo auf ihrem Weg. Über die schmerzvollen Erfahrungen mit Schleusern, die ihr die wenigen Habseligkeiten raubten und sie auf den Flughäfen der Welt ihrem Schicksal überließen, wird sie sicher nicht sprechen wollen, aber sie erreichte schließlich ihr Ziel und traf in Dänemark wieder Freunde von uns, die sie unterstützten. Andere, die gleichfalls das Abenteuer einer Überfahrt gewagt hatten, waren ertrunken. Der Gedanke ist unvorstellbar, und wenn der Tod mehrere Farben hat, so ist der schwärzeste aller Tode der durch Ertrinken. Der menschliche Körper geht gänzlich seiner Bedeutung verloren, wenn er zum Fraß der Fische wird und sich wie Salz im Wasser auflöst.

Ein paar Tage später bekam ich den gleichen Anruf von meinem jüngsten Bruder, der seine Wohnung in Aleppo verlassen

hatte und in die türkische Hafenstadt Mersin gegangen war, wo er schließlich seine Familie zurückließ. Allein trat er die Fahrt über das Meer nach Griechenland an, von dort aus ging es nach Italien, bis er in Schweden landete. Dann erhielt ich immer mehr Anrufe von nahen Verwandten, von den Söhnen meiner Geschwister, von Freunden, und alle erzählten mir, dass sie auf dem Weg in Richtung Meer seien. Ich erkundigte mich gar nicht mehr nach den Details der Reise und diskutierte auch nicht mehr mit ihnen. Ich wünschte ihnen alles Gute und bat nur darum, Bescheid zu geben, ob alles gut gegangen sei.

Hunderttausende Syrer sind in der gleichen Situation. In den Cafés türkischer Städte tauschen sie Telefonnummern von Schleusern und Informationen über die besten Strecken aus und veröffentlichen sie auf Facebook. Ich weiß noch, wie ich im Sommer 2015 von Damaskus über Beirut nach Istanbul reiste. Die Fluggäste waren alle ungefähr derselbe Typ: junge Männer, kaum 20 Jahre alt, dazu eine Gruppe von allein reisenden Frauen mit ihren Kindern. Sie kamen mir vor wie Freunde aus der Kindheit oder wie Verwandte. Aus ihren Fragen ging hervor, dass sie das Land zum ersten Mal verließen. Nachdem das Flugzeug vom Flughafen Damaskus abgehoben hatte, atmeten sie auf und begannen laut über die nächsten Schritte zu diskutieren. Sie reisten nach Istanbul, und von dort aus würden sie mit einem anderen Flugzeug zur nächsten an der griechischen Grenze gelegenen Stadt fliegen. Die meisten dieser Männer waren vor dem Militärdienst geflohen und saßen zum ersten Mal in einem Flugzeug. Alles schien vorab geregelt worden zu sein. Ich bemerkte einen Mann in den Vierzigern, der sie auf dem Flug von Damaskus nach Beirut mit den notwendigen Anweisungen

Wir haben sogar kollektive Abschiedspartys veranstaltet für Freunde, die ihre Reise ins Unbekannte antraten.

versorgte. Im Transitbereich des Flughafens von Beirut wiederholte sich die ganze Sache, und die Frauen erhielten die gleichen Direktiven.

Ich dachte nun an diese jungen Leute, deren letzte Hoffnung in einer Reise über das Meer bestanden hatte. Das war zwar nicht neu für mich, und doch fand ich die Vorstellung kurios, dass sich eine ganze Gruppe von Freunden entschieden hatte, kollektiv zu emigrieren. Ich musste daran denken, wie wir uns in der Kindheit als eine Freundesclique ewige Treue versprochen und davon geträumt hatten, unser Leben gemeinsam zu planen. Diese jungen Männer hier hatten sich entschieden, entweder zusammen zu leben oder zusammen zu sterben. Ihnen stand die Angst in den Augen, doch in der Gruppe fühlten sie sich stärker. Ich beobachtete, wie sie versuchten, sich gegenseitig Mut zu machen, um das Kommende zu überstehen.

Die meisten meiner Freunde haben das Land verlassen und wurden zu Flüchtlingen. Mir bleibt nur noch, nach Namen von Verschollenen und Ertrunkenen zu suchen und die Adressen meiner Freunde nachzuverfolgen. Immer wenn ein Boot kentert, lechze ich wie ein Verrückter nach einer Meldung, nach einer Liste der ertrunkenen Personen, nach Fakten, aus welcher Stadt oder welchem Dorf sie stammten, welche Familiennamen sie trugen, nach Fotos. Im Jahr 2015 durchsuchte ich mit der gleichen Hysterie die Fotos, die von den Toten in den Gefängnissen des Regimes gemacht und außer Landes geschmuggelt und als „Fotos von Caesar“ berühmt geworden waren. Ich suchte nach verhafteten Freunden, blickte prüfend in die Gesichter, denn Dutzende sind verschwunden, von denen wir nicht das Geringste wissen, wir haben keine Nachricht von ihnen, keine mündliche Botschaft, da ist niemand, der sie gesehen oder irgendeine Information über sie hat. Ich durchsuche die Fotos, und wenn ich einen Verdacht hege, versuche ich, mich an Details zu erinnern, an ein Muttermal auf der Wange, eine Wunde am Knie. Aber die Suche nach den Ertrunkenen oder den Toten und das Warten auf die Rückkehr der Verhafteten sind ein sinnloses Unterfangen, genauso sinnlos, wie in jenen Städten auszuharren, die nur darauf warten, als Nächstes zerstört zu werden.

Der Strom der Auswanderer riss nicht ab. In den Jahren 2013 und 2014 veranstal-



CHRISTIAN WERNER / ZEITENSPiegel / DER SPIEGEL



CHRISTIAN WERNER / ZEITENSPiegel / DER SPIEGEL

Warteschlange vor einer Bäckerei im Stadtteil Mezze, Stadtansicht von Damaskus
„Wir sind nur noch damit beschäftigt, am Leben zu bleiben“



Autor Khalifa, Flüchtlingsboot im Mittelmeer: „Der schwärzeste aller Tode ist der durch Ertrinken“

teten wir sogar kollektive Abschiedspartys für unsere Freunde, die ihre Reise ins Unbekannte antreten und uns verlassen würden. Über die Wahlmöglichkeiten haben wir nicht mehr mit ihnen diskutiert, genauso wenig haben wir ihnen über unsere Erfahrungen aus uns bekannten Städten berichtet. Die Migration wurde zu einer Seuche, die sich im ganzen Land ausbreitete, alles leerte sich, alles veränderte sich in rasender Geschwindigkeit, die Straßen wurden leerer, in den Fenstern schien kein Licht mehr.

Ich leide sehr unter dem Verlust meiner Freunde, es hat alles keinen Sinn mehr; wir, die wir im Land geblieben sind, sind nur noch damit beschäftigt, am Leben zu bleiben. Wir fragen uns nicht mehr, wer weggehen wird, sondern die Frage heißt jetzt: Wann wirst du gehen? Oder: Du bist noch hier? Zum ersten Mal spüren wir, was kollektive Trennung bedeutet.

Anfänglich hielt ich ihre Abwesenheit für zeitlich begrenzt. Aber jetzt, nach all diesen Jahren, habe ich mich ohne sie in meinem Leben eingerichtet. An der Stelle der Leere, die sie hinterlassen haben, hat sich eine andere Leere breitgemacht. Ich stelle mir nicht mehr vor, wie sie jetzt aussehen, denn jemand wie ich, der die ganze Zeit mit Menschen lebt, die er auf dem Papier erfindet und die Fantasie preist, spürt den Mangel nicht. Das geht so weit, dass ich mich noch mehr an mein Leben hier klammere. Trotzdem fürchte ich mich mittlerweile davor, von der Migrationsseuche

angesteckt zu werden, die zusammen mit der Verzweiflung um sich gegriffen hat, und die ich jeden Morgen auf den Gesichtern der Menschen wahrnehme. Ich frage mich, ob ich wohl bleiben würde, wenn mein Haus zerstört wäre. Ich habe keine Antwort darauf, aber in letzter Zeit habe ich mich an den Gedanken gewöhnt. Ja, ich werde bleiben. Aber warum?

Ich kenne die Antwort nicht. Vielleicht macht mich auch die Tatsache verlegen, dass ich an dem Ort festhalten möchte, dessen Geruch mir so vertraut ist. Es sind letzten Endes die Illusionen eines einsamen Schriftstellers, der nichts mehr zu verlieren hat, nachdem er lange dabei zusah, wie ein Volk versuchte, sein Land zurückzubekommen und es komplett verlor. Es scheint für die Wiedererlangung seiner Freiheit und seiner Würde mit jedem Stein und jedem Viertel und jedem Baum bezahlen zu müssen. Die Syrer können ihr Land den Klauen der Diktatur nicht entreißen, unter der sie 50 Jahre lang lebten und in der sie, in Verteidigung einer jahrtausendealten Kultur, unzählige Möglichkeiten des Widerstands erfunden hatten. Eine davon war das Schweigen und das Warten.

In den vergangenen Jahren habe ich viele Einladungen erhalten, bin durch die Welt gereist und habe Syrer getroffen, die das Land bereits vor Jahren verlassen haben. Ich habe mir ihr Leben angesehen und bin zu der Überzeugung gekommen,

dass der Flüchtling seine Identität verliert, aber keine neue erwirbt. Die Vorstellung, viele kleine Gewohnheiten aufzugeben, die für mich persönliches Glück bedeuten, ist mir unerträglich. Ich denke an meinen morgendlichen Kaffee zu Hause oder im Café mit Freunden, bevor sie zur Arbeit gehen, an unsere Plaudereien, an die Gerüche der Stadt, die gemeinsamen Abendessen, den Duft des Herbstregens. Meine Freunde, die zu Flüchtlingen wurden, vermissen all diese Dinge, aber sie haben sie aufgegeben. In den vergangenen Monaten telefonierten und schrieben wir uns über Facebook und per E-Mail in immer größeren Abständen. Als der erste Regen in Damaskus fiel, wurde nicht mehr von Hunderttausenden Flüchtlingen in aller Welt ein Fest der Sehnsucht gefeiert. Die gemeinsamen Momente wurden seltener, und wir sprachen kaum noch über die Probleme der Integration in eine fremde Kultur oder über die Überlegung, die ursprüngliche Identität aufzugeben. Ich verstehe ihre Frustration und kenne die Schwierigkeiten, unter denen sie leiden, und ich verstehe gleichzeitig ihre Angst um uns, uns, die wir hier geblieben sind, während der Krieg uns überall auflauert.

Ich habe meine Empathie nicht aufgegeben, und ich möchte auch nicht wie ein Soziologe sprechen, aber die syrischen Flüchtlinge unterscheiden sich als Studienobjekt von anderen Flüchtlingsgruppen. Die verschiedenen Kulturen und Schichten zu untersuchen, denen die syrischen



DAN KITWOOD / GETTY IMAGES

Flüchtlinge entstammen, würde Hunderte Seiten füllen. Ich möchte über Menschen schreiben, die geflüchtet sind und die wir verloren haben. Und wir hoffen, dass die Welt diese für sich gewinnt, aber ich bin mir dessen nicht sicher, denn die eigene Identität aufzugeben, das ist, als ob man sich das Herz herausreißen würde.

Ich denke an Freunde, die mit der ganzen Familie fortgingen. Der über 70-jährige Vater eines Freundes erzählte weinend, dass er nun in der Ferne nur mit jemandem sprechen möchte, der seine Sprache verstehe, die Geheimnisse der Sprache, und dass er einen Witz in seinem Dialekt hören und von Herzen lachen möchte. Von Herzen lachen, das ist es, was die Menschen im Leben möchten, und Flüchtlingen wird dieses Glück meist nicht zuteil, zumindest nicht in den ersten Jahren in der Fremde. Irgendwann verstummte das Klingeln meines Telefons, denn alle versinken früher oder später in dem schwarzen Loch der Flucht.

Zuerst waren es Hunderte, dann Tausende, schließlich Hunderttausende, und jetzt sind es Millionen. Manche Bilder aus Ländern, in denen Flüchtlinge nicht willkommen geheißen werden, versetzen mich in Panik. Die Bilder von Nazis, die Flüchtlinge bedrohen, jagen mir Angst ein. Die Transparente in libanesischen Ortschaften, auf denen steht, dass es den Syrern verboten sei, sich nach sechs Uhr abends auf der Straße aufzuhalten, sowie Transparente, auf denen Flüchtlinge öffentlich beschimpft werden, erschrecken mich. Diese ungari-

sche Reporterin macht mir Angst, die einem Syrer ein Bein stellte, der, seinen Sohn auf dem Arm, vor einem Krieg floh, den er nicht gewollt hat; trotzdem wurde dieser Journalistin kürzlich ein Preis verliehen. Dass so jemand einen Preis erhält, jagt mir Angst ein. Ich denke an die Menschen, die ich zu kennen vorgebe, ich denke an ihre Schmerzen, aber gleichzeitig werde ich von Schlaflosigkeit geplagt und kann nicht verstehen, was passiert. Ich will nicht vor dem Gedanken kapitulieren, dass wir eines Tages aufwachen und die Stadt leer vorfinden, ohne Menschen, ohne erleuchtete Häuser, ohne Autos. Und dass wir, wenn wir nach dem Warum fragen, feststellen werden, dass alle ihren Anteil daran hatten, dass wir eine Gesellschaft von Flüchtlingen geworden sind.

Die Situation mag Menschen, die noch nie Kontakt zu Syrern hatten oder nichts über die alte und die neue Geschichte Syriens wissen, verwirrend und unverständ-

**Wir fragen uns
nicht mehr, wer noch
weggehen wird.
Die Frage heißt jetzt:
Du bist noch hier?**

lich erscheinen, aber in den vergangenen 100 Jahren haben die Syrer viele Flüchtlinge aufgenommen, die dem Tod entflohen sind. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts nahmen sie die Armenier, die Tschetschenen und die Albaner auf, die vor Massakern und Kriegen flohen. Dann, nach der Niederlage von 1948 und dem Sechstagekrieg von 1967, kamen Hunderttausende Palästinenser ins Land. Den Höhepunkt bildeten über eine Million irakische Flüchtlinge, die nach der amerikanischen Besetzung Bagdads im Jahr 2003 kamen. Und im Krieg vom Juli 2006 schlossen die Syrer nicht einen Tag ihre Grenzen, sondern nahmen Hunderttausende Libanesen als Flüchtlinge auf. Auch in alten Zeiten gab es Migrationsbewegungen, die Syrien zu dem machten, was es heute ist: ein Land, das eine gewisse Attraktion auf Flüchtlinge ausübt. Viele verschiedene Völker haben sich in Syrien niedergelassen und es als neue Heimat auserkoren.

Gleichzeitig war Syrien im vergangenen Jahrhundert auch immer ein Land, aus dem Menschen abwanderten. Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts strömten Hunderttausende Syrer nach Nordamerika und in die lateinamerikanischen Staaten, wo sie äußerst erfolgreich wurden. Laut einer Statistik aus dem Jahr 2006 leben 20 Millionen Menschen syrischer Abstammung außerhalb Syriens, die meisten von ihnen in Argentinien und Brasilien. Doch die Gründe, warum sie ihr Land verließen, waren andere als jene, die



FABIO LOVINO / CONTRASTO / LAIF

Flüchtlingslager Saatari in Jordanien: Bald werden es sieben Millionen sein

Menschen heute zur Flucht zwingen. Deren Zahl wird bald die Sieben-Millionen-Marke erreichen, und von ihnen leben die meisten unter unvorstellbar elenden Umständen in Flüchtlingslagern in Jordanien und im Libanon. Aber auch die Flüchtlinge in den türkischen Lagern, wo es dem Anschein nach besser ist, leiden unter großen Schwierigkeiten, besonders was die Ausbildung ihrer Kinder betrifft. Eine ganze Generation von Syrern wird dort von der Bildung ausgeschlossen. Besser haben es jene Glücklichen, deren Boote nicht gekentert sind und die es zum Beispiel bis nach Deutschland oder Frankreich geschafft haben, wo die Menschen Mitgefühl mit ihnen haben.

Die Mehrheit der Flüchtlinge lebt jedoch in Lagern wie im jordanischen Saatari, wo sie der grundlegendsten Menschenrechte beraubt sind. Hinzu kommt die ständige Drohung, die Grenzen zu schließen und damit anderen die Flucht vor dem anhaltenden Krieg zu verwehren.

Nicht vergessen sollten wir allerdings, dass bereits schon früher unter der Herrschaft von Hafis al-Assad und seinem Sohn Baschar die Menschen aus Syrien vertrieben wurden. Die grausame Unterdrückung durch das Regime und das Fehlen der Menschenrechte ließen das Land im Laufe der letzten 50 Jahre zu einem Reich der Angst werden. Hunderttausende Syrer lebten bereits vor 2011 in den Golfstaaten und studieren in Europa und Amerika, wo sie für immer bleiben werden. Beim Blick auf die Statistik werden wir von erschreckenden Zahlen überrascht. Aus einem kleinen

Land wie Syrien mit einer Fläche von 185 000 Quadratkilometern und über 20 Millionen Einwohnern vor 2011, sollen, so heißt es, allein in Frankreich 10 000 syrische Ärzte leben und möglicherweise genauso viele in den USA und anderen Ländern. Das Regime begnügte sich jedoch nicht damit, diese Experten aus dem Land zu treiben, sondern es verfolgte sie noch in ihrem Exil und hinderte sie daran, sich zusammenzuschließen. Das Regime säte Argwohn unter den Syrern und drohte, den noch in Syrien lebenden Familien etwas zuleide zu tun oder den Flüchtlingen für immer eine Rückkehr in ihr Heimatland zu verwehren.

Bis heute können die Syrer nicht verstehen, wie sie von einem Aufnahmeland für Flüchtlinge selbst zu einem Volk von Flüchtlingen geworden sind. Und warum überall, wohin sie fliehen, die Grenzen geschlossen und ihr Äußeres und Inneres einer strengen Prüfung unterzogen wird.

Aber die Welt, die die Syrer im Stich ließ, und die, mehr noch, ihr Abschlachten

und ihr Sterben im Mittelmeer guthieß, wird immer wieder gute Gründe finden, Mitgefühl für den toten Alan zu empfinden. Sein Foto erschütterte vor etwas mehr als einem Jahr einige Tage lang die Welt, bevor es rasch wieder dem Vergessen anheimfiel – genauso wie die Suche nach den Gründen für die syrische Tragödie und die Frage, wie der Krieg beendet werden könnte. Von Zeit zu Zeit wird man ein ähnliches Foto wie das von Alan finden, eine Kinderleiche an einem Strand, und wieder wird die Welt einige Augenblicke lang innehalten und Mitgefühl mit einem Volk empfinden, das unter dem Bombardement des Regimes und Russlands lebt. Aber diese Welt wird nicht ernsthaft darüber nachdenken, das Blutvergießen zu stoppen. Es ist eine Art „angekündigter Tod“, mit dem heimlichen Ziel, ein ganzes Volk in Flüchtlinge zu verwandeln. Statt diesen Krieg zu beenden, wird er befeuert, indem Feinde erschaffen werden, die dazu da sind, große Teile der europäischen, amerikanischen und der Bevölkerung anderer Länder davon zu überzeugen, dass eine Lösung schwierig sei. Die Schaffung des sogenannten „Islamischen Staates“ ist nur ein schrecklicher Beweis dafür, dass die Welt ihrer moralischen Verantwortung nicht gerecht wurde, ein Volk in seinem Streben nach Freiheit und Demokratie zu unterstützen.

Obwohl die europäische Kultur und die Moderne hauptsächlich auf der Frage basieren, scheint man hier keine Fragen stellen zu dürfen. Niemand fragt, wer eine faschistische und verbrecherische Organisation wie den IS – der sich wie ein Staat

Diese Welt wird nicht ernsthaft darüber nachdenken, das Blutvergießen zu stoppen.

mit einem Staatsgebilde aufführt, dessen Souveränität von der Welt respektiert wird – geschaffen und wer ihn finanziert hat; wer die Besetzung ganzer Städte ermöglicht und wer weggesehen hat, als lange Autokolonnen die Wüste zwischen der syrischen Stadt Rakka und dem irakischen Mossul durchquerten. Diese Fragen heute nicht ernsthaft zu stellen, wird alle Werte der Zivilisation zerstören, für die die Menschheit gekämpft und für deren Verankerung sie einen hohen Preis bezahlt hat: die Gerechtigkeit und die Verurteilung von Kriegsverbrechen, die Demokratie und das Recht auf Selbstbestimmung. Doch genau das ist geschehen. Die Menschheit hat sich von all diesen Werten verabschiedet. Wir haben es jetzt mit einem Monster namens IS zu tun, über dessen notwendige, aber schwierige Zerstörung ständig diskutiert wird. Genau dieser IS aber ist einer der Gründe für den Strom von Millionen Flüchtlingen und die Entvölkerung ganzer Länder. In sehr naher Zukunft wird sogar die Vorstellung akzeptabel erscheinen, dass Ethnien und Religionsgemeinschaften den Platz anderer Ethnien und Religionsgemeinschaften einnehmen. Und dass diese Umverteilung der Preis für eine Beendigung des Krieges und des Blutvergießens sei, während über die Rolle des Regimes und seiner Verbündeten geschwiegen wird.

Es geht in Syrien nicht um die Frage von Flüchtlingen, sondern darum, dass ein ganzes Volk entweder zu Mörtern oder zu Flüchtlingen wurde; es geht um das Schweigen der ganzen Welt. Und die vielen Lügen, insbesondere der westlichen Staatsoberhäupter, dass die Zivilisten geschützt und die Städte und Dörfer nicht entvölkert werden dürfen, gleichen jenen Erklärungen, die nur veröffentlicht werden, um das eigene Gewissen zu beruhigen. Eine wirklich konstruktive Rolle bei der Beendigung des Krieges und der Überführung der Verbrecher an den Internationalen Strafgerichtshof spielen die Staaten aber nicht.

Die Bilder können sich nicht einfach auflösen, und ich kann mich auch nicht damit begnügen, die Freunde, die ich verloren habe, in ihrer neuen Heimat zu treffen. Ich denke etwa an meinen Aufenthalt in Oslo im Jahr 2013, als eine Freundin, die dort als Flüchtling lebt, zu meiner Veranstaltung kam. Sie konnte es nicht ertragen und weinte die ganze Zeit. Und ich meinerseits ertrug den Anblick ihrer Tränen nicht und unterbrach die Lesung für ein paar Minuten.

Es fällt mir schwer zu erklären, welche Art Briefe wir uns schreiben. Genauso schwer fällt es mir zu erklären, wie bitter das Exil ist. Viele haben ihr neues Leben nicht gewählt, sondern wurden dazu ge-

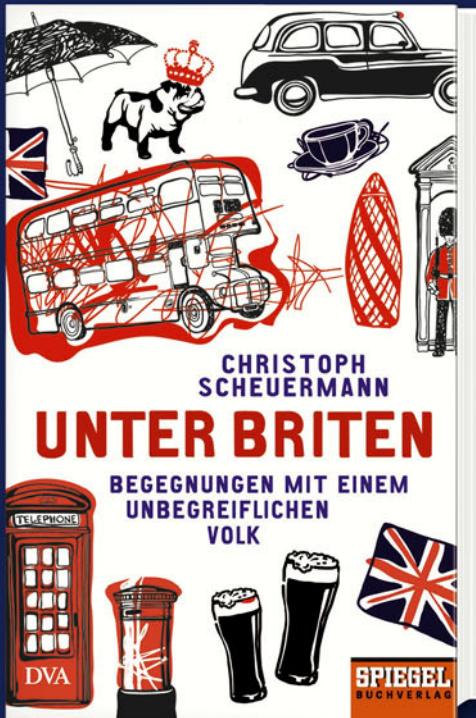
zwungen, und die meisten von ihnen werden auf finanzielle Unterstützung durch den Staat angewiesen sein. Viele leben, um eine neue, gesunde Generation von Kindern großzuziehen, die sich an das neue Leben anpassen werden, gleichzeitig aber das frühere Leben ihrer Eltern nicht kennen. Zwei Lebensweisen, die nebeneinander existieren und nicht miteinander verschmelzen, so sehr alle Beteiligten sich auch darum bemühen. Und so wird es sein, bis alle Zeugen tot sind, bis die Eltern und Großeltern gestorben sind, auf dass die Kinder, die einst Flüchtlinge waren, in ihrer neuen Umgebung in Frieden leben und die Zugehörigkeit zu ihrer neu angenommenen Identität genießen. Aber bis die Zeugen gestorben sind, müssen wir uns vorstellen, wie sich jeweils ein Band der Trauer von Berlin und anderen deutschen, französischen, türkischen oder skandinavischen Städten bis in die Städte und Gassen Syriens zieht.

Mein Bruder hat jetzt das Recht auf Familienzusammenführung erhalten. Er macht aus seiner Freude über das Ende des Trennungsschmerzes keinen Hehl und lernt jetzt Schwedisch. Ich bezweifle allerdings, dass er es, mit fast fünfzig, jemals lernen wird. Meine Schwester lernt jetzt Dänisch, und im besten Fall wird sie ein paar Dutzend Sätze können, die ihr erlauben, Petersilie zu kaufen, um den Petersiliensalat, Tabouleh, zuzubereiten, worin sie eine Meisterin ist. Und um das Rezept ihren Nachbarn zu erklären, die sie nicht besuchen werden und die nicht nach ihr fragen werden, falls sie allein stirbt. Es wird niemanden kümmern, während es in unserer Kultur eine Schande für die ganze Familie bedeutet, wenn sie ein Familienmitglied allein hat sterben lassen.

Die anderen Freunde versuchen, uns auf die unterschiedlichsten Arten und Weisen davon zu überzeugen, dass sie in ihrem neuen Exil glücklich sind. Diejenigen aber, die bislang hier geblieben sind, werden einer nach dem anderen verschwinden, Familie für Familie, bis die Vorstellung von einer leeren Stadt in ein paar Jahren Realität geworden ist, trotz meiner Überzeugung, dass dem Flüchtling seine Identität geraubt wird. Er wird keine neue Identität erhalten und seine alte nicht vergessen können. Er lebt ein Leben in der Leere. Es ist ein schmerzliches Leben, so sehr wir auch versuchen, es schönzureden.

Khalifa, 1964 in Aleppo geboren, ist einer der bekanntesten Autoren Syriens. Er schreibt Drehbücher und Romane, die teilweise im Land nicht erscheinen durften. Die vorliegende Reportage wird in der Publikationsreihe „Refugees Worldwide“ des Internationalen Literaturfestivals Berlin erscheinen und wurde von Larissa Bender aus dem Arabischen übersetzt.

WAS IST EIGENTLICH MIT DEN BRITEN LOS?



Gebunden mit Schutzumschlag
240 Seiten mit Abb. | € 17,99 [D]
Auch als E-Book erhältlich

Um diese Frage zu beantworten, ist Christoph Scheuermann von Südenland bis in die schottischen Highlands gereist. Er diniert mit einer Familie aus dem verarmten Landadel, er feiert mit hysterischen jungen Frauen einen Junggesellinnenabschied, er sucht nach Ufos, vergrabenen Schätzen und dem Geheimnis royalen Smalltalks. Sein Buch ist eine Sympathiekundung an ein Volk, das man trotz – oder wegen – seiner Skurrilität einfach lieben muss.

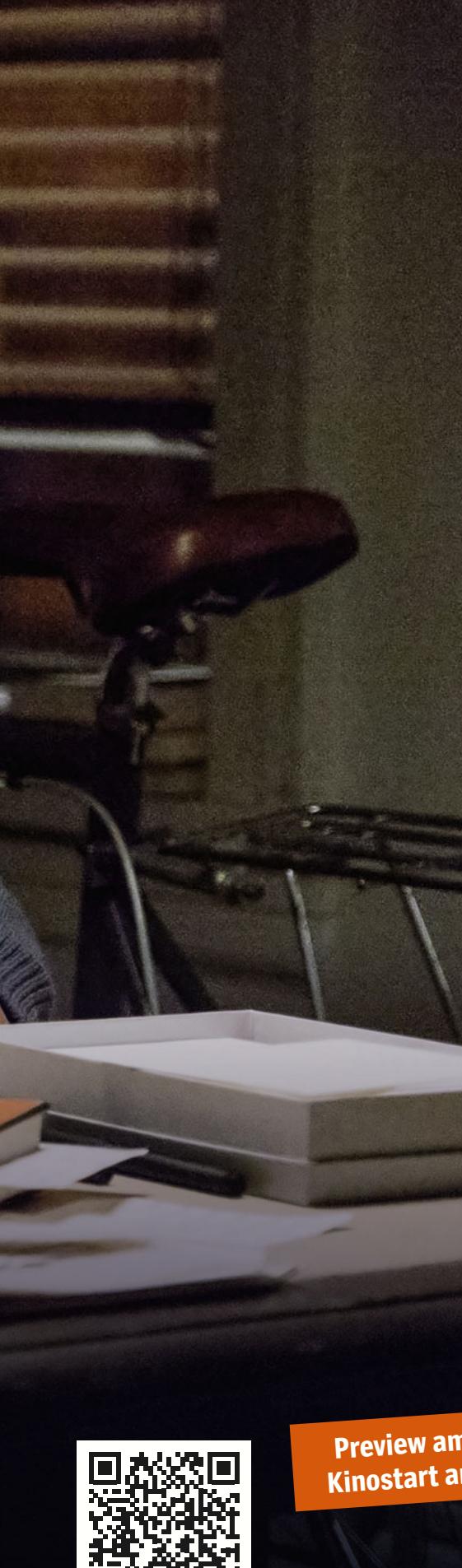


Die exklusive Kino-Preview!

präsentiert von **DER SPIEGEL**

Jetzt zwei kostenlose Karten reservieren.





VERBORGENE SCHÖNHEIT

Als ein erfolgreicher New Yorker Werbemann eine große Tragödie erlebt und sich völlig aus dem Leben zurückzieht, entwickeln seine verzweifelten Freunde einen drastischen Plan, um zu ihm durchzudringen. Doch er beginnt universelle Fragen zu stellen, indem er Briefe an die Liebe, die Zeit und den Tod schreibt. Erst als er unerwartet sehr persönliche Antworten auf seine Notizen erhält, beginnt er zu begreifen, wie diese ewigen Konstanten untrennbar mit einem erfüllten Leben verbunden sind und wie sich selbst im schwersten Verlust Momente von tiefer Bedeutung und großer Schönheit offenbaren können.

Der Oscar®-Preisträger David Frankel inszenierte das bewegende Drama mit einer hochkarätigen Besetzung, darunter Will Smith, Edward Norton, Keira Knightley, Michael Peña sowie die Oscar®-Preisträgerinnen Kate Winslet und Helen Mirren.

Preview am 16. Januar
Kinostart am 19. Januar



QR-Code scannen
und Trailer ansehen.

www.film.info/verborgeneshoenheit

[f /WarnerBrosDrama](https://www.facebook.com/WarnerBrosDrama)

Wählen Sie die Hotline eines der zehn aufgeführten Kinos. Sie erhalten eine **vierstellige Eintrittsnummer** und können Ihre Karten bis kurz vor Beginn der Vorführung abholen. Bei einer ausgebuchten Veranstaltung in Ihrer Stadt erhalten Sie eine entsprechende kurze Ansage.

Die Preview-Aktion wird am **Montag, dem 16.01.2017**, stattfinden. Sie können **zwei kostenlose Kinokarten** – solange der Vorrat reicht – von Samstag, den 07.01.2017, 12 Uhr, bis Montag, den 16.01.2017, 18 Uhr, unter den angegebenen Telefonnummern reservieren.

Achtung: Die Tickets sind nicht übertragbar. Missbrauch wird zur Anzeige gebracht.

Berlin

Zoo Palast
Hardenbergstraße 29A
Beginn: **20.00 Uhr**
Hotline **0900 3246262-0***

Düsseldorf

UCI Kinowelt
Hammer Straße 29–31
Beginn: **20.00 Uhr**
Hotline **0900 3246262-1***

Frankfurt am Main

E-Kinos
Zeil 125
Beginn: **20.00 Uhr**
Hotline **0900 3246262-2***

Hamburg CinemaxX Dammtor
Dammtdamm 1
Beginn: **20.00 Uhr**
Hotline **0900 3246262-3***

Hannover

ASTOR Grand Cinema
Nikolaistraße 8
Beginn: **20.00 Uhr**
Hotline **0900 3246262-4***

Köln

Residenz
Kaiser-Wilhelm-Ring 30–32
Beginn: **20.00 Uhr**
Hotline **0900 3246262-5***

Leipzig

Cinestar
Petersstraße 44
Beginn: **20.00 Uhr**
Hotline **0900 3246262-6***

München

Kinos Münchner Freiheit
Leopoldstraße 82
Beginn: **20.00 Uhr**
Hotline **0900 3246262-7***

Nürnberg

Cinecittà
Gewerbemuseumsplatz 3
Beginn: **20.00 Uhr**
Hotline **0900 3246262-8***

Stuttgart

Gloria
Königsstrasse 22
Beginn: **20.00 Uhr**
Hotline **0900 3246262-9***

*Mondia Media, 0,69 €/Min. aus dem dt. Festnetz;
Mobilfunk ggf. abweichend.

Zauberlehrlinge

Essay Trump! AfD! FPÖ! Le Pen! Und was, wenn wir Mitschuld tragen?

Von Eva Menasse

Besucher einer Trump-Wahlkampfveranstaltung im August



ERIC THAYER / REUTERS

Die Welt ist mir vor Kurzem eine andere geworden, umgestülpt wie ein Handschuh oder Mageninhalt, da könnt ihr beschwichtigen und auf die normative Kraft der Institutionen, der Wirtschaft, der Ländergemeinschaft pochen, wie ihr wollt. Denn mir scheint, die Zauberlehrlinge haben übernommen, überall. Im Machtrausch rufen sie Geister herbei, die uns alle ertränken könnten. Ihre entfesselten Besen rasen durch die Lande, und wo man sie zerhackt, entstehen zwei neue. Niemand kommt, das Bannwort zu sprechen. Wir haben es vergessen oder nie gewusst.

Ich verstehe die Welt nicht mehr, sagte ich an einem Tisch mit vielen klugen Freunden, aber verständlicherweise wollten sich die wenigsten von meiner Verzweiflung anstecken lassen. Ist das Loch, das sich unter mir öffnet, möglicherweise ein Phänomen gerade meiner Generation, derer, die in den späten Sechzigern, den frühen Siebzigern geboren wurden?

Bisher waren wir die Lieblinge der Geschichte. Alles ist immer besser geworden, unser ganzes Leben lang. Mein Erwachsenwerden fiel zusammen mit dem unendlichen Gefühl von Befreiung, dem Aufbruch in eine Welt, die plötzlich wieder mehr als nur die eine Himmelsrichtung Westen hatte. Mauern und Grenzen verschwanden, Menschen lagen einander in den Armen, der Atomkriegsfilmer „The Day After“, den wir Jugendlichen für realistische, tödliche Zukunft gehalten hatten, wurde zur peinlichen Klamotte, blitzverwest im Atem der Geschichte.

Die Welt wuchs zusammen, die Möglichkeiten vervielfachten sich. Man konnte von zu Hause aus im Bestand der Nationalbibliothek in Washington stöbern. Oder mit Kapstadt skypen. Europa und weite Teile der Welt schienen im Großen und Ganzen immer friedlicher, liberaler und bunter zu werden. Und bald staunte man gerührt, dass die eigenen Kinder auf den Satz „Früher gab es zwei Deutschlands“ mit demselben milchigen Blick des Desinteresses reagierten, den wir damals für Kaiserzeit und Ersten Weltkrieg übrig hatten.

Natürlich gab es schwere Schläge – aber die gibt es zu allen Zeiten. Es gab Ruanda. Es gab Srebrenica. Es gab den 11. September und die zahllosen Kriege und Verheerungen, die er (in einem uns fernen Teil der Welt) nach sich zog. Es gab die Banken- und Währungskrise, und es gibt sie noch, zerstörungsbereit lauert sie hinter der nächsten Ecke. Als hässlichstes Phänomen unserer Zeit erschien bis vor Kurzem der islamistische Terrorismus, weil er so dezentral agiert und sein Arsenal todesseliger Menschenbomben schier unendlich ist.

Aber dennoch glaubten wir ungebrochen, dass sich die Menschheit auf einem guten Weg befand, dass Frieden und Demokratie, Wohlstand, Toleranz, Aufrichtigkeit und Respekt sich zwar viel zu langsam, aber unumkehrbar ausbreiten würden. Dass wir mehrheitlich klüger, reflektierter, besonnener wären als unsere Großeltern, die einen großen Teil des 20. Jahrhunderts verwüstet hatten.

Welch krasse, überhebliche Fehleinschätzung. Denn das ist allerspätestens mit dem Wahlsieg Donald Trumps in Fetzen geschlossen.

Es geht bei Weitem nicht nur um die USA, obwohl mit ihr das mächtigste Land der freien Welt an den enthemmten Populismus gefallen ist und obwohl noch niemand die Folgen ermessen kann, die der Rowdie-Präsident haben wird, auf die Wirtschaft, den Klimawandel, auf Krieg und Frieden, auf alles, auf uns.

Denn der Trumpismus ist überall, und er war schon vor Donald da. Mit ihm erst ist er richtig benannt: hochaggressiv, respekt- und rücksichtslos, voller lusternem Spaß an der Demütigung anderer, an der Sprengung jeglicher guten Sitten, voller Verachtung für jede Art von Widerspruch, für jede Art von Rücksichtnahme. Er tut, als böte er Lösungen, die jeder versteht, und bietet tatsächlich: nur ein knallhartes, dabei höchst volatiles Freund-Feind-Schema.

Trump selbst ist noch gar nicht im Amt, aber seine Unterstützer fühlen sich bereits ermächtigt, Muslime, Mexikaner, politische Gegner zu jagen. In Österreich spricht FPÖ-Chef Strache, der Kanzler werden will und Angela Merkel für die „gefährlichste Frau Europas“ hält, als vermeintlich besorgter Wolf im Schafspelz von der „mittelfristigen“ Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs, während auf einer FPÖ-nahen Website seine Anhänger klarmachen, was ungefähr damit gemeint ist. Im Detail beschrieb dort einer, wie er das heruntergeladene Foto seiner Freundin, der politi-

schen Journalistin Christa Zöchling, als Zielscheibe benutzt hat: „Die Schrotflinte hat dann die Nase auch noch weggeputzt.“

Die Angst regiert, heißt es. Die da so ohrenbetäubend tobten, in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien, in Frankreich, in Ungarn, in Österreich, in Dresden und Leipzig, die Flüchtlingsheime anzünden und, wie im englischen Birstall und im amerikanischen Portland, auf politische Gegner schießen, die das Internet fluten als brüllender, hasserfüllter Tsunami – die hätten alle einfach nur Angst. Angst vor der Globalisierung, vor dem sozialen Abstieg, vor dem Islam, den Flüchtlingen, den Terroristen, Angst vor der Zukunft, Angst vor der Angst.

Aber stimmt das? Ist das wirklich Angst oder nicht vielmehr ein Massenphänomen im canettischen Sinn, voller Lust an der totalen Grenzüberschreitung? Warum klingt dieses Geschrei überall gleich ekelhaft? Warum ist dieser Protest, anders als vergleichbare Proteste, derartig gewaltsam, bedrohlich? Welche Atavismen brechen hier hervor? Waren sie nur versteckt, vorübergehend eingehetzt als ewige Konstante des Menschlichen, wie die Pessimisten meinen, und sind nun wieder – und warum? – hervorgebrochen? Oder ist grundsätzlich etwas anders geworden?

Worum ich Ärzte und Sanitäter immer beneidet habe: um ihre professionelle Gelassenheit. Da liegt einer bewusstlos auf dem Boden, aber ein Profi beginnt nicht mit Beatmung und Herzmassage, bevor er sich vergewissert hat, dass das Herz wirklich nicht mehr schlägt. Dass es nicht einfach nur ein Kreislaufkollaps ist.

Unsere Profis aus der alten Welt, vor der Zeitenwende, sind zum Glück alle noch da, an den Universitäten, in den Thinktanks und Redaktionen. Auf beruhigend gelasene Weise beugen sie sich über den Patienten, der wir alle zusammen sind, und versuchen, die Gründe für den Knock-out – Brexit, Trumps Wahl, den Aufstieg von Le Pen, FPÖ, AfD – zu analysieren. Auch wenn sie einander im Detail widersprechen, klingt doch das meiste richtig und vernünftig: die klaffende Schere zwischen Arm und Reich. Die Globalisierung, die zwar gegen den Hunger in der Welt geholfen, aber „unseren“ Armen geschadet hat. Die „angry old white men“, die kurz davor sind, ihre Herrschaft ganz zu verlieren. Die wirklich Abgehängten, um die man sich gewiss zu wenig gekümmert hat. Dennoch gibt

es hier, in Deutschland und in Österreich, keine Zustände wie im Rust Belt im Nordosten der USA, keine verrottenden Landstriche mit giftigem Wasser. Und allein die oben Erwähnten haben Donald Trump auch nicht zum Präsidenten gewählt. Es waren viel mehr. Es sind auch in Europa viel mehr. Und deshalb taugt das alles noch lange nicht.

Unsere Mitschuld kommt ins Spiel. Wie in einer Paartherapie soll man ja nicht über die Fehler des anderen reden, sondern über die eigenen Defizite, Versäumnisse, Blindheiten. Auch da klingt vieles, was gesagt und geschrieben wurde, nachvollziehbar: dass die Linke sich zuletzt zu sehr um Fragen von Minderheiten und Identität (Stichwort: Political Correctness) anstatt um soziale Ungleichheiten gekümmert hat. Genauso stimmt, dass das eine (Minderheiten zu respektieren) nicht um des andern willen aufgegeben werden darf.

Schließlich wäre zu fragen – und das wurde bisher noch kaum thematisiert –, wo wir uns selbst verkauft haben. Rundheraus: ob der vermeintlich böse Begriff von der „Leitkultur“ damals nicht viel zu schnell ins rechte Eck wegverfegt wurde.

Im Gegensatz zu religiösen Menschen, wie fromm oder liberal sie auch leben mögen, fehlen den großteils säkularen westlichen Gesellschaften seit Langem Traditionen, Bezugssysteme, Bräuche, Rituale: alles das, was wir flexiblen, kosmopolitischen und regenbogenbunten Eliten möglicherweise hinter uns gelassen haben, den weniger flexiblen und weniger privilegierten Menschen aber niemals miesmachen dürfen. Die Spurenelemente des Versagens, des falschen Nachgebens und vermeintlichen Entgegenkommens finden sich in vielen Details, die banal klingen, es aber nicht sind: etwa Sankt-Martins-Feste in Laternenfeste, Weihnachten in Winterfest umzubenennen. Oder Schweinefleisch aus Schulküchen grundsätzlich zu verbannen. Bilder in Galerien abzuhängen, Inszenierungen abzusetzen, weil jemand,

unter dem Vorwand religiöser Kränkung, Gewaltandroht. Was unseres, was der spezifische Charakter unserer europäischen Länder ist, was unverhandelbar bleibt, wo auch der Liberalismus seine exekutive Grenze zieht, haben wir zu wenig klargemacht in unserem Streben nach Verständnis und vorauseilendem Respekt, der uns im Übrigen von gar niemandem gedacht, sondern im Gegen teil von allen als Schwäche ausgelegt worden ist: von den Rechten genauso wie von den Islamisten. Wir

sind an Stellen zurückgewichen, die uns nicht wichtig genug waren, an denen viele Mitmenschen aber empfindlich sind, weil sie ihnen bisher ein Gefühl von Identität und Heimat vermittelt haben.

Es fehlt ganz offensichtlich etwas, das die Menschen stützt und hält, woran sie glauben, worauf sie vertrauen können. Dessen Teil sie sein wollen. Die Europäische Union ist das, trotz aller Bemühungen, nicht. Im Gegenteil zieht sie, so bedauerlich das ist, die Empörung magnetisch an.

Wie merkwürdig dagegen – „Make America great again“ ist banal, peinlich in seinem Größenwahn und leer, eine reine, uneinlösbare Projektionsfläche. Aber sie ist unheimlich wirksam. Diese Wirksamkeit muss uns interessieren. „Angst“ ist noch zu ungenau als Begriff für das, was die Tobenden vereint. Es ist ein bedrohliches Gefühl von „fremd im eigenen Land“. Wie bodenlos sich das anfühlt, könnten wir ja gerade selbst bemerken.

Denn das ist das Schockierende an meiner neuen inneren Lage, der Punkt, an dem sich „die“ und „wir“ begegnen. Ich verdächtige mich, dass mich schleichend ein strukturell vergleichbarer Wahn ergreift, wie ihn der amerikanische Politologe Mark Lilla als Kennzeichen des Reaktionären beschreibt: „Für sie ist unsere – in ihren Augen verkommene – Gegenwart das Produkt eines Bruchs, eines sozialen, kulturellen oder theologischen Kataklismus.“

Aber verdammt, genauso geht es doch mir! Ich beobachte mich und bemerke, wie eherne Gewissheiten verloren gehen. Wie ich panisch werde bei dem Gedanken, dass wahrhaft demokratische Wahlen gar nicht mehr möglich sind, nicht nur weil wir in großem Stil manipuliert werden, sondern weil Wahlen – wir haben es jüngst mehrfach erlebt – gefälscht, angefochten, für ungültig erklärt werden können, aus richtigen wie falschen Gründen. Wie lange werden sie noch etwas wert sein, nicht bloß ein überkommenes Ritual aus alten Zeiten, zu dessen Ehren man, jedenfalls früher in Österreich, die Fahne vor dem Haus aufzog und den Sonntagsstaat anlegte?

Natürlich ist der Stammtisch im Internet gerade durch seine millionenfache Vervielfältigung zu etwas substanziellem Neuem, anderem geworden. Es sind nicht mehr einfach nur Menschen, die auf ihre Bildschirme starren und sich unauffindbar und ungestraft abreagieren (dann würde es ihnen anschließend übrigens besser gehen). Hier hat sich etwas gigantisch aufgeblasen, hier hat etwas die Menschen verändert, und nun tritt es heraus in die Wirklichkeit. Die totale Vernetzung der Welt durch Internet und Smartphones – unbenommen all ihrer Vorteile und Bequemlichkeiten – täuscht eine globale Einigkeit vor, eine Gemeinschaft der Übervor-



Autorin Menasse

STEFANIE MENASSE / LAIF

SPIEGELBESTSELLER

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“ (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik		
1 (2) Sebastian Fitzek Das Paket	Droemer; 19,99 Euro	
2 (1) Joanne K. Rowling / John Tiffany / Jack Thorne Harry Potter und das verwunschene Kind	Carlsen; 19,99 Euro	
3 (3) Elena Ferrante Meine geniale Freundin	Suhrkamp; 22 Euro	
4 (4) Nele Neuhaus Im Wald	Ullstein; 22 Euro	
5 (6) Simon Beckett Totenfang	Wunderlich; 22,95 Euro	
6 (7) Christoph Ransmayr Cox	S. Fischer; 22 Euro	
7 (5) Charlotte Link Die Entscheidung	Blanvalet; 22,99 Euro	
8 (10) Juli Zeh Unterleuten	Luchterhand; 24,99 Euro	
9 (9) Matthias Brandt Raumpatrouille	Kiepenheuer & Witsch; 18 Euro	
10 (-) Jilliane Hoffman Insomnia	Wunderlich; 19,95 Euro	
11 (16) Jojo Moyes Ein ganz neues Leben	Wunderlich; 19,95 Euro	
12 (20) Lucinda Riley Die Schattenschwester	Goldmann; 19,99 Euro	
13 (8) Volker Klüpfel / Michael Kобр Himmelhorn	Droemer; 19,99 Euro	
14 (12) Robert Harris Konklave	Heyne; 21,99 Euro	
15 (19) Mechtild Borrmann Trümmerkind	Droemer; 19,99 Euro	<p>Historienroman oder Krimi? Das neue Buch von Mechtild Borrmann ist beides. Der reale Hintergrund: eine Hamburger Mordserie aus dem Jahr 1947</p> 
16 (14) Paulo Coelho Die Spionin	Diogenes; 19,90 Euro	
17 (11) Elke Heidenreich Alles kein Zufall	Hanser; 19,90 Euro	
18 (13) John Williams Augustus	dtv; 24 Euro	
19 (15) Marc Elsberg Helix – Sie werden uns ersetzen	Blanvalet; 22,99 Euro	
20 (-) Stephenie Meyer The Chemist – Die Spezialistin	Fischer Scherz; 22,99 Euro	

Sachbuch		
1 (1) Eckart von Hirschhausen Wunder wirken Wunder	Rowohlt; 19,95 Euro	
2 (3) Roger Willemsen Wer wir waren	S. Fischer; 12 Euro	
3 (2) Peter Wohlleben Das geheime Leben der Bäume	Ludwig; 19,99 Euro	
4 (4) Andrea Wulf Alexander von Humboldt und die Erfindung der Natur	C. Bertelsmann; 24,99 Euro	
5 (5) Peter Wohlleben Das Seelenleben der Tiere	Ludwig; 19,99 Euro	
6 (7) Horst Lichter Keine Zeit für Arschlöcher!	Gräfe und Unzer; 16,99 Euro	
7 (6) Andreas Englisch Franziskus – Ein Lebensbild	C. Bertelsmann; 25 Euro	
8 (9) Carolyn Emcke Gegen den Hass	S. Fischer; 20 Euro	
9 (8) Bruce Springsteen Born to Run	Heyne; 27,99 Euro	
10 (10) Harald Lesch / Klaus Kamphausen Die Menschheit schafft sich ab	Komplett Media; 29,95 Euro	
11 (18) Dalai Lama Der Appell des Dalai Lama an die Welt	Benevento; 4,99 Euro	
12 (-) Gerhard Wisnewski Verheimlicht – vertuscht – vergessen 2017	Kopp; 14,95 Euro	
13 (11) Richard David Precht Tiere denken	Goldmann; 22,99 Euro	
14 (-) Ian Kershaw Hölleinsturz	DVA; 34,99 Euro	
15 (12) Hardy Krüger Was das Leben sich erlaubt	Hoffmann und Campe; 20 Euro	
16 (13) Wolf Biermann Warte nicht auf bessere Zeiten!	Propyläen; 28 Euro	
17 (16) Antoine Leiris Meinen Hass bekommt ihr nicht	Blanvalet; 12 Euro	
18 (-) Jehuda Bacon / Manfred Lütz Solange wir leben, müssen wir uns entscheiden	Gütersloher Verlagshaus; 16,99 Euro	
19 (-) Ajahn Brahm Die Kuh, die weinte	Lotos; 15,99 Euro	
20 (-) Peter Frankopan Licht aus dem Osten		<p>Westliche Historiker erzählen meist nur die Geschichte des Westens. Peter Frankopan blickt gen Osten und zerstört die eurozentristische Fiktion</p> 

teilten und Zukurzgekommenen, der Betrogenen und Belogenen, die es nicht gibt und nie gegeben hat. Die einen machen sich in Scharen auf den Weg in den reichen Westen, weil sie auf ihren Displays sehen, wie gut es uns hier geht. Und die anderen begeben sich wütend in die Wahlkabinen, demonstrieren auf den Straßen, zeigen sich selbstbewusst mit Gesicht und Dackel, so geschehen im SPIEGEL, dort die Todesstrafe für Homosexuelle fordernd.

Man schreit uns entgegen: Lügenpresse! Verschwörung des Establishments! Menschen, die niemals regelmäßig eine gedruckte Zeitung gelesen haben, behaupten, nicht sie, sondern wir lebten in einer Blase, und zwar aus Naivität und privilegiertem Gutmenschenkum. Es sind so viele geworden, und sie sind sich so einig in der Verachtung all dessen, was wir für unsere Werte gehalten haben, dass wir verstohlen an uns hinunterschauen, ob wir möglicherweise nackt sind wie H. C. Andersens Kaiser. Aber ich kann nicht ganz ausschließen, dass dieses digitale Verstärken und Verzerren uns selbst genauso etwas vorspiegelt, uns zu einer falschen Gemeinschaft der bedrückten Niedergebrüllten schmiedet, eine nackte Minderheit letzter, konsenswilliger Demokratien, die sich schon bald kein Gehör mehr verschaffen wird.

Das finde ich am allerunheimlichsten: dass alles, was ich zum mich alarmierenden Zustand der Welt denken kann, an irgendeinem Punkt diesen Blasen ähnelt.

Wer ist hier die Minder-, wer die Mehrheit? Wer beschreibt die Tatsachen und wer nur eine Fantasie? Und wer lebt eigentlich wirklich in der Blase: die, die sich nur noch in rechtsextremen Foren tummeln? Die so felsenfest davon überzeugt sind, es gehe den in Turnhallen gestopften Flüchtlingen weit besser als ihnen selbst, dass sie es in jedes Mikrofon plärren? Oder doch wir, die wir noch brav die „Tageschau“ sehen und seriöse Papierzeitungen lesen, während die mehrheitliche Meinungsbildung längst woanders stattfindet?

Ich habe keine Antwort. Ich habe mehr Fragen als je zuvor in meinem Leben. Das Einzige, woran ich noch ein wenig glaube, ist, dass wir wieder einmal – nach dem Dynamit, der umweltzerstörenden Industrialisierung, den Atomwaffen – an einem dieser gefährlichen Punkten stehen, wo unsere Erfindungen uns selbst überholt haben. Wo sie uns zu vernichten drohen wie die Wasserschöpfenden Besen den Zauberlehrling. Das einzige Tröstliche ist, dass es bisher immer einen Ausweg gab. Leider nie durch einen gütigen Meister, der im letzten Moment einen Erlösungsspruch sprach. Sondern immer erst nach einer Zeit von Niedergang, Verheerung, Verzweiflung.

Menasse, 46, ist eine österreichische Schriftstellerin und lebt in Berlin.

LASST UNS DSCHUNGELEN



ICH BIN EIN STAR – HOLT MICH HIER RAUS!

AB 13.01. | FR | 21:15

Willkommen Zuhause



HULTON FINE ART COLLECTION / GETTY IMAGES

Six-Porträt Rembrandts aus dem 17. Jahrhundert: Gründer einer bürgerlichen Dynastie

Jan Six und Jan Six und Jan Six

Geschichte Ein Buch des Historikers Geert Mak erzählt von einer alten Patrizierfamilie in Amsterdam – und von den Wechselfällen des europäischen Bürgertums. Von Nils Minkmar

Der Amsterdamer Historiker Geert Mak war lange durch die Welt geistert. Er hatte Bücher über seine Reisen geschrieben, ein Buch über die Vereinigten Staaten genauso wie über seine Erkundigungen des europäischen Kontinents. „In Europa“ war vor über zehn Jahren ein Bestseller, am desaströsen politischen Zustand des Kontinents aber konnte sein Buch auch nichts ändern.

Geert Mak hatte wohl etwas Heimweh und war gleichzeitig genervt und desillusioniert von seinem Lebensthema Europa. Er suchte nach einem neuen Gegenstand und fand ihn beim Kaffee in der Küche eines Freundes namens Jan Six. Der lag ihm schon länger in den Ohren, sich die Sammlung an Papieren, Gemälden und Objekten anzusehen, die seine Familie seit Jahrhunderten pflegt. Begonnen wurde sie von Jan

Six, einem Patrizier aus dem 17. Jahrhundert, der auf einem besonders schönen, besonders komplexen Porträt von Rembrandt zu sehen ist. Dieser Six sammelte Bilder von bedeutenden Malern des Goldenen Zeitalters – und noch viel mehr. Im Wohnzimmer der Sixe hängt noch heute ein Gemälde aus dem 17. Jahrhundert, das Porträt einer etwa 19-jährigen Frau aus gutem Hause.

In der linken Hand trägt sie Brauthandschuhe, mit goldenen Fäden und Perlen verziert. Die Frau, so verzeichnet es die Familienchronik, starb knapp ein Jahr nach der Hochzeit bei der Geburt ihres ersten Kindes. Mak schaut sich das Bild an – dann holt Jan Six für seinen Freund aus dem Fundus der Familie genau jenes Paar Brauthandschuhe, das auf dem Bild zu sehen ist. „Für einen Moment ist es 1612“, schreibt Mak in dem Buch „Die vielen Leben des Jan Six“, das er nun über die Familie Six geschrieben hat.

Eine Familie in Amsterdam, deren Oberhaupt immer denselben Namen trägt und alles beieinanderhalten konnte – sie zu studieren ist wie eine Tiefenbohrung in die Geschichte des städtischen Bürgertums. Die Familie Six, ursprünglich aus Nordfrankreich stammend, wurde im 17. Jahrhundert in Amsterdam reich und mächtig. Optionsscheine, Leerverkäufe und Warentermingeschäfte waren damals Alltag in einer Stadt, in der sich die Handelswege der Welt kreuzten. Den größten Teil ihres Vermögens realisierte die Familie Six aus dem Handel mit Farben, der Färberei und Immobiliengeschäften. Der erste Jan Six, 1618 geboren, brauchte sich um das Geschäft bald nicht mehr zu kümmern. Er schrieb Gedichte, sammelte Gemälde, reiste nach Italien und kaufte ein Landgut. Er heiratete Margaretha, die Tochter des aus Rembrandts „Die Anatomie des Dr. Tulp“ bekannten Chirurgen Nicolaes Tulp. Ihr Sohn, Jan Six der Zweite, wurde einer der wichtigsten Regenten der Republik Amsterdam. Seitdem konnten die Six immer wieder ihre Stellung sichern. Gingen die Geschäfte schlecht, wurde reich geheiratet. Drohte Ansehensverlust, gab es bald einen Six als Minister. Ein geschicktes Wechselspiel aus Geschäft, Kunst, Wissenschaft und Politik hat diese Familie nach oben gebracht.

Es ist auch eine Geschichte über ein altes erblühendes Europa, und so traf Mak bei seinen Recherchen über die Geschichte des Hauses auch auf jene Probleme und Fragen, von denen er eigentlich verschont bleiben wollte. Sie stellten sich bloß von einem anderen, einem persönlicheren und philosophischen Ansatz her: Wie merkt man, ob ein politisches System vor einem tiefen Wandel oder gar vor seinem Ende steht? Wie übersteht eine Familie die Epochenbrüche? Inwieweit gestaltet man seine eigene Geschichte, und wann ist man ihr ausgeliefert? Wie bleibt man sich selbst treu, wenn die Zeiten tückisch werden? Und wann wirkt solche Treue zu alten Bräuchen nur noch lächerlich?

Für die Sixe, erläutert Mak bei einem Treffen in seinem Verlag in Amsterdam, „bleibt Jahrzehntelang alles wie immer, sie beherrschen die Stadt, und die Stadt beherrscht die Republik. Und dann, vielleicht

innerhalb weniger Wochen oder in einer Nacht – verändert sich die ganze Welt“. Man liest das Buch nun, nach dem Brexit und dem Wahlsieg des europaignoranten Donald Trump, mit noch gesteigerterer Dringlichkeit und Sorge.

Die Geschichte der niederländischen Republik, in der die Familie Six prosperierte, einst ein auch von den amerikanischen Verfassungsvätern studiertes Modell, erinnert Mak an die Geschichte der Europäischen Union: voller Ambitionen gestartet, weltweit geachtet und dann doch zu schwach, um durch schwere Zeiten zu kommen. Längst sind die Niederlande eine Monarchie, haben ihre Bedeutung von einst, als Städte wie Amsterdam eine Weltmacht waren, eingebüßt. Manchmal geht das ganz schnell.

Für die Familie Six genügte sogar eine einzige Nacht, vom 18. auf den 19. Januar 1795, als die französischen Revolutionsheere und niederländische Patrioten den Schwung der Revolution nach Amsterdam trugen. Es gab eine letzte Ratsversammlung um ein morgendliches Kaminfeuer, man dankte sich gegenseitig, dann bekam ein neuer Mann die Schlüssel der Stadt, und die Herrschaft der Familien über Amsterdam war zu Ende. Als heutige Leser wissen wir um historische Epochenbrüche, doch für die Zeitgenossen ist es bloß ein kalter Montag im Januar.

Und auch der Wandel Anfang des 20. Jahrhunderts erfasste die Familie. Der ganze Habitus der Patrizierfamilien wirkte plötzlich überflüssig und lächerlich. Und auch dieser kulturelle Wandel hatte sich plötzlich und unerwartet vollzogen. Hatten die Sixe und ihre Kollegen Fehler ge-

macht? Hatten sie es kommen sehen oder gar einen Plan B in der Tasche? Wäre es anders gekommen, wenn sie sich optimiert, informiert und flexibilisiert hätten? Natürlich nicht.

Maks Buch erinnert an Thomas Manns „Buddenbrooks“. Es ist aber keine Geschichte nach dem Muster von Aufstieg und Fall. Tatsächlich waren die Sixe nicht immer feine Leute gewesen, sondern waren vor dem Goldenen Zeitalter Kaufleute und Handwerker gewesen. Jede Familie erfindet sich ihre Geschichte, stellt Mak fest: Die Ursprünge werden verlängert, Ansprüche älter gemacht, Leistungen übertrieben, so wie Krisen verschärft und Dramen erhöht werden.

Die Quellen sind auch zu ergiebig, um lediglich vom Auf und Ab zu erzählen. Es gibt nicht nur die Aufzeichnungen der Männer im Hause zu studieren, sondern ebenso die Briefe, Tagebücher und Urkunden der Frauen. Einige davon regierten die Familie über Jahrzehnte, eine Tante ordnete und pflegte das Archiv. Mak entdeckte Nebengeschichten, auch geheime Biografien und mehrmals, dass jemand aus der Familie ein Doppelleben pflegte. Immer neue Überraschungen und ziemlich viele Sackgassen: „Ich kam mir vor wie jemand, der sich den Weg durch einen verwilderten Garten sucht. Hier und dort war mal eine Bodenplatte, aber nur Fragmente und ziemlich viel Gestrüpp!“

Eines der zentralen Themen der Familiengeschichte ist die Frage, wer wen heiratet. Es gelang der Familie Six öfter, sich von wirtschaftlich schweren Zeiten durch eine glückliche Heiratsstrategie zu erholen. Das aber brachte mit sich, dass die Wahl der



Nachfahre Six, Sitz in Amsterdam: Familie als System und Unternehmen



IVY NJOKIKUEN / NYT / REDUX / LAIF

SAMSTAG, 7.1., 22.30 – 0.40 UHR | VOX

Mörderjagd – Wie Profiler ermitteln

Was treibt einen Gewaltverbrecher an? Wie geht er vor und warum? Die Fallanalytiker vom Polizeipräsi-



SPIEGEL TV

Fallanalytiker der Münchener Polizei

dium München suchen Antworten auf diese Fragen und arbeiten Hand in Hand mit Mordkommissionen und Landeskriminalämtern bei der Aufklärung spektakulärer Verbrechen.

SPIEGEL TV MAGAZIN

SONNTAG, 8.1., 22.05 – 23.15 UHR | RTL

Bedingt sicher – Der Fall Amri und die Terrorlage in Deutschland;
Der Kampf um Mossul – Unterwegs mit der „Goldenene Division“; **Die Ästhetik des Bösen** – Exklusive Reportage über die Medienabteilung des IS.

SPIEGEL TV REPORTAGE

DIENSTAG, 10.1., 23.10 – 0.10 UHR | SAT.1

Die Neuen von der Herbertstraße – Go-go auf St. Pauli

In der Secret-Bar auf St. Pauli bestimmen Frauen die Regeln. Elena, Moni und Fiona kennen die Geheimnisse der Verführung, mit schnellem Sex haben sie nichts zu tun. Einblicke in eine ganz besondere Go-go-Bar.

SPIEGEL GESCHICHTE

DONNERSTAG, 12.1., 20.15 – 21.05 UHR | SKY

Hitler, der Verführer, Teil 1

Adolf Hitler war nicht nur ein Jahrhundertverbrecher, sondern auch ein raffinierter Verführer der Massen. Er arbeitete viele Jahre intensiv an seiner charismatischen Wirkung. Durch seine Auftritte gelang es ihm, Millionen Deutsche von seinem rassistischen Weltbild zu überzeugen.

Kultur

Ehepartner nicht in unserem heutigen Sinne frei war. Und ab einem gewissen Zeitpunkt wurde das zum Problem. Eine Tochter, Henriette, wagte es zu Beginn des 19. Jahrhunderts, einen ganz normalen Mann ihrer Wahl zu heiraten. Sie wurde sofort enteckt, die Protokolle über die Vorgänge füllten viele Seiten.

Die Familie als System und Unternehmen zu betrachten, eine symbolische Distanzierung zu pflegen und ein starres, auf gute Ordnung fixiertes Verständnis der Gesellschaft zu haben, das mochte zwar funktionieren, aber es engte ein. Noch 1948 drehte eine Dame der Familie ihre sonntägliche Runde mit der Kutsche durch die guten Viertel und gab ihre Visitenkarten ab, stets in der Hoffnung, nicht hereingebeten zu werden zu langweiligen Pflichtbesuchen. Und noch in den Fünfzigerjahren praktizierte die Familie Six keine Unterschiede: Einmal kam ein Motorradfahrer an die Tür des Landsitzes und fragte, ob er sich während des heftigen Regens unterstellen könne. Die alte Tante, die die Kinder deswegen um Genehmigung bitten mussten, erwiederte, ob die Bitte von einem Mann käme oder von einem Herrn? Der hätte in der guten Stube warten dürfen – oder müssen –, da es aber nur ein gewöhnlicher Mensch war, wurde ihm der Gartenpavillon angeboten.

Jan Six der Zwölfe ist gerade erst geboren. Kaum vorstellbar, wie viel sich ändert in so kurzer Zeit.

Es seien, sagt Mak, in dynamischen Gesellschaften, wie sie die Republik Amsterdam einst war, immer dieselben Mechanismen zu beobachten: Eine Zeit lang ist sozialer Aufstieg möglich. Doch dann wird mit einer konsequenten Heiratspolitik und kultureller Abschottung daran gearbeitet, für die wirtschaftlich erfolgreichen Männer auch politische Macht zu erlangen. In der nächsten Phase dann wird die politische Macht der wie eine Oligarchie regierenden Familien dazu benutzt, noch mehr wirtschaftliche Macht anzusammeln – das ist die Phase der Korruption. Und auf die folgt eine elend lange Stagnation. Es gab Epochen, in denen ganz Amsterdam zu verfallen schien, ein einziges Elendsquartier am Wasser, um das jeder vernünftige Europäer einen großen Bogen mache.

Natürlich denkt Mak bei solchen Zuständen an unsere Republiken, in denen sich Dynastien und Oligarchien wieder breitmachen, sozialer Aufstieg selten geworden ist und die Ungleichheit Rekorde bricht. Wo stehen wir heute?

„Die Leute fragen, warum bist du so ein Pessimist geworden? Aber das ist mein Job.“

Ich muss sagen, wie ich die Dinge sehe.“ Bezuglich der Europäischen Union in ihrer jetzigen Gestalt sieht er schwarz: „Für die Stürme, die kommen, ist unser Schiff nicht gebaut.“ Europa ohne Großbritannien, ohne den Schutz der Vereinigten Staaten? Das wird schwer. Zumal den Bürgern nicht nach Aufbruch sei. Sie stehen wie unter Schock. Der Aufstieg der rechten Parteien und Bewegungen ist seiner Meinung nach die Folge eines sozialen Traumas: Die angelsächsische Art der Globalisierung habe auch denen Angst eingejagt, die eigentlich nichts zu befürchten hätten. Doch nun sähen die Leute ihre kulturellen Sicherheiten erodieren. Digitalisierung, Migration, alles werde von vielen nur in der Perspektive erwarteter, weiterer Traumata gesehen und als beängstigend empfunden. Dabei müssten wir, mit dem Schwung der 68er, zu denen er sich mit Stolz zählt, verteidigen, was schon erreicht worden sei.

Die Geschichte der Familie Six kann dazu inspirieren, solche und noch ganz andere Wechselseitigkeiten zu bedenken, schließlich robbt gerade der zwölfe Jan Six über die Teppiche des Hauses, in dem immer noch das Porträt seines Vorfahrens mit gleichem Namen hängt.

Six wird von Rembrandt in einem teuren roten Reitermantel dargestellt, den er lässig über einer Schulter trägt. Mit der rechten Hand hält er einen Handschuh fest, zugleich zieht er den anderen der linken Hand über – man erkennt gut, wie Six die Finger anspannt, um besser hineinzukommen. Six ist dem Betrachter zugewandt, sein warmer Blick fällt auf, aber er bereitet schon den Abschied vor, ein Mann auf dem Sprung, der den Mantel anbehält. Gleich wird er wieder jemand Berühmtes und Offizielles sein.

Bald nach Fertigstellung dieses Bildes endete die Freundschaft von Rembrandt mit Six. Womöglich kündet der angedeutete Aufbruch schon davon, dass Six nun ein anderer werden sollte – berühmter, mächtiger und nicht mehr sein Freund. Six selber nannte sich in einem Gedicht zu dem Gemälde übrigens nicht Jan, sondern Janus. Zwei Gesichter. Im Haus findet sich auch noch der „Blutgürtel“, den Jan Six in seiner Eigenschaft als Rats herr trug, wenn es um Strafgerichtssachen ging. Der rote Gürtel wurde, wenn es ernst wurde, über den schwarzen Rats herrntalar gebunden, weil solche Verfahren oft mit Folter und öffentlicher Hinrichtung endeten. Six schaute aus dem Fenster, auf ein Kissen gestützt, der Arbeit des Henkers zu.

Kaum zu fassen: Zwölf Jans ist es nur her, dass Menschen routinemäßig gefoltert und verkauft wurden und die Religion nahezu unangefochten herrschte. Durch welches Amsterdam wird wohl Jan Six der 24. kurven?



Träumer

Filmkritik *Das nostalgische Musical „La La Land“ gilt als Oscarfavorit.*

Kinostart: 12. Januar

Ein heißer Morgen in L.A., die Menschen sind auf dem Weg zur Arbeit und stehen im Stau. Nichts geht voran, die Ungeduld droht in Aggressivität umzuschlagen. Im Hollywoodkino ist das normalerweise der Moment, in dem die Figuren durchdrehen. In Damien Chazelles Musical „La La Land“ springen sie aus ihren Wagen, fangen an zu singen und zu tanzen.

Die Frustration entlädt sich hier nicht in Wut, sondern in Bewegung, der Asphalt wird zur Tanzfläche, auf der es keine Rolle spielt, ob man arm oder reich ist, schwarz oder weiß. In wenigen Minuten hat Chazelle den Irrsinn des Großstadtlebens in eine Utopie verwandelt. Aus dem



STUDIOCANAL

Darsteller Stone, Gosling: Duett der unerfüllten Sehnsüchte

Moloch Los Angeles ist die Traumwelt La La Land geworden, in der sein Film spielt.

Das Musical des 31-jährigen Regisseurs ist für sieben Golden Globes nominiert und gilt als Favorit für die Oscars. „La La Land“ scheint auf einem ähnlichen Siegeszug zu sein wie vor fünf Jahren der Stummfilm „The Artist“, der ebenso wehmütig wie fantasievoll eine vergangene Epoche des Kinos heraufbeschwore.

Auch Chazelles Film ist ein Wiederbelebungsversuch für ein totes Genre. Das Musical hat Ende der Sechzigerjahre fast aufgehört zu existieren, Erfolge wie „Cabaret“, „Evita“ oder „Mamma Mia!“ blieben Ausnahmen. Auf der Bühne dagegen erlebten Musicals einen Boom, nicht selten basierten sie auf Filmen wie „Tanz der Vampire“, „Der König der Löwen“ oder „Das Wunder von Bern“. Das Kino wurde zum Stofflieferanten.

Wer in ein Musicaltheater geht, bekommt rasante Choreografien athletischer Körper geboten, die den Zuschauer in ihren Bann schlagen sollen, egal ob er in der 1. oder in der 30. Reihe sitzt. Chazelle dagegen will zeigen, dass es

beim Musical nicht um Überwältigung geht. Er glaubt, dass dieses Genre wie kaum ein anderes von unseren Sehnsüchten erzählen kann.

Und so zeigt er zwei Menschen, die am Anfang nebeneinander im Stau stehen, beide auf dem Weg zu wichtigen Terminen, beide schwer unter Druck: Sebastian (Ryan Gosling) ist ein Jazzmusiker, der einen eigenen Club eröffnen möchte, Mia (Emma Stone) eine Schauspielerin, die zu jedem Casting rennt. Um über die Runden zu kommen, muss sie in einem Coffeeshop arbeiten und er vor gelangweilten Zuhörern Weihnachtslieder spielen.

Zwei Träumer auf dem Boden der Tatsachen, zerrissen zwischen Kunst und Kommerz, in einer Stadt der Illusionen, die viel verspricht und wenig hält. Das ist alles andere als neu. Aber um Originalität ging es beim Musical noch nie. Das Genre greift Klischees auf, wo immer es sie findet, und bringt sie zum Tanzen.

So inszeniert Chazelle einen Pas de deux in den Hollywood Hills, über den Dächern der Stadt, in der Dämmerung – und verwandelt die vermeintlich verbrauchten Bilder in ein Duett zweier Menschen, die nicht wissen, was sie voneinander halten sollen. Die Ratlosigkeit nach einem Date, mit Körper und Stimme in die Nacht gestammelt.

Denn Gosling und Stone können nicht wirklich gut singen oder tanzen, verglichen mit Musicalstars wie Ginger

Rogers oder Fred Astaire, Cyd Charisse oder Gene Kelly. Doch das ist egal. Denn hier geht es gerade um die Unbeholfenheit, um die Versuche, die Fremdheit zu überwinden und den Gleichklang zu finden.

So betrachtet der Zuschauer die Musicalnummern in „La La Land“ nicht staunend, sondern empathisch. Man hat das Gefühl, man würde das vielleicht auch so hinbekommen, hätte man mehr an der eigenen Stimme gearbeitet und die Hüften in Schwung gehalten.

Chazelle dreht gern in langen Einstellungen, die das begrenzte Talent seiner Darsteller offenlegen, aber den Eindruck von Authentizität erzeugen. Er nimmt das künstlichste Genre, das Hollywood je hatte, um dem Zuschauer das Gefühl zu geben, Teil einer Welt zu sein, in der nichts virtuell ist.

Smartphones, Computer und das Internet spielen in diesem Film nur Nebenrollen. Hier wird noch von Hand auf Papier geschrieben, hier werden im Auto Kassetten in den Rekorder eingelegt und zu Hause Vinylplatten gehört. „La La Land“ handelt letztlich vom Unbehagen gegenüber der digitalen Welt des 21. Jahrhunderts.

Hemmungslos nostalgisch träumt sich der Film in eine Vergangenheit zurück, in der man noch alles anfassen, riechen und schmecken konnte. Ab und zu wird er in der Gegenwart wach. Dann ist er überraschend hellhörig. Als Sebastian und Mia von einer Party kommen, finden sie ihren Wagen nicht. Denn alle fahren hier den Toyota Prius, das beliebteste Hybridauto in Hollywood.

Was soll's? Die beiden tanzen und singen einfach. Gegen die Gleichförmigkeit, die es selbst im größten Luxus gibt.

Lars-Olav Beier



Video:

Ausschnitte aus „La La Land“

spiegel.de/sp022017kritik
oder in der App DER SPIEGEL

Impressum

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein
(1923 – 2002)

CHEFREDAKTEUR
Klaus Brinkbäumer (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE
Susanne Beyer, Dirk Kurbjuweit,
Alfred Weinzierl

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* René Pfister,
Michael Sauga, Christiane Hoffmann
(stellv.). *Redaktion Politik und Wirtschaft:*
Dr. Melanie Amann, Sven Böll, Markus
Dettmer, Horand Knapp, Ann-Katrin Mühl-
ler, Ralf Neukirch, Cornelia Schmager,
Christoph Schult, Anne Seith, Britta Stoff,
Gerold Traufetter, Wolf Wiedemann-
Schmidt. *Autoren, Reporter:* Markus
Feldenkirchen, Konstantin von Hammer-
stein, Marc Hujer, Alexander Neubacher,
Christian Reiermann, Marcel Rosenbach

DEUTSCHLAND *Leitung:* Cordula Meyer,
Dr. Markus Verbeet, Annette Großbongardt
(stellv.); Hans-Ulrich Stoldt (Meldungen).
Redaktion: Laura Backes, Michael
Fröhlingdorf, Hubert Gude, Charlotte
Klein, Petra Kleinau, Guido Kleinheubert,
Günther Latscha, Miriam Olbrisch, Andrea
Ulrich, Antje Windmann, Michael Wulzinger.
Autoren, Reporter: Jürgen Dahlkamp,
Jan Fleischhauer, Julia Jüttner, Beate
Lakotta, Bruno Schrepf (frei), Katja
Thimm, Dr. Klaus Wiegreffe

Berliner Büro *Leitung:* Frank Hornig.
Redaktion: Maike Baumgärtner, Sven Becker,
Markus Degericher, Sven Röbel, Michael
Sommertheuer (frei), Andreas Wassermann,
Peter Wensierski. *Autoren, Reporter:* Stefan Berg, Martin Knobbe, Jörg
Schindler

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler,
Susanne Amann (stellv.), Markus Brauck
(stellv.). *Redaktion:* Simon Hage, Isabell
Hüsen, Alexander Jung, Nils Klawitter,
Alexander Kühn, Martin U. Müller, Ann-
Kathrin Nezik, Simone Salden, Jörg
Schmitt. *Autoren, Reporter:* Dietmar
Hawranek, Michael Schießl

AUSLAND *Leitung:* Britta Sandberg,
Juliane von Mittelstaedt (stellv.), Mathieu
von Rohr (stellv.). *Redaktion:* Dieter
Bednarz, Katrin Kuntz, Jan Puhl, Sandra
Schulz, Samira Shafy, Helene Zuber.
Autoren, Reporter: Marian Blasberg, Cle-
mens Hoga, Ralf Hoppe, Susanne Koellb,
Christoph Reuter

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:*
Rafaela von Bredow, Olaf Stampf.
Redaktion: Dr. Philip Bethe, Manfred
Dworschak, Katrin Elger, Marco Evers, Dr.
Veronica Heckenbroch, Laura Höflinger,
Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar
Schmundt, Matthias Schulz, Frank Tha-
deus, Christian Wüst. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorris, Sebastian
Hammelecke (stellv.). *Redaktion:* Tobias
Becker, Lars-Olav Beier, Anke Dürr, Ulrike
Knofel, Tobias Rapp, Daniel Sander, Katharina
Stegelkatheröfer, Barbara Hardingham, Ma-
ren Keller, Ansbert Kneip, Dialisha Neufeld,
Bettina Stiebel, Jonathan Stock, Takis Wür-
ger. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Ulrich
Fichtner, Jochen-Martin Gutsch (frei), Alex-
ander Osang, Cord Schnibben, Alexander
Smolczechy, Barbara Supp

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer,
Guido Minges (stellv.). *Redaktion:* Fiona
Ehlers, Ozlem Gezer, Hauke Goos, Maik
Großekathöfer, Barbara Hardingham, Ma-
ren Keller, Ansbert Kneip, Dialisha Neufeld,
Bettina Stiebel, Jonathan Stock, Takis Wür-
ger. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Ulrich
Fichtner, Jochen-Martin Gutsch (frei), Alex-
ander Osang, Cord Schnibben, Alexander
Smolczechy, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Udo Ludwig. *Redaktion:*
Rafael Buschmann, Lukas Eberle, Detlef
Hacke, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper,
Dr. Susanne Weingarten (stellv.); *Redak-
tion:* Annette Bruhns, Angela Gatterburg,
Uwe Klüsman, Joachim Mohr, Bettina
Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Eva-
Maria Schnurr

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel

INTERNET www.spiegel.de
REDAKTIONSBLOG spiegel.de/spiegelblog
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

KOORDINATION INVESTIGATIV Jürgen
Dahlkamp (juergen.dahlkamp@spiegel.de),
Jörg Schmitt (joeрг.schmitt@spiegel.de)

KOORDINATION MEINUNG Markus Felden-
kirchen, Christiane Hoffmann

MULTIMEDIA Jens Radt; Alexander Epp,
Roman Höfner, Marco Kasang, Bernhard
Riedmann

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Anke
Jensen (stellv.)

SCHLÜSSERDAKTION Gesine Block;
Christian Albrecht, Regine Brandt, Lutz
Diedrichs, Bianca Hunekuh, Ursula Junger,
Sylke Kruse, Maika Kunze, Katharina
Lütken, Stefanie Moos, Fred Schlotterbeck,
Sebastian Schulin, Tapio Sirkka, Ulrike
Wallenfels

PRODUKTION Solveig Binroth, Christiane
Stauder, Petra Thormann; Christel Basilon,
Petra Gronau, Martina Treumann

BILDERDAKTION Michaela Herold (Ltg.),
Claudia Jęczewski, Claus-Dieter Schmidt;
Sabine Döltling, Torsten Feldstein, Thors-
ten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein,
Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Parvin
Nazemi, Peer Peters, Anke Wellnitz

E-MAIL: bilderd@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth,
Tel. +1 212 307594

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unseit
(stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger
Bollen, Thomas Hammer, Anna-Lena
Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia
Pfautz; Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Jens Kupper,
Reinhardt Wurst (stellv.); Michael Abke,
Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina
Fuhrmann, Ralf Geihlufe, Kristian Heuer,
Louise Jessen, Nilü Küppers, Sebastian
Raulf, Barbara Rodiger, Doris Wilhelm

TITELBLATT Arne Vogt; Suze Barrett,
Svenja Kruse, Iris Kuhmann, Gershon
Schwalfenberg

REDAKTIONSVERTRETUNGEN

DEUTSCHLAND

BERLIN Alexander Fritsch, 5, 10117 Berlin;
Deutsche Politik, Wirtschaft

Tel. 03 886688-100, Fax 886688-111;

Deutschland, Wissenschaft, Kultur,

Gesellschaft Tel. 030 886688-200,

Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäischen 4,
01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0,
Fax 26620-20

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Barbara

Schmid, Fidelius Schmid, Benrather Straße 8,
40213 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01,

Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch,
Martin Hesse, An der Welle 5, 60322

Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680, Fax

9712680-20

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36,
76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737,
Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Anna Clauß,
Conny Neumann, Rosental 10, 80331 Mün-
chen, Tel. 089 4545950, Fax 4545952

STUTTGART Jan Friedmann, Büchsen-
straße 8, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 664749-20,
Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BOSTON Johann Grolle, 25 Gray Street,
02138 Cambridge, Massachusetts,
Tel. +1 857 919715

BRÜSSEL Peter Müller, Christoph Pauly,
rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2
2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Maximilian Popp,
Tel. +90 535165486

KAPSTADT Bartholomäus Grill,
P. O. Box 15614, Vlaebreg 8018, Kapstadt,
Tel. +27 21 4261191

KIEW Luteranska wul. 3, kw. 63, 01001

Kiew, Tel. +38 050 3839135

LONDON Christoph Scheuermann,
26 Hanbury Street, London E1 6QR, Tel.

+44 203 4180610, Fax +44 207 0929055

MADRID Apartado Postal Número 100 64,
28080 Madrid, Tel. +34 650652889

MOSKAU Christian Esch, Dr. Christian
Neef, Glasowski Pereulok Haus 7, Office 6,
119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61, Fax
22849-62

NEU YORK Philipp Oehmke, 10 E 40th
Street, Suite 3400, New York, NY 10016,
Tel. +1 212 2217583, Fax 3026258

PARIJS Julia Amalia Heyer, 12 Rue de
Castiglione, 75001 Paris, Tel. +33 1
58625120, Fax 42960822

PEKING Bernhard Zand, P.O. Box 170,
Peking 100101, Tel. +86 10 5323541,
Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa
Postal 56071, AC Urca,
22290-970 Rio de Janeiro-RJ,
Tel. +55 21 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187
Rom, Tel. +39 06 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Thomas Schulz,
1 Post Street, Suite 2750, San Francisco,
CA 94104, Tel. +1 212 2275783

TEL AVIV Nicola Abé, P.O. Box 837,
Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. / Fax +972 3
6835339

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Asagaya
Minami 2-31-15 B, Sugimaru-ku,
Tokio 166-0004, Tel. +81 3 6794 7828

WARSCHAU P.O. Box 31, ul. Waszyngtona
26, 03-912 Warschau, Tel. +48 22 6179295,
Fax 6179365

WASHINGTON Gordon Repinski, Holger
Stark, 1202 National Press Building,
Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202
3475222, Fax 3473194

DKOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen,
Cordelia Freiwald (stellv.), Axel Pult
(stellv.), Peter Wahle (stellv.), Jörg-
Hinrich Ahrens, Zahra Akhgar, Dr. Sus-
mita Arp, Dr. Anja Bednarz, Ulrich
Booms, Viola Broecker, Dr. Heiko Busch-
ke, Johannes Eltzschig, Klaus Falkenber-
ger, Carsten Fandt, Dr. Andre Geicke, Silke
Geister, Thorsten Hapke, Susanne Heit-
ker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoff-
mann, Bertolt Hunger, Kurt Jansson,
Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate
Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines
Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier,
Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Dr. Petra
Ludwig-Sidow, Rainer Lubbert, Sonja
Maas, Nadine Markwald-Buchhorn,
Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich,
Cornelia Moermann, Tobias Mülert, Bernd
Musa, Nicola Naber, Margaret Nitsche,
Sandra Öfner, Thorsten Öltmer, Axel
Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel
Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauer-
bier, Maximilian Schäfer, Marko Schar-
low, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schloss-
acker, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario
Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schum-
mann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer
Staudhammer, Tuisku Steinhoff,
Dr. Claudia Stodte, Rainer Szimmo, Nina
Ulrich, Ursula Wamser, Peter Wetter,
Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-
Henning Windelband, Anika Zeller,
Malte Zeller

LESER-SERVICE Dr. Michael Plasse

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa,
Los Angeles Times / Washington Post,
New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN
GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen:
André Pätzold

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 71 vom
1. Januar 2017

Mediaunterlagen und Tarife:
Tel. 040 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Verantwortlich für Vertrieb:
Stefan Bühr

Verantwortlich für Herstellung:
Silke Kassuba

Druck:
Stark Druck,
Pforzheim

MIX Papier
FSC FSC® C008208

VERLAGSLEITUNG Jesper Doub,
Dr. Michael Plasse

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Fax: 040 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung:
Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Telefon: 040 3007-0, Stichwort „Investigativ“
E-Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ
Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können.
Der dazugehörige Fingerprint lautet:
6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln

Telefon: 040 3007-2687 Fax: 040 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: 040 3007-2869 Fax: 040 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
übriges Ausland: The New York Times Syndicate
E-Mail: zoe.tucker@nytimes.com Tel.: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de Telefon: 0228 929694

Abonnement für Blinde Audio Version, Deutsche
Blindenstudienanstalt e. V. Telefon: 06421 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise

Inland: 52 Ausgaben € 239,20
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 163,80
Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland
Mengenpreise auf Anfrage.

Der digitale SPIEGEL: 52 Ausgaben € 213,20
(der Anteil für das E-Paper beträgt € 187,20)
Befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Kundenservice Persönlich erreichbar

Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg

Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070

E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg –

oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL

für € 4,60 pro gedruckte Ausgabe

für € 4,10 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 3,60)

für € 0,50 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,49) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar. Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

E-Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.

Hinweise zu den AGB und meinem Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb



Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP16-003, SD16-006

SD16-008 (Upgrade)

DER SPIEGEL (USPS no 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: German Language Publications Inc, 153 S Dean St, Englewood NJ 07631, 1-855-457-6397. Periodicals postage is paid at Paramus NJ 07652. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631.

Nachrufe



ULF ANDERSEN / LAIF

JOHN BERGER, 90

Er konnte mit Worten die Kraft von Gemälden lebendig machen, wie es nur wenigen Kunstbegeisterten gelingt. „Was wir über ein Bild sagen, richtet sich nicht an den Künstler. Wir können nur für uns selbst denken und sprechen“, hat Berger geschrieben. Als kluger Verkünder einer Schule des Sehens, die den eigenen Blick als Produkt von sozialer und historischer Prägung begreift, trat der Kunstkritiker, Maler und Schriftsteller Berger 1972 in der BBC-Serie „Ways of Seeing“ vor die Kamera – und galt von da an lange als kultisch verehrter Popstar unter Europas Intellektuellen. Der Sohn eines wenig begüterten Londoner Juristen und Nachfahren ost-europäischer Juden wurde mit sieben Jahren in ein Internat gesteckt, das er als „Folter“ empfand. Er begeisterte sich während seines Kunststudiums für Karl Marx und Walter Benjamin und gewann mit seinem Roman „G.“, einer ziemlich hochtrabenden und missglückten Patchworkbastelei, 1972 den Booker-Preis. Zu großer literarischer Form und einem famosen eigenen Ton fand Berger erst, als er Mitte der Siebzigerjahre mit seiner Frau in ein Dorf ins französische Savoyen zog – und sich dort zum außerordentlich liebenswürdigen Weisen vom Berge wandelte. Er schrieb lässig poetische Erzählungen über das Landleben, Filmskripte und kunstkritische Aufsätze. Er düste noch im Greisenalter mit dem Motorrad durch halb Europa und empfing mit Grandezza die Huldigungen von Verehrern wie Arundhati Roy, Tilda Swinton, Jarvis Cocker und Simon McBurney. John Berger starb am 2. Januar in Antony bei Paris. höb



DEBBIE REYNOLDS, 84

Die Hollywoodschauspielerin war ein großer Musicalstar, schon mit 19 hielt sie in „Singin' in the Rain“ (1952) mühelos mit dem männlichen Hauptdarsteller Gene Kelly Schritt und stahl ihm mit ihren energiegeladenen, unbekümmert-sonnigen

Auftritten die Schau. Die gebürtige Texanerin strahlte ein kaum zu erschütterndes Selbstbewusstsein aus. In dem Musical „Goldgräber-Molly“ (1964), für das sie eine Oscar-Nominierung erhielt, spielt sie eine Frauenrechtlerin, die sich selbst auf der untergehenden „Titanic“ nicht die Laune verderben lässt und keinen Zweifel daran hat, dass sie überleben wird. „Unsinkable“ war denn auch der Titel von Reynolds' 2013 erschienenen Memoiren. Sie schrieb darin ausführlich über das Verhältnis zu ihrer Tochter Carrie Fisher, die durch die Rolle der Prinzessin Leia in den „Star Wars“-Filmen zum Star geworden war, aber zeitlebens mit großen psychischen Problemen zu kämpfen hatte. Fisher erlag am 27. Dezember den Folgen eines Herzinfarkts. Einen Tag später starb Debbie Reynolds in Los Angeles nach einem Schlaganfall. lob

PETER TAMM, 88

Seine Karriere als Journalist hätte steiler kaum verlaufen können: vom Schiffahrtsredakteur beim „Hamburger Abendblatt“ zum Alleinvorstand des Axel-Springer-Verlagsimperiums, Jahresgehalt bei seinem Abtritt 1991 rund fünf Millionen Mark. Der durchsetzungsstarke Zweimetermann, Beiname: „Admiral“, lancierte die Motoren-Gazette „Auto Bild“ und machte Springer zum Mitgründer der österreichischen Zeitung „Der Standard“. Doch seine eigentliche Leidenschaft galt der Schiffahrt, sie begann mit einem Schiffsmodell aus Blei, Wert 50 Pfennig. Mit Hingabe sammelte



CHRISTIAN O. BRUCH / LAIF

der Ehrenschleusenwärter seit seiner Kindheit alles Maritime: Schiffe aus Walfischknochen, Speisekarten von Vergnügungsdampfern, ein Schnellboot der DDR-Marine. 2008 wurde dann in Hamburg ein Lebenstraum Tamms Wirklichkeit: sein Schiffahrtsmuseum, eines der größten in Deutschland. Peter Tamm starb am 29. Dezember. mum

DEREK PARFIT, 74

„Worauf es am meisten ankommt, ist, dass wir reichen Leute etwas von unserem Luxus aufgeben, dass wir die Erde nicht weiter aufheizen und dafür Sorge tragen, dass es auf diesem Planeten weiter intelligentes Leben gibt“, schrieb der britische Philosoph in seiner monumentalen 1400-seitigen Schrift „On What Matters“. Manchen galt der öffentlichkeitscheue Denker als einer der wichtigsten Moralphilosophen seit Immanuel Kant. Er war Mitglied am All Souls College der Universität Oxford, deren Angehörige kaum Lehrverpflichtungen haben. Als Vernunft-

wesen habe der Mensch starke Gründe, sich um das Wohl anderer zu sorgen, davon war Parfit überzeugt. Solche universellen moralischen Wahr-



ULLSTEIN BILD

heiten existierten für ihn genauso wie mathematische Wahrheiten. Schon mit seinem ersten Buch „Reasons and Persons“ (1984) provozierte der Philosoph, indem er die Bedeutung von ethischem Handeln über die der persönlichen Identität stellte. Derek Parfit starb in der Nacht zum 2. Januar. kle

GEORGES PRÊTRE, 92

Er hatte Charme und Lebensart, und an diesem Savoir-vivre ließ der Franzose auch die Musiker und das Publikum teilhaben, besonders wenn er Werke des französischen Repertoires dirigierte. Bei ihm klang es elegant und voller Esprit. Prêtre, der Klavier und Trompete studiert hatte, bevor er Orchesterleiter wurde, war auch ein weltweit geschätzter Operndirigent, seine „Carmen“-Aufnahme mit Maria Callas ist immer noch eine Referenzeinspielung. Einem großen Publikum wurde er bekannt, als er



DIETER NAGL / AFP

2008 und 2010 die Neujahrskonzerte der Wiener Philharmoniker leitete. Auch da entfaltete er musikalischen Witz, die Walzer klangen ebenso lebensweise wie formvollendet. Georges Prêtre starb am 4. Januar in seinem Schloss in Südfrankreich. kro



SIPA PRESS / ACTION PRESS

Falsche Adresse

Die Schauspielerin **Amy Adams**, 42, ist es leid, zum Thema Gleichberechtigung Stellung zu beziehen: „Ich will nicht mehr in den Schlagzeilen stehen, wenn es um gleichen Lohn für gleiche Arbeit geht“, sagt Adams im „Hollywood Reporter“. Die Gehaltsunterschiede von Männern und Frauen in der Unterhaltungsbranche werden seit 2015 öffentlich kritisiert. Damals schnitt Patricia Arquette das Thema in ihrer Oscar-

Dankesrede an und erhielt eine Welle der Solidarität, aber auch viel Kritik. Adams fordert, dass endlich Produzenten statt Schauspielerinnen von der Presse befragt werden. Die seien die richtigen Ansprechpartner, die könnten das Problem schließlich lösen. Adams, derzeit in „Arrival“ zu sehen, verdiente im vergangenen Jahr ungefähr 13,5 Millionen Dollar und steht damit auf Platz sieben der Topverdienerinnen ihrer Zunft. Den siebten Platz der männlichen Kollegen belegt der Actionfilmdarsteller Vin Diesel mit 35 Millionen Dollar. ks

Schein und Sein

Der Grünen-Politiker **Özcan Mutlu**, 48, hält die Regierung mit Anfragen zum Burkaverbot für Beamten auf Trab. Am 21. Dezember hatte das Bundeskabinett den entsprechenden Gesetzesentwurf beschlossen, gleichzeitig mit einem Sicherheitspaket des Innenministeriums zur Prävention von Terrorangriffen. Einen Tag nach dem Beschluss wandte Mutlu sich schriftlich an die Bundesregierung. Er wollte wissen,



GREGOR FISCHER / PICTURE ALLIANCE / DPA

wie viele Beamtinnen derzeit Burka tragen und welche „sicherheitspolitischen Auswirkungen“ die Bundesregierung sich von einem Verbot erhoffe. Antwort: Die Zahl der Burkaträgerinnen sei unbekannt, „sicherheitspolitische Wirkungen“ werden nicht angestrebt. Vielmehr gehe es darum, die „Funktionsfähigkeit der Verwaltung und der vertrauensvollen Kommunikation“ mit Bürgern, aber auch Vorgesetzten durch ein Verhüllungsverbot des Gesichts zu gewährleisten. Wie andere

Kritiker vertritt Mutlu die Auffassung, die Maßnahmen seien hilflose Versuche der Regierung, Handlungsfähigkeit in Sachen innerer Sicherheit zu demonstrieren. Der Bundestagsabgeordnete hat jetzt nachgefragt, „in wie vielen Fällen in den letzten fünf Jahren die Kommunikation zwischen BürgerInnen und Staat durch Burka tragende Beamtinnen erschwert wurde“. Eine andere offene Frage ist, ob es überhaupt Burkaträgerinnen in Deutschland gibt. ks

Brexit fürs Kino

Der britische Politiker **Nigel Farage**, 52, Mitbegründer der UK Independence Party (Ukip) und Vorkämpfer für Großbritanniens Austritt aus der Europäischen Union, ist offenbar reif für Hollywood: Ein Film über die Bre-



UPI PHOTO / IMAGO

xit-Kampagne ist in Planung. Die Produktionsfirma Warner Brothers bemüht sich um die Filmrechte an dem Buch „The Bad Boys of Brexit“. Der britische Geschäftsmann und Millionär Arron Banks, Großspender von Ukip, ist der Hauptautor des Werks. Darin wird detailliert über den Verlauf der „Leave.EU“-Kampagne berichtet, deren lautester Vertreter Farage war. Banks ließ wissen, er wolle keine persönlichen Vorteile aus dem Deal ziehen, etwaige Gewinne sollten für wohltätige Zwecke gespendet werden. Und: Der Film „The Bad Boys of Brexit“ werde eine Komödie. Welcher Schauspieler den Populisten Farage darstellt, ist noch offen. ks

Tanz den Trump

Die Nachricht löste große Emotionen aus: Bei der feierlichen Vereidigung des neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump am 20. Januar in Washington sollen die Rockettes auftreten, Amerikas legendäres Showtanz-Ensemble, eine Art Olympia für moderne Profitänzerinnen. Ein Mitglied der Rockettes gab unter dem Pseudonym **Mary** dem Frauenmagazin „Marie Claire“ jetzt ein Interview über den Aufruhr. Viele Frauen der Tanztruppe seien

schlicht entsetzt gewesen. Eine Kollegin habe in einer Rundmail geschrieben, dass sie sich im Kostüm nicht wohlfühlen würde, neben einem Mann wie Trump, der damit prahlt, Frauen anzugrapschen. Das Management der Rockettes versicherte öffentlich, der Auftritt sei freiwillig, und wer nicht dabei sein wolle, müsse keine negativen Konsequenzen fürchten. Die Frau, die sich Mary nennt und wie andere Tänzerinnen den Termin abgesagt hat, ist sich da nicht so sicher. ks



MONICA SCHIPPER / WIREIMAGE / GETTY IMAGES



JOHANNES ARLT / DER SPIEGEL

Die Augenzeugin

„Malen, was stört“

Ute Rodenwald, 59, leitet Deutschlands erste zertifizierte Demokratie-Kita: das Dolli Einstein Haus im schleswig-holsteinischen Pinneberg, betrieben von der Arbeiterwohlfahrt. Rodenwald und ihre Kolleginnen betreuen insgesamt 180 Kinder.

„In der Verfassung unserer Kita sind die Rechte aller Kinder festgelegt: ‚Ich darf jederzeit meine Meinung sagen‘, steht da etwa oder ‚Ich darf selbst entscheiden, wer mich wickelt‘. Vor drei Jahren haben wir mit der Caritas und dem Deutschen Kinderschutzbund das Demokratieprojekt eingeführt, am Montag werden wir vom Institut für Partizipation und Bildung in Kiel zertifiziert. Die anderen Arbeiterwohlfahrt-Kitas in Schleswig-Holstein folgen bald. Bei uns sollen Kinder lernen, dass Mitbestimmung Spaß machen kann. Und dass jeder die Macht hat, Dinge zum Positiven zu verändern, wenn man sich einbringt. Gleichzeitig müssen die Kleinen damit umgehen, dass man sich manchmal der Mehrheitsmeinung beugen muss. Eine wichtige Erfahrung. Trotzdem wollten wir den Alltag nicht unnötig kompliziert gestalten. Jedes Mal per Handzeichen abzufragen, was die Kinder essen möchten, erschien uns nicht sehr praktikabel. Es geht nicht darum, möglichst viel abzustimmen – sondern um echte Mitbestimmung. So können die Kinder bei uns etwa Beschwerdezettel ausfüllen: Sie malen, was sie stört. Dann suchen wir gemeinsam eine Lösung für das Problem.“

Einmal wöchentlich tagt der Gruppenrat: Dort wird zum Beispiel entschieden, wie das Sommerfest ablaufen soll oder wer im Chor mitmachen darf. Nach jeder Sitzung gibt es ein Protokoll. Die Kinder malen auf ein Whiteboard, was wir beschlossen haben.

Einmal im Jahr wählt jede Gruppe zwei sogenannte Weitersager, eine Art Klassensprecher, möglichst einen Jungen und ein Mädchen. Die Wahl findet natürlich geheim statt. Alle Kinder bekommen einen kleinen Stein und gehen damit einzeln in einen Nebenraum, wo Fotos der Kandidaten aufgestellt sind, außerdem steht dort für jeden Bewerber eine Box. Dorthinwerfen die Wähler ihren Stein, im Anschluss wird ausgezählt. Ich hatte erwartet, dass so junge Kinder vor allem ihre Freunde wählen. Aber so war es nicht: Die meisten haben sich sehr ernsthafte Gedanken gemacht, wer einen guten ‚Weitersager‘ abgeben würde.“

Aufgezeichnet von Miriam Olbrisch



„Dieses Scheißblatt“. Meine Großmutter, Jahrgang 1889, hatte immer den Spruch „Selbsterkenntnis ist der erste Weg zur Besserung!“, als Jahrzehntelanger SPIEGEL-Abonnent schließe ich mich dem an.“

Gerhard Tögl, Babenhausen (Hessen)

Bleibt Euch treu!

Nr. 1/2017 „Dieses Scheißblatt!“ – 70 Jahre SPIEGEL

Dieses „Scheißblatt“ lese ich seit 30 Jahren. Vor dem SPIEGEL ist niemand sicher – ja, hoffentlich. Einen guten Journalismus lasse ich mir nicht durch das Gejammer an höchster Stelle eingrenzen. Ihre Zunft muss aufpassen – und das ist gut so!

Rainer Weber, Nürtingen (Bad.-Württ.)

Für mich ist der SPIEGEL ein Magazin, das mein volles Vertrauen genießt, weil ich hier sicher bin, dass alle Nachrichten sorgfältig recherchiert sind.

Michael K.-E. Ströhlein, Ansbach (Bayern)

Öffnen Sie auch künftig mit den passenden Schlüsseln die Türen zu versteckten Realitäten.

Gita Wagner, Osnabrück

Der SPIEGEL hat sich als „Sturmgeschütz der Demokratie“ bewährt.

Henning Kloth, Potsdam

Danke, dass es Euch gibt! Bleibt Euch treu, dann hat die Wahrheit eine Chance.

Doris Dahmen, Neuss (NRW)

Mein verstorbener Vater, überzeugter Strauß-Anhänger und regelmäßiger SPIEGEL-Leser, meinte: „Ein linkes Kampfblatt, aber man muss wissen, was drinsteht.“

Joachim Demling, Forchheim (Bayern)

1972 besuchte ich eine Wahlkampfveranstaltung, auf der Franz Josef Strauß auftrat. Während er gegen die SPD polemisierte, wurden Flugblätter verteilt, die von Strauß' New-York-Abenteuer berichteten, bei dem er von Prostituierten bestohlen worden war. Plötzlich kam ein lauter Zwischenruf, in dem der SPIEGEL vorkam. Strauß stoppte, dann konterte er: „Wenn Sie den SPIEGEL als Prothese für Ihr Gehirn benutzen, kann ich Ihnen auch nicht mehr helfen.“

Ernst Kreis, Rotenburg an der Fulda

Wir Älteren könnten unser Leben anhand dieser noch immer bedeutenden Zeitschrift durchbuchstabieren, wenn wir Wesentliches vor unserer Zeit teilweise auch erst in dieser Jahreswendausgabe lesen: 1967 entzifferte ich erstmals, noch recht mühsam, einen halben SPIEGEL-Artikel. Ein Jahrzehnt später erschütterten Schleyer-Entführung und Mogadischu unsere noch geteilte Nation und auch mich, den bis dahin unpolitischen Pädagogikstudien-

ten. Mauerfall, Wiedervereinigung, IS-Terror, die mutige Verteidigung unserer Werte durch eine großteils aufrechte, aufrichtige deutsche Presse: Immer war der SPIEGEL als „Sturmgeschütz“ vor Ort – stets aktuell, aber nie übereilt, engagiert, manchmal für uns Leser in seiner Komplexität noch immer mühsam, wobei wir von und mit ihm Ausdauer gelernt haben und dass diese sich lohnt. Mit dem SPIEGEL bin ich erwachsen geworden, aber es gibt noch Luft nach oben, für weitere 500 Ausgaben.

Fred Maurer, Aalen (Bad.-Württ.)

„Wut kann man sich erarbeiten“, meint der SPIEGEL stolz auf dem Titelblatt. Als „Beweis“ bringt er Zitate von Brandt, Kohl und Schmidt. Das Merkel-Zitat passt freilich nicht dazu. Ist sie weniger emotional als ihre männlichen Vorgänger, oder ist der SPIEGEL regierungskonformer geworden? Ich neige zur zweiten Hypothese. Vielleicht sollte man sich auch hier noch etwas mehr Wut erarbeiten. Anlässe gäbe es.

Prof. Friedrich Lösel, Cambridge (Großbritannien)



Verhaftung von Herausgeber Augstein 1962

Seit 1965 lese ich den SPIEGEL. Er hat entscheidend zu meiner kritischen Grundhaltung beigetragen. Aber es ist jammerschade, dass Sie sich seit der Wiedervereinigung immer mehr Richtung rechts entwickeln und nicht mehr immer den Mut haben, in Interviews kritisch nachzufragen.

Elmar Oosterholt, Neuss

1967 wurde ich auf den SPIEGEL aufmerksam, der meinen Blick seitdem durch anspruchsvolle und mutige Berichte geweitet hat. Er hat mir auch geholfen, einen kritischen und freien Geist zu entwickeln.

Rosel Zibell, München

Ganz sicher bin ich nie zu 100 Prozent einverstanden mit dem, was Ihr schreibt, und bei einigen Artikeln kann ich nur den Kopf schütteln. Aber genau so muss es sein.

Christian Kontzi, Stuttgart

Punktlandung

Nr. 52/2016 Stille Nacht – Weihnachten in Zeiten des Terrors



SPIEGEL 52/2016

Seit ich SPIEGEL-Leser bin, hat mich noch kein Titelblatt dermaßen angesprochen – Respekt für den Schöpfer dieser „Punktlandung“, die das ausdrückt, was mich und viele Menschen in diesen Zeiten bewegt.

Walter Jauernig, Höhenkirchen-Siegertsbrunn (Bayern)

Nachdem nach Würzburg, Ansbach und Freiburg nun die nächste Schreckenstat von einem Flüchtling begangen wurde, erklären Sie weiterhin dem erstaunten Leser, dass das alles nichts mit Merkels Flüchtlingspolitik zu tun habe. Wer wochenlang einen Kontrollverlust an den Grenzen akzeptiert hat, ist für die Überforderung der Sicherheitskräfte und die Folgen dieser „Willkommenskultur“ verantwortlich.

Daniel Blum, Wiesbaden

Mich erstaunt, dass kaum thematisiert wird, dass islamistischer Terror eben vor allem das ist: islamistisch. Die Menschen, die ihn begehen, tun dies aufgrund ihres fundamentalistischen Verständnisses dieser Religion. Wollte man sich über polizeiliche und geheimdienstliche Mittel hinaus dagegen wehren, dann müsste man doch genau dagegen argumentieren. Es ist nicht egal, mit welchem ideologischen Hintergrund der jeweilige Terror agiert.

Maik Harms, Hamburg

Angst bereitet mir dieser Anschlag genauso wenig wie ein Amoklauf an einer Schule. Eine freiheitliche, demokratische Gesellschaft ist in der Lage, mit beiden Arten von Terror souverän umzugehen. In Panik zu verfallen, völlig irrational mit dem Finger auf andere Ethnien zu zeigen, diese zu verleumden, das bereitet mir Angst. Nicht der Terror selbst ist das Problem, sondern der Umgang mit ihm. Wo Unzufriedenheit herrscht, wird es immer Terror geben. Um ihn konsequent zu unterbinden, müssen die Umstände, die zum Terror führen, geändert werden.

Mohammad Masihuddin, Frankfurt am Main



Alleingebärende mit Tochter

Wege aus dem Irrgarten

Nr. 52/2016 Zu viel Aufregung, zu wenig Aufklärung

Sie haben mir aus dem Herzen gesprochen und mir einige Anregungen für die Weihnachtspredigt geliefert.

Michael Hoffmann, Weil am Rhein

Unser schönstes Erlebnis am Heiligen Abend: Meine Frau las das „Plädoyer wider die Verhappungsverknappungsmaschinerie“ von Stefan Berg vor, das uns Alten wie Jungen mehr Hoffnung und Zuversicht vermittelte als die verbale Inkontinenz unserer neuen Priesterkaste, die auf allzu kurzen Beinen versucht, vor der Aufklärung davonzulaufen.

Rainer Winkel, Berlin

Was der Autor wohl auch meint, ist der bedauerliche Umstand, dass sich viele Leute nicht mehr an das „Dreistufenmodell“ halten, nämlich erst zuhören/zusehen/lesen, dann darüber nachdenken und erst danach antworten/reagieren/,posten“; zu oft nämlich wird diese Reihenfolge leider durcheinandergeworfen. Bedauerlicherweise fordern auch die öffentlich-rechtlichen TV-Sender dazu auf, unreflektiert einen Kommentar zu einer Sendung abzugeben, indem bereits kurz nach Beginn die Aufforderung aufpoppt, man solle „mitdiskutieren“. Diskutieren kommt schließlich von „Diskurs“ und bezieht sich demnach auf eine reflektierte Auseinandersetzung, nicht aber von „Diskus“, indem man eine unreflektierte Meinung einfach wegschleudert oder in Netzwerken absondert.

Reineke Schmoll-Eisenwerth, Niederkassel (NRW)

Ich bin dem SPIEGEL dankbar, dass er mit Pfadfindern wie Stefan Berg Wege aus dem Irrgarten der durchaus gefährlichen Unwahrheiten zeigt und Medikamente gegen die verbale Inkontinenz bereithält.

Dietrich W. Schmidt, Stuttgart

Gizeh an der Waterkant

Nr. 52/2016 Ein Bau, den es eigentlich gar nicht geben dürfte – die Elbphilharmonie steht vor der Eröffnung

Toller Coup: Drei Studienkollegen investieren eine Postkarte und eine Computersimulation und bringen einen geltungssüchtigen Bürgermeister dazu, ein unnötiges, waghalsiges Bauprojekt zur Chefsache zu machen. Der Ideengeber und ein Wahlhelfer erhalten drei Millionen – wofür? Wider besseres Wissen der Fachleute in der Verwaltung wird nach dem Motto „Wir wissen

nicht genau, was wir wollen – kalkulieren Sie, was es konkret kostet!“ ausgeschrieben. Die Ausschreibung und der chaotische Bauablauf befreien die Architekten auch noch von der Haftung. Und dabei stehen die „Folgekosten“ für das energetisch widersinnige Gebäude im Wasser den Hamburger noch bevor. Kleiner Trost: Die 4500 Jahre Nutzungsdauer der Pyramide von Gizeh sind an der Waterkant nicht zu befürchten.

Friedel Bess, Gensingen (Rhld.-Pf.)

Jetzt ist die Elbphilharmonie fertig, und ich werde sie mir ansehen. Es bleiben zwei große Probleme. Der Beust-Senat hat die Hamburger über die zu erwartenden Kosten getäuscht, nicht aus Bosheit, sondern aus Dummheit. Und der Bau dürfte bei seriöser Planung um einiges billiger geworden sein als 789 Millionen Euro. Das ist Geld, das der Beust-Senat quasi veruntreut hat. Shit happens, Herr Altbürgermeister?

Christoph Bobrowski, Hamburg



MICHAEL ZAFF / ELBPHILHARMONIE

Elbphilharmonie in Hamburg

Komme mir keiner mit Kosten. Geld wird vergeudet, so oder so. An der Elbe versickert es jedenfalls nicht, sondern ist sichtbar, bleibt. Mit allen Chancen auf globale Anerkennung und Lobpreisung, auf weltweite Wunderwirkung. Siehe Sydney und sein Opernhaus, die kongeniale Parallelen, in jeder Beziehung. Deshalb „Hut hoch“ vor Hamburgs Hanseaten!

Robert Hirsch, München

Nach jahrelangen Pleiten, Pech und Pannen sind die Bürger mächtig stolz auf das neue Wahrzeichen von Hamburg, und der SPIEGEL bejubelt das Versagen der Demokratie. Dabei ist der Elphi-Hype doch nur entstanden aus dem Motto: „Es ist so schön, wenn der Schmerz nachlässt.“

Jörg Graff, Hamburg

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.



Quiz: 70 Jahre Verlagsgeschichte, 70 Fragen, deren Antworten die wenigsten kennen. In unserem Format „7 mal 10“ präsentieren wir sieben Wochen lang jeweils zehn Fragen. Hier im SPIEGEL finden Sie das Gewinnspiel über den nebenstehenden QR-Code, auf SPIEGEL ONLINE über eine Sonderseite zum SPIEGEL-Jubiläum.

spiegel.de/sp022017quiz oder in der App DER SPIEGEL

Abgeschoben

Im Flugzeug nach Kabul saßen am Mittwoch acht bayerische Flüchtlinge

Aus der „Süddeutschen Zeitung“

Aus der „Rhein-Lahn-Zeitung“:
„Wir müssen die Gerechtigkeitslücke schließen, sodass die Leute, die mit geringem Einkommen ein Leben lang einbezahlt haben, am Ende nicht mehr bekommen, als diejenigen, die nie eingezahlt haben.“

Neuwagen rollt beim Pinkeln in den Fluss

Aus der „Walsroder Zeitung“

Aus einer Anzeige der Firma City-Polster Trier:
„Uns ist es wichtig, einerseits die Tradition zu bewahren und andererseits am Zahn der Zeit zu bleiben.“



Schild an einem Campingplatz an der Lübecker Bucht

Lehrerin (Beamtin) sucht 3 - Zi. - Whg. mit Katze, Balkon/Terrasse, innenstadtnah

Aus dem „Göttinger Tageblatt“

Aus der Zeitschrift „GG“ der Immobilienfirma Engel & Völkers über Luxusbahnfahrten:
„Da schuften die Einheimischen in Reis- oder auf Baumwollfeldern und sind sehr oft ein Kind der Dritten Welt. Doch Anflüge von schlechtem Gewissen können ausgeblendet werden. Von außen gibt es keine Einsicht auf das Laisser-faire im Zug (getönte Scheiben), und vice versa gibt es gegen zu viel Elend Jalousien. Wahlweise auch Vorhänge. Die Welt ist ungerecht, das werden auch Luxuszugreisen nicht ändern.“

Betreuungsangebot für Eltern

Aus der „Neuen Westfälischen“

**Die 75 einflussreichsten Frauen der Wirtschaft****Karl-Erivan Haub**

Die dunkle Seite des Milliardenerben

Deutsche Bank

Der dubiose Großaktionär

Jetzt testen:

Das digitale manager magazin
2 Ausgaben für nur € 11,90
manager-magazin.de/angebot

MD17-512

manager magazin
WIRTSCHAFT AUS ERSTER HAND

Karl-Erivan Haub
Für dunkle Seiten des Milliardenerben

Deutsche Bank
Der dubiose Großaktionär

LIDL's HANDELSKRIEGER

Wie Konzernchef Klaus Gehrige den Discount neu erfindet

Jetzt testen! 2 Ausgaben für nur € 11,90

manager-magazin.de/angebot

MD17-512

manager magazin
Wirtschaft aus erster Hand

Zitate zu 70 JAHRE SPIEGEL

Der „Kölner Stadt-Anzeiger“:

Beim SPIEGEL hatte die Obrigkeit nicht per se recht ... Der SPIEGEL war nicht links. Er war nicht rechts. In einer Welt, in der die meisten Zeitungen noch solche von Parteien waren oder denen doch sehr nahestanden, war wirkliche Unabhängigkeit fast schon ein Alleinstellungsmerkmal ... Der SPIEGEL war das Organ eines Publikums, das er sich selbst erst schuf: der sich in der Parteienlandschaft frei umschauende Bürger, der je nach Lage mal für diese, mal für jene Partei votiert. Nach 1945 mussten die Deutschen die Welt, ihr Land und sich selbst neu entdecken. Eines der wichtigsten Instrumente für diese Expedition war der SPIEGEL.

Die „Frankfurter Allgemeine“:

Durch die „SPIEGEL-Affäre“ war der Ruf des Magazins als „Sturmgeschütz der Demokratie“ auf Jahrzehnte gefestigt. Doch sollte man sich nicht täuschen: Rudolf Augstein war nicht bloß Vertreter einer „vierten Gewalt“, welche die drei anderen durch Kritik und Herstellung von Transparenz befördert, er machte Politik und verfolgte konkrete Ziele ... Zur Positionsbestimmung im Hier und Jetzt findet sich in der Jubiläumsausgabe ein lesenswerter Essay des SPIEGEL-Reporters Ullrich Fichtner, in dem er das Motto neu formuliert, an dem jeder vorbei muss, der das Verlagsgebäude an der Hamburger Ericusspitze betritt: „Sagen, was ist“. So sagte es Augstein und so sagt es der Essay und fächert auf, was das in Zeiten von Trump, Facebook, „Lügenpresse“-Geschrei, „Hate Speech“, „Fake News“, Political-Correctness-Diktaten und einer immer größer werdenden Kluft zwischen Politik und Bürgern bedeutet: Man muss den drei Worten nichts hinzufügen, darf nichts weglassen, man muss es einfach machen: sagen, was ist.

Der „Tagesspiegel“:

Brinkbäumer ist das Wort Sturmgeschütz „zu militaristisch“, aber das Selbstbewusstsein ist noch immer groß in dem ziemlich einzigartigen Verlag, der mehrheitlich seinen Mitarbeitern gehört und seit 2012 in einem repräsentativen Bau in der Hamburger HafenCity residiert. Das Magazin sei „immer noch ein journalistischer Taktgeber und ein Vorbild für Recherche und Vertiefung“, sagte ZDF-Chefredakteur Peter Frey ... Wenn es denn stimmt, dass es um alles geht, kann ein starker SPIEGEL, der seine Konkurrenten mit Qualität herausfordert, nicht schaden.

Digital lesen + Jubiläums-Prämie!

LESEN SIE 1 JAHR SPIEGEL DIGITAL, UND FREUEN SIE SICH AUF IHRE WUNSCHPRÄMIE.



Beats by Dr. Dre Solo²
On-Ear-Kopfhörer



ADE-Aktivitätstracker
+ Körperanalysewaage



Titan-4-Rollen-
Trolley



SAMSUNG Galaxy Tab A
16 GB Wi-Fi



Teasi One³
Freizeit-Navi



100 € Amazon.de
Gutschein

Ja, ich möchte SPIEGEL digital lesen und wähle eine Jubiläums-Prämie!



- ✓ 52 x SPIEGEL digital lesen
- ✓ Bereits ab freitags 18 Uhr
- ✓ Auch offline lesbar
- ✓ Auf bis zu 5 Geräten
- ✓ Inklusive SPIEGEL-E-Books
- ✓ Wunschprämie dazu

Ich lese 52 Ausgaben des SPIEGEL digital für nur € 4,10 pro Ausgabe und erhalte eine Prämie meiner Wahl. Zuzahlung nur € 1,–, Gutschein ohne Zuzahlung.

Jetzt bestellen:

www.spiegel.de/1digital

SD17003



Begegnen Sie Menschen
und ihrer Kultur

Studiosus

Kataloge: 00 800/24 01 24 01
www.studiosus.com

Intensiverleben